

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

HANS-PETER SCHWARZ

Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung

GUNTHER MAI

Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation
Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus

ROBERT H. KEYSERLINGK

Otto Straßer in Churchills Strategie der nationalen Erhebungen 1940-1942

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der EWG

DOKUMENTATION

Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in der Sowjetisch Besetzten Zone
Deutschlands um die Mitte des Jahres 1948
(Siegfried Suckut)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz
Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Hans-Peter Schwarz* Die europäische Integration als Aufgabe der Zeit-
geschichtsforschung 555
- Gunther Mai* Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organ-
isation. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Na-
tionalsozialismus 573
- Robert H. Keyserlingk* Die deutsche Komponente in Churchills Strategie
der nationalen Erhebungen 1940–1942. Der Fall
Otto Straßer 614
- Hanns Jürgen Küsters* Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase
der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 646

DOKUMENTATION

- Siegfried Suckut* Zu Krise und Funktionswandel der Blockpolitik in
der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands um
die Mitte des Jahres 1948 674

NOTIZEN 719

BIBLIOGRAPHIE 73

Diesem Heft liegt eine Beilage des Oldenbourg-Verlages bei. Wir bitten um Beachtung.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr.121, 7000 Stuttgart 1,
Tel. 07 11/21 51-1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Gültig ist Preisliste Nr.7 v. 1.1.1979. Bezieherpreise ab
1981: Einzelheft DM 18,- (zuzüglich Versandkosten); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Ver-
sandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Ver-
sandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sind berechtigt,
die der Zeitschrift angeschlossene „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (2 Bände im Jahr) im
Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,70 Versandkosten und die Mehrwertsteuer enthalten) zu be-
ziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ ist nur mit Genehmigung des Ver-
lages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Geneh-
migung zum Fotokopieren zu erteilen.

Satz und Druck: Georg Appl, Wemding

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

31. Jahrgang 1983

Heft 4

HANS-PETER SCHWARZ

DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION ALS AUFGABE DER ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

Forschungsstand und Perspektiven

In den Jahrgängen 1979 bis 1981 unserer Zeitschrift haben wir bereits den Versuch gemacht, die Zusammenhänge europäischer Integrationspolitik mit länderbezogenen und personenbezogenen Einzelstudien aufzugreifen (Hans-Peter Schwarz: „Ade-nauer und Europa“, 27, 1979, S. 471–523; Pierre Guillen: „Frankreichs Europapolitik vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom“, 28, 1980, S. 1–19; Ennio di Nolfo: „Die europäische Einigung und die italienische Außenpolitik 1945–1954“, 28, 1980, S. 145–167; Geoffrey Warner: „Die britische Labour-Regierung und die Einheit Westeuropas 1948–1951“, 28, 1980, S. 310–330; Donald C. Watt: „Großbritannien und Europa 1951–1959“, 28, 1980, S. 389–409; Adrian F. Manning: „Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre“, 29, 1981, S. 1–20. Der in diesem Heft veröffentlichte Aufsatz von Hanns Jürgen Küsters: „Die deutsche Europapolitik in der Gründungsphase der EWG“ ergänzt diese Beiträge durch eine zusammenfassende Untersuchung der diesbezüglichen deutschen Politik. Nach Lage der Dinge muß die quellengestützte Integrationsforschung erst einmal primär bei den einzelstaatlichen Akteuren ansetzen. Mittel- und langfristig ist aber ein Ansatz unerlässlich, der den Vorgang in supranationaler und internationaler Perspektive erfaßt. Dazu im folgenden einige grundsätzliche Überlegungen, die in einer ersten Fassung auf einer von den Europäischen Gemeinschaften am 28./29. Januar 1982 veranstalteten internationalen Konferenz europäischer Zeitgeschichtsforscher in Luxemburg vorgetragen wurden.

I.

Gegenüber anderen Disziplinen, die gleichfalls Integrationsforschung betreiben, befindet sich die Zeitgeschichtsforschung in einem deutlichen Rückstand. Es ist ein quantitativer Rückstand, aber doch auch ein Rückstand, der qualitativer Natur ist. Diese erste These mag manchem etwas überspitzt erscheinen, sie ist aber doch nicht ungerecht.

Bekanntlich ist das Feld des europäischen Zusammenschlusses ein Gebiet der internationalen Beziehungen, auf dem im vergangenen Vierteljahrhundert sehr viel ge-

forscht worden ist. Die 1977 erschienene Bibliographie von Karl Kujath zur europäischen Integration¹ hat trotz zweiseitigen Drucks 777 Seiten. Über die europäische Integration ist in diesem Zeitraum ebensoviel, wenn nicht mehr veröffentlicht worden wie über die Vereinten Nationen. Aber auch die methodologischen Standards zahlreicher Arbeiten von Wirtschaftswissenschaftlern, Rechtswissenschaftlern und Politischen Wissenschaftlern sind vielfach hervorragend. Wenige internationale Organisationen und Kooperationssysteme sind systematisch, empirisch und mit so bemerkenswert modernen Methoden erforscht worden wie die Europäischen Gemeinschaften und andere europäische Zusammenschlüsse². Man vergleiche einmal die Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten über die europäische Integration mit den vergleichsweise doch wenigen wirklich guten Studien über die NATO, das GATT, den IMF oder das Commonwealth – um nur einige internationale Kooperationssysteme zu nennen.

Die Gründe dafür sind zahlreich. Für die Wirtschaftswissenschaftler bedeutete die Entwicklung eines ganz neuen, originellen Systems wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine theoretische und praktische Herausforderung. Die Rechtswissenschaft hat mit dem Europarecht ein ganz neues Rechtsgebiet aufgebaut³.

Die empirisch arbeitende Politikwissenschaft hat besonders in den siebziger Jahren voll erkannt, wie interessant so neuartige politische Systeme sind wie die Europäischen Gemeinschaften⁴, die EPZ⁵ oder die europäischen Parteienzusammenschlüsse⁶. Selbstverständlich hat das integrationspolitische Engagement der beteiligten Wissen-

¹ Karl Kujath, *Bibliographie zur Europäischen Integration*, Bonn 1977. Sie wird laufend fortgeführt in der von Karl Kujath bearbeiteten und vom Presse- und Informationsbüro der EG zusammen mit dem Arbeitskreis Europäische Integration e. V. herausgegebenen *Auswahlbibliographie Europäische Integration*, Bonn div. Jge. Nützlich ist auch Ekkehart Seusing, *Bibliographie der EG-Zeitschriften 1952–1980*, Kiel 1983.

² Aus der Menge der Veröffentlichungen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen seien hier nur genannt Helmuth Schmidt von Sydow, *Organe der erweiterten Europäischen Gemeinschaften – Die Kommission*, Baden-Baden 1980; Daniel Strasser, *Die Finanzen Europas*, Bonn 1979; Hans Möller und Wolfgang Cezanne, *Die Europäische Union als Währungsunion? Währungspolitische Probleme der EG im Hinblick auf die Bewahrung des gegenwärtigen Standes der Integration und die Weiterentwicklung in Richtung auf eine Währungsunion*, Baden-Baden 1979; Hermann Priebe et al., *Die agrarwirtschaftliche Integration Europas*, Baden-Baden 1979; Eberhard Grabitz und Thomas Läufer, *Das Europäische Parlament*, Bonn 1980.

³ Die bedeutendste systematische Leistung auf dem Feld dieser Disziplin ist immer noch Hans Peter Ipsen, *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, Tübingen 1972. – Das neueste Lehrbuch stammt von Thomas Oppermann, *Europarecht*, München 1982.

⁴ Einen besonders guten Überblick über die gesamte Spannweite der Thematik „Europäische Gemeinschaften“ bietet der von Hans von der Groeben und Hans Möller als Teil des Projektes „Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union“ herausgegebene Band, *Die Europäische Union als Prozeß*, Baden-Baden 1980.

⁵ Siehe dazu exemplarisch Reinhardt Rummel, *Zusammengesetzte Außenpolitik. Westeuropa als internationaler Akteur*, Kehl a. Rh./Straßburg 1982.

⁶ Als Beispiele seien an dieser Stelle nur genannt Norbert Gresch, *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG*, Baden-Baden 1978, und Geoffrey Pridham and Pippa Pridham, *Transnational Party Co-operation and European Integration. The Process Towards Direct Elections*, London 1981.

schaftler, doch auch die finanzielle und organisatorische Förderung durch europäische Organe gleichfalls zu diesem großen Reichtum an wissenschaftlichen Arbeiten geführt. Viele Arbeiten aus den genannten Disziplinen werden hinsichtlich der methodologischen Modernität ihres Ansatzes, dank einer häufig ausgeprägt übernationalen Zusammenarbeit der Forscher, auch aufgrund des interdisziplinären Zugriffs dem so bemerkenswert neuen Phänomen europäischer Integration voll gerecht. Verglichen damit ist die professionelle Geschichtsforschung zurückgeblieben⁷.

Das war bisher mehr oder weniger unvermeidlich. Wo die amtlichen Archive noch nicht zugänglich sind, hält sich der zünftige Historiker zurück und überläßt es dem Politikwissenschaftler oder dem wissenschaftlich gebildeten Journalisten, ein erstes, einigermaßen empirisch fundiertes Bild der Vorgänge zu erarbeiten. Vielfach haben sich auch Ökonomen und Juristen der Aufgabe gestellt, die Entwicklungsgeschichte der von ihnen behandelten Prozesse oder Institutionen zu erhellen⁸.

Soweit die Vorgänge durch die Rechtswissenschaft, die Wirtschaftswissenschaften oder die Politische Wissenschaft behandelt werden können, verfügen wir also bereits über ziemlich klare, auch vertiefte Kenntnisse. An den bekannten Jahrbüchern⁹ und Monographien haben teilweise Historiker mitgewirkt. Über jenem Teil der Europapolitik aber, den nur die zünftige Zeitgeschichtsforschung ausleuchten kann, lagern bis heute in weiten Bereichen bald mehr, bald weniger dichte Nebelschwaden. Da und dort treten die Konturen der historischen Landschaft zwar bereits schärfer hervor. Aber auf den Feldern der Diplomatiegeschichte, bezüglich der innenpolitischen Entscheidungsprozesse, hinsichtlich der Motive und Kalküle zentraler Akteure sind wir vielfach noch auf Vermutungen angewiesen. Hier lagen bis vor kurzem nur die Ergebnisse einer ersten Phase der Forschung vor, die man mit allem Respekt für die teilweise nützlichen Arbeiten doch nur Historiographie im Jahrbuchstil, journalistische und politologische Wirklichkeitsbeschreibung, aber noch nicht zeitgeschichtliche Forschung in einem anspruchsvolleren Sinn nennen muß.

Diese erste Welle einer (in den Begriffen Nietzsches zu sprechen) teils heroischen, teils archivalischen Behandlung der Integrationsgeschichte wird gegenwärtig von einer zweiten Welle von Arbeiten abgelöst. Dort, wo amtliche, halbamtliche oder private Archive schon offen sind, sind wir während der vergangenen Jahre in eine neue Phase der Forschung eingetreten, die in der Tat bereits als kritische Darstellung im Sinn zünftiger Zeitgeschichtsforschung verstanden werden kann. Dank dem unter-

⁷ Den neuesten Stand erörtert Roy Pryce, Zum aktuellen Forschungsstand über die Europäische Integration in Westeuropa, in: *Integration* 4/1982, S. 164–177.

⁸ Beispielhaft ist etwa die stark auf interne Quellen der EG-Kommission und auf Befragungen gestützte Untersuchung von Hans von der Groeben, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden-Baden 1982.

⁹ Hier ist zu nennen der zuletzt von Donald C. Watt herausgegebene „Survey of International Affairs“ und die Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sowie neuerdings das von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels herausgegebene „Jahrbuch der Europäischen Integration“, Bonn 1981 und 1982.

schiedlichen Tempo, in dem die Regierungen oder einzelne Parteien und Akteure Zugang zu den Archiven gewähren, ist diese zweite Phase zeitgeschichtlicher Forschung in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft unterschiedlich weit vorangekommen¹⁰.

Paradoxerweise war und ist die historische Europaforschung sowohl hinsichtlich der Breite wie bezüglich der quellenmäßigen Fundierung in jenem Land am weitesten voran, das sich von allen großen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft mit dem europäischen Zusammenschluß am schwersten getan hat und immer noch tut: in Großbritannien. Eben weil Europa in England so umstritten war, hat die Erforschung dieser Kontroversen von Anfang an das besondere Interesse der britischen Zeitgeschichtsforschung gefunden. Als hilfreich erweist sich dazu die im Fall Englands so besonders forschungsfreundliche Handhabung der Dreißig-Jahre-Sperre.

Die gewissenhafte, uneingeschränkte Anwendung der Dreißig-Jahre-Regel hat zur Folge, daß Großbritannien heute einen Vorsprung von etwa drei Jahren hat. Wenn es so weitergeht wie bisher, wird also die Geschichte der europäischen Integration zuerst aus britischer Perspektive geschrieben werden. Man kann darin eine Rache der Geschichte an der Sechsergemeinschaft sehen. Jedenfalls ist es die Rache der Geschichte an jenen europäischen Regierungen, die sich zwar im Prinzip zur Dreißig-Jahre-Regel bekennen, in der Praxis aber die Archive noch nicht über das Jahr 1949 hinaus zugänglich gemacht haben.

Als zweites Land unter den „Top seven“ dieser zweiten Welle europäischer Geschichtsschreibung ist Frankreich zu nennen. Auch hier arbeiten ausgewiesene Forscher an Monographien; auch hier ist eine größere Zahl von Doktorarbeiten im Gang oder abgeschlossen.

Etwas weniger zahlreich sind einschlägige quellengestützte Forschungen in Italien und in den Beneluxstaaten.

In der Bundesrepublik steht – trotz einzelner rühmlicher Ausnahmen – die Erforschung der europäischen Einigungspolitik Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre noch ganz in den Anfängen¹¹. Das Interesse der Forschung gilt noch vorwiegend der Besatzungspolitik, der Vorgeschichte der Bundesrepublik, dem Kalten Krieg oder zunehmend der Geschichte der Bundesrepublik selbst¹², weniger Europa. Das kann sich erst ändern, wenn die Quellensituation günstiger wird.

Um welche Art von Arbeiten handelt es sich nun bei diesen – wie wir sie nennen – Forschungen der zweiten Welle?

Ihre gegenwärtigen Charakteristiken sind:

¹⁰ Zur Archivsituation vgl. Walter Lippens (Hrsg.), *Sources for the History of European Integration (1945–1955)*. *Sources de l'intégration européenne (1945–1955)*, Leiden/Bruxelles 1980.

¹¹ Genannt seien Hanns Jürgen Küsters, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, und Peter Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründungsgeschichte von Euratom 1955–1957*, Baden-Baden 1982.

¹² Einen Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand vermitteln meine beiden Bände „Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949–1957“ und „Die Ära Adenauer. Epochenwechsel, 1957–1963“ (= *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Band 2 und 3), Stuttgart/Wiesbaden 2. Aufl. 1982 und 1983.

1. Nationale Orientierung.

Das Interesse richtet sich auf die Europapolitik eines Landes (also: „Italien und der europäische Zusammenschluß“, oder: „England und der europäische Zusammenschluß“). Ebenso interessieren bestimmte Gruppierungen eines Landes (etwa: „Les français libres et l'idée européenne“¹³, „Labour und Europa“) oder bestimmte funktionale Bereiche.

2. Eine gewisse Willkür und Zufälligkeit der Themenauswahl fällt auf.

Man hat den Eindruck, daß manche der Studien ihre Entstehung dem Vorhandensein bestimmter Politiker-Nachlässe, Tagebücher, Parteiarchive usw. verdanken. Von systematischer Erforschung des Phänomens europäische Integration kann meist kaum die Rede sein – vor allem deshalb, weil die Quellenlage dies noch nicht zuläßt.

3. Ein drittes Merkmal ist die Beiläufigkeit, in der die europäische Integration behandelt wird.

Das Thema Integration ist meist ein Teilaspekt. Die europäische Integration wird verschiedentlich nur im Zusammenhang umfassender Studien erforscht, die der gesamten Außenpolitik eines Landes gelten.

4. Auffällig ist ein genereller Mangel an Systematik, an theoretischer Orientierung, ganz zu schweigen von einem übernationalen Ansatz.

Gewiß, es gibt einige wenige Arbeiten, die von vornherein transnational angelegt sind, über die Ideen, Organisationen und Aktivitäten der Europabewegung¹⁴. Es sind auch erste Studien über europäische Institutionen im Gang (über die OECD, über die monetäre Zusammenarbeit)¹⁵. Aber der Eindruck hält sich doch, daß systematische und staatenübergreifende, vergleichende Forschungen bisher die Ausnahme darstellen. Tatsächlich dürfte die systematische Integrationsforschung erst in einer dritten Phase möglich werden, die dann erreicht ist, wenn die weitgehende Zugänglichkeit der amtlichen und privaten Archive eine breit ansetzende und transnationale Integrationsforschung erlaubt.

Beim Blick auf die heute vorliegenden Arbeiten gewinnt man aber auch den Eindruck, daß sich selbst jene Zeitgeschichtsforscher, die dem Thema „Europa“ Beachtung schenken, über die fundamentalen systematischen, methodologischen, forschungsorganisatorischen und theoretischen Erfordernisse der Europaforschung sehr viel weniger Gedanken machen als etwa die Politikwissenschaftler, die Ökonomen und die Juristen. Dies führt zu einer zweiten These bezüglich des Forschungsstandes.

Die zeitgeschichtliche Integrationsforschung, sofern sie überhaupt betrieben wird – so die zweite These –, ist im ganzen theoretisch ziemlich unreflektiert, methodologisch wenig entwickelt und immer noch vorwiegend der nationalen Blickweise verhaftet. Kurz: sie wird ihrem Gegenstand nicht voll gerecht.

¹³ Pierre Guillen, *Les Français libres et l'idée européenne*, Genève 1982.

¹⁴ Grundlegend Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, 1945–1950. Erster Teil 1945–1947*, Stuttgart 1977.

¹⁵ Siehe z. B. die Studien von Peter Ludlow, *The Making of the European Monetary System*, Woburn, Mass. 1982, und D. C. Kruse, *Monetary Integration in Western Europe: EMU, EMS and Beyond*, London/Boston 1980.

Theoretisch unreflektiert, was ist damit gemeint? Wie immer man politische Ziele und Konzepte des europäischen Zusammenschlusses auch bewertet, so ist doch unbestritten, daß die in Westeuropa geschaffenen Institutionen und die seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre ablaufenden politischen und wirtschaftlichen Prozesse ganz neuartig sind. Wir beobachten: ein staatenübergreifendes Zusammenspiel von politischen Eliten, von Bürokratien und Verbänden; den Aufbau von Gemeinschaftsinstitutionen; die Wirksamkeit transnationaler Ideen, die ganz gezielt in die nationalstaatlichen Willensbildungsprozesse eingespeist werden; kurz die Entstehung von Gemeinschaftssystemen von großer Komplexität. Sie rechtfertigen es prinzipiell nicht mehr, jene vorwiegend auf den Nationalstaat bezogene Perspektive beizubehalten, die für die meisten Arbeiten auch der eben skizzierten zweiten Welle noch typisch ist.

Es sei dabei durchaus offengelassen, wieweit die nationalstaatliche Perspektive nach wie vor fruchtbar und unentbehrlich ist. Dazu gleich mehr. Aber eines dürfte doch kaum bestreitbar sein: Wenn in diesen Jahren die Erforschung ganz neuartiger Phänomene voll in Gang kommt, so wird eben auch die Reflexion darüber einsetzen müssen, was das für die Fragestellungen und für die Methoden bedeutet. Dieser Prozeß des Nachdenkens über die angemessenen Paradigmen moderner Europafor schung steckt aber auf seiten der zünftigen Historiker allenfalls in den Anfängen.

Die folgenden Ausführungen sind dazu bestimmt, einige Perspektiven zu erörtern, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Diese zeichnen sich bei genauem Zusehen schon in Umrissen ab. Doch dürfte es der Forschung gut bekommen, wenn die Diskussion über die Forschungsperspektiven jetzt geführt wird, bevor sich jeder von uns in die Archive stürzt. Erst dann kann die dritte Phase kritischer, theoretisch anspruchsvoller, systematischer zeitgeschichtlicher Integrationsforschung voll beginnen.

II.

Im folgenden seien drei zusammengehörende Bündel von Perspektiven genannt, die sich wohl auf die eine oder andere Art und Weise in der Forschung durchsetzen dürften. Wir koppeln dabei jeweils unterschiedliche Perspektiven zusammen, die unserer Auffassung nach miteinander kombiniert werden müssen, wenn die Vorgänge angemessen dargestellt und bewertet werden sollen. Etwas abstrakt gesprochen, bezieht sich der erste Perspektivenkomplex auf die Akteure im internationalen System, der zweite auf die Subsysteme im Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen und der dritte auf die Zeitdimension.

Das erste und wichtigste Paar von Perspektiven, an denen sich die Forschung orientieren sollte, ist die nationale und die supranationale Perspektive. Von allen denkbaren Fragestellungen ist dieses Perspektivenpaar das wichtigste; wir werden uns im folgenden vor allem mit ihm beschäftigen.

Als zweites Paar ist auch noch der Perspektivenkomplex multilateral organisierter Außenpolitik zu nennen. Dabei ist eine vorwiegend atlantische und eine im engeren Sinn europäische Perspektive denkbar.

Das dritte Paar von Perspektiven bezieht sich auf den historischen Zeitraum. Die Erforschung des Aufbaus Europas kann sich entweder relativ eng auf die Kriegszeit und die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrieren, oder aber sie wird versuchen, den Aufbau Europas in der Nachkriegszeit in einen weiteren Horizont europäischer Innen- und Außenpolitik zu stellen.

Im folgenden wird die Auffassung vertreten, daß die Forschung nur dann die Eigenart der europäischen Integration nicht verfehlt, wenn die hier angesprochenen Perspektiven zur Konvergenz kommen und wenn die Arbeiten der Dialektik der Prozesse voll gerecht werden: der Dialektik nationaler und supranationaler Politik, auch: der Dialektik von Europäismus und Atlantizismus.

1. Supranationale und nationale Perspektiven

Zuerst zu jenen beiden Perspektiven, die wir die „nationale“ und die „supranationale“ genannt haben.

a) Die supranationale (oder europäische) Perspektive

In der Integrationsforschung der vergangenen drei Jahrzehnte, die – wie eben ausgeführt – nicht in erster Linie von Historikern, sondern vorzugsweise von Juristen, Ökonomen, Politikwissenschaftlern betrieben wurde, dominierte bekanntlich in weiten Bereichen ein Ansatz, der die Integration als Zusammenwachsen einer europäischen Gemeinschaft begreift. Die europäische Gemeinschaft ist, dieser Auffassung zufolge, qualitativ von der sonstigen internationalen Zusammenarbeit unterschieden. Sie überführt die ihr angehörenden Nationalstaaten in einen wesensmäßig neuen, wenn auch schwer definierbaren Aggregatzustand. Über das Endziel des Prozesses gibt es bekanntlich unterschiedliche Vorstellungen.

Die Föderalisten verstanden und verstehen den Zusammenschluß als historischen Prozeß auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat. In einem bescheideneren Verständnis führt die Integration doch zumindest zu einer Gemeinschaft von irgendwie staatenbundlicher Qualität, möglicherweise zu einer politischen Einheit neuen Typs – „monstro simile“, könnte man mit der berühmten, auf das alte Römische Reich Deutscher Nation gemünzten Formulierung Pufendorfs sagen. Der Begriff „monstrum“ bringt dabei zum Ausdruck, daß es sich um ein „irreguläres“ politisches Gebilde handelt, das in die bisher bekannten Typologien der Staatsformenlehre oder der Theorie von den Staatenverbindungen nicht hineinpaßt. Während aber das Römische Reich Deutscher Nation nach Meinung Pufendorfs den Realtypus eines politischen Dekompositionsprozesses darstellte¹⁶, ist die entstehende „europäische Gemeinschaft“ ein Wachstumsvorgang – „unvollendeter Bundesstaat“¹⁷, in der bekannten

¹⁶ Samuel Pufendorf, Die Verfassung des deutschen Reiches, Stuttgart 1976, S. 106 f. (= 6. Kapitel, § 9).

¹⁷ Walter Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse, Düsseldorf/Wien 1969. Hallstein hat der Neubearbeitung dieser programmatischen Analyse im Jahr 1973 den Titel „Die Europäische Gemeinschaft“ gegeben.

Formulierung Walter Hallsteins oder, sehr viel bescheidener und der gegenwärtigen Wirklichkeit näher, ein für weitere Ausgestaltung offener „Zweckverband funktionaler Integration“¹⁸.

Wesentliche Elemente dieser supranationalen Perspektive zum Verständnis des Geschichtsvorgangs sind jedenfalls: die Idee einer Entwicklung hin auf eine „finalité politique“; die Idee der Einzigartigkeit des mit der Integration begonnenen Unternehmens; die Idee einer wie auch immer im einzelnen beschaffenen Transformation der gewachsenen europäischen Nationalstaaten; auch: die Idee, daß es sich dabei um einen legitimen, den Geboten wirtschaftlicher und politischer Vernunft gleichermaßen entsprechenden, wesentliche Bereiche der Außen- und Innenpolitik erfassenden Vorgang handelt.

Die Geschichtsschreibung wird das ernst nehmen müssen. Der Gesamtvorgang kann eben nur angemessen gewürdigt werden, wenn man tatsächlich anerkennt, daß hier Visionen und Energien im Spiel waren (und vielleicht noch sind), die trotz aller Unterschiede der Zielvorstellungen und der institutionellen Konzepte die bestehenden Staaten in eine größere Einheit einschmelzen wollten und deren Träger fest davon überzeugt waren, daß ihnen die Zukunft gehöre.

In manchem ist diese Perspektive mit derjenigen durchaus vergleichbar, die von der national orientierten deutschen oder italienischen Geschichtsschreibung in der zweiten Hälfte des 19. und in der ersten des 20. Jahrhunderts gepflegt worden ist, wenn es um die Erforschung der Einigung Deutschlands und Italiens ging.

Unnötig zu sagen, daß die Integrationsforschung dabei die penetrante Parteilichkeit kleindeutscher Geschichtsschreibung vermeiden muß. Die kleindeutschen Historiker – etwa Treitschke und von Sybel – wollten beweisen, daß und warum Metternich unrecht hatte und weshalb die deutsche Nationalbewegung im Recht war. Auch der Historiker der europäischen Integration sollte also nicht danach trachten, im nachhinein zu beweisen, daß – wir überspitzen etwas – Jean Monnet recht und de Gaulle unrecht hatte. Aber als Forschungsperspektive, die Fragen aufwirft, als Perspektive, die ein Verständnis der Entwicklung erlaubt, als Perspektive auch, die den Gesamtvorgang bewerten läßt (mit seinen Erfolgen ebenso wie mit den Mißerfolgen), ist der supranationale oder europäische Ansatz nützlich, selbst wenn er schließlich nur zu einer Sicht der Dinge führen sollte, die Ernest May „disappointed history“¹⁹ genannt hat.

Ein angemessenes Verständnis der Europapolitik in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren ist jedenfalls nur möglich, wenn man von der Erkenntnis ausgeht, daß sich seit der Kriegszeit und verstärkt seit Ende der vierziger Jahre eine Gruppe transnational zusammenspielender, in enger Diskussion und Planung befindlicher Politiker, Beamten, Journalisten, Wirtschaftler, auch von Militärs zusammengefunden hat, die ihre politischen Entwürfe nicht nur von den nationalen Gegebenheiten,

¹⁸ Hans Peter Ipsen, *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, § 8.

¹⁹ Ernest May, *Lessons of the Past. The use and misuse of history in American foreign policy*, New York (Oxford Univ. Pr.) 1973.

sondern auch von den europäischen Möglichkeiten her konzipiert hat. Diese Möglichkeiten sind erst recht dank der regen politischen Kommunikation erkannt worden, die sich in der transnationalen Zusammenarbeit europäisch orientierter Parteien²⁰, in europäischen parlamentarischen Versammlungen und in der konkreten Arbeit an Integrationsprojekten herausgeformt hat.

Die eben skizzierte Eigenart europäischer Integrationspolitik dürfte sich freilich nur dann voll erfassen lassen, wenn die Forscherteams, die die Vorgänge untersuchen, sowohl mit den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Bedingungen ihrer Herkunftsländer wie mit den auf europäischer Ebene operierenden Gruppen der Integrationspolitiker und -spezialisten gleichermaßen vertraut sind. Wer also die supranationale Perspektive für fruchtbar hält, wird auch um einen übernationalen Forscherverbund bemüht sein müssen. Die europäische Perspektive kommt in multinationaler und interdisziplinärer Zusammenarbeit naturgemäß deutlicher ins Blickfeld als bei Ansätzen, die sich auf jeweils ein politisches System konzentrieren.

Mit der europäischen Perspektive ist ein Ansatz verbunden, der wegen seiner Bedeutung doch angesprochen werden soll, auch wenn keine ausführliche Erörterung möglich ist: die Analyse der Integrationsstrategien.

Wir alle wissen, daß die Auseinandersetzungen um die angemessene institutionelle Gestaltung Europas von Anfang an im Zentrum der Auseinandersetzungen stand und bis heute steht. Zweifellos sind die entsprechenden Konzepte – konstitutionalistischer Ansatz, additive Teilintegration, gouvernementale Kooperation, Wirtschafts- und Währungsunion, integrierte Verteidigung usw. – immer gleichzeitig ein Ausdruck der divergierenden Zielvorstellungen gewesen²¹, damit auch ein Ausdruck des politischen Willens bestimmter Regierungen. Aber die Integrationskonzepte waren ja auch unter den Föderalisten umstritten. Jean Monnet stand, wie wir wissen, dem Gedanken des Gemeinsamen Marktes lange Zeit mit ziemlicher Skepsis gegenüber²², während umgekehrt deutsche, niederländische und belgische Experten, die sich der vergleichsweise beschränkten praktischen Erfolge der Montan-Union bewußt waren, die Idee der additiven Teilintegration ablehnten. Methodenfragen sind eben nicht nur ein Ausdruck von Zielkonflikten. Sie entzweien auch jene, unter denen hinsichtlich des Fernziels Übereinstimmung besteht.

Die Problematik der Integrationsstrategien wurde bekanntlich während der ganzen uns beschäftigenden Periode noch dadurch kompliziert, daß sich die Erfordernis-

²⁰ Der Begriff „transnationale Gesellschaft“ stammt von Raymond Aron. Karl Kaiser hat, unter Bezugnahme auf ihn und auf Stanley Hoffmann, den Begriff auf die „Zusammenarbeit zwischen Funktionsebenen bestimmter Sachbereiche“ eingegrenzt – ein Verständnis, das im Fall der europäischen Integration seine Fruchtbarkeit erweist. Karl Kaiser, *Transnationale Politik*, in: Ernst-Otto Czempel (Hrsg.), *Die anachronistische Souveränität*, Köln/Opladen 1969, S. 94 f.

²¹ Dazu der Verf. in dem Aufsatz „Europa föderieren – aber wie?“, in: *Demokratisches System und politische Praxis der Bundesrepublik*. Festschrift für Theodor Eschenburg, München 1972, S. 377–445.

²² Das arbeitet Hanns Jürgen Küsters überzeugend heraus. Vgl. *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, S. 68–77, 109–112, 228–231.

se der europäischen Zusammenarbeit mit der Aufgabe einer erneuerten weltwirtschaftlichen Integration verbanden. Das führte zu jenen bekannten Spannungen zwischen einem freihändlerischen, weltweit konzipierten ökonomischen Integrationskonzept und den Ideen europäischer politischer Integration.

Eine den Integrationsstrategien nachspürende Erforschung des europäischen Zusammenschlusses wird auf vielen Ebenen ansetzen müssen. Sie wird die Konzepte herausarbeiten und geistesgeschichtlich zu verstehen suchen. Sie wird sich der Frage verschreiben, welche Bedeutung dem Mißerfolg bestimmter Integrationsansätze für die Ausgestaltung neuer zukam. Sie wird in diesem Zusammenhang die noch vielfach wenig erforschte Tätigkeit technokratischer und bürokratischer Experten sowie der relevanten Bürokratien erforschen. Und sie wird auch klären müssen, wieweit die von einzelnen Regierungen oder Parteien bevorzugten Integrationsstrategien nationale Interessen, tief in der nationalen Kultur verwurzelte Erfahrungen sowie innenpolitische und innerbürokratische Differenzen zum Ausdruck brachten.

Unnötig zu sagen, daß ein supranationaler Forschungsansatz nur dann fruchtbar werden kann, wenn er von einerseits international, andererseits multidisziplinär zusammengesetzten Forschergruppen realisiert wird. Der Diplomatiehistoriker kann auf diesem Feld wenig ausrichten, wenn ihm nicht Wirtschaftshistoriker, Wirtschaftswissenschaftler und Juristen zur Seite treten.

b) Die nationale Perspektive

Bisher war nur von der Perspektive die Rede, die das fraglos Neue der europäischen Zusammenarbeit beleuchtet. Aber der Blick auf die bisherigen Arbeiten zeigt, daß auch die nationale Perspektive gleichfalls unverzichtbar und von großer Fruchtbarkeit ist.

Nationale Perspektive meint dabei verschiedenes: Konzentration des Forschungsinteresses auf einen Staat, im Regelfall auf denjenigen, dem der Forscher entstammt; Überzeugung des Forschers, daß die bestehenden Staaten trotz aller europäischen Interdependenz im Untersuchungszeitraum die entscheidenden politischen Einheiten waren und daher den Fokus jeder ernsthaften Forschung bilden müssen. Bisher dominiert diese Perspektive in den zeitgeschichtlichen Arbeiten der zweiten Welle. Man kann die Prognose wagen, daß sie sich künftig eher noch verstärken wird.

Auch eine nationale Perspektive würdigt ja durchaus, daß durch die europäischen Impulse und Institutionen in die jeweils nationale Außen- und Innenpolitik neue Elemente hereingeströmt sind. Aber diese werden eben doch primär in dem vertrauten Kontext des nationalen Willensbildungs- und Entscheidungssystems analysiert.

Der Historiker, der von der Fruchtbarkeit nationaler Perspektive überzeugt ist, fragt vor allem, inwiefern die europäische Zusammenarbeit aus der Sicht des Einzelstaates lediglich ein Mittel war, um zahlreiche Probleme der internationalen Zusammenarbeit (nicht zuletzt das Deutschlandproblem) zweckmäßig und auf innovative Art und Weise zu lösen, ohne aber auf die eigene politische Identität und die Wahrung nationaler Interessen zu verzichten. Natürlich läßt sich auch das Widerstreben

der nationalstaatlichen Traditionen gegen die „europäische“ Zersetzung gewachsener staatlicher Substanz historisch am angemessensten würdigen, sofern sich das Forschungsinteresse auf den jeweiligen nationalen Rahmen richtet.

Es wird also zu erwarten sein, daß die künftigen Integrationsforscher bald mehr die supranationale, bald stärker die nationale Perspektive bevorzugen. Beides ist legitim. Wenn sie dabei in ganz offenkundiger Weise die politischen Kontroversen, die vor zwanzig und dreißig Jahren geführt wurden, noch einmal nachvollziehen, dann ist dies natürlich und sogar in gewissem Maß fruchtbar. So läßt sich heute schon in entsprechenden britischen Arbeiten auf seiten „europäisch“ eingestellter Historiker deutlich die Auseinandersetzung mit der Empire-Tradition sowie mit bestimmten englischen Spielarten der Gleichgewichtspolitik aufspüren, während umgekehrt in der einen oder anderen neueren Arbeit da und dort Tendenzen erkennbar sind, für das europäische Zögern Labours, doch auch großer Teile der Tories, um Verständnis zu werben.

Die nationale Perspektive dürfte bei der kommenden Forschung auch deshalb nahe liegen, weil sich auch die Historiker dem heute vorherrschenden Zeitgeist nicht entziehen können, der sich desillusioniert von dem immer ineffektiver werdenden Koordinationssystem abzuwenden beginnt, zu dem die Europäische Gemeinschaft ohne Aussicht auf Rettung zu degenerieren scheint.

Eine gewisse Aufwertung der nationalen Perspektive dürfte sich vor allem aus den neu zugänglichen Quellen ergeben. Dabei wird zu erwarten sein, daß selbst auf das Wirken „europäisch“ eingestellter Politiker einige Schatten des Zweifels fallen.

Es gehörte zu den innersten Überzeugungen der europäischen Bewegung, daß sich seit dem Erscheinen von Graf Coudenhove-Kalergis Schrift „Paneuropa“ und seit der Initiative Aristide Briands auf dem Felde der europäischen Außenpolitik zwei große Denkschulen begegnen: die Anhänger überkommenen nationalstaatlichen Denkens und diejenigen, die Europa in neuen Formen organisieren wollen, wobei im einzelnen unklar ist, auf welches Ziel die neue Organisation Europas hinauswill und wie weit die Beteiligten zu gehen bereit sind. Die maßgebenden Politiker und Parteien der europäischen Einigungsbewegung – also durchaus die „guten Europäer“ – waren sich allerdings zumeist darüber im klaren, daß man, so wie die Staaten und die internationale Konstellation nun einmal beschaffen sind, beides gleichzeitig erstreben mußte: Europa zusammenschließen *und* den Interessen sowie den Sachzwängen des eigenen Landes entsprechen. In dieser Hinsicht haben sich die europäisch gesonnenen Politiker meist von den Intellektuellen und anderen Aktivisten der Europabewegung unterschieden, die rasch viel weiter gehen wollten. Allerdings neigten die „guten Europäer“ sowohl während ihrer politischen Aktivitäten wie im Rückblick dazu, vor allem ihre zukunftsorientierten europäischen Ziele zu beleuchten und die durchaus noch mächtigen, auch in ihren Überlegungen vielfach ausschlaggebenden nationalstaatlichen Interessen und Sachzwänge zumindest rhetorisch herunterzuspielen. Die heroische Integrationspublizistik der ersten Phase hat sie dabei nicht selten unkritisch beim Wort genommen.

Bekanntlich orientiert sich ein Teil der bisher vorliegenden Darstellungen über die europäische Einigungsbewegung an der föderalistischen Zielsetzung. Europäische

Programmatik und Rhetorik der an der Einigung beteiligten Kräfte werden in den Arbeiten der ersten Phase zeitgeschichtlicher Forschung wenn schon nicht zum Nennwert genommen, so doch sehr hoch veranschlagt. Entsprechend optimistisch ist dann die Einschätzung der Möglichkeiten eines Durchbruchs zur Föderation in den frühen fünfziger Jahren.

In diesem Punkte, so läßt sich beim Blick auf die bisher vorliegenden, nicht allzu zahlreichen quellengestützten Arbeiten vermuten, dürfte die künftige Forschung zu einer gewissen Desillusionierung führen. Es wird wohl kaum zu vermeiden sein, daß eine genaue Analyse der Vorgänge herausarbeitet, wie selbst bei den „guten Europäern“ die auf den eigenen Staat bezogene Interessenkomponente aus vielen Gründen noch außerordentlich stark gewesen ist.

Man wird auch erwarten können, daß eine ganze Reihe von Historikern die idealistische oder wenigstens hochgemute Interpretation der europäischen Einigung mit ähnlich zynischem Vergnügen demontieren möchte, wie dies zu beobachten war, als die ersten jüngeren amerikanischen Forscher während der sechziger Jahre in einem veränderten politischen Klima die amerikanische Nachkriegspolitik auf dem Weg zum Kalten Krieg analysiert haben. Revisionismus der Integrationspolitik während der fünfziger Jahre könnte unter Historikern bald ebenso chic werden wie seinerzeit der Revisionismus bezüglich der Schuld am Kalten Krieg.

Eine kritische Neubewertung der Integrationspolitik wird wohl früher oder später kommen. Wie alle Politik ist auch die der europäischen Integration mit Mythen verbunden. Mythen können sich aber im 20. Jahrhundert dem Schicksal der Entmythologisierung nicht entziehen. Zweifellos wird also die nun in Gang kommende Forschung etablierte Deutungen der Vorgänge in Frage stellen, die Rolle der großen Akteure, ihrer Berater und publizistischen Helfer neu zu bewerten suchen und die bisherigen Interpretationsmuster auf ihre Ergiebigkeit hin untersuchen. Ganz werden wohl auch Paul-Henri Spaak und Jean Monnet, Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman diesem Schicksal nicht entgehen können.

Vielleicht müssen wir also mit Bestrebungen rechnen, in allem und jedem die ewige Schabigheit nationalistischer Interessenpolitik nachzuweisen. Langfristig dürfte sich die Europabewegung um das Geschichtsbild der „großen Europäer“ allerdings wohl keine Sorgen zu machen brauchen, auch wenn ein integrationspolitischer Revisionismus vielleicht da und dort übers Ziel hinausschießen sollte.

Man wird wahrscheinlich bei den Motiven der „guten Europäer“ einige Abstriche machen. Die Forschung mag zeigen, daß zwischen ihrer Rhetorik und ihrem tatsächlichen Denken jene sattsam bekannten Unterschiede bestanden, die jedem geläufig sind, der sich mit Diplomatiegeschichte und mit Politik generell befaßt.

Doch es spricht viel dafür, daß die künftige Forschung *eines* erhärten wird: die Kühnheit, in der sich die europäisch eingestellten Politiker auf völlig unerprobte, gänzlich neue europäische Lösungen für die drängenden Probleme eingelassen haben, war in ihrer Art beispiellos, ja waghalsig. Sie hatte in der Geschichte des 20. Jahrhunderts weder zuvor noch danach ihresgleichen, nicht einmal bei jenen, die sich in den zwanziger Jahren auf das Völkerbundexperiment einließen und damit scheiterten.

Beim Vergleich dieser europäischen Experimentierfreude und Risikobereitschaft mit der gewiß auch erfahrungsgesättigten, aber doch auch unfruchtbaren, primär nationalstaatlichen Orientierung ihrer innenpolitischen Gegenspieler dürfte sich doch wieder und wieder herausstellen, daß mit der Integrationspolitik eine neue Qualität in die europäische Nachkriegspolitik Einzug gehalten hat. Es gilt also, damit seien diese Betrachtungen über den ersten Perspektivenkomplex zusammengefaßt, einen dialektischen Ansatz zu wählen, der die supranationalen Elemente ebenso einbezieht wie die nationalen.

2. Multilaterale Außenpolitik: die atlantische und die europäische Perspektive

Allerdings wird zu fragen sein, und das führt zum zweiten Perspektivenkomplex, der jetzt sehr viel kürzer behandelt werden kann: Sind die späten vierziger und die fünfziger Jahre nicht überhaupt durch ein bemerkenswertes Ausmaß an ganz neuartiger zwischenstaatlicher Zusammenarbeit gekennzeichnet gewesen? Ist die europäische Integration, so gesehen, nicht nur ein Teilaspekt sehr viel umfassenderer Gemeinschaftsbildung zwischen den freiheitlichen Demokratien abendländischer Kultur, marktwirtschaftlicher Ordnung und verfassungsstaatlicher Form? Haben wir es nicht mit einer spezifisch europäischen Variante weltweiter multilateraler Organisation der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik zu tun?

Unnötig zu sagen, daß in diesem Zusammenhang vor allem die atlantische Perspektive Aufmerksamkeit verdient. Eine bezeichnende Anekdote mag dies erhellen. Auf dem Flug von Cadenabbia nach Bonn bemerkte der alte Kanzler gegenüber dem Sicherheitsberater Kennedys McGeorge Bundy im Mai 1963, Großbritannien wolle einfach nicht zugeben, daß Frankreich die führende Macht in Europa sei. Bundy bemerkte darauf kurz und bündig, in den nächsten zehn bis 15 Jahren sei weder Frankreich noch England die führende Macht in Europa, die führende Macht in Europa seien die Vereinigten Staaten. Hätte Bundy über die beiden vorhergehenden Jahrzehnte 1943–1963 gesprochen, wäre sein Urteil wohl nicht anders ausgefallen. Eine systematische Erforschung des europäischen Zusammenschlusses, die den grundlegenden Sachverhalt der amerikanischen Großmachtpräsenz nicht ständig in die Forschungskonzepte mit einbezieht, würde in der Tat ein größeres Maß an Blindheit erkennen lassen, als dem Historiker erlaubt ist.

Allerdings sind es erst einzelne Forscher, die auf diese Zusammenhänge gezielt eingegangen sind²³. Faßt man die amerikanische Forschungslandschaft ins Auge, so liegt bisher ein ganz auffälliges Schwergewicht bei zeitgeschichtlichen Arbeiten über die Ost-West-Beziehungen. Der Revisionismus der späten sechziger Jahre hat in dieser Hinsicht die Forschungsperspektive fast ein Jahrzehnt lang verengt. Langsam kom-

²³ Am vorbildlichsten Pierre Melandri, *Les Etats-Unis face à l'unification de l'Europe, 1945–1954*, Lille 1979.

men quellenmäßig abgesicherte Arbeiten über den Marshallplan²⁴, über die Gründung der NATO und den Aufbau des atlantischen Sicherheitssystems²⁵, aber auch über die amerikanische Frankreich-, England-, Italienpolitik²⁶ in Gang. Erst wenn dieser Komplex umfassend aufgearbeitet ist, wird sich auch abschätzen lassen, inwiefern die europäische Integration ein autonomer europäischer Vorgang oder inwiefern sie in starkem Maß auch ein Reflex auf amerikanische Impulse gewesen ist. Jedenfalls haben die USA seit 1943 praktisch die Rolle einer europäischen Großmacht gespielt.

Auch die wirtschaftspolitischen Aspekte des europäischen Zusammenschlusses können nur im Rahmen eines Forschungsansatzes angemessen analysiert werden, der die westliche Weltwirtschaft als Einheit begreift und dem Umstand Rechnung trägt, daß in dieser Einheit zumindest bis Ende der fünfziger Jahre die USA dominierend waren.

Niemand wird heute schon die Hypothese formulieren wollen, daß sich das, was wir als europäischen Zusammenschluß begreifen, in der Forschung der kommenden Jahrzehnte als ein nachgeordneter Vorgang innerhalb der informellen amerikanischen Empires herausstellen wird. Aber der Historiker sollte jedenfalls für eine derartige Perspektive offen sein und sich zumindest der Dialektik zwischen den Bemühungen um einen Zusammenschluß Europas und der Existenz einer Gemeinschaft demokratischer und marktwirtschaftlich organisierter atlantischer Staaten unter Führung Amerikas bewußt bleiben.

Eine Forschung, die sich allein auf die Entstehung des europäischen Multilateralismus konzentrieren würde, ohne die parallel laufenden, übergreifenden, oft auch konkurrierenden Ausformungen multilateraler Zusammenarbeit im atlantischen Rahmen voll im Blick zu haben, wäre also dem Gesamtvorgang nicht angemessen. Nur wer das Ineinander, Nebeneinander und Gegeneinander vor allem des europäischen und des atlantischen Multilateralismus gleichzeitig erfaßt und versteht, wird der Wirklichkeit gerecht. Nur bei der umfassenderen Perspektive kann auch die Eigenart der europäischen Zusammenschlüsse angemessen begriffen werden. Und nur in dieser Perspektive wächst auch das richtige Verständnis für die internationalen Rahmenbedingungen, die den Vorgang der europäischen Einigung mitbestimmt haben. Daß dabei auch die Bedeutung des Ost-West-Konflikts zu würdigen ist, versteht sich von selbst.

Forschungsstrategisch sollten die europäischen Historiker deshalb von vornherein bemüht sein, ihre auf den Bereich der Sechsergemeinschaft oder auf die Mitglieder des Europarates angesetzten Forschungen mit Projekten zu verbinden, die einer Analyse der atlantischen Politik gelten. Nur dann werden auch die großen Kontroversen

²⁴ Bereits im Jahr 1955 erschienen, aber auf amtlichen Quellen beruhend, ist eine Arbeit von Harry Bayard Price, *The Marshall Plan and its Meaning*, Ithaca/New York 1955.

²⁵ Hierzu liegt bereits die schöne Monographie von Escott Reid, *Time of Fear and Hope. The Making of the North Atlantic Treaty*, Toronto 1977, vor.

²⁶ So bezüglich des Verhältnisses USA – Großbritannien die Studien von Robert M. Hathaway, *Ambiguous Partnership: Britain and America 1944–1947*, New York (Columbia Univ. Pr.) 1981, und Terry H. Anderson, *The United States, Great Britain and the Cold War*, Columbia (Univ. of Mass. Pr.) 1981.

der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre über den Atlantizismus und ein „europäisches“ Europa in ihrer historischen Genese verständlich.

Das Ineinander der europäischen und der atlantischen Perspektive kann auch den Blick dafür öffnen, daß der europäische Zusammenschluß als Variante eines globalen Vorgangs zu begreifen ist, den man als Überlagerung bilateraler Außenpolitik einschließlich der Außenwirtschaftspolitik durch ein immer dichteres Netz multilateraler internationaler Koordination bezeichnen kann.

Bekanntlich ist es auch in der Europabewegung immer umstritten gewesen, ob die europäischen Institutionen nur eine internationale Organisation unter anderen sein sollten, oder ob ein Institutionensystem ganz neuer Qualität angestrebt werden müsse – sei es konstitutionalistischer, sei es staatenbundlicher, sei es von einer besonders tiefgreifenden funktionalistischen Natur.

Historisch gesehen, kommen viele Protagonisten der Europabewegung direkt aus dem Umkreis des ersten großen Experiments internationaler Organisation: aus dem Völkerbund. Manche Ideen, die in den Anfängen der Europabewegung virulent gewesen sind, lassen sich geistesgeschichtlich direkt auf das Ideenkonglomerat zurückführen, das in den Völkerbund mündete und sich um die Genfer Aktivitäten weiterentwickelte. Das gilt für einen Europäer wie Jean Monnet ebenso wie für wesentliche niederländische und belgische Elemente der Europabewegung. In diesem Zusammenhang ist auch zu würdigen, daß sich die Europabewegung in den Anfängen besonders stark als Friedensbewegung verstanden hat, wobei sie sich ihrer Wurzeln im liberalen Pazifismus der Vorweltkriegszeit und der Zwischenkriegszeit durchaus bewußt war.

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Integrationsforschung, diese Kontinuitäten weiter herauszuarbeiten. Sie sind bekanntlich auch bei der Konzeption der Vereinten Nationen und bezüglich des Problems der regionalen Zusammenschlüsse von erheblichem Gewicht gewesen.

Doch kann die Geschichtsforschung nicht bei der Erhellung des Konzepts und der Gründung europäischer multilateraler Institutionen stehenbleiben. Eine weitere Aufgabe besteht darin, in vergleichender, umfassender Analyse der europäischen Institutionen konkret herauszuarbeiten, wie tiefgreifend die Multilateralisierung der europäischen Politik die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Mitgliedstaaten umgestaltet hat. Ihren vollen Forschungsertrag können derartige Untersuchungen nur erbringen, wenn sie mit den sehr viel weniger verbundenen internationalen Willensbildungsprozessen in der Zwischenkriegszeit und auch in den ersten Jahren nach dem Kriege systematisch verglichen werden. Dann erst wird sich auch die historische Leistung internationaler Akteure wie der EWG-Kommission und ihrer Bürokratie genauer bestimmen lassen.

Der Europa-Historiker jedenfalls wird über die Eigenart und die politische Bedeutung von Institutionen wie Europarat, Montanunion oder EWG erst dann vertiefte Aussagen machen können, wenn die vergleichende Geschichte der internationalen Organisationen von der Geschichtswissenschaft als eine der großen Aufgaben moderner Historiographie erkannt wird. Mehr noch als bei den anderen Forschungsperspektiven wird dabei die historische Forschung zugleich interdisziplinär und vergleichend arbeiten müssen.

3. Die geschichtliche Tiefendimension

Die dritte, nur sehr verkürzt zu erwähnende Perspektive hat es mit der geschichtlichen Tiefendimension der auf Europa bezogenen Forschung zu tun. Soll und kann sich die Forschung in erster Linie auf die Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg konzentrieren oder müßte der Rahmen nicht von vornherein weiter gespannt werden?

Natürlich liegt es nahe, die geschichtliche Erforschung Europas primär auf die Vorgänge seit dem Zweiten Weltkrieg zu konzentrieren – auf jene Jahrzehnte also, in denen europäische Ansätze nicht nur im Mittelpunkt der politischen Bemühungen standen, sondern den Gang der Dinge auch konkret und in der Tiefe beeinflußt haben. Da uns in den kommenden Jahrzehnten neues und interessantes Material für ein diplomatiegeschichtliches und innenpolitisches Verständnis dieser Vorgänge zur Verfügung stehen wird, ist auch gar nicht daran zu zweifeln, daß dieser Aspekt im Vordergrund stehen muß.

Doch ist – nicht zuletzt angeregt durch die Europabewegung – seit den fünfziger Jahren auch das Bestreben erkennbar geworden, sich der geschichtlichen Wurzeln der europäischen Neuansätze zu vergewissern. Jede ins einzelne gehende Beschäftigung mit den europäischen Vorgängen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren mußte auf die Vorgänge in der Kriegszeit zurückführen, ebenso aber auch in die Zwischenkriegszeit. Es wird sich in Zukunft immer deutlicher zeigen, wie die Lösungsvorstellungen für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Europas, die in der Nachkriegszeit Gestalt angenommen haben, schon in der Kriegszeit die Politiker und Diplomaten beschäftigten. Eine sorgfältige Erforschung der Geschehniszusammenhänge Ende der vierziger und in den frühen fünfziger Jahren erfordert also die Einbeziehung der vorhergehenden Perioden, wobei auch die Zeit der deutschen Besetzung Westeuropas nicht ausgeklammert werden kann. Doch ist die Ausweitung der Europaforschung auf frühere Epochen auch ein strukturgeschichtliches Desiderat. Das Neue des internationalen Systems der Nachkriegszeit, die sich verändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten, die Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse, auch das grundsätzliche Umdenken in der Bevölkerung und in den Führungsgruppen – kurz, alle wichtigen Erscheinungsformen der Epoche der Integration treten erst beim Vergleich mit früheren Epochen deutlich heraus. Auch in dieser Hinsicht ist die Ausweitung der Thematik geeignet, die Besonderheit des europäischen Neuanfangs besser verstehen zu helfen. Das Forschungsprojekt über die Machtperzeption in Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland, das gegenwärtig in Gang kommt, ist ein Beispiel für die mögliche Fruchtbarkeit eines erweiterten Verständnisses der europäischen Integration²⁷.

Zu bedenken ist auch, daß ein Großteil der neueren Historiker immer noch über

²⁷ Der Arbeitstitel dieses Projektes ist: *La Puissance en Europe occidentale. Etude comparative de la perception de la Puissance dans quatre États européens avant et après la seconde guerre mondiale (Allemagne, France, Grande-Bretagne, Italie)*. Vgl. Commission of the European Communities University Information (ed.), *Study of the Beginnings of European Integration – The Value of Source Material and Records 1946–52*, Luxembourg April 1982, S. 136.

die Perioden vor 1945 arbeitet. Es wäre wünschenswert, ihre Erfahrungen und ihre Forschungsneugier nunmehr auf Strukturprobleme und Einzelfragen der Periode nach 1945 zu orientieren, um ein so weites Feld nicht allein von der zahlenmäßig immer noch schwachen Gruppe vorwiegend über die Periode nach 1945 arbeitender Forscher beackern zu lassen. Auch in dieser Hinsicht wäre die Verbindung von Konzentration auf die Nachkriegsepoche bei gleichzeitiger Ausweitung auf frühere Perioden der richtige forschungsstrategische Ansatz.

Worauf kommt es also im Licht dieser allgemeinen Perspektiven bei der Forschung der kommenden Jahre konkret an?

1. Deutlicher, als dies bisher möglich war, wird jetzt die Verknüpfung der Europapolitik mit dem Gesamtgewebe der internationalen Beziehungen erkennbar: Verknüpfung mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und mit der Wiedererrichtung eines funktionierenden westlichen Weltwirtschaftssystems; Verknüpfung auch mit der Wiedereingliederung Italiens und Deutschlands in das europäische Staatensystem der Nachkriegszeit, wobei auf seiten der ehemaligen Kriegsgegner naturgemäß das Interesse an der Kontrolle, auf seiten Italiens und Deutschlands das Interesse an Gleichberechtigung und Wiedergewinnung außenpolitischen Handlungsspielraums im Vordergrund standen. Das alles sind gewiß Zusammenhänge, die immer bekannt waren und von denen die Integrationspolitik, wie jedermann weiß, ihren Ausgang nahm. Aber im einzelnen ist eben doch unbekannt, welcher Art nun eigentlich die vielberufene Interdependenz der Bereiche war, welches Gewicht die einzelnen Faktoren in den Entscheidungsprozessen hatten und inwiefern die Integrationspolitik mit der entsprechenden Integrationsrhetorik Ziel an sich oder Instrument zur Erreichung anderer Ziele gewesen ist. Welchen Stellenwert das Element „Europa“ (was immer im einzelnen an Vorstellungen damit verknüpft war) im Gesamtkontext der internationalen Politik jener Jahre gehabt hat, wird sich jedenfalls erst sicher bestimmen lassen, wenn diese Verknüpfungen erhellt sind. Erst dann wird auch eine gesicherte Antwort auf die ja immer noch aufregende Frage möglich sein, weshalb die Ansätze zur Schaffung einer europäischen Konföderation in den fünfziger und den sechziger Jahren gescheitert sind und ob sie überhaupt realistisch waren.
2. Schon aus den bisherigen Arbeiten wird ganz deutlich, welche überragende Bedeutung innenpolitische Sachzwänge und Motive bei der Europapolitik hatten. Für den Diplomatiehistoriker ist dies wahrlich nichts Neues. Man könnte viel für die ganz allgemeine These ins Feld führen, daß sich die Spitzenpolitiker von Demokratien in der aufgewühlten und interdependenten Staatenwelt des 20. Jahrhunderts des Gewichts der Außenpolitik zwar wohl bewußt sind, in ihrem praktischen Handeln doch immer wieder einem Primat der Innenpolitik folgen und folgen müssen. Aber die Geschichtsforschung ist eben das Gedächtnis der Menschheit. Und auch ganz evidente Sachverhalte werden nach einigen Jahrzehnten vielfach vergessen, wenn der Historiker nicht erneut mit einiger Hartnäckigkeit darauf aufmerksam macht. Auf alle Fälle gehört die Frage, wieweit die Integrationspolitik in

den jeweiligen Kabinetten und Parlamenten Westeuropas Spielmaterial des innenpolitischen Machtkampfes war, zu den großen Themen künftiger Europaforschung.

3. Die neuesten Forschungen lassen auch erkennen, wie erheblich die Bedeutung historischer Kontinuität im Zusammenhang der europäischen Einigungspolitik ist. Für die Zeitgenossen war auch dies selbstverständlich. Die Spitzenpolitiker der ersten Nachkriegsjahrzehnte kamen schließlich alle aus der Zwischenkriegszeit und der Kriegszeit, selbst wenn sie damals noch keine Führungspositionen bekleideten. Sie brachten nicht nur ihre Erfahrungen und Perzeptionen mit, sondern auch gewisse Konzepte, Lösungsansätze und Strategien.

Gewiß hat auch die Europaforschung diesem Faktor bisher schon Beachtung geschenkt: die Ansätze zur europäischen Einigung in der Völkerbundszeit und die Bedeutung der Résistance für die Anfänge der Europabewegung haben durchaus Beachtung gefunden²⁸. Dennoch war in der Zeitgeschichtsschreibung bis heute die Neigung vorherrschend, den Weltkrieg und das Jahr 1945 als tiefen Einschnitt zu begreifen und dementsprechend auch die Integrationsansätze als etwas fundamental Neues zu verstehen. Das ist gewiß richtig, aber für die fünfziger Jahre wahrscheinlich mehr als für die vierziger Jahre. Vielleicht wird man gerade bei Würdigung der neuesten Forschung doch zum Schluß kommen, daß man wohl in vielen Bereichen, auch bezüglich der „construction européenne“ in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, den Faktor Kontinuität etwas höher veranschlagen muß, als dies bisher der Fall war.

Jedenfalls stehen wir jetzt in den Anfängen einer neuen Phase zeitgeschichtlicher Erforschung der europäischen Gemeinschaften. Ausgerechnet heute also, da sich die großen Integrationsimpulse definitiv festgefressen zu haben scheinen, wird es somit möglich, in allen Einzelheiten wie auch in umfassender Systematik die näheren Bedingungen zu analysieren, unter denen die großen europäischen Aufbauleistungen der fünfziger und der sechziger Jahre vollbracht worden sind. Hegels Wort von der Eule der Minerva, die erst in der Dämmerung ihren Flug beginnt, scheint sich also wieder einmal zu bestätigen.

Doch mag man hoffen, daß die Beschäftigung mit den großen Jahren der Integration, daß auch die theoretischen Erkenntnisse, die daraus zu gewinnen sind, dem europäischen Bewußtsein in den künftigen Jahren wenigstens nicht abträglich sein werden. Vielleicht können aus der Zeitgeschichtsforschung in der Tat geistige Impulse erwachsen, an denen es im heutigen europäischen Raum so ganz offenkundig fehlt. Sie werden es allerdings nur dann, wenn die Historiker kritisch sind, systematischer ansetzen und international zusammenarbeiten.

²⁸ Vgl. die Dokumentation von Walter Lipgens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945*, München 1968.

GUNTHER MAI

DIE NATIONALSOZIALISTISCHE BETRIEBSZELLEN- ORGANISATION

Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus

Ernst Nolte zum 11. 1. 1983

I. Einleitung

Das Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus wurde und wird von der Forschung bevorzugt unter dem Aspekt von Widerstand, sozialem Protest und Verweigerung perzipiert und behandelt¹. Der Versuch, die betonte Hervorhebung des Mittelstandscharakters der NSDAP und die damit korrespondierende Ausblendung des proletarischen Elements auf die „Marxist, Communist, Social Democratic or ‚independent‘ biases“ ihrer Historiographen zurückzuführen², ist unzweifelhaft überzogen, doch nicht ohne berechtigten Kern. Obwohl der Anteil der „Arbeiter“ an der Parteimitgliedschaft in den Jahren 1930–1933 zwischen 26 und 38% schwankte³, kann der Nationalsozialismus als „Massenbewegung“ noch immer unter weitreichender Vernachlässigung des Arbeiterelementes beschrieben werden⁴. Das empirisch fundierte Resümee M. Katers, die NSDAP sei eine „vorwiegend untermittelständische Gruppierung“ gewesen, „in der sich sowohl oberer Mittelstand als auch Arbeiterschaft in der Minderheit befanden“⁵, reflektiert die communis opinio der Forschung; es scheint aber doch symptomatisch für die soziale und historische Tabuisierung dieses Fragenkomplexes, daß selbst diese „Minderheit“ nur in Gestalt von „atypischen“ Arbeitergruppen⁶ oder von „Outcasts“⁷ denkbar erscheint.

¹ Vgl. dazu besonders Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 2. Aufl. 1978.

² Max H. Kele, Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor 1919–1933, Chapel Hill 1972, S. 5 ff.

³ Michael H. Kater, Quantifizierung und NS-Geschichte. Methodologische Überlegungen über Grenzen und Möglichkeiten einer EDV-Analyse der NSDAP-Sozialstruktur, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 464. Partei-Statistik, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Bd. 1, Berlin 1935, S. 70, 86 ff. Wilfried Böhnke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Diss. Marburg 1970, S. 195 ff.

⁴ Martin Broszat, Zur Struktur der NS-Massenbewegung, in: VfZ 31 (1983), S. 52 ff., hier besonders S. 62.

⁵ Michael H. Kater, Sozialer Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976, S. 27. Vgl. Heinrich A. Winkler, Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: ebenda, S. 111.

⁶ Winkler, Mittelstandsbewegung, S. 99.

⁷ Michael Zimmermann, „Ein schwer zu bearbeitendes Pflaster“. Der Bergarbeiterort Hochlarmark unter dem Nationalsozialismus, in: Jürgen Reulecke, Detlev Peukert (Hrsg.), Die Reihen fast ge-

Die „national socialist appeals to German labor“ (M. Kele) vor 1933 waren unübersehbar, wobei unter dem Aspekt des offenkundigen Erfolges (auch an den Wahlurnen⁸) zunächst die Frage von sekundärer Bedeutung bleibt, „ob und inwieweit es sich dabei um ernste Anschauungen und echte Sympathien handelte, oder in welchem Maße es nur um Demagogie ging, die mit scheinsozialistischen Losungen die Arbeitermassen ihren Parteien und ihren anderen Organisationen entfremden sollte“⁹. Diese Frage dürfte sich abschließend kaum anders als mit einem Sowohl-als-auch beantworten lassen – mit lokal und regional differenzierten Gewichtungen. Es scheint daher angebracht, die Perspektive zu wechseln: nicht zu fragen, mit welchen propagandistischen Losungen der Nationalsozialismus, im Rahmen der „Legalitäts“-Taktik unvermeidlich, Teile der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen suchte, sondern (unabhängig von der Frage nach der „objektiven Klassenfunktion“ des Faschismus) unter welchen strukturellen Voraussetzungen und individuellen Konstellationen Arbeiter bereit waren, sich nationalsozialistischen Ideen und Organisationen anzuschließen.

Nachdem neuere Forschungen immer deutlicher zu belegen scheinen, daß die SA vor 1933 ihre Mitglieder primär aus dem Kreis der Arbeitslosen rekrutierte¹⁰, bietet sich die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) als geeignetes Untersuchungsobjekt an, um Tätigkeit, Erfolge und Anhängerschaft des Nationalsozialismus in den Betrieben näher zu durchleuchten¹¹. Erstaunlicherweise (für Kele eher bezeichnenderweise) ist die NSBO bislang ein Stiefkind der Forschung geblieben. Diese hat sich weitgehend mit der 1958 erschienenen Arbeit von Schumann begnügt¹², die weder archivalische Quellen einbezogen hat noch neueren Fragestellungen gerecht werden kann. Nur wenige lokale und regionale Untersuchungen¹³ und

geschlossen, Wuppertal 1981, S.72.

⁸ Vgl. dazu Richard Hamilton, *Who Voted for Hitler?*, Princeton 1982, besonders S. 89f., 112f., 116, 122, 168f., 179.

⁹ Henryk Katz, *Arbeiter, Mittelklasse und die NSDAP. Randbemerkungen zu zwei amerikanischen Studien*, in: *IWK*, 10, 1974, S. 302.

¹⁰ Conan Fischer, *The occupational background of the SA's rank and file membership during the depression years, 1929 to mid-1934*, in: Peter D. Stachura (ed.), *The Shaping of the Nazi State*, London 1978, besonders S. 147 ff. *HStA Hannover*, 310 I, A 122 I, Bl. 188: Im Oktober 1932 waren „fast alle“ Mitglieder der SA im Gau Süd-Hannover-Braunschweig arbeitslos.

¹¹ Zu der älteren NS-Darstellung vgl. Friedrich Käss, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke*, Diss. München 1934; Gerhard Starcke, *NSBO und Deutsche Arbeitsfront*, Berlin 1934; Oskar Krüger, 2. Mai 1933. *Die Befreiung des Deutschen Arbeiters*, Berlin 1934.

¹² Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“*, Hannover-Frankfurt/M. 1958.

¹³ Jeremy Noakes, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933*, Oxford 1971; Böhnke, *NSDAP im Ruhrgebiet*; Gerhard Hetzer, *Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, hrsg. von Martin Broszat und Elke Fröhlich, Bd. 3, München 1981, hier S. 88 ff., 93 ff., 106 ff. Vgl. demnächst Gunther Mai, *Zwischen Klassenkampf und Volksgemeinschaft. Die Geschichte der Metallarbeiterbewegung in Geislingen/Steige 1931–1933/34*. Mit einem Nachwort: Neubeginn 1945.

autobiographische Zeugnisse¹⁴ ermöglichen bislang einen etwas tiefergehenden Einblick in die binnenorganisatorischen Verhältnisse der NSBO. Die knappe, wenngleich interessante Skizze von Roth kann diese Lücke keinesfalls ausfüllen¹⁵.

Die neuere Gewerkschaftshistoriographie hat sich nur vereinzelt den nicht-sozialistischen und „nationalen“ Verbänden und Organisationen zugewandt, etwa dem DHV¹⁶, den Wirtschaftsfriedlichen¹⁷ oder den Christlichen Gewerkschaften¹⁸; deren Verhältnis zur NSBO wird dabei jedoch nicht oder nur beiläufig behandelt. Die Völkischen Kampforganisationen¹⁹, die Stahlhelm-Selbsthilfe²⁰ und vergleichbare Organisationen blieben bisher vollständig unbeachtet. Dies gilt letztlich auch für Mason, wenngleich dieser die wohl umfassendste Auswertung der bisherigen Forschung und die überzeugendste Gesamtinterpretation der NSBO vorgelegt hat²¹.

Zu diesem Forschungsdefizit haben Quellenprobleme in erheblichem, aber keinesfalls ausschlaggebendem Maße beigetragen. Gerade die genannten Lokal- und Regionalstudien haben gezeigt, daß einer intensiveren Erforschung der NSBO keineswegs unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Es kann aber auch bei den folgenden Überlegungen im wesentlichen nur darum gehen, an Hand der publizierten Literatur sowie auf der Grundlage punktuell herangezogener Archivalien einige zentrale Aspekte dieser Frage neu zu diskutieren, wobei häufig genug nur vorläufige Thesen formuliert und Forschungsdefizite aufgewiesen werden können.

II. Nationalsozialismus und Gewerkschaftsgedanke

Die von O. Krüger 1934 vertretene Auffassung, die NSBO habe es „von vornherein bewußt abgelehnt ..., selber Gewerkschaft zu werden und den bestehenden Hun-

¹⁴ Albert Krebs, *Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei*, Stuttgart 1959, hier S. 69 ff.

¹⁵ Hermann Roth, *Die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1978/I, S. 49 ff.

¹⁶ Iris Hamel, *Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgelhilfenverband 1893–1933*, Frankfurt/M. 1967, besonders S. 167 ff., 238 ff.

¹⁷ Klaus Mattheier, *Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik*, Düsseldorf 1973; Michael H. Kater, *Die „Technische Nothilfe“ im politischen Spannungsfeld der Weimarer Republik*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 30 ff.

¹⁸ Michael Schneider, *Die christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn-Bad Godesberg 1982, S. 736 ff.

¹⁹ Arno Chwatal, *Das Wesen der Völkischen Kampforganisationen*, o. O., o. J. (1924); Dietrich Orlow, *The History of the Nazi Party*, Bd. 1: 1919–1933, Newton Abbott 1969, S. 64, 102; Kele, S. 87 ff. *HStA Stuttgart*, E 130 II, Bü 535.

²⁰ Volker Berghan, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966, S. 107, mit einem nur knappen Hinweis. Nach Deutscher Metallarbeiter-Verband, *Jahr- und Handbuch für Mitglieder*, 1931, S. 373 ff., erhielt die Stahlhelm-Selbsthilfe bei den Betriebsratswahlen von 1931 nur 34 Mandate und 0,32% der Stimmen im Bereich der Metallindustrie. Sie hatte allerdings nur in 26 der 10 190 Betriebe kandidiert. Ihre Schwerpunkte lagen offenbar in Hamburg und Berlin.

²¹ Mason, *Sozialpolitik*, S. 42 ff.

erten von Verbänden noch neue hinzuzufügen²², entsprach zwar der offiziellen Parteilinie, doch allein ihr offenkundiger Dementi-Charakter ist ein signifikanter Hinweis auf die unklare, gespaltene Haltung der NSDAP in dieser Frage.

In Hitlers frühen Äußerungen zum Gewerkschaftsproblem läßt sich recht deutlich auf der einen Seite ein gewisser bewundernder Respekt vor der Organisationsleistung und Macht der (freien) Gewerkschaften erkennen, der sich mit einer sehr klaren Einsicht in die mögliche Instrumentalisierung eines solchen Apparates verband; auf der anderen Seite waren die Gewerkschaften als Hilfsorgan des „Marxismus“, als Instrumente des Klassenkampfes erbittert zu bekämpfen. Dies beinhaltete jedoch keine grundsätzliche Ablehnung des Gewerkschaftsgedankens: In „Mein Kampf“ war Hitler bereit, für die Zeit vor der Machtergreifung Gewerkschaften als legitimes Mittel „zur Verteidigung allgemeiner sozialer Rechte des Arbeitnehmers und zur Erämpfung besserer Lebensbedingungen“ anzuerkennen. Angesichts der verständnislosen Haltung der Arbeitgeber bleibe dem Arbeiter „gar nichts anderes [übrig] ... , als unter Berufung auf sein Recht als gleichwertiger Kontrahent im Wirtschaftsleben seine Interessen zu wahren“; dies lag „durchaus im Sinne einer ganzen Volksgemeinschaft ... , wenn durch sie soziale Ungerechtigkeiten, die in der Folge zu schweren Schädigungen des ganzen Gemeinschaftswesens eines Volkes führen müssen, verhindert werden können“. Es sei daher ein Akt der „Selbstwehr“, wenn sich die „Arbeitnehmer auf gewerkschaftlicher Grundlage“ zusammenschließen²³. Hitler wies daher den Gewerkschaften vor dem Hintergrund seiner sozial- und rassenhygienischen Vorstellungen folgende Funktionen zu²⁴:

1. „sozialpolitisch“ den Schutz des einzelnen vor Ausbeutung, damit zugleich
2. „nationalpolitisch“ den Schutz des „zu den Grundpfeilern der Nation“ gehörenden Arbeiterstandes sowie die „außerordentliche Stärkung seiner [des Volkes] gesamten Widerstandskraft im Daseinskampf“. Zu diesem Zweck akzeptierte Hitler auch den Streik als legitimes Mittel, „das nur so lange angewendet werden kann und wohl auch muß, als nicht ein nationalsozialistischer Völkischer Staat besteht“;
3. sollten sie „Bausteine des künftigen Wirtschaftsparlamentes beziehungsweise der Ständekammern“ sein;
4. waren sie als Erziehungs- bzw. Schulungsinstrumente erforderlich, da der „neue“ Staat die angestrebte Reorganisation der Wirtschaft nicht durchführen könne, „ohne schon vorher einen gewissen Grundstock an Menschen, die vor allem gesinnungsmäßig vorgebildet sind, zu besitzen“.

Während diese frühen Äußerungen schon recht deutlich die Grundzüge des Einsatzes von NSBO und DAF bei der „Neuordnung“ der Wirtschaft 1933/34 und die Umrisse der „sozialpolitischen“ Funktionen von DAF, KdF und NSV erkennen lassen, war sich Hitler über den Weg zu nationalsozialistischen Gewerkschaften offen-

²² Krüger, S. 33 f.

²³ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 44. Aufl., München 1933, S. 48 f., 671. Eine ältere Zusammenfassung bei Käss, S. 5 ff. Vgl. *Arbeitertum*, 15. 8. 1932, S. 4.

²⁴ Hitler, *Mein Kampf*, S. 49, 672 ff.

kundig „vollkommen unschlüssig“²⁵. Hitler sah sehr wohl, daß seine bis dahin noch recht schwache Bewegung keinesfalls in der Lage sein würde, die mächtigen Gewerkschaften durch die Gründung eigener Organisationen herauszufordern, noch diese, wie die Organisationen des städtischen Mittelstandes und der Bauern, auf Grund ihrer sozialen Resistenz von innen heraus zu erobern. Er hatte zudem sehr genau beobachtet, daß bislang die völkisch-nationalen Parteien mit ihren Versuchen, eigene Gewerkschaften ins Leben zu rufen, „allesamt jämmerlich verkracht“ waren²⁶. Er konnte den Mythos des unaufhaltsamen Aufstiegs seiner Bewegung nicht einem solchen Wagnis aussetzen, solange er nicht die erforderlichen finanziellen Grundlagen besaß; diese aber waren nur von Kreisen zu gewinnen, die eine „nationalbolschewistische“ Reorientierung der Partei kaum honorieren würden²⁷.

Als Hitler sich nach langem Sträuben 1928 nicht länger gegen die parteioffizielle Legitimierung der zahlreichen „wilden“ Betriebszellen wehren konnte, machte er aus dieser Not eine Tugend. Indem die NSBO in „finanzieller Ohnmacht“ gehalten wurde²⁸, konnte „von einem greifbaren materiellen Nutzen für das Mitglied kaum ... gesprochen werden“²⁹. Auf diesem Wege sollte verhindert werden, daß sich die Mitglieder zu intensiv „mit Gewerkschafts-, Siedlungs- und ähnlichen Problemen“ beschäftigten, daß damit der „große weltanschauliche Kampf zu frühzeitig mit wirtschaftlichen Dingen“ verknüpft wurde. Damit sollte der Aktivismus der Basis für die Partei mobilisiert werden, in arbeiterspezifischen Kampforganisationen mit gewerkschaftsähnlichem Zuschnitt, während gleichzeitig die materielle Schutzfunktion den freien und christlichen Gewerkschaften überlassen bleiben sollte, mit dem Nebenziel bzw. dem Alibi-Argument, dies diene zugleich deren Unterwanderung³⁰. In klarer Erkenntnis der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der etablierten Gewerkschaften lehnte Hitler daher eine nationalsozialistische Gewerkschaft, „die ihre Mission nur in der Konkurrenz zu den marxistischen sieht“, rundheraus ab³¹. Er wies vielmehr der NSBO die Aufgabe zu, als „SA der Betriebe“ die „weltanschauliche Kampftruppe der N.S.D.A.P. in den Betrieben“ zu

²⁵ Mason, Sozialpolitik, S. 48 f.

²⁶ Zitiert nach Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim a. G. 1966, S. 312. Hitler, Mein Kampf, S. 682: „Ganz abgelehnt habe ich damals [1922/23] alle Experimente, die schon von vornherein den Mißerfolg in sich bargen.“

²⁷ Vgl. Kühnl, NS-Linke, S. 78, 243 ff.; Schumann, S. 40; BA, NS 22/1049. Der Reichsschatzmeister der NSDAP schrieb am 5. 6. 1929 an Goebbels: „Wenn die Reichsleitung sich finanziell in die Lage versetzt sieht, eine nationalsozialistische Reichsgewerkschaft aufzuziehen, so wird sie dies tun, allerdings dann am Sitz der Reichsleitung.“ Zur Zeit sei dies jedoch nicht möglich. Vgl. Hitler aus nächster Nähe. Aufzeichnungen eines Vertrauten 1929–1932, hrsg. von Henry A. Turner, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1978, S. 443 f.

²⁸ Bei der Gründung der NSBO mußten die Parteigäuge lediglich die Propaganda-Kosten tragen. HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 23. Erst seit der Reorganisation vom Sommer 1932 konnte die NSBO in gewissem Umfang auf Parteigelder zurückgreifen. Starcke, S. 35 f.

²⁹ Hitler, Mein Kampf, S. 679 ff.

³⁰ Ebenda, S. 680 f.

³¹ Ebenda, S. 681. Vgl. Starcke, S. 25 f.

sein, mit dem Auftrag der „geistig-politischen Gewinnung der Arbeitnehmerschaft“³². Auf eine solche „weltanschauliche“ Aufgabe war auch die enge Verflechtung mit dem Parteiapparat ausgerichtet, die schon Muchow 1928 für die beispielgebende Berliner Gründung entwickelt hatte, ebenso wie die der KPD-Organisation nachempfundene Betriebszellenstruktur³³. Die Forderungen der betrieblichen Anhängerschaft nach einer NS-Gewerkschaftsorganisation beinhalteten indes ein genuines Verlangen nach einer Interessenvertretung über die parteitaktischen Intentionen hinaus. Dabei zeichneten sich zwei zunächst getrennte Strömungen ab, die später in der NSBO zusammenfließen sollten: Zum einen die Angestelltenbewegung, besonders im Rahmen des DHV, zum anderen die stärker aus der Arbeiterschaft hervorgehende Berliner Betriebszellenbewegung. Beide Strömungen konnten sich rasch über das gesamte Reichsgebiet ausdehnen, kamen also offenkundig einem recht weit verbreiteten Bedürfnis entgegen. Organisationen von nationalsozialistischen Angestellten in und neben dem DHV bestanden in „recht zahlreichen Orten“; belegt sind sie vor 1930 in Berlin, Hamburg, Dresden, Essen und Düsseldorf, aber auch in Süddeutschland. Erste Arbeiter-Betriebszellen konnten sich außer in Berlin in den Gauen Sachsen, Halle-Merseburg „usw.“, in Württemberg sowie in Bayern durchsetzen, dazu „in vielen Städten“, wie z. B. Stettin³⁴, wobei sie z. T. offenbar aus den älteren Völkischen Kampfvereinigungen hervorgingen³⁵.

Albert Krebs und Johannes Engel, als die wohl bedeutendsten Protagonisten dieser Bewegung, drängten bereits in den Jahren 1928/29 auf eine reichsweite Ausdehnung und Zusammenfassung der lokalen Organisationen, um zu verhindern, so Krebs, „daß bei einer Untätigkeit der Parteileitung überall wilde Angestelltenausschüsse emporwachsen, die gar nicht zu kontrollieren sind“. Es waren zu diesem Zeitpunkt bezeichnenderweise Gregor Straßer und Reinhold Muchow, die sich entschieden gegen einen solchen Schritt wandten. Straßer lehnte am 6. Oktober 1928 nationalsozialistische „Angestelltenausschüsse“ als „mit dem Wesen und dem Ziel der NSDAP unvereinbar“ ab, da damit nur neue „Sonderverbände“ geschaffen würden; er war lediglich bereit, eventuell „Verbindungsleute“ einzusetzen. Muchow erklärte Ende Juli 1929 gegenüber der Parteileitung, die Ausdehnung des Betriebszellen-Systems auf das ganze Reich sei „jetzt noch vollste Utopie“³⁶.

Bemerkenswert ist Muchows Begründung für seine reservierte, inhaltende Taktik. Wenn er Engel als „ungeeignet“ für die Führung der Betriebszellen-Organisation bezeichnete und Zweifel äußerte, „ob er weltanschaulich überhaupt genügend fest verankert ist“, dann kann man dies, zusammen mit der Forderung nach weitestgehenden Vollmachten für die Realisierung seiner eigenen Konzeption, noch als Ausdruck per-

³² Starcke, S. 47; Krüger, S. 33 ff. BA, NS 26/278.

³³ BA, NS 22/1049 (Muchows Organisationsplan v. 30.7. 1929). Martin Broszat, Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, in: VfZ 8 (1960), S. 87 f.

³⁴ BA, NS 22/1049 und 1052; BA, NS 26/1403. Starcke, S. 34; Böhnke, S. 171; Kele, S. 88 f., 150.

³⁵ Kele, S. 88 f. Zu der „Großdeutschen Gewerkschaft“ J. Amanns vgl. BA, NS 26/280 (1.9. 1929); Kele, S. 150, 199.

³⁶ BA, NS 22/1049 und 1052.

sönlicher Rivalität sehen. Die Vorwürfe Muchows reichten indes weiter: Engel habe die Aufgaben der Betriebszellen zu eng gefaßt, nämlich zum einen Mitglieder zu werben und für nationalsozialistische bzw. sympathisierende Arbeiter ein „Auffangbecken“ zu schaffen sowie zum zweiten „wirtschaftliche Forderungen“ zu vertreten. Engel habe es dabei vor allem versäumt, den Betriebszellen eine „politische Note“ zu verleihen. Gerade hier grenzte Muchow seine Konzeption in aller Entschiedenheit ab: „Diese politische Note muß eine ausgesprochen *sozialistische* sein, einmal, weil nur unter konsequenter und bewußter Betonung des *sozialistischen* Wollens unserer Bewegung der Marxismus ernstlich überwunden werden kann – der einzige ernsthafte innerpolitische Gegner unserer Revolution –, und zum anderen, weil wir den *Sozialismus* schlechthin wollen – da er (woran wir glauben) die Herrschaftsform des 20. Jahrhunderts werden muß.“ Aufgabe einer Betriebszellen-Organisation müsse der „offene, revolutionäre Kampf“ gegen den Marxismus einerseits, das Unternehmertum und die wirtschaftsfriedlichen Verbände andererseits sein, da die beiden letzteren Gruppen sich gegen das Ziel einer „sozialistisch-kollektivistischen Wirtschaftsform“ (!) wehrten. Abschließend betonte Muchow noch einmal: „Die sozialistischen Punkte unserer ‚25 Thesen‘ müssen ... schärfer herausgearbeitet und dann propagandistisch ausgenutzt werden.“³⁷

Diese betonte Abwendung von Engels „wirtschaftlichen Forderungen“ und die Verlagerung hin zu den propagandistischen Funktionen der Betriebszellen war keinesfalls nur ein taktisches Zugeständnis an Hitler und den industriefreundlichen Flügel der Partei, sondern sie entsprach voll und ganz Muchows Organisationsplan der Berliner Betriebszellenorganisation. Man wird daher die Frage aufwerfen müssen, ob Muchow neben G. Straßer tatsächlich „der wohl aktivste und profilierteste Verfechter eines subjektiv ehrlich gemeinten Sozialismus innerhalb der NSDAP“ war³⁸, und ob er vor allem maßgeblicher Träger eines „Gewerkschafts“-Flügels der NSDAP war. Diese zurückhaltende Politik Straßers und Muchows gibt zugleich der These Stachuras neue Nahrung, Straßer sei es weniger um eine Durchsetzung „linker“ Positionen gegangen, sondern er habe vielmehr als karrierebewußter Realpolitiker versucht, der Partei neue Rekrutierungsfelder zu erschließen, die zugleich als Grundlage der eigenen „Hausmacht“ (R. Ley) innerhalb der Partei dienen sollten³⁹.

Das Verlangen der Mitgliedschaft nach einer genuinen Gewerkschaftsorganisation, das zurückhaltende Taktieren der Parteiführung und die vermittelnde Position des „linken“ Parteiflügels hinterließen bei den Adressaten dieser Politik notgedrungen ein zwiespältiges Bild und mußten die Erfolgchancen der NSBO von vornherein beeinträchtigen. Prägnanter Ausdruck dieser widerstrebenden Intentionen und Erwartungshaltungen ist ein Rundschreiben der NSBO Süd-Hannover-Braunschweig

³⁷ BA, NS 22/1049 (30.7.1929).

³⁸ Broszat, Berliner NSDAP, S. 87.

³⁹ Peter D. Stachura, „Der Fall Strasser“. Gregor Strasser, Hitler, and national socialism 1930–1932, in: ders. (ed.), *Shaping of the Nazi State*, besonders S. 89, 99, 105, 107. Zur Haltung der Industrie gegenüber G. Straßer vgl. Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933*, Göttingen 1981, S. 142 ff., 170 f.

vom Juli 1931⁴⁰: „Wir müssen häufig die Feststellung machen, daß die Grundgedanken der NSBO nicht richtig verstanden worden sind. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß immer wieder Anfragen nach den Unterstützungssätzen bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit (Invalidität), Krankheit usw. bei uns einlaufen. Wer eingehend den Organisationsplan durchstudiert hat, [weiß,] daß der Zweck der N. S. B. O. kein wirtschaftlicher, sondern zunächst einmal *ein rein politischer* ist.“ Nachdem die Mittelparteien weitgehend vernichtet worden seien, konzentriere sich der Kampf jetzt allein auf die Eroberung der „marxistischen“ Bastionen in den Betrieben. Um den eigenen Parteigenossen in diesem Kampf Arbeitsplätze zu sichern und die Gründung von neuen Betriebszellen zu erleichtern, müßten die Nationalsozialisten in die Arbeiter-, Angestellten- und Betriebsräte gehen. Da die traditionellen Gewerkschaften zu reinen Wohlfahrts-Instituten degeneriert seien und „mit ihrem ursprünglichen Zweck – der Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer zu dienen – kaum noch etwas zu tun“ hätten, sei es „verständlich, daß viele Parteifreunde von den heutigen Gewerkschaften nichts mehr wissen wollen und ihnen den Rücken kehren. Obwohl wir dies aus taktisch-politischen Gründen nicht für richtig halten, müssen wir doch mit der Tatsache rechnen, daß bei eventuellen Streiks und Aussperrungen eine große Zahl unserer Anhänger ohne Mittel dasteht. Da wir Nationalsozialisten jeden berechtigten Lohn- und Gehaltsstreik bejahen, so erwächst uns auch die Verpflichtung, für streikende oder ausgesperrte Mitglieder zu sorgen. Dieses ist der alleinige Grund, warum im Rahmen der NSBO *in unserem Gaugebiet die im Existenzkampf stehenden Mitglieder unterstützt* werden. Es ist somit bei der Werbung darauf zu achten, daß unter keinen Umständen der Eindruck entstehen kann, die NSBO sei ein Gewerkschaftsunternehmen mit allen Wohlfahrtseinrichtungen. Vielmehr ist immer wieder hervorzuheben, daß die NSBO ein politisches Kampfmittel ist, das uns mithelfen muß, die Macht zu erringen.“

Es wird mehr als deutlich, in welchem Ausmaße die NSBO-Führung gezwungen war, sich dem Abdriften in die immer ausgeprägtere Orientierung an „wirtschaftlichen“ Aufgaben entgegenzustemmen. Es genügte nun nicht mehr das verbale Zugeständnis: „Im übrigen hat das Kind ja nur einen neuen Namen. Die Betriebszellenorganisation ist tatsächlich eine Gewerkschaft.“⁴¹ Durch Ausschluß und Austritt der NSDAP-Mitglieder aus den freien und christlichen Gewerkschaften wurden zudem die taktischen Überlegungen der Partei- und der NSBO-Führung durchkreuzt. Ganz offenkundig erwartete die Mitgliederschaft mehr als nur eine abgewandelte „Hilfskasse“, die gegen „Schäden“ und „Unfälle“ im Dienst für die Partei versicherte⁴².

⁴⁰ HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 15 (Juli 1931).

⁴¹ Zitiert nach Kühnl, NS-Linke, S. 312. Vgl. Völk. Beobachter, 12. 9. 1929, zum Nürnberger Parteitag: „Die NSDAP sieht in der nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisation die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit [!] die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann.“ Zitiert nach: BA, NS 26/280.

⁴² BA, NS 26/278 (31. 7. 1932). Die „Hilfskasse“ der NSDAP, die unzutreffend „SA-Versicherung“ oder „SA-Hilfskasse“ genannt wurde, sei keine „Unfallversicherung im juristischen Sinne“, sondern nur eine „Verwundetenhilfe“ für Schäden im Dienste der Partei. Sie sei auch keine „Kranken-

Wenn innerhalb der NSBO der Gewerkschaftsgedanke als der „einzig gute Gedanke der SPD“⁴³, als „an und für sich gut“ (J. Engel)⁴⁴ anerkannt wurde, dann dürfte sich diese Beurteilung nicht zuletzt an den „wirtschaftlichen“ Funktionen orientiert haben.

Zwar wurde die NSBO auch in der Folgezeit als ein Multiplikator der Parteipropaganda eingesetzt, wie u. a. an dem zentral gesteuerten Betriebszeitungswesen oder an dem Einsatz in den Wahlkämpfen abzulesen ist⁴⁵, doch galt dies für die freien und christlichen Gewerkschaften nicht minder. Mit steigenden Erfolgen, die die NSBO zu einem „Machtfaktor“⁴⁶ innerhalb der Partei werden ließen, stieg auch das Selbstbewußtsein. Auf einer Amtswalter-Tagung des NSBO-Gaues Hannover-Süd teilte der Hauptredner, der Landtagsabgeordnete Haupt, die bisherige Geschichte der NSDAP in drei große Phasen ein: 1. die Putschphase bis 1923, 2. die Parlamentsphase bis 1932 und 3. die Betriebszellenphase. „Der große Berliner Verkehrstreik ist als erste Aktion des neuen Abschnitts der nationalsozialistischen Geschichte anzusehen. Er weist auf neue Felder des Kampfes und auf neue Methoden hin, die nicht parlamentarischer Art sind.“ Haupt verlangte daher, den „vor uns liegenden Abschnitt des politischen Machtkampfes auf der Grundlage des Betriebszellensystems“ zu führen, das „das Volk zum politischen Kampf auf den berufsständischen Gebieten [führt], die außerhalb der Parlamente und der Parteien liegen“⁴⁷. Diese Äußerung dokumentiert nicht nur die aktionistische Ungeduld eines Teils der Partei im Dezember 1932 gegenüber der abwartenden „Legalitäts“- und Parlaments-Taktik Hitlers; sie war zugleich – in bemerkenswertem Vorgriff auf die Monate vom Frühjahr 1933 bis zum Sommer 1934 – geeignet, die bisherige Grundorientierung der Partei in Frage zu stellen und eine Verlagerung der sozialen Basis in die Wege zu leiten.

Gregor Straßer verlieh diesen Bestrebungen seinerseits Ausdruck und Legitimation, als er am 20. Oktober 1932 vor NSBO-Funktionären die prinzipielle Bejahung des Gewerkschaftsgedankens auch im „neuen“ Staat forderte⁴⁸. Die Beteiligung am Berliner BVG-Streik, die ohne Zweifel mehr war als nur rein taktisches Manöver im Kampf der NSDAP gegen Papen⁴⁹, zeigte die Risiken einer solchen Verlagerung der sozialen Basis: Die besonders ausgeprägten Einbußen der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 in mittelständisch geprägten Wahlbezirken ver-

kasse“ im herkömmlichen Sinne. Voraussetzung für die Inanspruchnahme waren jedoch regelmäßige Beitragsleistungen. Die „Hilfskasse“ zahlte nicht nur bei Verwundungen, sondern auch bei Invalidität und Tod; bei vorübergehender Arbeitsunfähigkeit wurden Tagegelder gezahlt. Vgl. Heinrich Bennecke, *Hitler und die SA*, München-Wien 1962, S. 148, 152.

⁴³ Geislinger Zeitung, 19. 6. 1933 (Ing. Schöntal, NSBO-Stuttgart).

⁴⁴ Zitiert in: *Metallarbeiter-Zeitung*, 10. 10. 1931.

⁴⁵ Vgl. HStA Hannover, 310 I, A 122 II, Bl. 50; ebenda, A 122 I, Bl. 42; BA, NS 26/280; BA, NS 26/283 (16. 2. 1933).

⁴⁶ Roth, S. 54; BA, NS 26/283 (5. 8. 1933).

⁴⁷ HStA Hannover, 310 I, A 122 I, Bl. 9.

⁴⁸ Axel Schildt, *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General v. Schleicher am Ende der Weimarer Republik*, Frankfurt/M.-New York 1981, S. 164.

⁴⁹ Vgl. Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern*, München 1934, S. 191 ff.

deutlichen die ausgesprochen negative Resonanz, die der Streik in diesen Kreisen gefunden hatte⁵⁰. Der Rücktritt Straßers von seinen Parteiämtern am 8. Dezember 1932 entschied diesen partei-internen Machtkampf zugunsten Hitlers, wenngleich sich diese Kraftprobe – wie es scheint⁵¹ – letztlich doch primär an Fragen der Bündnispolitik und eher sekundär an der sozialen Ausrichtung der Partei entzündet hatte. An der Basis war dagegen, das sollten die Ereignisse 1933/34 zeigen, die Frage des Verhältnisses von „nationaler“ und „sozialer“ Revolution noch keineswegs entschieden.

III. Gewerkschaft oder nationaler Kampfverband?

Die zwiespältige Haltung der Parteileitung in der Gewerkschaftsfrage einerseits, die grundsätzlichen Differenzen zwischen Parteileitung und Mitgliederschaft andererseits haben in starkem Maße zu der schwankenden Beurteilung der NSBO in der wissenschaftlichen Literatur beigetragen, wobei bemerkenswerterweise gerade marxistische Autoren noch am ehesten geneigt sind, der NSBO Gewerkschaftscharakter zuzuerkennen.

Kühnl sieht die NSBO angesichts der innerparteilichen Kräftekonstellation als „eine realistische Ersatzlösung“ und billigt der Parteilinken „in der gegebenen Lage ein echtes Interesse an gewerkschaftlicher Organisation gegenüber den Unternehmern“ zu⁵². Ebenso gesteht Roth der NSBO eine „eigenständige Rolle“ zu: Aus ihrer „antikapitalistischen Grundhaltung“ heraus habe sie sich zu einer „linksradikalen“ Strömung innerhalb der NSDAP entwickelt, die vor wie nach dem Januar 1933 in die Richtung einer Gewerkschaft tendierte⁵³. Während z. B. Kater offenbar jeglichen Gewerkschaftscharakter bestreitet⁵⁴, ist Kele immerhin bereit, von „quasi-unions“ zu sprechen⁵⁵. In differenzierter Betrachtung und nicht ohne bedenkenswerte Argumente mißt Böhnke dem Entschluß der NSBO, sich in Konkurrenz zu den traditionellen Gewerkschaften an den Betriebsrätewahlen 1931 zu beteiligen, eine besondere qualitative Bedeutung bei; er sieht diese Entscheidung als den „eigentlichen Schritt auf dem Wege zur Arbeitnehmerorganisation“⁵⁶. Für Mason war die NSBO zwar nur eine „Randerscheinung“, aber immerhin doch ein Teil „der deutschen Arbeiterbewegung“⁵⁷, da sie zumindest eine „ungefähre, der Industriegesellschaft adäquate Konzeption hatte – die einer parteigebundenen Einheitsgewerkschaft“⁵⁸.

⁵⁰ Hamilton, S. 83, 89 f. Vgl. auch Goebbels, S. 192, 198; Udo Kissenkoetter, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 161.

⁵¹ Vgl. Kissenkoetter, S. 162 ff.; Stachura, besonders S. 104 ff.

⁵² Kühnl, NS-Linke, S. 71 ff., Zitate S. 75, 79.

⁵³ Roth, S. 53 ff., 57 ff.

⁵⁴ Kater, Sozialer Wandel, S. 31.

⁵⁵ Kele, S. 199.

⁵⁶ Böhnke, S. 170.

⁵⁷ Timothy W. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, S. 17 ff., Zitate S. 19.

⁵⁸ Mason, Sozialpolitik, S. 99 f.

Charakter und Funktion der NSBO können nicht allein aus der Sicht des 2. Mai 1933 beurteilt werden. Bereits die in dem Gründungsprozeß erkennbaren Konflikte divergierender Interessen und Konzeptionen lassen es geraten erscheinen, die Frage: nationale Gewerkschaft oder politischer Kampfverband weniger von den taktischen Manipulationsversuchen der Parteileitung, von Propaganda und Parteiauftrag, als vielmehr von ihrer Praxis, von ihrer alltäglichen Organisationsarbeit her zu beantworten.

Nach der Definition G. Briefs ist eine Gewerkschaft „die freie, dauernde, nach innen genossenschaftliche, nach außen Interessen ihres Lebenskreises vertretende institutionelle Verbindung besitzloser, auf Lohneinkommen gestellter Arbeitnehmer“⁵⁹. Die Aufgaben einer Gewerkschaft lassen sich dementsprechend in zwei große Bereiche aufgliedern: auf der einen Seite die Außenbeziehungen, die im wesentlichen der Regulierung von Arbeitsmarkt, Lohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen dienen, also primär *arbeitsrechtlich* bestimmt sind; auf der anderen Seite die *historisch-genealogisch* entwickelten Binnenstrukturen, die neben der genossenschaftlichen Selbsthilfe zugleich den Ausbau und die Pflege eines klassenspezifischen sozio-kulturellen Milieus beinhalten.

Der *arbeitsrechtliche* Aspekt ist von der NSBO-Leitung selbst negativ bewertet worden, indem sie – aus den oben skizzierten Gründen – wiederholt klarzustellen versuchte, „die N. S. B. O. ist keine Gewerkschaft, noch nicht einmal ein gewerkschaftsähnliches Gebilde, sondern sie war und sie ist die politische Kampfform der N. S. D. A. P. in den Betrieben“; sie sei „keine ‚wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern‘“ im Sinne der Gesetzgebung, „kein Unterstützungsverein“⁶⁰. Die Behauptung, die NSBO sei „schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt“⁶¹, entsprach zwar den Intentionen der NSDAP, aber nur bedingt der Realität.

Das Reichsarbeitsgericht hatte im Gegenteil den Begriff der „wirtschaftlichen Vereinigung“ im Sinne des § 1 der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918⁶² sowie die „Tariffähigkeit“ im Sinne des § 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes⁶³ beständig ausgeweitet. Das Gericht band die Zuerkennung der Tariffähigkeit an drei Voraussetzungen: 1. „daß die Vereinigung nur aus Arbeitnehmern besteht und ihre Mitglieder sich in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer zu einer organisierten Einheit zusammengesetzt haben“, 2. daß die Vereinigung wirtschaftliche Ziele verfolgte, „daß es, sei es allein, sei es mit zu ihren Aufgaben gehört, den Arbeitgebern gegenüber die wirtschaftlichen Arbeitnehmerinteressen zu wahren und zu ihrer Förderung Einfluß auf die Festsetzung von Arbeits- und Lebensbedingungen zu gewinnen“, 3. daß „die tatsäch-

⁵⁹ Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 4. Aufl. 1927, Bd. 4, S. 1117. Vgl. Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1981, Bd. 3, S. 654 ff.; Sowjet-system und demokratische Gesellschaft, Freiburg-Basel-Wien 1968, Bd. 2, S. 1030 ff.

⁶⁰ BA, NS 26/278.

⁶¹ Zitiert in: Metallarbeiter-Zeitung, 21. 5. 1932.

⁶² RGBI, 1918, S. 1456.

⁶³ RGBI, 1926, S. 507 ff.

liche (auch finanzielle) Unabhängigkeit der Vereinigung sowie ihre volle Selbständigkeit“ gegenüber den Arbeitgebern gewahrt blieb⁶⁴. Zugleich schränkte das Gericht die „gewollte Tariffähigkeit“ stark ein, die sich nicht durch Satzungsbestimmungen herbeiführen lasse, sondern vom „Vereinszweck“ und den „Vereinshandlungen“ bestimmt werde⁶⁵, während die positive Tariffähigkeit selbst wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen zuerkannt werden konnte. Denn es kam nach Auffassung des Gerichtes nicht so sehr darauf an, daß die Wahrung der Vereinsinteressen durch Streiks oder andere Kampfmaßnahmen erfolgte, sondern die Arbeitnehmerorganisationen mußten lediglich in der Lage sein, „ihre eigenen Interessen gegenüber der Arbeitgeberseite, und zwar nötigenfalls gegen deren Willen durchzusetzen“⁶⁶.

Zwar anerkannte und praktizierte Sachsen diese Ausdehnung der Tariffähigkeit auf die „Gelben“ nicht⁶⁷, zwar wurde die Tariffähigkeit syndikalistischen und kommunistischen Organisationen vom Reichsarbeitsgericht verweigert, da der Grundsatz der „direkten Aktion“ mit dem Tarifvertragsgedanken nicht vereinbar sei bzw. da die Einhaltung des Tarifvertrages nicht gewährleistet sei⁶⁸, doch sind entsprechende Entscheidungen im Hinblick auf die NSBO nicht nachweisbar. Die Überlegungen der NS-Regierung vom März 1933, die in die rechtliche Aufwertung der NSBO (aber nicht der „Gelben“) am 6. April mündeten⁶⁹, griffen diese Rechtsprechung zum Teil auf; die Stoßrichtung des ursprünglichen Gesetzentwurfes zielte aber offenbar weniger auf die Tariffähigkeit der NSBO, sondern auf deren Zulassung zur knappschaftlichen Versicherung, zum Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, zum Reichskohlenrat, zum Reichskalirat, zum Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie zu den Arbeitsgerichten⁷⁰. Im Frühjahr 1933 kandidierte die NSBO erstmals bei den Beiratswahlen der Versicherungsämter und Ortskrankenkassen, nachdem sie bis dahin offenbar freiwillige Abstinenz in diesen Wahlen geübt hatte⁷¹.

Zwar läßt sich auf der bisher erschlossenen Quellengrundlage die Frage nach der Tariffähigkeit und der Anerkennung als „wirtschaftliche Vereinigung“ nicht völlig klären (besonders solange nicht bekannt ist, ob und in welchem Rahmen die NSBO vor dem Januar 1933 unmittelbar an Tarifverträgen oder tarifähnlichen Betriebsvereinbarungen beteiligt war), es ist jedoch eindeutig erkennbar, daß die Umstellung auf eine reine Arbeitnehmerorganisation durch Straßer im Juli 1931 in eben diese Richtung zielte: nämlich die Anpassung an die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichtes

⁶⁴ Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichtshofes, Leipzig und Berlin, Bd. 2, 1929, S. 293, Bd. 6, 1931, S. 143 f.

⁶⁵ Entscheidungen, Bd. 4, 1930, S. 5 f.

⁶⁶ Entscheidungen, Bd. 2, 1929, S. 303; Juristische Wochenschrift, 1932, H. 47, S. 3461 ff.

⁶⁷ Juristische Wochenschrift, 1932, H. 48, S. 3665.

⁶⁸ Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, Bd. 6, 1931, S. 70; Juristische Wochenschrift, 1930, H. 40/41, S. 3143.

⁶⁹ RGBL, 1933, S. 161 f.

⁷⁰ HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 1310, Bl. 91 ff.

⁷¹ BA, NS 26/283.

tes. Alle Beamten, leitenden Angestellten sowie die berufslosen und „sonstigen“ Selbständigen mußten ausscheiden⁷². In die gleiche Richtung deutet der unmittelbare Anlaß für diese Maßnahme: Die reichsweite⁷³ Beteiligung an den Betriebsratswahlen war Voraussetzung für die Einflußnahme „auf die Festsetzung von Arbeits- und Lebensbedingungen“, wie sie das Reichsarbeitsgericht gefordert hatte. Die klare Ablösung von den Arbeitgebern, deren Zulassung auf dem Nürnberger Parteitag von 1929 noch von dem Gau Berlin beantragt worden war⁷⁴, war damit ebenfalls gewährleistet. Bezeichnenderweise zielte einer der wichtigsten (nachträglichen) Vorwürfe Leys gegenüber Straßers NSBO-Politik darauf ab, daß dieser die Mitgliedschaft von „Unternehmern“ verhindert habe⁷⁵. Es ist daher ein signifikanter Indikator für den späteren Funktionswandel und Machtverlust der NSBO, daß (wie in der DAF) Ende November 1933 Unternehmer wieder in die NSBO aufgenommen werden durften⁷⁶.

Die Autonomie der NSBO gegenüber den Arbeitgebern (und der NSDAP?) zeigte sich nicht nur in den Konsequenzen dieser Reorganisation vom Sommer 1931, sondern zugleich in ihrem Charakter als wirtschaftliche Kampforganisation. Wenngleich sich Partei- und NSBO-Führung größte Zurückhaltung gegenüber Streiks auferlegten und diese auf rein wirtschaftliche Belange reduziert wissen wollten, so waren sie doch weder willens noch wohl auch in der Lage, einen generellen Verzicht auf Kampfmaßnahmen auszusprechen⁷⁷. Wenn Muchow 1932 den Streik als legitime Waffe im Rahmen des „liberal-kapitalistischen Systems“, als wesentliches Mittel „zur Befreiung der Massen aus ihrer elenden sozialen Lage“ bezeichnet hatte⁷⁸, so ist dies nicht lediglich als Propaganda abzutun.

Nach eigenen Angaben hatte die NSBO bereits 1930 „große“ Streiks im Mansfelder Kupferbergbau, in der Berliner, der sächsischen und der Hannoverschen Metallindustrie und im Ruhrbergbau durchgeführt. Für 1931 werden drei größere Aktionen in Berlin, Bremen und Backnang genannt. Im Jahr 1932 wurden nach diesen Angaben eine „Unzahl“ von Streiks durchgeführt, von denen 13 besonders hervorgehoben wurden, darunter der Streik in den Berliner Verkehrsbetrieben⁷⁹. Eine detaillierte

⁷² BA, NS 26/278; BA, NS 22/838; BA, NS 26/1409 (16. 12. 1930); HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 37.

⁷³ Aus zahlreichen Einzelbelegen ist zu entnehmen, daß die NSBO sich bereits 1930 an den Betriebsräte-wahlen beteiligt hatte, z. B. im Ruhrbergbau, in Berlin wohl auch bereits 1929.

⁷⁴ Vgl. Kühnl, NS-Linke, S. 311; Mason, Sozialpolitik, S. 70; Noakes, S. 180 f.

⁷⁵ David Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln-Berlin 1968, S. 119.

⁷⁶ BA, NS 26/283 (26. 11. 1933).

⁷⁷ Hitler, Mein Kampf, S. 677. Unter Bezug auf Hitler z. B. Arbeitertum, 15. 8. 1932, S. 4; HStA Hannover, 310 I, A 122 I, Bl. 187; Kele, S. 199 ff. Zu einem Streik unter der NS-Regierung in Oldenburg 1932 und zur Rolle der NSBO vgl. Klaus Schaap, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg, Düsseldorf 1978, S. 217.

⁷⁸ Roth, S. 53.

⁷⁹ Arbeitertum, 15. 10. 1932, S. 4, August 1931, S. 5; Kele, S. 199 ff. Vgl. den Stuttgarter NS-Kurier, 18. 3. 1933, NSBO-Beilage, zu Streiks mit NSBO-Beteiligung in Württemberg 1931–1933. Zum Gau Süd-Hannover-Braunschweig vgl. HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 15. Zum BVG-Streik neuerdings Joachim Oltmann, Das Paradeferd der Totalitarismustheorie. Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter im November 1932, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11 (1982),

interne Aufstellung nennt 117 Streiks, die in dem Zeitraum vom April 1932 bis zum Januar 1933 geführt bzw. „unterstützt“ wurden, u. a. bei Zeiss-Ikon, BMW, Krupp, Villeroy & Boch, Vulkan-Werft, Karstadt, auch in zahlreichen kleineren Stahl-, Eisen- und Walzwerken⁸⁰. Als Streikgründe wurden vor allem genannt: Lohnabbau, Urlaubskürzung und untertarifliche Bezahlung, so daß es sich eher um Abwehr- als um Angriffsstreiks gehandelt haben dürfte. Wenn diese Streiks auch dazu dienten, den Kampf der NSDAP gegen Brüning und Papen zu unterstützen⁸¹, so erlaubte es doch die wirtschaftliche Lage den Mitgliedern nicht, materielle Verschlechterungen widerstandslos und nur aus Rücksicht auf die taktischen Interessen von NSBO und NSDAP hinzunehmen. Darüber hinaus waren Streiks, vor allem in Konkurrenz zu den anderen Gewerkschaften, als Mittel der Werbung geeignet, zumal in der Zeit, in der die NSBO in die Betriebe und die Betriebsräte drängte („Hib“-Aktion).

Bislang liegen indes empirische Untersuchungen über die Streikaktionen der NSBO, das Streikverhalten ihrer Mitglieder oder über die Betriebsrätearbeit nicht vor⁸². Immerhin deutet aber die Wahl, besonders die Wiederwahl von NSDAP-Mitgliedern bzw. NSBO-Betriebsräten, darauf hin, daß erfolgreiche Arbeit geleistet und anerkannt wurde⁸³. Selbst die Gegner auf der Linken gestanden NSBO-Mitgliedern einen „gesunden Klasseninstinkt“ zu, der sie zum Widerstand gegen „ihre Auslieferung an die Geldgeber der Braunen Paläste“ führte⁸⁴. Die NSBO war bei ihren Kampfmaßnahmen vereinzelt selbst das Opfer von Streikbruchaktionen der SA geworden⁸⁵; sie grenzte sich daher betont und nicht nur aus propagandistischen Gründen von der Technischen Nothilfe und der Stahlhelm-Selbsthilfe, erst recht von den Gelben als den „wohl widerlichsten Vertretern“ und „Schmarotzern“ der Arbeiterschaft, ab, da diese „Streikbrecherdienste“ leisteten, „woran wir als Sozialisten kein Interesse haben“. Angehörigen dieser Organisationen wurde die gleichzeitige Mitgliedschaft in der NSBO verwehrt; „solche Leute können wir in unseren Reihen nicht gebrauchen“. In diesem Sinne erneuerte die NSBO-Führung im Mai 1932 das bestehende Verbot für Partei- und SA-Mitglieder, in der Stahlhelm-Selbsthilfe und in der Technischen Nothilfe Mitglied zu werden; Streikbrecher wurden kompromißlos aus der NSBO ausgeschlossen⁸⁶. Noch nach 1933 waren es gerade die „Alten Kämpfer“ der NSBO, die „überdurchschnittlich häufig an Arbeitsniederlegungen und anderen

S. 1374 ff.

⁸⁰ BA, NS 26/283 (31. 1. 1933).

⁸¹ Vgl. Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Düsseldorf, Nachdr. d. 5. Aufl. 1978, S. 540 ff.

⁸² Die NSBO versuchte, wie der BVG-Streik zeigt, eine eigenständige Rolle zu spielen, indem sie eigene Streikleitungen bildete, eigene Streiklokale hatte, nicht nur um Einfluß auf die Streikführung zu gewinnen, sondern auch um des Werbeeffektes willen. BA, NS 26/278. Oltmann, S. 1383 ff.

⁸³ Vgl. dazu demnächst Mai, Geislingen, S. 64.

⁸⁴ Zitiert nach Oltmann, S. 1385. Vgl. *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*, hrsg. und bearb. von Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 30; Schildt, S. 142.

⁸⁵ BA, NS 26/278 (26. 8. 1932).

⁸⁶ BA, NS 22/1047 (6. 4. 1930); BA, NS 22/1052 (7. 12. 1931); BA, NS 26/278 (1. 5. 1932).

solidarischen Aktionen im Betrieb beteiligt“ waren und sich auf diesem Wege den Respekt ihrer Arbeitskollegen verschafften. Sie waren dementsprechend unbeliebt bei den Arbeitgebern und wurden, wie vorher die freigewerkschaftlichen Betriebsratsvertreter, vor wie nach 1933 gemäßregelt und entlassen⁸⁷. In diesem Sinne gesteht auch Roth der NSBO „antikapitalistische Positionen“ zu, auf deren Grundlage selbst nach 1933 ein „frischfröhlicher Klassenkampf“ geführt wurde⁸⁸.

Die tägliche Praxis der Betriebsarbeit, die harten Erfahrungen in den Arbeitskämpfen machten sehr schnell die Notwendigkeit einer rechtlichen und ökonomischen Absicherung der exponierten Mitglieder manifest. Der Ausbau einer differenzierten Binnenstruktur, die sich zum einen an den Erfordernissen des arbeitsrechtlichen Bereichs, zum anderen an dem *historisch-genetisch* entwickelten Modell der freien Gewerkschaften orientierte, ist besonders an dem Aufbau eines eigenen Unterstützungs- und Kassenwesens erkennbar. Dieser Bereich der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist indes bislang praktisch unbeachtet und dementsprechend unerforscht geblieben.

Mit dem politischen Kampfauftrag und den wirtschaftlichen Funktionen gleichermaßen vereinbar war die Gewährung von Rechtshilfe, Streik-, Ausgesperrten- und Gemaßregelten-Unterstützung⁸⁹. Dies galt jedoch nicht für Arbeitslosen- oder Invaliditätskassen. Unabhängig von den grundsätzlichen Erwägungen der Parteileitung gilt es hier zu berücksichtigen, daß in diesem Bereich (im Gegensatz zu der Gründungsphase der traditionellen Gewerkschaften⁹⁰) ein sehr viel weiter ausgebaut, seit 1927 durch die Arbeitslosenversicherung ergänztes öffentliches Sozialversicherungssystem bestand. Es war daher für die NSBO leichter (nicht zuletzt angesichts der leeren Kassen), sich auf ein rudimentär entwickeltes Unterstützungswesen zu beschränken, das staatliche Angebotslücken füllte und zugleich den primären Alltagsbedürfnissen der NSBO in der betrieblichen Arbeit entgegenkam.

Vor der Reorganisation der NSBO im Sommer 1932 wurden die Unterstützungsleistungen im Falle von Streiks ohne großen finanziellen Rückhalt z. T. aus spontanen, z. T. aus obligatorischen Solidaritätszahlungen der Mitglieder bestritten. Als 1932 die Kanal-Arbeiter an den nordbadischen Neckar-Staustufen in den Streik traten, galt es als „selbstverständliche Pflicht, unsere streikenden Mitglieder ausreichend mit Geld und Lebensmitteln zu unterstützen“. Da die Geldmittel nicht ausreichten, wurden alle *Partei*mitglieder zu Spenden aufgerufen; besonders die Landwirte wur-

⁸⁷ Michael Voges, Klassenkampf in der Betriebsgemeinschaft?, in: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 356 f. Vgl. auch Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade), Frankfurt/M. 1930, 1934, S. 39, 430 f., 1935, S. 571 f., 594; Krebs, S. 74; HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 48; BA, NS 22/1049.

⁸⁸ Roth, S. 55 ff., besonders S. 58.

⁸⁹ Starcke, S. 26; Noakes, S. 176 (8. 8. 1931); HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 15.

⁹⁰ Zur Entstehung des Unterstützungswesens der freien Gewerkschaften vgl. Klaus Schönhoven, Selbsthilfe als Form von Solidarität. Das gewerkschaftliche Unterstützungswesen im Deutschen Kaiserreich bis 1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 20 (1980), S. 147 ff. Zahlen über die Unterstützungsleistungen der freien und christlichen Gewerkschaften bei Schneider, Christliche Gewerkschaften, S. 458 ff.

den gebeten, „unsere streikenden Mitglieder mit Lebensmitteln zu versorgen“. Im Falle eines zur gleichen Zeit in Kassel stattfindenden Streiks der Fürsorgearbeiter wurde für die Spende von Geldbeträgen geworben, um „unsere streikenden Pgg. vor untragbaren Entbehrungen zu bewahren und ihnen in wahren Gemeinschaftssinn opferbereit zur Seite zu stehen“. Während des Hannoverschen Metallarbeiterstreiks im Dezember 1930 erhielten Verheiratete 5 RM, Ledige 3 RM Streikunterstützung; diese Gelder waren durch einen Zwangsbeitrag von 1 RM von allen (Partei?)-Mitgliedern aufgebracht worden⁹¹.

Nicht zuletzt auf Grund dieser Erfahrungen im Hannoverschen Metallarbeiterstreik richtete der Gau Süd-Hannover-Braunschweig im Frühsommer 1931 als erster Gau einen „Streikfonds“ ein⁹², der offenbar zum Vorbild für die gesamte NSBO wurde. Im Juli/August 1932 wurde neben dem Rechtsschutz⁹³ auch das Streikunterstützungswesen zentral geregelt, da es sich als unumgänglich erwiesen hatte, auf diesem Gebiet der Konkurrenz der anderen Gewerkschaften begegnen zu können. Die Streikgelder wurden nun, soweit der Streik von der NSBO-Leitung genehmigt worden war, aus den „Streikgelder-Rücklagen“ der zuständigen NSBO-Gauverwaltung, dem „Unterstützungsfonds“ der NSBO-Reichsleitung, den weiterhin praktizierten Streikhilfe-Sammlungen sowie eventuellen (freiwilligen) Zuschüssen der jeweiligen NSDAP-Gauleitung finanziert. Unterstützungsberechtigt waren alle Mitglieder, die länger als 3 Monate der NSBO angehörten und die ihre Beiträge bezahlt hatten. Die Unterstützungssätze richteten sich bezeichnenderweise nach der Höhe der Leistungen, die bei den anderen Gewerkschaften im Streikgebiet üblich waren⁹⁴.

Diese Bestimmungen werfen ein interessantes Schlaglicht auf den Charakter der „Streikfonds“. Obwohl die Streikkasse keine Unterstützungskasse, sondern Hilfsorgan des *politischen* Kampfes in den Betrieben sein sollte (so wie die Hilfskasse von NSDAP und NSBO nicht als „Unfallversicherung im juristischen Sinne“ und keine „Krankenkasse“, sondern nur als eine „Verwundetenhilfe“ angesehen wurde⁹⁵), ist es bemerkenswert, daß die Leistungen der Streikfonds nicht von allen betroffenen Parteimitgliedern in Anspruch genommen werden konnten (trotz der Zuschüsse der Partei), sondern nur von den Parteimitgliedern, die Angehörige der NSBO waren, wäh-

⁹¹ Roth, S. 53; Arbeitertum, 15.10. 1932, S. 4 (bei dieser Gelegenheit wurden auch „Streikküchen“ eingerichtet), 15. 6. 1932, S. 13 f.; Noakes, S. 175; BA, NS 26/283; BA, NSD 51/7 (13. 2. 1932).

⁹² HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 11 (15. 6. 1931).

⁹³ Vgl. Arbeitertum, 1. 10. 1932. Im Juli 1932 erledigte die Abteilung für Arbeitsrecht und Sozialversicherung des Bezirks Niederbayern 28 Vertretungen vor dem Arbeitsamt Passau, 4 Vertretungen vor dem Wohlfahrtsamt, 2 vor dem Amtsgericht sowie 148 mündliche Auskünfte; vgl. Noakes, S. 178.

⁹⁴ BA, NS 26/278 (31. 7. 1932); BA, NS 26/283 (30. 7. 1932); Arbeitertum, 15. 8. 1932, S. 4; Noakes, S. 177 f. Im Gau Süd-Hannover-Braunschweig waren zunächst nur 2 Monate Mitgliedsdauer verlangt; HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 11.

⁹⁵ BA, NS 26/278 (31. 7. 1932).

rend umgekehrt auf Druck der Basis die sogenannten „Sympathisanten“ (die nur Mitglied der NSBO, aber nicht der NSDAP waren) in den Genuß der Leistungen der NSDAP- und NSBO-Hilfskasse kamen. Ganz nach dem Muster der anderen Gewerkschaften waren NSDAP-Mitglieder, die erst während eines Streiks in die NSBO eintraten, von den Leistungen ausgeschlossen⁹⁶.

Solange Lohnstreiks als berechtigt anerkannt wurden, lag diese Form der Streikunterstützung, trotz gewisser Nuancierungen, im Rahmen der offiziellen Funktionen der NSBO. Eine sehr viel prägnantere, wenngleich unterschwellige Verschiebung von „politischen“ zu „gewerkschaftlichen“ Elementen⁹⁷ läßt sich im Bereich der „Wohlfahrts“-Leistungen beobachten, obwohl solche offiziell überhaupt nicht gezahlt wurden. Da die Gewerkschaften des ADGB „mit Vorliebe“ bekannte NSDAP-Mitglieder in dem Augenblick ausschlossen, in dem sie Arbeitslosenunterstützung beantragten, erklärte sich die NSBO zu einer Hilfestellung bereit, da die Ausgeschlossenen statutengemäß keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützungszahlungen der freien Gewerkschaften hatten. Indem die NSBO, im jeweiligen Einvernehmen mit den Gauen, für diese Fälle „Sonderregelungen“ ermöglichte, d. h. indem sie eine Art Recht auf Besitzstandswahrung ihrer Mitglieder anerkannte, begab sie sich einen entscheidenden Schritt auf den Weg zur „wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern“⁹⁸.

Die kurze Geschichte der NSBO zeigt recht deutlich, daß es offenkundig weniger prinzipielle Erwägungen, sondern die mangelnden finanziellen Grundlagen waren, die den zügigen Ausbau der NSBO zu einer vollgültigen Gewerkschaft auch im Hinblick auf Unterstützungskassen ver- bzw. behinderten. Der Gau Süd-Hannover-Braunschweig versuchte im Sommer 1931, zur Bildung der erforderlichen Rücklagen einen Monatsbeitrag von 1 RM einzuführen. Dieser hohe Satz ließ sich jedoch nicht durchsetzen und mußte innerhalb weniger Wochen um die Hälfte herabgesetzt werden; nun mußten nur noch die „Sympathisanten“ den vollen Betrag zahlen, um sie auf diese Weise in die Partei zu drängen bzw. um zu verhindern, daß Parteimitglieder aus der Partei austraten und nur noch Mitglied der NSBO blieben. Frauen und Lehrlinge zahlten ohnehin niedrigere Beiträge, und bereits im Herbst 1931 wurden die Beitragsätze für bestimmte Industriezweige (Zuckerfabriken, Mühlen, Konservenfabriken, Erdölförderanlagen, Schiffahrts-Betriebe) abermals gesenkt, ebenso die Beiträge für landwirtschaftliche Arbeiter. Zum größten Problem wurden die Erwerbslosen, die z. T. nur nominelle Beiträge zahlten⁹⁹. Trotz der Zuschüsse der Partei (seit dem Sommer 1932) verschlechterte sich die Finanzlage der NSBO kontinuierlich, so daß entstehende Kosten, wie gesehen, durch Spenden und Zwangsumlagen gedeckt werden mußten. Unter diesen Umständen war an die Errichtung eines umfassenden

⁹⁶ BA, NS 26/283 (7. 11. 1932); HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 23.

⁹⁷ Vgl. Noakes, S. 181; Roth, S. 55 f., besonders S. 58.

⁹⁸ BA, NS 26/280 (Febr. 1932). Der Gau Süd-Hannover-Braunschweig übernahm zu dieser Zeit ebenfalls die Arbeitslosen-Unterstützung für die NSBO-Mitglieder, die zu Schulungskursen herangezogen wurden.

⁹⁹ HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 11, 20, 40, 44. Vgl. BA, NS 26/283 (31. 1. 1933).

Systems von Hilfskassen nicht zu denken, während umgekehrt gerade die DAF, ausgerüstet mit den Vermögenswerten und den Unterstützungskassen der freien Gewerkschaften, im Juli 1933 großzügig verkünden konnte, sie plane die Errichtung eines „großen Selbsthilfewerks“¹⁰⁰. Das Fehlen von Arbeitslosen- oder Invaliditätskassen etc. ist zweifellos ein wichtiges Kriterium im Hinblick auf die Frage: Gewerkschaft oder politische Kampforganisation; doch sollte nicht übersehen werden, daß trotz der kurzen Lebenszeit der NSBO gerade in diesem Bereich die propagandistischen Ansprüche einerseits und die aus der praktischen Arbeit erwachsenden Entwicklungstendenzen andererseits sich rasch merklich voneinander entfernten.

Ebenfalls mit „politischen“ wie mit „wirtschaftlichen“ Aufgaben gleichermaßen vereinbar war der Aufbau eines eigenen Bildungs- und Schulungswesens. Die Ausbildung von geeigneten Funktionären und Betriebsratsvertretern war Grundlage jeder erfolgreichen Organisationstätigkeit, Voraussetzung der Werbung durch praktische Arbeit in den Betrieben. Die Gaue errichteten Schulungszentren¹⁰¹, und die NSBO-Zentrale baute ein Informationssystem auf, mit dessen Hilfe nicht nur Daten aus den Betrieben und unteren Organisationsebenen abgefragt werden konnten, sondern das zugleich der Mitteilung von Entwicklungen im Bereich von Betriebsräte- und Arbeitsrecht u. ä. m. diente¹⁰². Angesichts des raschen Organisationsausbaues und der Mitgliederzuwächse waren diese Bemühungen, wie noch zu zeigen sein wird, unzureichend, kamen auch zu spät, so daß die NSBO durch die „Gleichschaltung“ der freien Gewerkschaften organisatorisch wie personell hoffnungslos überfordert war.

Die hier erkennbare verstärkte Ausrichtung auf berufs- und betriebsorientierte Arbeit spiegelte sich noch deutlicher in der seit etwa 1930/31 zu beobachtenden Tendenz zur Errichtung von „Berufs-“ und „Fachgruppen“ wider. Die Anfänge dieser Entwicklung liegen noch im Dunkeln: Bereits Ende 1930 hatte Muchow die Gründung einer „Berufszelle Handwerk und Gewerbe“ durch Engel als „voreilig“, als abwegig und ohne Erfolgsaussichten abgelehnt und daher diese wieder aufgelöst. Aber noch im Januar 1932 existierte in Hamburg eine „Berufsgruppe I (Kleingewerbe und Handwerker)“ innerhalb der NSBO. Ob und inwieweit diese Berufsgruppen mit der „Betriebsgruppe Kleingewerbe und Handwerk“ identisch sind, die im Sommer 1931 im Rahmen der Reorganisation der NSBO mit den Beamten und leitenden Angestell-

¹⁰⁰ BA, NS 26/283 (12.7. 1933). Dieses „Selbsthilfewerk“ sollte vor allem die Bereiche Erziehung, Berufsausbildung und die nicht näher spezifizierte „Selbsthilfe“ umfassen; letzteres mag auf KdF und NSV hinweisen. Zunächst wurde die Arbeitslosenhilfe der freien Gewerkschaften weitergezahlt, um der Austrittswelle aus den gleichgeschalteten Verbänden zu begegnen; BA, NS 26/278 (ca. Mai 1933). Vgl. auch Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft, hrsg. von Otto Mönchmeier, Stuttgart-Berlin 1935, S. 158 f.: „Die Deutsche Arbeitsfront hat die Verbände des Klassenkampfes vernichtet, aber sie hat nach dem Willen des Führers alle diejenigen Einrichtungen übernommen, die einen wirtschaftlichen Vorteil für die Mitglieder bedeuten“ – also eben die vor 1933 so rigide abgelehnten „Wohlfahrts-Institute“.

¹⁰¹ HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 46; BA, NS 26/280 (Jan.–April 1932); Noakes, S. 179.

¹⁰² HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 44; ebenda, A 122 I, Bl. 147; BA, NSD 51/7 und 51/30.

ten ausscheiden mußte, ist noch unklar; möglicherweise handelte es sich bei dieser „Betriebsgruppe“ um eine Keimzelle des am 15. Dezember 1932 begründeten NS-Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes bzw. der später daraus hervorgehenden NS-Hago¹⁰³.

Diese „Berufsgruppen“ waren vermutlich dazu gedacht, im Sinne einer ständisch-korporativen Organisationsform die 1931 ausgegliederten Gruppierungen in einem gewissen Affiliationsverhältnis zu NSDAP und/oder NSBO zu halten¹⁰⁴. Die „Fachgruppen“ orientierten sich dagegen offenbar eher an den „Industrie-Gruppen“ in Muchows Organisationsplan von 1929. Die Gründung von Fachgruppen (und besonders von Untergruppen) war in erster Linie von einem gewissen Mindestbestand an Mitgliedern abhängig, der eine differenzierte Binnengliederung sinnvoll machte; dieser Differenzierungsprozeß wurde indes (unter lokalspezifischen Konstellationen?) in Hamburg von NSDAP und SA gezielt behindert. Dort wurde im Oktober 1931 eine „Fachgruppe Metall“ gegründet, die – wie man annehmen darf – auf den regelmäßig stattfindenden „Fachgruppenabenden“ u. a. auch den berufsbezogenen Bildungsbestrebungen der Mitglieder Rechnung getragen haben dürfte. Daneben bestanden in Hamburg auch die Fachgruppen „Kopfarbeiter“ und „sämtliche Handarbeiter“¹⁰⁵.

Abgesehen von der offenkundigen Tendenz zu einer (bei den freien Gewerkschaften scharf angeprangerten) Verbürokratisierung und „Verbonzung“ markierte die Gründung von Fachgruppen, vor allem die Etablierung der beiden Reichsfachgruppen „Kleingewerbliches Kraftfahrtwesen“ und „Seeschiffahrt“ im Mai 1932, einen wesentlichen Schritt in die Richtung von Fachorganisationen im Sinne von „Industriegruppen“ bzw. „Industriegewerkschaften“, jedoch ohne eine erkennbare Tendenz zur Trennung von Arbeitern und Angestellten¹⁰⁶.

Zur gleichen Zeit entwickelten sich, ebenfalls gegen die Intentionen und ohne Mitwirkung der Parteileitung, weitere Bildungs- und genossenschaftliche Selbsthilfe-Einrichtungen, wie sie auch das freigewerkschaftliche Binnenmilieu kennzeichneten: 1929 wurde der Gau Berlin um die Anerkennung und Eingliederung einer autonom initiierten Bau- und Siedlungsgenossenschaft gebeten¹⁰⁷; im Juli existierte ebenfalls in Berlin ein „Nationalsozialistischer Arbeiterstenographen-Bund“, der von Straßer bereits als Zeichen einer gefährlichen Tendenz zur Bildung von „Sonderorganisationen“ angesehen, aber dennoch unter Vorbehalten akzeptiert wurde¹⁰⁸.

Daß die NSBO auf dem Gebiet der Sozialpolitik ernsthafte und konstruktive Vorstellungen entwickelt, wengleich wohl nicht in ein systematisches Gesamtkonzept ein-

¹⁰³ BA, NS 22/1052.

¹⁰⁴ Am 10. 10. 1930 schrieb die Reichsorganisationsleitung an den Gau Berlin: Die Berliner (Partei-)Gastwirte könnten der NSDAP als Verband nicht korporativ beitreten, möglicherweise sei dies aber über die NSBO möglich; BA, NS 22/1049.

¹⁰⁵ BA, NS 22/1052.

¹⁰⁶ BA, NS 26/283.

¹⁰⁷ BA, NS 22/1049 (14. 8. 1929).

¹⁰⁸ Ebenda (11. 7. 1931).

gebettet hat, dürfte kaum zu bestreiten sein. Schumann billigt – ähnlich wie Kühnl – dem „linken“ Flügel um Straßer und Muchow eine konkrete und positive Auseinandersetzung mit „Fragen der Lohnerhöhung, Renten, Altersversorgung, Vereinfachung und Verbesserung des zersplitterten Sozialversicherungswesens und ... [der] Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung in die produktive Form der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge“ zu, während es Hitler lediglich darum gegangen sei, durch sozialistische Phraseologie und temporäre sozialpolitische Konzessionen die Arbeiterschaft zu gewinnen bzw. zu pazifizieren¹⁰⁹.

In der Tat umfaßte z. B. der Forderungskatalog des „Arbeitertums“, des Zentralorgans der NSBO, bereits 1931 Positionen, die eine weitgehende Anerkennung des bestehenden sozialpolitischen Gebäudes beinhalteten, wenngleich „Weiterentwicklungen“ und „Umbau“ gefordert wurden. Dies schloß ein: Tarifverträge, allerdings in Verbindung mit einem rigideren Schlichtungswesen, das „mutwillige Störungen des Wirtschaftslebens“ verhindern sollte, und unter Beibehaltung der Arbeitsgerichte; Arbeiterschutz zur Erhaltung der individuellen Arbeitskraft war ebenso ein Bestandteil wie die Forderung nach Berufsbildung im Interesse eines hohen Qualifikationsniveaus; durch Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung sollte zum einen die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb aufgewertet, zum anderen der „gesunde Gedanke der Werkszusammengehörigkeit“ gefördert werden; durch die Beseitigung der Umsatzsteuer sollte die „Benachteiligung“ der Konsumenten aufgehoben werden, wie generell eine „wirklich soziale und gerechte“ Verteilung der Steuerlasten angestrebt wurde¹¹⁰. Ein Jahr später formulierte Gregor Straßer ähnliche, z. T. identische Forderungen in seinem „Wirtschaftlichen Sofortprogramm“, die er zusammen mit seinen Vorstellungen zur Arbeitsbeschaffung im Reichstag zur Diskussion stellte¹¹¹.

Innerhalb der NSBO dürfte eine rege sozialpolitische Diskussion geführt worden sein, da sich die Reichsorganisationsleitung im Sommer 1932 veranlaßt sah, allen NSBO-Dienststellen und -Einzelmitgliedern zu untersagen, sich mit sozialpolitischen Eingaben direkt an die NSDAP-Fraktionen in den Landtagen zu wenden¹¹². Alle Initiativen mußten zukünftig über die Parteileitung laufen, die sich damit nach Gesichtspunkten der politischen (und innerparteilichen) Opportunität eine entscheidende Steuerungs- und Filterfunktion vorbehielt. Das Spannungsverhältnis von Programm und Praxis ließe sich wohl am ehesten in lokalen oder regionalen Unter-

¹⁰⁹ Schumann, S. 133; Kühnl, NS-Linke, S. 176 ff.; ders., Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Straßer-Programm von 1925/26, in: VfZ 14 (1966), S. 322, 324 ff. Vgl. Mason, Arbeiterklasse, S. 78 f.; Gerhard Schulz, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1975, S. 624 ff.; Schildt, S. 128 ff.

¹¹⁰ Arbeitertum, 1.9. 1931, S. 12. Vgl. Schumann, S. 38 f. (mit weiteren Belegen); Kühnl, NS-Linke, S. 304 ff., 317, 347, 370 f.; BA, NS 26/279. Der Gau Hessen der NSBO verkündete Ende 1931 (?) in einem Flugblatt: „Die NSBO will, daß der deutsche Arbeiter der Hand und des Kopfes die heutige soziale Gesetzgebung verteidigt, gleichgültig, ob sie mangelhaft erscheint oder nicht ganz nationalsozialistischen Anschauungen entspricht, denn sie macht ihn nicht völlig rechtlos.“

¹¹¹ Schulz, S. 418 f., 628 ff.; Kissenkoetter, S. 112 ff.

¹¹² BA, NS 26/278 (26. 8. 1932).

suchungen in Oldenburg, Braunschweig oder Thüringen erhellen, in denen die NSDAP bereits vor 1933 maßgebliche Regierungsverantwortung trug¹¹³.

Insgesamt wird man der NSBO – sowohl gemessen an den (minimalen) Kriterien des Arbeitsrechtes als auch an den weitergreifenden Maßstäben des historisch-genealogisch entwickelten Modells der freien Gewerkschaften – den Charakter einer „nationalen“ Gewerkschaft nicht absprechen können. In der äußeren Organisationsform an KPD und RGO orientiert, tendierte sie in der Praxis eher in die Richtung der nationalen Angestelltengewerkschaften, der konfessionellen Arbeitervereine und der Christlich-nationalen Gewerkschaften, unterschied sich aber zugleich deutlich von der Staatsgewerkschaft DAF. Zweifelsohne war die Stellung der NSBO, vor allem im Hinblick auf ihre Rolle am 2. Mai 1933, innerhalb der spezifischen Dichotomie von sozialer Funktion, sozialer Basis und sozialistischer Phraseologie des Nationalsozialismus eine doppeldeutige, die der politischen Glaubwürdigkeit ihrer „antikapitalistischen Sehnsüchte“ (G. Straßer), ihrer „sozialrevolutionären“ bzw. „nationalbolschewistischen“ Grundhaltung entscheidenden Abbruch tun mußte. Die NSBO hat sich der Instrumentalisierung durch die Partei nie ganz entziehen können, sie hat dies ernsthaft wohl nie versucht. Doch trotz aller Bemühungen der NSDAP um eine enge An- und Einbindung in den politischen Kampf hat die These Schumanns: „Durch die Praxis rutschte die NSBO weiter nach links“, unverändert Gültigkeit¹¹⁴. Je stärker die NSBO in eine tagtägliche Konkurrenzsituation zu den etablierten Gewerkschaften gedrängt wurde, je umfassender sie sich in Betrieb und Arbeitswelt engagierte, desto unvermeidlicher wurde sie in die Richtung klassischer Gewerkschaftsarbeit getrieben. Der Entschluß, an den Betriebsratswahlen von 1931 teilzunehmen, markiert – wie Böhnke richtig gesehen hat¹¹⁵ – den entscheidenden, zumindest aber den bewußten Schritt in diese Richtung. Ob der Reorganisation des Sommers 1931 damit möglicherweise der Charakter einer Umgründung zukam, werden differenziertere Untersuchungen der Vor- und Frühformen der NSBO noch erweisen müssen.

IV. Die Mitgliederschaft

Die Mitgliederschaft ist der bislang am wenigsten erforschte Bereich der NSBO. Entsprechend vage sind die Angaben bzw. die Annahmen über die soziale Herkunft der Gruppe der „Arbeiter“ in der NSDAP und der Mitglieder, die die NSBO organisierte

¹¹³ Vgl. hierzu die interessanten Hinweise bei Schaap, S. 201, 216 ff. Wenig ergiebig in dieser Hinsicht ist Ernst-August Roloff, Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Braunschweig 1964. Der Innenminister und spätere Ministerpräsident Klagges zählte zu den „romantischen“ und „schärfsten“ Sozialrevolutionären der Partei, so Schulz, S. 416 f. In Thüringen war der NS-Ministerpräsident Marschler langjähriges Mitglied im DHV gewesen. Vgl. Michael Schneider, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 150 ff.

¹¹⁴ Schumann, S. 38. So bereits Käss, S. 39; Starcke, S. 25.

¹¹⁵ Böhnke, S. 170.

(372 474 im März und 727 077 Ende Mai 1933 bzw. 1 335 765 im November 1934¹¹⁶). H. A. Winkler „vermutet“ Affinitäten „atypischer“ Arbeitergruppen gegenüber dem Nationalsozialismus, z. B. bei ostelbischen Landarbeitern, mitteldeutschen Heimarbeitern, unselbständigen Handwerkern und Arbeitern kleinerer Betriebe, während ihm unter Berufung auf C. Mierendorff die besondere Affinität von Arbeitern und Angestellten in öffentlichen Betrieben als nachgewiesen gilt¹¹⁷. Nach M. Kater handelte es sich „zu einem hohen Grade“ um Erwerbslose bzw. vom sozialen Abstieg Bedrohte, um in ländlichen Gebieten lebende Arbeiter mit einer eher mittelständischen als proletarischen Mentalität¹¹⁸. Mason vermutete demgegenüber zunächst „Fachkräfte, Vorarbeiter und technische Angestellte“, aber auch „Angestellte und Arbeiter in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen“, scheint sich aber nun wieder eher der Position Katers anzunähern¹¹⁹. Im Gegensatz zu Winkler und Kater sieht C. Fischer die „larger firms“ als das wichtigste Rekrutierungsfeld an¹²⁰. Speziell bezogen auf die Mitglieder der NSBO kommt Böhnke, gestützt auf amtliche Ermittlungen aus dem Jahre 1931, für das Ruhrgebiet zu dem Ergebnis, die Mitgliedschaft habe sich „zu einem großen Teil aus Vertretern der Mittelschichten, zu einem geringen Teil aus beschäftigten Arbeitern und zu einem gewissen Prozentsatz aus Erwerbslosen beider Schichten“ zusammengesetzt; allerdings vermeidet Böhnke jegliche Festlegung auf die quantitative Stärke der einzelnen Gruppen. Lediglich für die Ebene der Gau-Betriebszellenleiter kann er die Schätzung Schumanns bestätigen, daß sich diese im Verhältnis von 3:2:1 aus Angestellten, Handwerkern und Arbeitern rekrutierten¹²¹.

Diese disparaten, z. T. sich widersprechenden Auffassungen werfen mehr Probleme und Fragen auf, als sie beantworten: 1. War die NSBO letztlich ein völkisch-nationaler Angestelltenverband, der aus propagandistischen wie aus organisatorischen Gründen auch Arbeiter aufnahm, oder war sie eine umfassende Einheitsorganisation von Angestellten und Arbeitern? 2. War die NSBO weniger betriebliches Propagandainstrument bzw. Vertretungsorgan als Auffangbecken für Erwerbslose (in Konkurrenz zu den kommunistisch dominierten Erwerbslosenorganisationen), und in welchem (Rivalitäts-?)Verhältnis stand sie dabei zur SA? 3. Konnte die NSBO den „marxistischen“ Gewerkschaften und Parteien Mitglieder abwerben oder stützte sie sich weitestgehend auf bislang „Unorganisierte“?

Bereits ein kurzer Blick in die Angaben der partei-offiziellen Mitgliederstatistik von NSDAP und NSBO belegt die in der Tat verwirrende, regional stark differierende Zusammensetzung der Mitgliedschaft:

¹¹⁶ Zur Entwicklung der Mitgliederzahlen bis Anfang 1932 vgl. Schumann, S. 167, der sich auf Starcke, S. 40, und Käss, S. 46, bezieht. Die Angabe für den Mai 1933, die von der offiziellen Version von „ca. 1 Million“ Anfang des Monats erheblich abweicht, nach BA, NS 26/283. Die Angaben zum realen Bestand vom November 1934 nach BA, NS 22/838 (Ley, 15. 11. 1934).

¹¹⁷ Winkler, S. 99.

¹¹⁸ Kater, Sozialer Wandel, S. 31.

¹¹⁹ Mason, Arbeiterklasse, S. 20; ders., Sozialpolitik, S. 64.

¹²⁰ Fischer, S. 131.

¹²¹ Böhnke, S. 174 f., Zitat S. 175; vgl. ebenda, S. 201; Schumann, S. 38 f.

Mitgliederschaft von NSDAP und NSBO nach dem Stand von 1933 und 1935 nach ausgewählten Gauen (in %)

Gau	1	2	3	4	5	6	7	8
1. Baden	33	56	101	197	2,9	2,8	1,9	2,0
4. Düsseldorf	35	66	98	262	2,3	2,4	1,7	2,5
5. Essen	42	70	100	229	2,1	2,7	1,6	2,0
7. Groß-Berlin	26	67	37	264	6,4	5,0	12,8	18,2
9. Hamburg	26	64	62	188	1,5	1,2	1,7	1,8
10. Hessen-Nassau	34	55	115	188	5,3	5,2	2,8	2,8
12. Köln-Aachen	33	61	23	66	1,9	1,9	5,4	1,9
14. Kurmark	35	54	82	126	6,4	6,7	4,6	3,1
18. München-Oberbayern	28	51			2,1	1,7		2,1
20. Ostpreußen	28	46			3,1	2,5		5,3
23. Sachsen	37	63	87	209	10,3	11,4	8,1	9,1
24. Schlesien	33	52	24	156	7,4	7,1	11,5	9,7
25. Schleswig-Holstein	28	42	128	96	6,2	5,1	2,2	1,1
29. Weser-Ems	31	49			2,7	2,4		1,5
30. Westfalen-Nord	41	63	11	108	1,9	2,3	12,2	7,1
31. Westfalen-Süd	46	72	56	193	2,9	4,0	4,0	4,2
32. Württemberg-Hohenz.	35	61	70	299	2,6	2,7	1,9	3,1
Reich	34	56	61	185	100	100	100	100

1 = Anteil der „Arbeiter“ an der Gesamt-Mitgliederschaft der NSDAP am 30.1. 1933.
 2 = Anteil der „Arbeiter“ und „Angestellten“, wie Sp. 1. 3 = Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten in der NSDAP am 30.1. 1933 im Verhältnis zur NSBO-Mitgliederschaft am 29.5. 1933. 4 = Verhältnis der NSBO-Mitgliederschaft vom 29.5. 1933 und 1.1. 1935.
 5 = Anteil der Gauen an der NSDAP-Gesamtmitgliederschaft, 30.1. 1933. 6 = Anteil der Gauen an sämtlichen Arbeitermitgliedern der NSDAP, 30.1. 1933. 7 = Anteil der Gauen an der NSBO-Gesamtmitgliederschaft 1933. 8 = wie Sp. 7 im Jahr 1935.

(Zusammengestellt nach: Parteistatistik, hrsg. vom ROL der NSDAP, Bd. I, S. 82 f., 86 ff. Dass., Bd. IV, S. 68. BA, NS 26/283)

Während in den Gauen Düsseldorf, Essen, Westfalen-Nord und -Süd (die das gesamte Ruhrgebiet einschlossen) der Arbeiteranteil an der Partei-Mitgliederschaft (Sp. 1) außergewöhnlich hoch war, lag er in Hamburg und Berlin ebenso auffallend niedrig, wie vergleichbar auch in den stärker agrarisch geprägten Gauen Schleswig-Holstein, München-Oberbayern und Ostpreußen. Bei den Angestellten (Differenz von Sp. 2 und Sp. 1) erreichten Essen und Westfalen-Süd ebenfalls hohe Werte, blieben aber doch deutlich hinter den Verwaltungszentren Hamburg und Berlin zurück. In Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Weser-Ems erreichten Arbeiter und Angestellte zusammen nicht einmal 50% der Mitgliederschaft, in den stark industrialisierten Gebieten lag der Anteil dagegen bei zwei Drittel.

Vergleicht man die Summe der Arbeiter und Angestellten in der NSDAP zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ mit den Mitgliederzahlen der NSBO vom 29. Mai

1933¹²² (Sp. 3), so ergibt sich für Baden und Essen ein weitgehender Gleichstand. In den agrarisch geprägten Gauen Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein herrschte dagegen ein zahlenmäßiger Überhang der Arbeiter und Angestellten in der NSDAP gegenüber den Mitgliedern der NSBO, während in den Gauen Berlin, Köln-Aachen, Schlesien und vor allem Westfalen-Nord die NSBO fünf- bis zehnmal mehr Mitglieder organisierte, als die Partei Arbeiter und Angestellte auswies. Die NSBO dürfte insgesamt kaum mehr als zur Hälfte NSDAP-Mitglieder organisiert haben¹²³. Im Gau Danzig gehörten der NSBO am 30. Oktober 1931 insgesamt 777 Personen an, von denen nur 413 (= 53%) der NSDAP angehörten¹²⁴. Teilweise waren offenbar auch SA-Männer der NSBO beigetreten, die nicht der Partei angehörten¹²⁵.

Ihre regionalen Schwerpunkte hatte die NSBO 1933 eindeutig in Berlin, Westfalen-Nord, Schlesien, Sachsen und Köln-Aachen, also gerade in den Gebieten, die (mit Ausnahme Sachsens) den geringsten NSDAP-Mitgliederanteil hatten. Besonders ins Auge fällt dabei, daß die katholisch geprägten Gaue Westfalen-Nord, Schlesien und Köln-Aachen starke NSBO-Mitgliederschaften verzeichneten, während ihr Anteil an der Parteimitgliederschaft erheblich niedriger lag, so wie die NSDAP hier auch nur unterdurchschnittliche Wahlerfolge erzielen konnte; in dem ebenfalls mehrheitlich katholischen Essen verlief die Entwicklung dagegen unter genau umgekehrten Vorzeichen. Eine einheitliche Tendenz ist also nicht zu erkennen.

Ähnlich disparat verlief die Mitgliederentwicklung der NSBO von 1933 bis 1935 (Sp. 4): Der katholische Gau Köln-Aachen und der protestantische Gau Schleswig-Holstein verloren in diesem Zeitraum als einzige absolut an Mitgliedern, während Westfalen-Nord fast stagnierte; relativ verloren aber auch die Gaue Schlesien und Westfalen-Nord, die 1933 sehr hohe Anteile verzeichnet hatten. Besonders hohe Gewinne verzeichneten die Gaue Württemberg-Hohenzollern, Düsseldorf, Essen und

¹²² Von Ende Januar bis Ende Mai 1933 steigerte die NSBO nach offiziellen Angaben ihre Mitgliederzahlen von 258 210 auf 1 418 289; Parteistatistik, Bd. 4, S. 68. Vgl. oben Anm. 116. Insofern ist der Vergleich von NSDAP-Mitgliederschaft am 30. 1. 1933 und NSBO-Daten vom 29. 5. 1933 methodisch nicht ohne Probleme.

¹²³ Es scheint fraglich, daß die Einführung des Status des „Sympathisanten“, der nur Mitglied der NSBO war, nicht aber der NSDAP, lediglich aus „Tarngründen“ erfolgte, wie Schumann, S. 38, vermutet. Die „Sympathisanten“ sollten durch höhere Beiträge zum Übertritt in die NSDAP veranlaßt werden; HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 20, 23, 40.

¹²⁴ BA, NS 22/1047. Am 14. 1. 1932 bestanden 27 Betriebszellen mit 791 Mitgliedern. Die dortige NSDAP-Organisation hatte 1932 6 238 Mitglieder (davon 929 Frauen), von denen 46% jünger als 30 Jahre waren. Beruflich gliederte sich die Mitgliederschaft in 15% Industriearbeiter, 5% Landarbeiter, 8% Handwerker, 18% Angestellte, 1% Seeleute und Fischer, 23% ohne festen Beruf und Arbeitslose. Ca. 70% der Gesamtmigliederschaft fielen also in den Bereich der NSBO, also erheblich mehr, als tatsächlich dort Mitglied waren. – Die NSBO versuchte wiederholt, alle NSDAP-Mitglieder, die in Frage kamen, zu erreichen, z. B. indem die Gaue verpflichtet wurden, alle abhängig Arbeitenden zu melden (Mai 1931). Der Gau Süd-Hannover-Braunschweig drohte schließlich sogar Maßnahmen bis hin zum Parteiausschluß an, jedoch auch weiterhin ohne großen Erfolg. HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 2, 11; BA, NS 26/276 (Gau Hessen, Oktober 1931).

¹²⁵ BA, NS 22/1052.

Sachsen, vor allem aber der Gau Berlin. Dieser organisierte 1935 fast ein Fünftel aller NSBO-Mitglieder (Sp. 7 und 8).

Die Berufsstruktur innerhalb der NSBO dürfte insgesamt regional ähnlich verschieden gewesen sein wie die der Partei (vgl. Sp. 2, 5 und 6): Die NSDAP hatte im Gau Berlin 150% mehr Angestellte als Arbeiter unter ihren Mitgliedern; im Gau Sachsen lag das Verhältnis umgekehrt, und die Gaue Kurmark und Schleswig-Holstein registrierten doppelt so viele Arbeiter wie Angestellte. Das von Schumann und Böhnke skizzierte Verhältnis von Angestellten, Handwerkern und Arbeitern dürfte wohl kaum über den Kreis des mittleren Funktionärskörpers hinaus Geltung haben – ähnlich wie in der Mutterpartei auch.

Für das Verhältnis von Angestellten und Arbeitern unter den Mitgliedern und Anhängern der NSBO bieten die Betriebsratswahlen in den Jahren 1930 bis 1933 einen gewissen Anhaltspunkt. Nach eigenen Angaben gewann die NSBO 1931 in den Betrieben, in denen sie überhaupt kandidiert hatte, auf Reichsebene 12% der Arbeiterstimmen, aber 25% der Angestelltenstimmen¹²⁶. Da aus propagandistischen Rücksichten lediglich „erfolgreiche Betriebsratswahlen ... in der Parteipresse entsprechend beleuchtet“ wurden¹²⁷, läßt schon ein flüchtiger Blick in das Parteischrifttum erkennen, daß die spektakulären Erfolge praktisch alle im Bereich der Angestellten erzielt wurden¹²⁸. Einzelergebnisse bestätigen diese Angaben zumindest in ihrer Grundtendenz: Bereits 1930 gewann die NSBO bei Siemens in Berlin 998 Angestelltenstimmen (= 20%) und 1 000 Arbeiterstimmen (= 10%), wobei nach Ansicht der Polizeibehörden die Erfolge bei den Arbeitern vor allem zu Lasten der KPD gingen¹²⁹. In den 147 Betrieben der Metallindustrie, in denen die NSBO 1931 aufgrund organisatorischer Defizite nur kandidieren konnte, gewann sie 15 499 Stimmen. Das waren, umgerechnet auf sämtliche 10 190 Betriebe, in denen gewählt wurde, nur 1,74% aller Stimmen; die durchschnittliche Stimmenzahl pro Betrieb lag indes bei 105¹³⁰. Im „Bochumer Verein“ waren es allein 9,64% der Stimmen¹³¹. Im Ruhrbergbau steigerte sich die NSBO von 244 Stimmen (= 0,08%) 1930 auf 7 893 (= 3,58%) 1931, wobei sie nach eigenen Angaben auf einzelnen Zechen bis zu 20% der Stimmen erhielt¹³². Bei den Wahlen 1933 konnte sie, trotz der deutlich niedrigeren Gesamtbelegschaftszahlen, 35 456 Stimmen (= 28,9%) auf sich vereinigen und damit zur stärksten Einzel-

¹²⁶ BA, NS 26/283 (31. 1. 1933).

¹²⁷ HStA Hannover, 310 I, A 122 I, Bl. 42.

¹²⁸ Vgl. Arbeitertum und Völkischer Beobachter, passim. Für 1931 vgl. Deutscher Metallarbeiterverband, Jahrbuch 1931, S. 376 f.

¹²⁹ BA, NS 26/1403 (15. 10. 1930, S. 6 ff.).

¹³⁰ Deutscher Metallarbeiterverband, Jahrbuch 1931, S. 376; Eugen Bührig, Statistisches über die Betriebsrätewahlen 1931, in: Betriebsrätezeitung, hrsg. vom Deutschen Metallarbeiterverband, 1931, S. 515 ff. Die RGO kandidierte in 452 Betrieben der Metallindustrie und erzielte durchschnittlich 236 Stimmen pro Betrieb, der Stahlhelm erzielte 109 Stimmen in 26 Betrieben, die Gelben 139 Stimmen in 87 Betrieben, der DMV dagegen nur 63 Stimmen pro Betrieb.

¹³¹ Gustav-Hermann Seebold, Ein Stahlkonzern im Dritten Reich. Der Bochumer Verein 1927–1945, Wuppertal 1981, S. 49 ff.

¹³² Frankfurter Zeitung, 2. 4. 1931, 9. 4. 1931; Arbeitertum, August 1931, S. 13.

gewerkschaft aufsteigen¹³³. Während der Wahlvorgang im Frühjahr 1933, wie es scheint¹³⁴, noch weitgehend unbeeinflusst war, wurde die individuelle Wahlentscheidung zweifellos nicht immer ohne Berücksichtigung der veränderten politischen und atmosphärischen Rahmenbedingungen gefällt; allerdings hatte sich, wie Wahlanalysen z. B. für Essen gezeigt haben, schon gegen Ende 1932 in Arbeiterkreisen eine merkliche Hinwendung zur NSDAP abgezeichnet¹³⁵.

Insgesamt zeigen diese Ergebnisse der Betriebsratswahlen, daß die Erfolge der NSBO in der Angestelltenschaft zumindest relativ ausgeprägter waren. Dies bestätigt nicht nur Krebs für Hamburg¹³⁶, sondern auch die inhaltliche Ausgestaltung der NSBO-Betriebszeitungen bei Conti-Hannover und der IG Farben-Hoechst war primär an Angestelltenfragen orientiert¹³⁷. Die relativ größeren Wahlerfolge bei den Angestellten lassen jedoch keinen unmittelbaren Rückschluß auf die absolute Stärke der einzelnen Gruppen innerhalb der NSBO zu, wie das Wahlergebnis bei Siemens im Jahr 1930 zeigt. Ebenso gilt es in Rechnung zu stellen, daß die Angestellten durch Listenverbindungen, Wahlabsprachen (vor allem mit dem DHV, aber auch mit dem GdA¹³⁸) und verdeckte Kandidaturen begünstigt wurden, während die Arbeiter in aller Regel auf solche Unterstützung nicht rechnen konnten. War so das Übergewicht der Angestellten möglicherweise nur ein optisches, so scheint auch die These Keles nicht unbegründet, daß eine allmähliche Verschiebung von den Angestellten zu den Arbeitern stattgefunden habe¹³⁹, wie sich z. B. für Hamburg¹⁴⁰ oder für Geislingen¹⁴¹ durchaus nachweisen läßt.

¹³³ Völk. Beobachter, 31.3. 1933. Nach diesen Angaben und denen der Frankfurter Zeitung (wie Anm. 132) ergaben sich folgende Ergebnisse:

(in %)	1930	1931	1932
Belegschaftsstärke	379909	284597	(138854)
Freie Gewerkschaften	44,1	36,9	27,4
Christliche Gewerkschaften	26,6	24,6	23,9
RGO	23,6	28,3	11,6
Syndikalisten	1,5	0,9	—
Gelbe	3,0	4,8	5,6
NSBO	0,1	3,6	28,9

Die Angaben für 1933 beziehen sich nur auf 118 von 160 Schachtanlagen.

¹³⁴ Mündliche Auskunft. – Gerade in öffentlichen Betrieben und im Ruhrbergbau ergaben sich günstige Ansatzpunkte für die Agitation der NSBO, da beide Bereiche besonders stark von den Brüningschen Notverordnungen betroffen waren; Mason, Sozialpolitik, S. 68; Kele, S. 195 f.

¹³⁵ Herbert Kühr, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1973, besonders S. 285 f.; Hamilton, S. 168 f. Vgl. Hetzer, S. 70 f.

¹³⁶ Krebs, S. 74 ff.

¹³⁷ HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 48, 52; BA, NSD 9/220.

¹³⁸ Zum DHV vgl. Krebs, S. 69 ff.; BA, NS 22/1049 und 1052 (für die Jahre 1928/29). Zum GdA in Dresden vgl. Arbeitertum, Februar 1932.

¹³⁹ Kele, S. 202 f. Ähnlich Mason, Sozialpolitik, S. 71.

¹⁴⁰ Krebs, S. 74.

¹⁴¹ Mai, Geislingen, S. 60 ff., 82 ff., 153 ff.

Ein ausgesprochener Schwerpunkt der NSBO lag – hier bestätigt sich die Beobachtung Mierendorffs – in den öffentlichen Betrieben, besonders den Verkehrsbetrieben¹⁴². Nicht zufällig hatten bereits die Völkischen Kampfgewerkschaften gerade unter den Verkehrsbeamten und -arbeitern ihre Erfolge gesucht¹⁴³. Bei den städtischen Straßenbahnen in Frankfurt/M. erreichte die NSBO in den Betriebsratswahlen von 1930 bemerkenswerte 19,5%; trotz erheblicher Rückschläge lag sie 1931 noch immer bei 9,5%¹⁴⁴. In Magdeburg bestanden Ende 1932 NSBO-Zellen in allen kommunalen Betrieben¹⁴⁵. Bekannt ist die starke Position der NSBO in den Berliner Verkehrsbetrieben. Dort konnte sie 1930 1344 Arbeiterstimmen auf sich vereinigen. Als die NSBO-Liste 1931 wegen eines Formfehlers nicht zugelassen wurde, rief sie ihre Anhänger zur Abgabe ungültiger Stimmen auf; es wurden jedoch, bei einer Wahlbeteiligung von 83,6%, nur 424 ungültige Stimmzettel abgegeben. Bei den Angestellten gewannen die listenverbundenen DHV und NSBO nur 3 Sitze gegenüber 9 der freien Gewerkschaften¹⁴⁶. Der BVG-Streik vom November 1932 zeigte indes die wahre Stärke der NSBO-Zelle, die zu diesem Zeitpunkt etwa 1300 Mitglieder hatte¹⁴⁷. Die „Machtergreifung“ brachte der NSBO in diesen Betrieben – ähnlich wie in den öffentlichen Verwaltungen und Behörden¹⁴⁸ – erheblichen Zulauf: In Stuttgart gewann die NSBO im März 1933 über 5000 neue Mitglieder, davon allein über 200 bei den Stuttgarter Straßenbahnen¹⁴⁹. Der Anpassungsdruck mag in diesen Betrieben größer und unmittelbarer gewesen sein, unabhängig von dem Grad ohnehin vorhandener Affinitäten, doch auch die Berliner Industriearbeiterschaft hatte ihre „Märzgefallenen“: Nachdem z. B. bei Siemens der alte Betriebsrat „entfernt“ und durch einen kommissarischen NSBO-Rat ersetzt worden war, wurden „sofort ... Hunderte von Neuaufnahmen getätigt“¹⁵⁰.

Eine wichtige Zielgruppe der NSBO waren zweifellos die Arbeitslosen, einschließlich der Erwerbslosen- bzw. Wohlfahrts-Pflichtarbeiter. Obwohl nur 8 der 117 Streiks, die die NSBO 1932/33 durchführte bzw. unterstützte, die letztere Gruppe betrafen, war doch die Publizität, die ihnen die NSBO verlieh, bemerkenswert¹⁵¹.

¹⁴² Winkler, S. 98 f. Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

¹⁴³ HStA Stuttgart, E 130 II, Bü 535, Bl. 53 (April 1924).

¹⁴⁴ Frankfurter Zeitung, 25. 3. 1931.

¹⁴⁵ Arbeiterum, 1. 1. 1933, S. 15.

¹⁴⁶ Frankfurter Zeitung, 25. 3. 1931; Schulz, S. 478.

¹⁴⁷ BA, NS 22/283 (7. 11. 1932). Die RGO hatte zur gleichen Zeit 1200 Mitglieder in der BVG; Ottermann, S. 1383; Völk. Beobachter, 18. 3. 1933. In der Zeit des Streiks hatte die BVG ca. 22000 Beschäftigte.

¹⁴⁸ Völkischer Beobachter, 19./20. 3. 1933, 25. 3. 1933, 26./27. 3. 1933, 28. 3. 1933.

¹⁴⁹ NS-Kurier, 21. 3. 1933, 24. 3. 1933, 8. 4. 1933.

¹⁵⁰ Völk. Beobachter, 28. 3. 1933; Schulz, S. 478. In einzelnen Zweigwerken gewann die NSBO bereits 18 bzw. 30% der Stimmen.

¹⁵¹ BA, NS 26/283 (31. 1. 1933). Von den 13 Streiks, die das „Arbeiterum“ für 1932 namentlich als Beweis der NSBO-Streikaktivitäten ausführlich präsentierte, wurden 2 von solchen Pflichtarbeitern (Kassel, Halle) geführt, während ein dritter (Ulm) erst nach dieser Publikation stattfand; Arbeiterum, 15. 6. 1932, S. 13, 15. 10. 1932, S. 4, 1. 1. 1933, S. 13.

Dies dürfte darauf hindeuten, daß die NSBO – neben dem nur rudimentär ausgebildeten parteieigenen Arbeitsdienst¹⁵² und neben der SA – es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansah, die Kommunisten im Kampf um die Arbeitslosen herauszufordern.

In der Tat gelang es den Nationalsozialisten, wie die KPD 1932 eingestehen mußte, „einen ziemlich breiten Einbruch in die Erwerbslosenfront durchzuführen“¹⁵³. Diese Erfolge beschränkten sich keinesfalls auf die SA¹⁵⁴, sondern nach längerem Zögern hatte sich auch die NSBO um die Jahreswende 1931/32 entschieden, eine aktive Erwerbslosenpolitik aufzunehmen. Am 8. August 1931 wurde den Gauen mitgeteilt, daß keine Sonderorganisationen für Erwerbslose gebildet werden dürften. Die Erwerbslosen sollten vielmehr in ihren Betriebszellen verbleiben, in denen sie „ohne Unterbrechung als vollgültige Mitglieder“ mit allen Rechten und Pflichten behandelt wurden; sie zahlten allerdings einen reduzierten Beitragssatz, der in begründeten Fällen auch ganz erlassen werden konnte. „Das Aufstellen von sogenannten ‚Erwerbslosenzellen‘ ist *nicht* gestattet“; bereits bestehende mußten wieder aufgelöst werden¹⁵⁵.

Die materiellen Anreize zum Beitritt in die NSBO waren (im Gegensatz zur SA¹⁵⁶) für Erwerbslose gering: Neben einer Beitrittsgebühr waren regelmäßige Beitragszahlungen zu leisten, wenn diese oft auch nur 5 Pfg. betragen. Eine Arbeitslosenunterstützung wurde offiziell nicht gezahlt; das Recht, eine eigene Arbeitsvermittlung zu unterhalten, war der NSBO ausdrücklich verweigert worden, während die Behörden dies im Falle der Stahlhelm-Selbsthilfe stillschweigend duldeten. Die Möglichkeiten, durch „Empfehlungen“ entlassene oder gemäßregelte Mitglieder bei nationalsozialistischen Arbeitgebern unterzubringen oder durch NSBO-Betriebsratsmitglieder einzuschleusen, waren gering¹⁵⁷.

Dennoch war die NSBO offensichtlich bei der Agitation und Werbung der Erwerbslosen erfolgreich, zu erfolgreich. Diese wurden, so die NSBO-Leitung Ende Januar 1933, „in dieser Krise“ zu einem „Problem“, zu einer Belastung: Angesichts der „Berge von Schulden“, die von der finanziell gleichermaßen ausgebluteten Partei nicht gedeckt werden konnten, schien die Zeit für drastische Maßnahmen gekom-

¹⁵² Vgl. Schaap, S. 201. Allgemein Henning Köhler, Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Arbeitsdienstpflcht im Jahre 1935, Berlin 1967.

¹⁵³ HStA Stuttgart, E 151 c, Bü 218, Bl. 1237.

¹⁵⁴ Fischer; Mason, Sozialpolitik, S. 66 f.

¹⁵⁵ BA, NS 26/278 (8. 8. 1931); HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 35 (Sept. 1931). Für die Auffassung von Kele, S. 199, es habe auch später noch Erwerbslosenzellen gegeben, finden sich Hinweise in einem von der Metallarbeiter-Zeitung am 21. 5. 1932 abgedruckten Schreiben der Reichs-Betriebszellen-Abteilung, nach dem die zahlenmäßige Unterlegenheit gegenüber den freien Gewerkschaften „am besten mit den der NSBO angeschlossenen Erwerbslosenzellen“ ausgeglichen werden müsse. Die Materialien, auf die Kele sich stützt, beziehen sich jedoch ausschließlich auf die Erwerbslosenagitation; BA, NSD 51/23. Zu frühen Gründungen von Erwerbslosenzellen vor 1931 vgl. Krebs, S. 73 f.; Broszat, Berliner NSDAP, S. 88.

¹⁵⁶ Bennecke, S. 141, 174 f. („SA-Kasernen“, Kleidung etc.).

¹⁵⁷ BA, NS 22/1049 (1. 6. 1929); Noakes, S. 179.

men. Zur „Bekämpfung des durch die Erwerbslosigkeit verursachten Einnahmeausfalls“ gebe es keinen anderen Ausweg als den Ausschluß der Erwerbslosen, wenn diese nicht bereit waren, ihre Beiträge regelmäßig zu bezahlen. Erwerbslose durften grundsätzlich nicht mehr aufgenommen werden; statt dessen wurden die Gaue angewiesen, sich um die Gewinnung finanzkräftigerer Arbeiterschichten für die Organisation zu bemühen¹⁵⁸.

Diese bemerkenswerten Äußerungen waren jedoch zum Zeitpunkt ihrer Niederschrift bereits obsolet geworden, da die „Machtergreifung“ diese Probleme mit einem Schlag löste. Die NSBO verstand es in den nächsten Wochen sehr erfolgreich, ihre Anhänger unterzubringen. Dies führte offenbar zu nicht unerheblichen Spannungen zwischen NSBO und SA. Am 14. Juli 1933 erließ die NSBO-Führung daher einen Aufruf an ihre Untergliederungen, die erwerbslosen Parteigenossen in den Betrieben unterzubringen; noch immer seien 80% der SA- und SS-Männer ohne Arbeit¹⁵⁹. Diese Situation hatte sich jedoch bis zum Frühjahr 1934 kaum verändert: Von den ca. 9000 „Alten Kämpfern“ der SA im Bereich des Landesamtes Südwestdeutschland waren bis zum 31. Dezember 1933 nur 2835, also ein knappes Drittel, untergebracht worden¹⁶⁰.

Die Differenzen, die sich hier für die Zeit 1933/34 zwischen SA und NSBO abzeichneten, waren indes nicht neu, wie ein Konflikt zwischen beiden Organisationen in Hamburg Ende 1931/Anfang 1932 zeigt. Die SA-Führung versuchte dort mit allen Mitteln, ihre Mitglieder von der NSBO fernzuhalten. Sie wurde dabei von der lokalen NSDAP-Führung unterstützt, deren Leiter die NSBO auf eine Stufe mit Otto Straßer und Stennes stellte und daher den Ausschluß der NSBO aus der Partei forderte. Wenn er in diesem Sinne den „offiziellen Parteibefehl“ ausgab, „jeder Parteigenosse [habe] unbedingt den N. S. B. O.-Dienst zu verweigern“, so ging dies weit über persönliche Rivalitäten hinaus, wenngleich diese durchaus eine Rolle gespielt haben dürften¹⁶¹. Ebenso wurden an verschiedenen Orten SA-Männer sicherlich nicht nur aus einem „Mißverständnis“ als Streikbrecher gegen NSBO-unterstützte Streiks eingesetzt. „Vorfälle“ dieser Art entstanden nach Einschätzung der Reichs-Organisations-Leitung „meistens durch Unkenntnis bestimmter S.A.-Dienststellen über die Auffassung der NSBO zum Streik“¹⁶². Diese Konflikte ergaben sich also keineswegs nur aus der Organisationskonkurrenz, denn bereits die Abspaltung der Gruppe um Otto Straßer war von weiten Teilen der Partei als Reinigung von den „radikalen, nationalbolschewistischen Elementen“ begrüßt worden¹⁶³. Angesichts

¹⁵⁸ BA, NS 26/283 (31. 1. 1933).

¹⁵⁹ BA, NS 26/283 (14. 7. 1933); Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, Lausanne 1969, S. 189.

¹⁶⁰ Geislinger Zeitung, 21. 2. 1934. Darunter befanden sich 500 Metallarbeiter, 200 Holzarbeiter, 260 Bauarbeiter, 130 Verkehrsarbeiter, 460 Kaufleute, 180 Techniker und 500 Ungerlernte.

¹⁶¹ BA, NS 22/1052. Vgl. Krebs, S. 73 ff., 113 ff.

¹⁶² BA, NS 26/278 (26. 8. 1932).

¹⁶³ BA, NS 26/1403 (16. 7. 1930, S. 4). Zu dem Konflikt zwischen Muchow und Goebbels vgl. Broszat, *Berliner NSDAP*, S. 89 ff.; vgl. auch Fischer, S. 138.

dieser Konfliktkonstellationen bietet es sich an, zwei qualitativ unterschiedliche Formen des „Radikalismus“ innerhalb der NSDAP zu unterscheiden: den eher unideologischen, anti-bürgerlichen Radau-Aktionismus der SA einerseits¹⁶⁴, den eher gewerkschaftlich orientierten, z. T. diffusen proletarischen Aktivismus der NSBO¹⁶⁵.

Obwohl die NSBO, wie es scheint, ihre Schwerpunkte in den (groß-)städtischen Industrieregionen hatte, bemühte sie sich mit nur geringer zeitlicher Verzögerung auch um die Erfassung der Landarbeiter und Landhandwerker. Nach ersten Planungen im August 1931 wurde seit dem Oktober des gleichen Jahres mit der Errichtung der Betriebsgruppe Landwirtschaft begonnen. Diese stellte keine eigenständige Unterorganisation der NSDAP dar, sondern war Teil der NSBO. Sie gliederte sich von Beginn an in 10 Fachgruppen (Gärtnerei, Fischerei usw.), ihre unterste Gliederung war die Landzelle. Die Landzellen sollten, wie die Betriebszellen, kein „gewerkschaftlicher Unterstützungsverein“ sein, jedoch gleichfalls Rechtsschutz und Streikunterstützung garantieren. Ihre Aufgabe war in erster Linie die Sammlung und organisatorische Bindung der Parteigenossen auf dem Lande, die Werbung von „Sympathisanten“, wobei die selbständigen Bauern ausgeschlossen blieben. Die Landzellen gaben eigene Zeitungen heraus, beteiligten sich an Betriebsratswahlen und engagierten sich in der Abwehr von Lohnrückereien. Die Beiträge, die niedriger als in den industriellen Betriebszellen lagen, konnten auch in Naturalien geleistet werden. Die Landzellen-Bewegung war jedoch, wie ein interner Vermerk vom 17. Januar 1933 erkennen läßt, nur wenig erfolgreich, wenngleich agrarisch geprägte Gaue wie Ostpreußen Organisationsfortschritte verzeichnen konnten¹⁶⁶.

Während die Erwerbslosen- und die Landzellen fest in die Organisation der NSBO eingebunden waren, gewannen die Jugend-Betriebszellen eine größere Selbständigkeit. Zwar scheiterte die Errichtung von Jugend-Betriebszellen zunächst am Widerstand der HJ, die u. a. eigene Berufsschulzellen unterhielt, doch Anfang 1932 wurden schließlich Jungarbeiterzellen als „lose“ Vereinigungen, als eine Art Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Betriebszellen, zugelassen. Im November 1932 konnte eine eigenständige NS-Jugendbetriebszellen-Organisation gegründet werden. Dieser war jedoch kein langes Leben beschieden. Während die NSBO noch im Juli 1933 deren Förderung als nützliches Instrument zur Werbung von Jungarbeitern, dem zukünftigen Führungspotential, begrüßte, erreichte die HJ praktisch zur gleichen Zeit die Auflösung dieser Zellen und ihre Überleitung in die HJ¹⁶⁷.

¹⁶⁴ Vgl. Broszat, Berliner NSDAP, S. 88 f.

¹⁶⁵ Vgl. oben Anm. 84.

¹⁶⁶ BA, NS 26/278 (August 1931); BA, NS 26/283 (17. 1. 1933); BA, NSD 51/30; HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 40.

¹⁶⁷ BA, NS 26/280 und 283; Kele, S. 199; Schumann, S. 91.

Angesichts dieser z. T. doch sehr disparaten Angaben fällt es schwer, „typische“ Rekrutierungsfelder der NSBO zu benennen. Eine Konzentration auf (groß-)städtische und (groß-)industrielle Bereiche zeichnet sich zwar ab, doch mag dies ein Reflex der Quellenlage sein. In Berlin war die NSBO in fast allen Großbanken, den wichtigsten Großkaufhäusern, in den preußischen wie in den Reichsbehörden, in den Verlagen, bei Bahn und Post sowie in den industriellen Großbetrieben vertreten¹⁶⁸. In Hamburg waren es mehrere Eisenwerke, Bahn und Post sowie verschiedene Behörden, nicht aber – so A. Krebs – die Werften und die wichtigsten industriellen Großbetriebe¹⁶⁹. In Stuttgart lagen die Schwerpunkte bei den Großbetrieben der metallverarbeitenden und Maschinenbauindustrie wie Bosch oder Hahn & Kolb bzw. der Textilindustrie wie Bleyle; allerdings waren hier auch die Taxi-Chauffeure besonders stark vertreten¹⁷⁰. In den diversen Betrieben der I. G.-Farben erreichte die NSBO eine so umfassende Präsenz, daß sie sich 1932 zu dem bemerkenswerten Schritt entschloß, „für sämtliche Betriebszellen ... eine einheitliche Leitung zu schaffen“¹⁷¹. Ein Verzeichnis der von der NSBO geführten bzw. unterstützten Streiks nennt für die Jahre 1932/33 nicht nur zahlreiche Stahl-, Eisen- und Walzwerke aus allen Teilen des Reiches, sondern enthält zugleich die Namen solch bekannter Großbetriebe wie BMW, Krupp, Zeiss-Ikon, Villeroy & Boch, Vulkan-Werft, Karstadt¹⁷². Daraus ergibt sich, daß die NSBO in praktisch allen wichtigen Branchen vertreten war, wenngleich sich gewisse Schwerpunkte in den öffentlichen Betrieben von Reich und Kommunen, in Banken und Kaufhäusern abzeichneten. Gerade dies aber führt wiederum zu der Frage zurück, ob die NSBO nicht eine primär von Angestellten geprägte, lediglich partiell um Arbeiter erweiterte Organisation gewesen ist.

In der WMF-Geislingen waren von den 7 führenden NSBO-Mitgliedern 2 Angestellte und 5 Facharbeiter, wobei allerdings die Zellenbildung eindeutig auf eine Initiative der Angestellten in den frühen 20er Jahren zurückging. Nach mündlichen Berichten waren die beiden führenden Repräsentanten der NSBO keine Angestellten, sondern Arbeiter, die bis ca. 1932 dem DMV angehört hatten: Der spätere NSBO-Amtswalter sei als Lehrling auf Druck seines Meisters in SPD und DMV eingetreten („Das war eben so“), so wie er auch 1932 unter dem direkten Einfluß seiner unmittelbaren Vorgesetzten in die NSBO überwechselte („Was blieb ihm anderes übrig“); aber da er bereits ein Jahr später Betriebszellen-Obmann war und die Gleichschaltung des lokalen DMV durchführte, dürfte er wohl nicht nur ein angepaßter Überläufer gewesen sein. Von diesen 7 NSBO-Repräsentanten in der WMF-Geislingen waren insgesamt 2 über den DHV und (mindestens) 2 über den DMV zur NSBO gestoßen. Sie waren durchschnittlich 41 Jahre alt und verfügten über eine z. T. langjährige Er-

¹⁶⁸ BA, NS 22/1049 (1. 6. 1929). Ende 1930 gab es 40 Zellen mit ca. 2 000 Mitgliedern „in der Berliner Großindustrie“; BA, NS 22/1049 (17. 11. 1930).

¹⁶⁹ BA, NS 22/1052; Krebs, S. 77.

¹⁷⁰ BA, NS 26/1403 (15. 10. 1930, S. 6 ff.). Der Gau Württemberg-Hohenzollern hatte Ende 1932 282 Betriebszellen; NS-Kurier, 18. 3. 1933 (NSBO-Beilage).

¹⁷¹ BA, NSD 9/220 (17. 10. 1932). Vgl. Kele, S. 199.

¹⁷² BA, NS 26/183 (31. 1. 1933).

fahrung als Angestellten- und/oder Betriebsräte, zwei davon auch als Vertreter der NSDAP im Gemeinderat. Dieser Einzelfall dürfte jedoch kaum repräsentativ, wenngleich nicht völlig untypisch sein, da es sich ausschließlich um Betriebsratsmitglieder handelte, zumal in einem sehr großen Spezialbetrieb, dessen Belegschaft aus einem außergewöhnlich geschlossenen und homogenen Sozialmilieu stammte¹⁷³.

In diesen vereinzelt Angaben sind im Grunde auch schon alle Informationen enthalten, die über die Qualifikations- und Altersstruktur der NSBO-Mitgliedschaft in konkreter Form vorliegen. Facharbeiter begegnen ebenso wie Hilfsarbeiter, Büroangestellte ebenso wie Verkaufspersonal, Werkmeister ebenso wie mittlere Angestellte in öffentlichen Betrieben, ohne daß sich die qualitativen Dimensionen der einzelnen Gruppen auch nur annähernd bestimmen ließen. Hinweise auf die Mitgliedschaft von Frauen liegen zwar vor, sind aber noch pauschaler und unverbindlicher¹⁷⁴. Die Errichtung von Jugendbetriebszellen als eigenständige Unterorganisationen läßt auf einen relativ starken Andrang jugendlicher (Industrie-)Arbeiter schließen, ohne daß sich auch dies näher spezifizieren ließe. Es waren aber offenbar gerade die Jugendlichen, die sich nach dem Januar 1933 besonders radikal gebärdeten, indem sie u. a. „nach guter Banditenart ... regelrecht Lohnerpressung“ betrieben¹⁷⁵.

An dem oben skizzierten Beispiel der WMF-Geislingen läßt sich ablesen, daß die NSBO durchaus in der Lage war, Mitglieder anderer Organisationen zu sich herüberzuziehen. Bei den Angestellten waren die Erfolge offenbar bedeutsamer, begünstigt durch das Hervorgehen aus DHV und (in geringerem Maße) GdA sowie durch die ideologische Nähe. Wenn es auf der anderen Seite der NSBO nicht gelang, auf breiter Front „Einbrüche in das Lager der organisierten Arbeiterbewegung“ zu erzielen¹⁷⁶, so blieb sie doch nicht ohne Erfolge, wobei ihre Gewinne bei den Betriebsräte-wahlen „weniger auf die überzeugende Werbekraft ihrer Parolen, als auf die Unsicherheit der durch die Streitereien ihrer bisherigen Führerschaft verärgerten Arbeiterschaft“ zurückzuführen waren¹⁷⁷. Ebenso gibt es zahlreiche, in der Grundtendenz übereinstimmende Hinweise darauf, daß vor allem aus den Reihen der KPD ein nicht unerheblicher Zustrom zu NSBO und SA stattfand. Dieser „Treibsand der Arbeiterbewegung“ (A. Krebs) rekrutierte sich offenbar vorwiegend aus dem Kreis der Erwerbslosen, wenngleich diese sich „als einsatzbereite und überzeugte Aktivisten erwiesen“, mit deren Hilfe der physische Kampf gegen den politischen Gegner geführt werden konnte¹⁷⁸. Die Doppelmitgliedschaft in der NSBO einerseits, in einer

¹⁷³ Mai, Geislingen, S. 60 ff. Während Krebs, S. 74, Neigungen zur NSBO eher bei älteren Angestellten aus dem DHV beobachtete, vermutet Mason, Sozialpolitik, S. 70, eher jüngere Angestellte. In vier Einzelfällen vom Frühjahr 1933 waren die betreffenden Facharbeiter (zugleich Betriebsobleute) 26, 32, 35 und 39 Jahre alt; BA, NS 26/279; BA, NS 5 I/73 und 234. Vgl. Kele, S. 197; Kater, Quantifizierung, S. 466.

¹⁷⁴ Vgl. HStA Hannover, 310 I, A 122 I, Bl. 9; ebenda, G 11/1, Bl. 11, 40.

¹⁷⁵ BA, NS 26/283.

¹⁷⁶ Schumann, S. 38 f.; Mason, Sozialpolitik, S. 57 ff.

¹⁷⁷ BA, NS 26/1405 (so die Beurteilung der württembergischen Staatspolizei).

¹⁷⁸ Krebs, S. 74 f.; Kele, S. 172 f.; BA, NS 22/1049 und 1052. In einem Einzelfall waren 7% der Alten SA-Kämpfer Kommunisten gewesen; Mason, Sozialpolitik, S. 54. Nach eigener Einschätzung

freien oder christlichen Gewerkschaft andererseits war, wie es scheint, ein recht verbreitetes Phänomen, das von den freien und christlichen Gewerkschaften auch durch Ausschlußaktionen nicht kontrolliert werden konnte¹⁷⁹. Diese Doppelmemberschaft war offenbar eher Merkmal des (von der NSBO-Führung sanktionierten) Verbleibs in den freien und christlichen Gewerkschaften, nicht aber Ausdruck einer beginnenden Abwanderung aus der NSBO, um anderweitig die Unterstützungsleistungen zu suchen, die die NSBO nicht bieten konnte¹⁸⁰.

Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, daß die NSBO im Bereich der Metallindustrie bei den Betriebsratswahlen dort ihre größten Erfolge erzielen konnte (z. B. in Essen und Berlin), wo auch die „Gelben“ besonders stark vertreten waren. In etwas modifizierter Form gilt dies auch für Stuttgart, wo die Gruppe der „Unorganisierten“ ihr bestes Ergebnis erzielte, sowie für Dresden, wo „Gelbe“ und „Unorganisierte“ gute Resultate verbuchen konnten¹⁸¹. Zu den „Unorganisierten“ zählte der DMV vor allem Angehörige „nationaler“ Arbeiterverbände, wie z. B. die Stahlhelm-Selbsthilfe oder „sonstige“ betriebsspezifische Listen¹⁸². Die wiederholt angesprochenen Verbote einer Doppelmemberschaft in der NSBO und anderen „nationalen“ Organisationen lassen darauf schließen, daß gerade innerhalb des „rechten“ Spektrums eine hohe Fluktuation und ein starker Mitgliederaustausch an der Tagesordnung gewesen zu sein scheinen. Die NSBO organisierte damit, so wird man resümieren dürfen, ein recht heterogenes Potential „nationaler“ Arbeitnehmer, in dem möglicherweise die in DHV und GdA geschulten Angestellten das stabilste Element bildeten. Während die Übertritte aus sozialistischen und christlichen Organisationen insgesamt relativ gering blieben, finden sich neben „nationalen“ Arbeitern mit hoher Organisationskonstanz offenbar auch Gruppen bzw. Schichten, die entweder zwischen den diversen völkischen Verbänden fluktuierten bzw. zwischen völkischen und kommunistischen Organisationen pendelten.

Die Fluktuation in der NSBO war dementsprechend recht hoch. Obwohl präzise Angaben fehlen, läßt sich doch aufgrund der vorliegenden Daten schließen, daß die Fluktuation Anfang 1933 bei ca. 50% gelegen haben dürfte. Am 25. März 1933 wurden Mitgliedskarten mit Nummern um 665 000 ausgegeben. Da nach eigenen Angaben die NSBO am Ende des ersten Quartals 1933 real 372 473 Mitglieder hatte, würde dies bedeuten, daß ca. 300 000 Mitglieder die Organisation bereits wieder verlassen hatten. Dies stimmt mit vergleichbaren Angaben über die Zahl der Mitglieder im Mai 1933 überein. Während Anfang Mai angeblich ein Bestand von ca. 1 Mio.

wurden bei den Betriebsratswahlen Erfolge hauptsächlich auf Kosten der Kommunisten erzielt; BA, NS 26/1403 (15. 10. 1930, S. 6 ff.); Schumann, S. 38 f.

¹⁷⁹ Arbeitertum, 1. 9. 1931, S. 13, 15. 5. 1932, S. 28 f.; BA, NS 26/280 (Febr. 1932); Der Deutsche Metallarbeiter, Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, 4. 2. 1933.

¹⁸⁰ Vgl. Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften 1930, S. 189; HStA Hannover, 310 I, G 11/1, Bl. 15.

¹⁸¹ Deutscher Metallarbeiterverband, Jahrbuch 1931, S. 376.

¹⁸² Vor 1931 wurden auch in aller Regel die vereinzelt auftretenden NSBO-Listen in diese Gruppe eingerechnet.

Mitgliedern vorhanden war, lag dieser tatsächlich am 29. Mai bei 727 000, also ebenfalls um ca. 300 000 niedriger, als die vergebenen Mitgliedsnummern ausweisen¹⁸³. Da erst seit 1931 eine zentrale Mitgliederkartei bestand, wären innerhalb von zwei Jahren die Hälfte der Mitglieder wieder ausgetreten, wengleich die reale Fluktuation durch Aus- und Wiedereintritte (ein Phänomen, das immerhin einer ausdrücklichen internen Regelung bedurfte) erheblich höher gelegen haben dürfte.

Als konstanter organisationshemmender Faktor erwies sich zum einen die Überforderung des mittleren Funktionärskorps durch die anfallenden Verwaltungsaufgaben, die vor allem nach dem 2. Mai 1933 infolge der „Übernahme“ der alten freigewerkschaftlichen Organisationen zu chaotischen Verhältnissen führte¹⁸⁴. Zum zweiten hatte die NSBO bei den Betriebsratswahlen von 1931 große Probleme, auf betrieblicher Ebene Vertrauensleute zu finden, die Grundkenntnisse im Betriebsrats- und Arbeitsrecht besaßen. Auf Grund der defizitären Binnenorganisation kamen entsprechende Schulungskurse zunächst nicht zustande, funktionierte der interne Informationsdienst nur schleppend¹⁸⁵. Organisationshemmend wirkte zum dritten in der „Kampfzeit“ die doppelte Frontstellung gegen „marxistische“ Gewerkschaften und Unternehmer. Nach der Darstellung Krügers von 1934 kennzeichneten die Zerstörung von Werkzeugen und Arbeitsstücken, die Sabotage an den Maschinen, Denunziationen beim Arbeitgeber, ja Streiks zur Erzwingung der Entlassung, Überfälle durch „Schlägerkolonnen“ auf dem Heimweg u. ä. m. die Lage der NSBO-Mitglieder in den Betrieben, die sich ihrerseits nach dem 30. Januar 1933 für diese „tausend infamsten Schikanen und Verfolgungen“ revanchieren sollten¹⁸⁶.

Die Mitgliedschaft der NSBO läßt sich, das zeigen die ausgebreiteten Materialien, nur schwer auf einen einheitlichen sozialen (und politischen) Nenner bringen. Zwar deuten sich Schwerpunkte an, doch mag dies u. a. ein Reflex der Quellenproblematik sein. Es bleiben manche Fragen offen: Warum organisierte sich, trotz wiederholter Aufrufe, nur ein relativ geringer Teil der „Arbeiter“-Mitgliedschaft der NSDAP in der NSBO? War der Anteil der beschäftigten Arbeiter an der Parteimit-

¹⁸³ BA, NS 26/283 (5. 8. 1933); BA, NS 26/279; Starcke, S. 40.

¹⁸⁴ Der Vorwurf Leys, daß durch „das Übermaß an Arbeit, das durch die Übernahme der Macht bedingt ist“, an „verschiedenen Orten der Organisation Schwierigkeiten“ entstanden seien, diene keineswegs nur als Vorwand, um der NSBO ein „neues Führungskorps“ aufzuzwingen, das im Interesse der Partei „fest abgegrenzte Befehlsverhältnisse“ durchzusetzen hatte. Es galt gleichzeitig, eine „saubere und präzise Verwaltungstätigkeit“ einzuführen; BA, NS 22/838 (2. 6. 1933); BA, NS 26/283 (5. 8. 1933). Zu den Schwierigkeiten im Detail HStA Hannover, 310 I, A 122 II, Bl. 4 ff., passim; ebenda, C 4, passim.

¹⁸⁵ Im März 1933 wurde auf einer Amtswaltertagung in Wolfenbüttel dem Vertreter der NSBO-Gauleitung von den Amtswaltern „schwer zugesetzt“, und zwar so „robust“, daß der zufällig anwesende Gau-Propaganda-Leiter die Versammlung auflösen mußte. Der NSBO-Gauleitung wurde vor allem „Versagen“ vorgeworfen. Briefe wurden nicht beantwortet, Agitationsmaterial nicht zugesandt usw. Diese Klagen waren, wenn auch in zurückhaltenderen Formen, aus anderen Gebieten des Gaues ebenfalls eingegangen; HStA Hannover, 310 I, A 122 I, Bl. 147. Im Sommer 1933 wurden Betriebsobleute eingesetzt, die noch keine drei Monate in der NSBO Mitglied waren; BA, NS 26/279.

¹⁸⁶ Krüger, S. 160 ff.

gliederschaft real geringer, als die Statistik aufgrund der beruflichen Selbsteinschätzung aufweist? Waren die Mitglieder der NSBO, wofür es Anhaltspunkte gibt, eine spezifische Arbeitnehmergruppe mit „gesundem Klasseninstinkt“ und „gewerkschaftlicher“ Grundorientierung? Kann man diese dann noch als „atypische“ Arbeitergruppen einstufen? Erst eine umfassende Untersuchung der Sozialstruktur wie des Organisationsverhaltens der NSBO-Mitgliederschaft wird die Grundlagen legen können, auf denen auch eine verlässlichere Einschätzung von Charakter und Funktion der NSBO aufbauen kann.

V. Die NSBO zwischen Macht und Ohnmacht 1933/34

Nach wie vor schwierig ist die Beurteilung der Politik und Taktik der NSBO in der aktionistischen Phase zwischen dem 30. Januar und dem 2. Mai 1933. Überzeugend erscheint die differenziert begründete Auffassung Masons, die Besetzung der Gewerkschaftshäuser vor dem 2. Mai 1933 sei Ausdruck einer „spontanen Terrorwelle“ der Basis gewesen, nicht aber Resultat einer zentral gesteuerten Aktion¹⁸⁷. Diese Interpretation wird durch das nachträgliche Eingeständnis der NSBO- bzw. Parteileitung unterstützt, daß „vielfach, ja in den meisten Fällen ... *die N. S. B. O.-Massen den Händen ihrer vorgesetzten N. S. B. O.-Amtswalter*“ entglitten seien und „auf eigene Faust“ Eingriffe in die Wirtschaft, die Partei (!) und die Regierungstätigkeit unternommen hätten¹⁸⁸. Gleichzeitig darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser aktionistische Ausbruch der Basis nicht nur durch die Partei gedeckt, sondern im Gegenteil in zwei zentralen Bereichen noch gefördert wurde: zum einen durch die rechtliche Gleichstellung der NSBO mit den traditionellen Gewerkschaften¹⁸⁹, zum anderen durch die offene Begünstigung der Beseitigung freigewerkschaftlicher Betriebsräte bzw. der Usurpationen durch „provisorische“ NSBO-Betriebsräte¹⁹⁰.

Die Tatsache, daß die Bewegung der Partei bzw. der Regierung so offenkundig entglitten war, macht den Umstand um so bemerkenswerter, daß sich die NSBO aus einigen besetzten Gewerkschaftshäusern wieder zurückzog (z. B. in Sachsen und in München¹⁹¹) bzw. die Kontrolle Ende März lockerte (z. B. in Bochum¹⁹²). Ende März versuchten NSBO- und Parteiführung sich einen ersten Überblick über die zahlreichen lokalen Aktionen zu verschaffen. Um weiteren Eingriffen vorzubeugen, waren recht offene Hinweise auf das geplante weitere Vorgehen erforderlich: Die wilden Aktionen liefen den weitergehenden Plänen des Führers zuwider; der Vor-

¹⁸⁷ Mason, Sozialpolitik, S. 43 („weitgehend ohne Befehl“), 76, besonders S. 82 ff. (die NS-Regierung „verlor die Kontrolle“).

¹⁸⁸ BA, NS 26/283 (5. 8. 1933).

¹⁸⁹ RGBl I, 1933, S. 161 f. Ein betonter Hinweis auf die Nichtberücksichtigung der Gelben in BA, NS 26/282.

¹⁹⁰ Vgl. dazu die zahlreichen Berichte im Völk. Beobachter im März und April 1933, passim.

¹⁹¹ In Sachsen wurden die Gewerkschaftshäuser um den 25. März wieder geräumt, es verblieb jedoch ein „Wachkommando“, und die Aktivitäten der freigewerkschaftlichen Funktionäre wurden eingeschränkt und überwacht; Völk. Beobachter, 26./27. 3. 1933; Metallarbeiter-Zeitung, 25. 3. 1933.

¹⁹² BA, NS 26/282 (16. 3. 1933); Metallarbeiter-Zeitung, 25. 3. 1933, 8. 4. 1933.

wurf des Inaktivismus der Parteileitung sei kränkend und unzutreffend. Der Führer bestimme nach übergeordneten Gesichtspunkten, „wann der Schlag erfolgen soll“, „insbesondere die Neuordnung des Gewerkschaftswesens“. „Einzelaktionen“, wie die Besetzung der Gewerkschaftshäuser, „können die Gesamtfrage nie lösen, speziell nicht, wenn bereits anderweitig die Gesamtfrage angepackt worden ist.“ Diese Ausführungen vom 29. März waren deutlich genug, sie mochten im Falle der Funktionäre auch Wirkung zeigen, denen sehr drastisch gedroht wurde: „Wer jetzt aus der Reihe tanzt, büßt es mit seiner sofortigen Entfernung aus der N.S.B.O.-Führerschaft.“¹⁹³ Aber auch wenn in betonter Öffentlichkeit die „Beseitigung der Monopolstellung der marxistischen Gewerkschaften“ durch Gesetz diskutiert, wenn gleichzeitig der Plan angekündigt wurde, „das gesamte Gewerkschaftswesen auf eine neue, den Erfordernissen der nationalen Revolution entsprechende Grundlage zu stellen“¹⁹⁴, so erklärt dies allein nicht das Abflauen der „Einzelaktionen“ seitens der Basis in den Betrieben. Es bleibt die Frage bestehen, warum der Aktionismus der Basis, der Anfang März mit solcher Vehemenz ausgebrochen war und der mit kaum verminderter Kraft nach dem 2. Mai monatelang für erhebliche Unruhe sorgen sollte, im April 1933 vorübergehend so merklich abflaute¹⁹⁵.

Die Tatsache, daß die NSBO am 2. Mai zwar an der Zerschlagung der freien Gewerkschaften beteiligt war, daß zugleich aber mit Hilfe der DAF ihre eigene (in Hitlers früher Konzeption bereits vorprogrammierte) Entmachtung eingeleitet wurde, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es fast ein Jahr dauern sollte, bis dieses Ziel endgültig erreicht war. In dieser Phase der Zähmung waren die autonomistischen Bestrebungen an der Basis und im mittleren Funktionärskorps noch immer virulent, während die NSBO-Führung in immer stärkerem Maße die Fremdbestimmung akzeptierte. NSBO (und DAF) waren seit dem Frühjahr 1933 bestrebt, durch die Aufrechterhaltung von Tarifverträgen, Arbeitsschutzbestimmungen u. ä. m. einem weitreichenden Lohn- und Sozialabbau auf breiter Front entgegenzuarbeiten, da die Aktionen der NSBO in den Betrieben sowie die gleichzeitig stattfindenden Betriebsratswahlen (soweit sie nicht verboten wurden) ohnehin für erhebliche Unruhe sorgten. Das Reichsarbeitsministerium hielt daher die Unternehmer zur Zurückhaltung bei Entlassungen, Maßregelungen, Entfernung von Betriebsräten und Lohnabbau an; ein entsprechendes Rundschreiben hatte „zum Ziel die Erreichung eines gewissen sozialen Burgfriedens in der Übergangszeit, bis eine neue Sozialordnung geschaffen sei“¹⁹⁶, d. h. bis das Regime sich soweit stabilisiert hatte, daß die bereits geplanten Maßnahmen risikolos durchgesetzt werden konnten.

¹⁹³ BA, NS 26/283 (29. 3. 1933).

¹⁹⁴ Völk. Beobachter, 1. 4. 1933, 4. 4. 1933, 13. 4. 1933.

¹⁹⁵ Es scheint zweifelhaft, daß es möglich war, die Mitgliederschaft „*retorisch* zur Raison zu bringen“; Schumann, S. 64 (Hervorhebung nicht im Original). Vgl. auch Völk. Beobachter, 9./10. 4. 1933. Es ist in diesem Zusammenhang zu fragen, ob neben der „wilden“ Absetzung von Betriebsräten auch der am 1. April 1933 stattfindende Juden-Boycott zugleich die Funktion hatte, die SA zu beschäftigen und abzulenken.

¹⁹⁶ HStA Stuttgart, E 130 IV, Bü 1310, Bl. 53 ff., 114.

Eine solche taktische Zurückhaltung, die in erster Linie der endgültigen Zerschlagung und Domestizierung der (freien) Arbeiterbewegung dienen sollte, lag der NSBO-Basis fern. Es fanden weiterhin (kleinere) Streiks und „Selbsthilfe“-Aktionen gegen Unternehmer, auch gegen „Pg.-Arbeitgeber“, statt¹⁹⁷. Funktionäre mußten auf der mittleren und unteren Ebene nicht nur wegen erwiesener Unfähigkeit, sondern auch wegen ihrer „Eigenmächtigkeiten“ ausgetauscht bzw. ausgeschlossen werden¹⁹⁸. Noch im Juni 1933 erklärte ein Stuttgarter NSBO-Funktionär in öffentlicher Versammlung: „In diesem Ständestaat wird es außer den Gewerkschaften auch noch die NSBO geben [sic!]. Die NSBO wird dann eine Rahmenorganisation für alle anderen Gewerkschaften sein vom DHV bis zum ADGB und dem AfA-Bund.“ Dies war sicherlich eine sehr großzügige Interpretation der DAF-Struktur, deren Grundlage in dem nachfolgenden Satz zu suchen ist: „Wir Nationalsozialisten wollen nichts zusammenschlagen, was gut war. Der Gewerkschaftsgedanke war der einzig gute Gedanke der SPD.“ In diesem Sinne vertrete die NSBO nicht nur wirtschaftliche Interessen, sondern sie „hat als Endziel die politische, soziale und kulturelle Hebung der Arbeiterschaft“. Aber auch der Katalog der „wirtschaftlichen“ Interessen, die im Rahmen einer ständisch gegliederten Wirtschaft realisiert werden sollten, war recht weit gefaßt: Achtstundentag, Gewerkschaftszwang, Beibehaltung des Tarifrechts, Ausbau der Sozialversicherung, Streikrecht (!) sowie Wahrung des Arbeits- und Betriebsratsrechts¹⁹⁹.

Diese Äußerung spiegelte, wenngleich sie u. a. der Werbung (ehemaliger) freigewerkschaftlicher Mitglieder dienen sollte, den noch relativ offenen Diskussionsrahmen innerhalb der NSBO und DAF wider, demonstrierte die Spielräume an der Basis, die bis in das Frühjahr 1934 hinein in unterschiedlichem Maße offengehalten werden konnten²⁰⁰. Denn noch wurde die NSBO gebraucht. Ihre politische Stellung wurde vorübergehend dadurch aufgewertet, daß die NS-Regierung die alten Gewerkschaften nicht sofort zerschlagen und durch eine totale Neugründung ersetzen wollte bzw. konnte, sondern diese mit Hilfe der NSBO möglichst reibungslos „überzuleiten“ suchte. Solange die chaotische Konzeptionsvielfalt den Aufbau der DAF behinderte, war eine effektive Kanalisierung des betrieblichen Aktionismus kaum realisierbar²⁰¹. Die NSBO war jedoch von den anstehenden Aufgaben, besonders durch die Übernahme des freigewerkschaftlichen bürokratischen Apparates, vollkommen überfordert. Noch im Herbst 1933 bestanden in zahlreichen Betrieben keine NSBO-Zellen, amtierten „marxistische“ Betriebsräte ungestört, begannen die KPD, in geringerem Maße die SPD mit der Unterwanderung²⁰² von NSBO-Zellen und Betriebsräten.

¹⁹⁷ Roth, S. 61; Broszat, Staat Hitlers, S. 188; Mason, Sozialpolitik, S. 102 ff.; HStA Hannover, 310 I, C 4, Bl. 216.

¹⁹⁸ Schumann, S. 87 ff.; BA, NS 26/283 (5. 8. 1933). Vgl. oben Anm. 184 und 185.

¹⁹⁹ Geislinger Zeitung, 19. 6. 1933.

²⁰⁰ Vgl. Hetzer, S. 106 ff.; Mai, Geislingen, S. 85 ff.

²⁰¹ Zu den Einzelheiten siehe Schumann, S. 76 ff.; Mason, Sozialpolitik, S. 99 ff.

²⁰² Zur Unterwanderung vgl. HStA Hannover, 310 I, A 122 II, Bl. 6, 21, 23, 92; ebenda, C 4, Bl. 23, 37 ff., 73, 260; BA, NS 26/283 (14. 7. 1933).

Eine Welle von Denunziationen hielt die Gauwaltungen der NSBO ebenso in Atem wie die zahlreichen Forderungen aus den Betrieben nach Maßnahmen gegen „Doppelverdiener“. Es dauerte z. T. bis in den Herbst 1933, ehe die NSBO-Unterorgane die Lage allmählich wieder organisatorisch und politisch in den Griff bekamen. Dazu diente nicht nur die karteimäßige Erfassung und persönliche Überwachung der Belegschaften, sondern mit Hilfe des Anfang Juli 1933 gegründeten „Nachrichtendienstes“ der NSBO bzw. des „Betriebsüberwachungsdienstes“ mußten nun auch offen terroristische Maßnahmen eingesetzt werden, wobei zur Informationsbeschaffung u. a. betriebliche „Gewerkschaftsversammlungen“ mit Hilfe eines „Abhörgeräts“ überwacht wurden²⁰³.

Diese Bemühungen um eine nachhaltige Repression des weiterhin virulenten Unruhepotentials in den Betrieben beinhalteten einen ebenso signifikanten wie grundsätzlichen Funktionswandel der NSBO, der ihrer eigenen zunehmenden Aufsaugung durch die DAF entsprach, die ab November 1933 ihrerseits den bis dahin noch geduldeten „halbgewerkschaftlichen Charakter“²⁰⁴ einbüßte. Die einzelnen Schritte dieser Entmachtung brauchen hier nicht nachgezeichnet zu werden²⁰⁵; das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934²⁰⁶ signalisierte jedoch deutlich, auch nach außen erkennbar, die Bereitschaft des Regimes, die Arbeiterschaft in den Betrieben energischer zu domestizieren, die gewerkschaftliche Handlungsautonomie der NSBO, ihr „Eigendasein“ einzuschränken und allgemein „die Revolutionserscheinungen restlos abzubauen“²⁰⁷. Wenn die Vertrauensratswahlen vom Frühjahr 1934 zu einem mißlungenen Test dieser Bestrebungen wurden, so lag dies nicht nur an der insgesamt unbefriedigenden Zustimmung, die die Kandidaten bei den Kollegen fanden, sondern die NSBO-Betriebszellen selbst widersetzten sich der (nach dem „Führerprinzip“ vorgenommenen) Kandidaten-Auswahl seitens der Betriebsleitungen und der NSBO-/DAF-Kreis- oder Gauwaltungen, wenn eine autonome Interessenvertretung nicht gewährleistet zu sein schien²⁰⁸.

Es kam daher zu einer neuerlichen Welle von „Übergriffen“ und „Eigenmächtigkeiten“, denen DAF und NSDAP offenbar recht hilflos gegenüberstanden, vor allem da die Unruhe durch die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit unter den SA-Leuten zusätzlich angeheizt wurde. Die Nervosität der Führung hatte bald ein solches Ausmaß angenommen, daß eine großangelegte Kampagne „gegen Nörgler und Kritiker“ in der DAF initiiert wurde, die wohl zugleich der propagandistischen Vorbereitung des

²⁰³ HStA Hannover, 310 I, C 4, Bl. 29, 49, 53 f., 57 ff., 201; BA, NS 22/838; BA, NS 26/283 (Oktober 1933).

²⁰⁴ Schumann, S. 77 f.

²⁰⁵ Ebenda, S. 87 ff.

²⁰⁶ Timothy W. Mason, Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934. Ein Versuch über das Verhältnis „archaischer“ und „moderner“ Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf-Kronberg 1977, Bd. 1, S. 322 ff.

²⁰⁷ Zitiert nach Broszat, Staat Hitlers, S. 261, 268.

²⁰⁸ Für 1934 vgl. Mai, Geislingen, S. 85 ff., für 1935 Hetzer, S. 109 ff., besonders S. 111 f.

sog. Röhm-Putsches und der weiteren Entmachtung der NSBO dienen sollte. Die „unmißverständliche Warnung“ an alle, die – von nicht näher bestimmter Seite „aufgehetzt“ – versuchten, „Mißtrauen, Zweifel und Unruhe in das deutsche Arbeitertum zu tragen“²⁰⁹, richtete sich dabei möglicherweise nicht einmal primär an die NSBO-/DAF-Mitgliederschaft. Es waren wohl eher die „Alten Kämpfer“ im NSBO-Funktionärskader angesprochen, die ihre schleichende Entmachtung durch die „Reorganisation“ der DAF nicht ruhig hinzunehmen bereit waren²¹⁰. Daß diese Konflikte nicht nur verbal und auf dem Verwaltungswege, sondern mitunter recht handgreiflich ausgetragen wurden, dokumentiert ein bislang übersehener Parteibefehl, in dem Heß, Ley und Forster, der Führer der NS-Angestelltenschaft, am 1. Juni 1934 anordneten: „Jegliche Art von Eingriffen in die Dienststellen der alten Verbände, insbesondere Besetzungen (!) von Geschäftsstellen der Reichsberufsgruppen der Angestellten haben zu unterbleiben und sind strengstens verboten.“²¹¹

Es ist nicht nachgewiesen, welche konkreten Vorgänge diesem Parteibefehl zugrunde lagen und von welcher Seite diese „Besetzungen“ ausgingen, doch dürften diese Ereignisse die Entmachtung der NSBO beschleunigt haben: Noch im Juni 1934 wurde der Einfluß der NSBO auf die betrieblichen Vertrauensleute stark beschnitten, ihr Recht auf eigene Beitragserhebung wurde ganz aufgehoben. Da die NSBO in diesen Wochen zugleich Rückhalt bei Teilen der Industrie fand (möglicherweise – ähnlich wie im März 1933 – mit der Absicht, zu einer wie auch immer gearteten Wiederbelebung der Zentralarbeitsgemeinschaft zu kommen²¹²), ebenso bei Teilen der Wehrmacht²¹³, war es nur konsequent, mit Gregor Straßer im Zuge des sog. Röhm-Putsches den gefährlichsten Exponenten und potentiellen Kristallisationspunkt dieser Bestrebungen zu liquidieren, mit ihm auch General v. Schleicher als den Repräsentanten der Konzeption der „Querfront“ bzw. der „Gewerkschaftsachse“. Die NSBO wurde nun personell wie institutionell endgültig entmachtet, auch wenn sie formal fortbestand. Das Weitertreiben der „nationalen“ zur „sozialen“ Umwälzung, die „Zweite Revolution“, fand nicht statt.

VI. Repression durch Integration. Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Nationalsozialismus 1930/34

1. Die raschen Organisationserfolge der NSBO, die Ende 1932 die RGO und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine nach Mitgliederzahlen überholt hatte, lassen den Schluß zu, daß ihre Gründung einem verbreiteten, genuine Bedürfnis

²⁰⁹ NS-Kurier, 2. 6. 1934, 7. 6. 1934 (NSBO-Beilage).

²¹⁰ Schumann, S. 99 ff.

²¹¹ NS-Kurier, 1. 6. 1934.

²¹² Vgl. Neebe, S. 178 f.

²¹³ Schumann, S. 103 f.

- „nationaler“ Arbeiter und Angestellter nach einer nationalsozialistischen Gewerkschaftsorganisation entgegenkam.
2. Neben einem (zumindest in der Frühzeit) prägenden Angestelltenelement und trotz eines im Zuge der Wirtschaftskrise steigenden Anteils von Erwerbslosen organisierte die NSBO – im Unterschied zur SA – keineswegs primär „atypische“ Arbeitergruppen oder Deklassierte, sondern Arbeiter und Angestellte aller Qualifikationsstufen, Branchen, Betriebsgrößen und Konfessionen in allen Regionen, wengleich mit deutlichen Schwerpunkten in den Industrieregionen Berlins, Sachsens und des Ruhrgebiets.
 3. Obwohl die NSBO eine Gewerkschaft war, hat sie die soziale Basis der NSDAP in der kurzen Zeit ihres Bestehens nicht verändern und selbst durch Abspaltung kein originäres Sozialprofil gewinnen können. Es bleibt die Frage offen, ob Straßer im Sommer 1932 versucht hat, durch eine Art „Umgründung“ der NSBO eine Entwicklung in diese Richtung einzuleiten: Welchen Einfluß hatte die recht günstige Entwicklung der NSBO auf Straßers Gewerkschafts-Achsen-Politik im Sommer 1932? Welche Rückwirkungen hatte umgekehrt die Straßer-Krise auf die Arbeit und die Attraktivität der NSBO? Welche Rolle spielte die NSBO bei der sich rudimentär abzeichnenden Partei-Opposition um die Jahreswende 1932/33²¹⁴?
 4. Die NSBO hat sich der (von Beginn an intendierten) Instrumentalisierung seitens der Partei nicht entziehen können und – auch unabhängig von ihrer Rolle am 2. Mai 1933 – auf ihre Art zur „Machtergreifung“ beigetragen: a) Durch ihre Organisationsschwerpunkte in den öffentlichen Betrieben hätten für den Fall eines Generalstreiks wichtige Betriebe des Verkehrs, der Telekommunikation, der Stromerzeugung (inkl. des Kohlebergbaus) usw. nicht ohne weiteres dem Zugriff der Linken offengestanden. b) Die gesetzliche Gleichstellung der NSBO mit den etablierten Gewerkschaften im April 1933 beruhigte die Führer der freien Gewerkschaften ebenso wie die Arbeiterschaft in den Betrieben, die aus diesem Vorgang schließen mußten bzw. schließen sollten, daß es auch in Zukunft mehr als eine Gewerkschaft geben würde²¹⁵. c) Ihre Aktivitäten und „Eigenmächtigkeiten“ nach dem 30. Januar, besonders nach dem 2. Mai 1933, eröffneten erhebliche Freiräume in den Betrieben, nährten die Illusion, daß auch im Rahmen ständisch-korporativer

²¹⁴ Vgl. vor allem Kissenkoetter, S. 78 f., 160 f., 178 f. Siehe ebenfalls Heinrich Muth, Schleicher und die Gewerkschaften 1932. Ein Quellenproblem, in: VfZ 29 (1981), S. 189 ff.; Neebe, S. 168 ff.

²¹⁵ Henryk Skrzypczak, From Carl Legien to Theodor Leipart, from Theodor Leipart to Robert Ley. Notes on some strategic and tactical problems of the German free trade union movement during the Weimar Republik, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 13 (1971), S. 26 ff., hier S. 44; Schulze, S. 171 f.; Schumann, S. 56 ff. Der Bundesausschuß des ADGB und der Vorstand des DMV waren bereits am 5. 4. 1933 für eine „Ver einheitlichung“ des Gewerkschaftswesens eingetreten. Am 22. 4. schrieb die Metallarbeiter-Zeitung in aller Deutlichkeit und ohne Anzeichen des zumindest verbalen Protestes: „Es ist nur eine Frage von ganz kurzer Zeit, daß auch die Gewerkschaftsbewegung der Reichspolitik gleichgeschaltet wird und sie dementsprechend Formen und Tätigkeitsregeln verordnet bekommt.“ Es schimmerte dabei immerhin die Hoffnung auf einen Rest von Eigenleben durch; vgl. Völk. Beobachter, 4. 4. 1933, 13. 4. 1933.

Ordnungsformen eine autonome Vertretung von Arbeitnehmerinteressen möglich sein werde²¹⁶. Die These Starckes, „ohne die NSBO. . . hätte der damals noch marxistisch denkende Teil des deutschen Volkes die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nicht widerstandslos hingenommen“²¹⁷, ist – trotz ihrer propagandistischen Selbstüberschätzung – nicht ohne berechtigten Kern.

5. Auch Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung hatten ihre „Märzgefallenen“. Zweifelsohne konnten sich die Mitglieder der freien Gewerkschaften der Zwangsgliederschaft in der DAF nicht ohne weiteres entziehen, traten Arbeiter aus Protest und unter Preisgabe ihrer in langen Jahren erworbenen Unterstützungsrechte aus den gleichgeschalteten Verbänden aus²¹⁷, setzte bald eine Unterwanderung seitens der KPD und der SPD ein²¹⁸. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß Mitgliedszwang und Unterwanderung Opportunismus und Angst um den Arbeitsplatz, aber ebenso mehr oder minder ausgeprägte Zustimmung kaschierten²¹⁹. Selbst unverdächtige Zeitzeugen mußten registrieren, in welchem Maße nationale Affinitäten sich in der Arbeiterschaft breit machten, wobei dies offenbar tendenziell eher für ehemalige Gewerkschafter als für „ehemals politisch Organisierte“ galt²²⁰. Solange Widerständigkeit und sozialer Protest in der Arbeiterschaft nicht sorgfältig nach bewußtem politischem Widerstand und nach sozusagen systemneutraler Verweigerung in Zeiten (hoch-)konjunkturellen Arbeitermangels differenziert werden, läßt sich die augenfällige Stabilität des NS-Regimes kaum hinreichend erklären.
6. Bis zum Sommer 1934 schufen Existenz, Anspruch und Praxis der NSBO Handlungsspielräume oder doch Überlebensnischen, die in einem wohl dosierten Zermürbungs- und Zersetzungsprozeß sukzessiv reduziert und schließlich vollständig eliminiert wurden. Daß die NSBO in erheblichem Maße dazu beitrug, dem NS-Regime über die schwierige Konsolidierungsphase bis zum sog. Röhm-Putsch hinwegzuhelfen, darf nicht zum alleinigen Kriterium ihrer historisch-politischen Einordnung werden. Trotz des 2. Mai 1933 belegen ihre (kurze) Geschichte und nicht zuletzt ihr politisches Ende, daß die NSBO zwar eine „Randerscheinung“ (Mason), aber doch ein genuiner Teil der deutschen Arbeiterbewegung war.

²¹⁶ Hetzer, S. 100 ff.; Geislinger Zeitung, 19. 6. 1933; Deutschland-Berichte Sopade, 1934, S. 39, 430 f., 1935, S. 571 f.

²¹⁷ Starcke, S. 145.

²¹⁸ BA, NS 26/278.

²¹⁹ Deutschland-Berichte Sopade, 1934, S. 36, 1935, S. 437. Vgl. Anm. 202.

²²⁰ Mündliche Auskunft. Vgl. Lothar Steinbach, Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich, Bonn-Bad Godesberg 1983, S. 238 f.

²²¹ Deutschland-Berichte Sopade, 1934, S. 29, 209, 1935, S. 60 f., 569, 577.

ROBERT H. KEYSERLINGK

DIE DEUTSCHE KOMPONENTE IN CHURCHILLS STRATEGIE DER NATIONALEN ERHEBUNGEN 1940–1942

Der Fall Otto Straßer¹

I.

Churchill vermittelt in seinen Kriegserinnerungen den Eindruck, die Briten hätten mit dem Gedanken an eine massive Invasion des europäischen Festlands gespielt, noch ehe die Russen und Amerikaner diese Idee hatten. Neuere Forschungen haben gezeigt, daß dem nicht so war. Um das ungeheure Blutvergießen des Ersten Weltkriegs zu vermeiden, um die damals erhaltene und auf der Hand liegende Lehre anzuwenden, daß 1918 der deutsche Durchhaltewillen durch die Blockade Deutschlands gebrochen worden war, und um den Mangel an militärischer Stärke auszugleichen, entschloß sich Chamberlain 1939 vielmehr zu einer Strategie der indirekten Kriegführung, die Deutschland durch eine Wirtschaftsblockade unter Druck setzen wollte. Als Churchill Mitte 1940 die Regierung übernahm, erweiterte er diese Strategie um ein aktives Element, nämlich um Subversion und nationale Revolten auf dem Kontinent, welche die kleine britische Armee dann im letzten Stadium unterstützen sollte, um Hitlers Fall zu vollenden.

Jene Erforschung der frühen Kriegsstrategie Churchills zeigt das weit realistischere Bild eines auf sich selbst angewiesenen und unter schwerem Druck stehenden Britanniens. Sie neigte jedoch auch dazu, die deutsche Komponente in Churchills trotzigem Plänen zu übersehen. In David Staffords meisterhafter Darstellung von Churchills geheimer Organisation zur politischen Kriegführung, „Special Operations Executive“ (SOE), gegründet Mitte 1940, um die NS-Herrschaft sowohl durch Propaganda

¹ Die Nachforschungen für diese Arbeit beruhen auf Straßers zensierter Korrespondenz während des Krieges aus Kanada (National Defence Headquarters, Intelligence Investigation Free German Movement – Otto Straßer, freigegeben an die Public Archives of Canada für den Autor unter RG. 24, 2274–77, künftig zit.: PAC), auf Canadian Department of External Affairs, Aktenbestand Otto Straßer – Free Germany Movement, 44-GK-40: 102- EW-40 (künftig zit.: DEA), auf anderen jeweils zitierten Akten und auf Zeitungsbeständen der Royal Canadian Mounted Police über Otto Straßer – Free Germany Movement 1940–1965. Akten des United States Office of Strategic Services wurden ebenfalls in den National Archives, Washington, D. C., (Department of State) und in den Presidential Papers, F. D. Roosevelt Library, New York, für einen Blick auf die amerikanische Meinung über Straßer eingesehen. Dank gebührt jenen, die Straßer in Kanada kannten, nicht zuletzt Senator Henry Hicks, dem ehemaligen Präsidenten der Dalhousie University, Mrs. Barbara Forbes, nach 1945 Hon. Sec. der „Freunde Otto Straßers“ in Kanada, und Mrs. M. S. de Planelles in der Schweiz, Straßers Sekretärin in Kanada. Don Page, John Hilliker und Dacre Dole von der Historical Section of the Department of External Affairs, Ottawa, gaben wertvolle Hinweise und Unterstützung.

und Volkserhebungen wie durch ökonomischen Druck zu untergraben, wird behauptet, daß Deutschland in dieser Planung keine Rolle zugeordnet war². „Deutschland selber rangierte auf der SOE-Prioritätenliste weit unten bis nach dem D-Day.“ Erst nach dem August 1944 hätten sich englische Gruppen für politische Kriegführung für den deutschen Widerstand zu interessieren begonnen, aber ohne viel Erfolg³. Gerade Staffords Buch enthält aber einen Hinweis darauf, daß die Deutschen in Churchills neuartige Strategie wohl doch einbezogen waren. In der ersten Direktive des englischen Generalstabs für die SOE vom November 1940, die Stafford vollständig zitiert, wurde der SOE befohlen, in den besetzten Ländern „und durch Volksaufstände gegen die Nazi-Partei innerhalb Deutschlands“⁴ Revolten zu entfachen. Die Annahme, daß Deutschland in Churchills Strategie ursprünglich einbezogen war, wird ferner durch eine Untersuchung der englischen Kooperation mit dem emigrierten ehemaligen NS-Führer Otto Straßer in den Jahren 1940 bis 1942 gestützt. Ende 1940 wurde Straßer durch den britischen Secret Service vom Kontinent in Sicherheit gebracht, um mit den Engländern zusammenzuarbeiten, da er behauptete, eine mächtige Untergrundorganisation von NS-Gegnern in Deutschland zu leiten, die Schwarze Front, die der englischen Kriegführung nützlich sein könnte. 1942 ließen die Briten Straßer wieder fallen, als sich herausstellte, daß viele seiner Behauptungen mehr erfinderisch waren als der Realität entsprachen. Gleichzeitig wurde es immer wichtiger, dem neuen russischen Alliierten, den die Briten nicht durch eine Invasion des Festlands unterstützen konnten, Vertrauenswürdigkeit zu beweisen, indem man jeden Anschein eines Separatfriedens oder einer Annäherung zwischen England und Deutschland vermied. Der Straßer-Fehlschlag war Wasser auf die Mühlen der Gegner des Gedankens von einem „guten“ oder „anderen“ nicht-nationalsozialistischen Deutschland.

Straßers persönliches Schicksal ist nicht an und für sich interessant. Aber es unterstreicht die Hoffnungslosigkeit von Churchills Strategie der indirekten Kriegführung durch wirtschaftliche Blockade und Untergrundarbeit, ferner die Unfähigkeit der Briten, die wirklichen oppositionellen deutschen Kräfte innerhalb und außerhalb Deutschlands zu erkennen oder mit ihnen zu kooperieren. Die westlichen Alliierten waren bereit, zur Beendigung des Krieges in Italien mit nationalen Gruppen zusammenzuarbeiten, während die Russen die gleiche Taktik in Osteuropa verfolgten. Anfang 1943 gründeten die Russen sogar mit Hilfe gefangener deutscher Generale das Nationalkomitee Freies Deutschland. Aber die Briten waren nicht gewillt, im Falle Deutschlands eine ähnliche Taktik anzuwenden. Hinsichtlich der von Churchill 1940 proklamierten Art der Kriegführung scheinen sich folgende Fragen zu stellen: Warum wollten die Briten nicht auch mit deutschen oppositionellen Kräften innerhalb

² W. N. Medlicott, *The Economic Blockade*, London 1952; M. Howard, *The Mediterranean Strategy*, London 1968; D. Stafford, *Britain and European Resistance. A Survey of the Special Operations Executive*, Toronto und Buffalo 1980.

³ Stafford, *Britain and European Resistance*, S. 187.

⁴ Erste strategische Direktive des Generalstabs an SOE, 25. 11. 1940, ebenda, S. 222.

und außerhalb Deutschlands zusammenarbeiten? Warum waren sie nicht fähig, der deutschen Opposition zu sagen, daß, wenn sie Hitler stürzte und mit dem Nationalsozialismus gänzlich brach, wenn sie Wiedergutmachung leistete, Verbrecher bestrafte und eine akzeptable Regierung einsetzte, die Briten bereit wären, Friedensbedingungen mit der Garantie des Überlebens Deutschlands zu diskutieren? Warum konnten sie nicht sagen, daß sie eine neue, post-nationalsozialistische Regierung nach ihren Handlungen beurteilen und ihr annehmbare Friedensbedingungen gewähren würden, wenn diese Regierung eine konstruktive Richtung einschläge? So hätten doch die Ziele einer politischen Kriegführung gegen Deutschland eigentlich aussehen müssen: Ermutigung eines inländischen Aufstands unter welchen Bedingungen auch immer, im Hinblick auf Frieden und ein frühes Kriegsende.

Die Hauptantwort auf diese Fragen liegt in der besonders im britischen Foreign Office, aber auch sonst weitverbreiteten Meinung, daß die traditionellen deutschen Eliten nicht vertrauenswürdig seien, daß Deutschlands Katharsis eine vollständige militärische Niederlage voraussetze. Der Zweite Weltkrieg entwickelte sich nur zu leicht zur Fortsetzung des im Ersten Weltkrieg für den Sturz des „Preußentums“ geführten Kampfes. Weil die englische Regierung kein Vertrauen zu den traditionellen deutschen Eliten und Nationalisten hatte, nicht einmal zu Liberalen und Sozialisten, konnte sie nicht glauben, daß diese sich von jenen Deutschen, die unter Hitler an der Macht waren, so sehr unterschieden. Wie zu zeigen sein wird, hofften die Briten indes doch, in Deutschland eine Revolution gegen Hitler in Gang zu bringen, und zwar mit der Hilfe Otto Straßers, der eine solche Erhebung ohne Beteiligung der traditionellen Kräfte in Deutschland versprach. Die Briten zogen es vor, das Ziel ihrer subversiven Kriegführung in Deutschland mit diesem ehemaligen Nationalsozialisten zu erreichen, der ihre Vorurteile gegen das traditionelle Deutschland, die „Preußentum“ und Nazismus verbanden, noch bestärkte. Es liegt Ironie darin, daß die Briten eine so schlechte „antipreußische“ Wahl trafen, denn als der Krieg vorüber war, fanden sie ihre engsten Verbündeten im besiegten Deutschland unter den gemäßigten Sozialisten, Liberalen und sogar unter ehemaligen preußischen Beamten und Weimarer Politikern wie Konrad Adenauer.

Die Sicherheitsdienste des NS-Regimes hatten Kenntnis von der Existenz einer ernstzunehmenden Opposition in höheren Rängen, die sie wegen der Unmenge von Nachrichten, die von hier aus zum Feind strömte, „Schwarze Kapelle“ nannten. Sie fürchteten eine mögliche Verbindung mit den Briten und taten ihr Bestes, die Opposition in britischen Augen unglaubwürdig zu machen, wie etwa durch die Intrige, bei der 1939 zwei britische Geheimagenten von SD-Männern, die sich als Mitglieder des Widerstands ausgaben, nach Deutschland gelockt wurden⁵. Zweifellos hat diese „Affäre Venlo“ die Briten verwirrt. Trotzdem sprachen sich führende Mitglieder der britischen Nachrichtendienste, so auch Stewart Menzies, Leiter der Spionageabteilung des Secret Service, M.I.6., weiterhin dafür aus, mit dem deutschen Widerstand zu-

⁵ A. C. Brown, *Bodyguard of Lies*, New York 1975, S. 148 (dt. *Die unsichtbare Front*, München 1976); J. Garlinski, *The Enigma War*, New York 1980, S. 14 ff., 66 ff., 110 ff.

sammenzuarbeiten, um den Krieg früher zu beenden. Über ihre Ansichten setzte sich besonders das Foreign Office hinweg, das den „Preußen“ mißtraute und nach 1941 die Russen zu verärgern fürchtete⁶. Namentlich F.W. Winterbotham, während des Krieges Leiter der Air Intelligence im Secret Intelligence Service, schrieb bitter über verpaßte Gelegenheiten, verpaßt wegen des Wunsches, jene zu beschwichtigen, die auch „darauf eingeschworen waren, unsere Lebensweise zu zerstören“. Seiner Meinung nach „hätten wir, denke ich, darauf vertrauen können, daß die Generale den Vorkriegsstatus von Europa und sogar von Polen wiederherstellen würden, als Gegenleistung für unsere Einstellung des Krieges im Westen“⁷. Die Meinung des Foreign Office über „Preußen“ und der Wunsch, den Russen Loyalität zu beweisen, erhielten jedoch Vorrang. In diesem Zusammenhang ist auch an die Anwesenheit sowjetischer Agenten im Foreign Office/SOE-Bereich zu erinnern, die zweifellos zur Festlegung solcher Prioritäten beitrugen: so an Donald Maclean im Foreign Office und bei der SOE an Guy Burgess und Kim Philby, der später Leiter der Abteilung IX im Secret Intelligence Service wurde, der antikommunistischen und antisowjetischen Gegenspionage⁸.

Zur deutschen Opposition zu gehören, erforderte einen moralischen Mut besonderer Art, denn es bedeutete Widerstand gegen die Führung des eigenen Landes in einer Zeit höchster Gefahr für die Nation im Krieg. Unter Einsatz ihres Lebens versuchte die Opposition in Deutschland ernstlich, die Ereignisse in einer für die alliierte Kriegsanstrengung förderlichen Weise zu beeinflussen. Die wiederholten Warnungen der Holländer und Belgier vor Hitlers Angriffsplänen 1939/40, die Informierung der Holländer, Dänen, Norweger, Engländer und des Papstes über die Invasion Skandinaviens, die Warnung Jugoslawiens, die Botschaften an die Sowjetunion auf dem Weg über die Amerikaner, sie alle sind unumstritten, und zwar auf Grund außerdeutscher Zeugnisse⁹. Daß diese zivile und militärische Opposition in Deutschland

⁶ Stewart Menzies stellte fest, daß ihm von Kreisen des Foreign Office „ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde“, besonders nach dem Juli 1941, „aus Angst, Rußland zu reizen“. R. Deacon, *A History of the British Secret Service*, London 1969, S. 282; ferner Sir Kenneth Strong (britischer Militär und Eisenhowers SHAEF-Nachrichtenchef), *Intelligence at the Top*, London 1968, S. 60.

⁷ F. W. Winterbotham, *Secret and Personal*, London 1969, S. 162; A. Dulles, *Germany's Underground*, New York 1947 (dt. *Verschwörung in Deutschland*, Kassel 1947); R. H. Smith, *OSS*, New York 1972, S. 211.

⁸ K. Philby, *My Secret War*, New York 1968, S. 65; I. Colvin, *Chief of Intelligence*, London 1951 (dt. *Admiral Canaris. Chef des Geheimdienstes*, Wien/Zürich/München 1955); E. Wiskeman, *The Europe I saw*, Boston 1947, S. 168 (dt. *Erlebtes Europa*, Bern/Stuttgart 1969); R. Deacon, *British Secret Service*, S. 391.

⁹ H. C. Deutsch, *The Conspiracy Against Hitler in the Twilight War*, Oxford 1968, S. 351; H. Graml, Mommsen, Reichardt, Wolf, *The German Resistance to Hitler*, Berkeley 1970 (dt. *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Köln 1966); P. Hoffmann, *The History of the German Resistance 1933–45*, Cambridge, Mass., 1977 (dt. *Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der deutschen Opposition gegen Hitler*, München 1969); M. Balfour, *Propaganda in War 1939–45*, London 1979, S. 167–170.

existierte, daß die an Moltkes Kreisauer Kreis Beteiligten während des Krieges eine erstaunliche innere Wandlung durchmachten und daß die Opposition viele individuelle Helden und Märtyrer hervorbrachte, besonders nach dem fehlgeschlagenen Attentat vom 20. Juli 1944, wird von niemand in Frage gestellt – nicht einmal von ihren Kritikern¹⁰.

Dagegen war und ist es heute noch Gegenstand von Kontroversen, ob die Alliierten der deutschen Opposition hätten vertrauen und sie unterstützen sollen. War das Wagnis einzugehen oder nicht? Hätten ihr Idealismus, ihr Patriotismus und der Wunsch, mit den westlichen Alliierten zusammenzuarbeiten, zum Sturz Hitlers benützt werden können, zur Errichtung einer anständigen, verantwortungsbewußten deutschen Regierung und früheren Beendigung des Krieges? Der subversiven Kriegführung, wie sie Churchill verlangte, hätte diese Linie wohl entsprochen. Wie nationale oppositionelle Gruppen in anderen besetzten Ländern rechnete auch der deutsche Widerstand mit ausländischer Hilfe, um das Hitler-Regime stürzen zu können. Konnte eine deutsche Regierung, die sich von Hitler und allem, was er verkörperte, vollkommen abwandte, hoffen, Friedensbedingungen zu erhalten, die ihr eine Chance zum Überleben boten? Es war schwer genug, in einem strengen Polizeistaat und während eines Krieges gemeinschaftliches und effektives Handeln traditionalistisch eingestellter Beamter und Militärs zuwege zu bringen. Daher war es nötig, der Opposition die Möglichkeit einer erträglichen Lösung für ihr Land zu zeigen. Einzelkontakte zwischen der deutschen Opposition und der britischen Regierung im und vor dem Krieg führten jedoch zu einer im wesentlichen ablehnenden Antwort. Das britische Foreign Office war nicht gewillt, den deutschen Widerstand innerhalb und außerhalb Deutschlands irgendwie zu ermutigen, und es war nicht bereit, in einen ernsthaften Dialog mit ihm einzutreten¹¹.

Die Briten gingen auf die Annäherungsversuche des deutschen Widerstands nicht ein und trauten ihm nicht, weil sie damals seinen deutschen Nationalismus und Elitismus für unzutraglich hielten und nicht glaubten, daß eine konkrete Aussicht bestand, Hitler mit Hilfe deutscher militärischer und politischer Waffen loszuwerden. Man brauchte, nach den harten Anforderungen der Realpolitik, sowohl den Beweis der ideologischen Abkehr vom expansiven deutschen Militarismus als auch eine Bestimmung der Stärke einer revolutionären Kraft gegen Hitler. Man nahm an, daß der Widerstand den Untergang Hitlers nicht bewirken werde. Die Mitglieder des Widerstands waren gering an Zahl, hatten verworrene Anschauungen, zeigten sich unsicher im Hinblick auf ihre Aktionen und Deutschlands Zukunft, uneins und, was am schlimmsten war, ohne Entschlossenheit zum Handeln. Wer mit dem deutschen Widerstand Kontakt hatte, verzweifelte daran, mit deutscher Unterstützung eine Mög-

¹⁰ J. Wheeler-Bennett, *The Nemesis of Power. The German Army in Politics 1918–45*, London 1953, ²1964, S. 384 (dt. *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–45*, Düsseldorf 1954).

¹¹ D. Astor, *Why the Resistance Against Hitler was Ignored*, in: *Encounter* 32, Juni 1969; Ch. Sykes, *Heroes and Suspects*, in: *Encounter* 31, Dezember 1968.

lichkeit für Hitlers Vernichtung zu finden. Die Briten ließen die Verschwörer nicht einfach im Stich: sie mißtrauten nur ihrem deutschen Nationalismus und ihrem Willen zu handeln¹².

Sir John Wheeler-Bennett hat seine Bewunderung für einzelne Mitglieder des Widerstands ausgedrückt und zugleich gerechtfertigt, daß die Briten sie nicht als Waffengefährten akzeptierten. „Es gab von Anfang an viel ernstzunehmende Opposition gegen Hitler und die Nazis im Dritten Reich, aber Handlungen aktiven Widerstands blieben bis 1938 allzu selten und danach jämmerlich ineffektiv.“ Gleichzeitig war die politische Emigration außerhalb Deutschlands „hoffnungslos entzweit, brachte weder eine führende Persönlichkeit noch eine Politik hervor“. Tatsächlich, schloß Wheeler-Bennett, wäre ein Sieg der deutschen Opposition 1938 oder 1944 „kein reiner Segen für Deutschland oder Europa gewesen“, da die Verschwörer Deutschland kein „für eine moderne Industriegesellschaft geeignetes Regierungssystem“ hätten geben und auch kein akzeptables neues Deutschland hätten schaffen können, das fähig gewesen wäre, seinen Platz in der Familie der Völker einzunehmen, „ohne internationale Konflikte hervorzurufen“. Der Widerstand erwies sich als unfähig, „mit dem zwanzigsten Jahrhundert zurechtzukommen“¹³.

Viele zeitgenössische Beobachter fielen auf Hitlers Parole von der Wesensverwandtschaft zwischen ihm und dem deutschen Nationalismus oder preußischen Tugenden herein. Auch der hervorragende Journalist John Gunther machte diesen Fehler, als er 1939 in seinem höchst einflußreichen Buch „Inside Europe“ schrieb, Hitler verkörpere den deutschen Nationalismus. Die Deutschen, so schrieb er, „lieben Hitler, weil sie Deutschland lieben“. Vielen anderen zeitgenössischen Analysen der NS-Machtstruktur folgend, schloß er, daß die alten Eliten und Hitler in gleichberechtigter Partnerschaft über Deutschland herrschten. „Solange ihre Ziele übereinstimmen, ist die Möglichkeit eines Konflikts zwischen ihnen nur gering.“¹⁴ Ungeachtet der Versuche deutscher Emigranten, die Existenz zweier Deutschland zu zeigen, betonten Leute wie Edward R. Mowrer die germanische Einheit; Hitler und das Preußentum regierten Deutschland¹⁵. Ein bedeutendes, 1941 in Oxford publiziertes Buch über den preußischen Geist (The Prussian Spirit) bot eine Sammlung von Zitaten englischer Politiker, um zu zeigen, daß dieser Krieg nur eine Fortsetzung des letzten sei, eine einleuchtende These für all jene, die den Ersten Weltkrieg erlebt hatten. Eden, Neville Chamberlain und andere wurden zum Beweis dafür bemüht, daß „der preußische Geist in ganz Deutschland lebendig ist“, daß „der preußische Geist Hitler den Weg bereitet und endlich seinen Triumph bewirkt hat“ und daß, laut Eden, „er

¹² Ch. Sykes, *Troubled Loyalty*, London 1968 (dt. Adam von Trott. *Eine deutsche Tragödie*, Düsseldorf/Köln 1969).

¹³ J. Wheeler-Bennett, *Nemesis of Power*, S. 385.

¹⁴ J. Gunther, *Inside Europe*, New York 1938, S. 30, 82.

¹⁵ H. Rauschnig, *The Conservative Revolution*, New York 1941, S. 84 ff. (dt. *Die konservative Revolution. Versuch und Bruch mit Hitler*, New York 1941); E. R. Mowrer, *Germany Puts the Clock Back*, New York 1933, 2¹⁹³⁹, S. 36–44.

(Hitler) bloß der letzte Ausdruck des preußischen Geistes militärischer Vorherrschaft ist“¹⁶.

Natürlich ging nicht jeder in seinem Mißtrauen gegen Deutschland so weit wie der Chief Diplomatic Adviser Sir Robert Vansittart, aber ein Gutteil seiner grundsätzlich antideutschen und antipreußischen Einstellung, gespeist von Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg, gab es überall. „Kratze an einem Deutschen und es kommt ein Expansionist zum Vorschein“, auch unter deutschen Sozialisten, dröhnte Vansittart. „Die Ursprünge des Elends in der Welt sind mannigfach, aber es gibt eine überwiegende Ursache: Den Mythos von den zwei Deutschland.“ Professor Gooch, deutsche Emigranten und andere Befürworter eines schonen Friedens für Deutschland mußten sich klarmachen, daß alle Deutschen „heimliche Alldeutsche“ seien¹⁷. Wenn auch oft etwas differenzierter, folgte das zeitgenössische britische Denken doch weit hin diesem Grundmuster. Es war sogar noch nach dem Krieg in den Schriften hervorragender Kenner des deutschen Nationalismus anzutreffen¹⁸. L. L. Snyder kam noch in den fünfziger Jahren zu dem Schluß, daß der Schurke in dem Stück nicht Hitler mit seiner Bande gewesen sei, sondern der preußisch-deutsche Militarismus. Daraus folgte, daß die Gefahr nicht unbedingt 1945 mit Hitler gestorben war, sondern die Welt erneut bedrohen konnte. In den späten sechziger Jahren wieder aufgelegt, bot Snyders Buch die verschrobene These an, daß „die gegenwärtige liberale und demokratische Bewegung in Deutschland genauso wirkungslos ist wie die in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg“¹⁹. Dieser nicht umzubringende Glaube an die Vorherrschaft des preußischen Militarismus in Deutschland stand Churchills Plan von 1940, einen Aufstand in Deutschland selbst in Gang zu bringen, entgegen, denn wer sollte ihn leiten und wie sollte er enden, wenn die deutsche Elite von diesem Bazillus angesteckt war?

II.

Schon vor Kriegsausbruch hatten sich in England einflußreiche Stimmen erhoben, die einen energischen Propagandafeldzug der Regierung forderten, um Hitlers Hetzreden entgegenzutreten und den anständigen Deutschen, die gegen Hitler waren, moralische Unterstützung zu bieten²⁰. Aber vor Churchills Eintritt in die Regierung hielt

¹⁶ P. Stirk, *The Prussian Spirit. A Survey of German Literature and Politics 1914–1918*, Oxford 1941, ²1969, S. 8, 18 f.; Stirk sagte voraus, daß das Preußentum noch lange nach Hitler in Deutschland weiterherrschen würde (S. 230).

¹⁷ Lord Vansittart, *Lessons of My Life*, New York 1943, S. 24, 87 f., 262; ders., *Black Record*, London 1941, eine Sammlung von sieben Ansprachen im BBC vom Dezember 1940; A. Goldman, *Germans and Nazis: The Controversy over ‚Vansittartism‘ in Britain in the Second World War*, in: *Journal of Contemporary History* 14 (1979), S. 160.

¹⁸ H. Kohn, *The Mind of Germany*, New York 1960, S. 8, 11 ff., 327 (dt. *Wege und Irrwege*, Düsseldorf 1962).

¹⁹ L. L. Snyder, *German Nationalism. The Tragedy of a People*, New York 1952, ²1969, Einleitung und S. 287.

²⁰ Zum Beispiel Commander King-Hall, MP, der Minister in Churchills Regierung wurde. Er wurde später wegen seines Wunsches, an die „guten“ Deutschen zu appellieren, von Vansittart heftig ange-

das Kabinett Chamberlain an der Hoffnung fest, doch noch irgendein Abkommen oder einen Kompromißfrieden mit Hitler arrangieren zu können, und schränkte daher Propaganda gegen Deutschland ein. Anfang 1939 rief Chamberlain halben Herzens einen kleinen, ihm direkt unterstellten geheimen Stab ins Leben, der nach seinem Sitz im Electra-Haus Department EH genannt wurde. Mannschaft und Aufgabenbereich waren eng begrenzt, und als Leiter fungierte ein älterer kanadischer Ex-Mitarbeiter in Northcliffes Propagandaministerium von 1918. Seine größte Heldentat war die Herstellung von zwei Millionen Flugblättern, welche die RAF am Tag der Kriegserklärung über Deutschland abwarf. Danach wurde ein neues zentrales Informationsministerium errichtet, um die britische Botschaft der verbündeten und neutralen Welt zu übermitteln²¹.

Stunden nach dem deutschen Überfall auf Belgien und Holland 1940 wurde Winston Churchill berufen, Neville Chamberlain als britischen Premierminister zu ersetzen. Selber ein außerordentlich begabter Publizist mit größtem Respekt vor der Macht des gesprochenen und geschriebenen Worts, prägte Churchill einige der erfolgreichsten Parolen des Krieges, mit denen er den hart bedrängten Briten wieder Auftrieb gab, und er begann den aktiven politischen Krieg gegen Hitler. Ohne mächtigere Verbündete und angesichts einer geschlossenen nationalsozialistischen Front von der Arktis bis zu den Pyrenäen konnte Churchill seinem Volk zunächst ohnehin nicht viel mehr als Schlagwörter bieten. Er forderte unerbittlichen Widerstand in und außerhalb Großbritanniens und kündigte „Blut, Schweiß und Tränen“ an. Seine bullige Erscheinung am Steuerruder, sein kämpferischer Widerstandsgeist und seine großartigen Parolen vollbrachten Wunder, die britische Entschlossenheit zur Abwehr des drohenden Angriffs zu stärken. Gleichzeitig sah Churchill, daß Defensive allein nicht genügte. Zur Kräftigung der Verteidigung Englands und um Hoffnung auf eine schließliche Vernichtung des grausamen NS-Regimes auf dem Kontinent zu wecken, war es außerdem geboten, eine mehr positive und aggressivere Strategie zu entwickeln. Churchill bestand darauf, daß die Briten auch den künftigen Sieg planen mußten, obwohl nicht abzusehen war, wie er unter den gegebenen Umständen erreicht werden sollte. Dafür mußten mächtige Verbündete und militärische Hilfe außerhalb Englands gefunden werden²². Schließlich sollte Churchill die militärische Kraft Rußlands und der Vereinigten Staaten zu Hilfe kommen. Aber zwischen 1940 und 1942

griffen. Wie Vansittart es nannte, ging es nicht um „einen Kampf um die deutsche Seele“, sondern um die deutsche Niederlage. Vansittart, *Lessons of My Life*, S. 104; A. Goldman, Stephen King-Hall and the *Newsletter Controversy of 1940*, in: *Canadian Journal of History*, X, 2 (August 1975), S. 209–230.

²¹ Streng geheime Unterlagen von Air Commodore P. R. Groves, Assistant Deputy Director General, Political Warfare Executive, enthalten in: S. F. Rae and N. A. Robertson, London, 30. 4. 1943, DEA 5404-40C. Campbell Stuart wurde 1940 pensioniert. Stafford, *Britain and European Resistance*, S. 21. Lord Macmillan war der erste Minister 1939–1940, gefolgt von Duff Cooper 1940–1941, danach Brendan Bracken.

²² Rede Winston Churchills im britischen Unterhaus, 20. 8. 1940, in: W. L. M. King Papers, PAC MG 26 J4, S. 244.

schienen Churchill, England und das Commonwealth gegenüber der wirklich eindrucksvollen deutschen Militärmacht völlig auf sich allein gestellt²³.

Immer erfinderisch, vertraut mit der europäischen Geschichte und begabt mit dem richtigen Gespür für Publicity, ersann Churchill eine neuartige und vorausschauende Strategie, die auf die starke potentielle Kraft antinationalsozialistischer Aufstände auf dem Kontinent setzte. Hitlers jüngste Siege sollten sich gegen ihn kehren und endlich seine Niederlage herbeiführen. Die neuen Verbündeten Englands mußten unter den besiegten und unterdrückten Nationen Europas gefunden werden. Für dieses Ziel sollten Menschen aller Länder einschließlich Deutschlands für die alliierte Sache der Befreiung geworben werden. Sympathisierende Emigranten würden den Briten helfen, ihre Landsleute auf dem Kontinent für eine Rebellion zu gewinnen. Zu diesem Zweck anerkannte Churchill verschiedene Exilregierungen, dazu kämpferische Gruppen wie *de Gaulles France libre*, und schuf in England eine riesige Maschinerie zur politischen Kriegführung. Churchill begann unverzüglich und mit Nachdruck den englischen Kriegseinsatz neu zu organisieren, um den Krieg wirksamer führen zu können und die Rückkehr auf den Kontinent zu planen. Er erneuerte seinen administrativen wie seinen militärischen Apparat: das Kriegskabinett, den Generalstab und den Nachrichtendienst²⁴.

Er leitete auch Englands aktiven subversiven Krieg gegen die NS-Herrschaft ein. Churchill und sein Vorgänger waren beide der Ansicht, daß das NS-Regime weder so mächtig noch so unbesiegt war, wie es schien. Seine monolithische Fassade verbarg tiefgehende Risse in Geist und Eintracht, die es verwundbar machten. Seine Wurzeln in Deutschland reichten nicht tief, und seine Gewalt über die unterworfenen Völker Europas war alles andere als fest. Beeindruckt vom scheinbaren Erfolg von Hitlers angeblicher Fünfter Kolonne, beeinflusst von Liddell Harts Theorien der indirekten Kriegführung und vom Bewußtsein ihrer militärischen Schwäche, entschlossen sich die Briten unter Churchill, die Methoden der Fünften Kolonne gegen Hitler zu kehren. Die neue Strategie bestand darin, durch Stiche in die schwachen Stellen der deutschen Rüstung in den Nationalsozialisten ein Gefühl der Unsicherheit und in den besiegten Völkern Widerstandsgeist zu wecken. Zuhause herrschte Hitlers Regime über eine unwillige oder zumindest gegen Rückschläge empfindliche Bevölkerung. Seine Macht basierte auf einer labilen Koalition mit anderen und möglicherweise eifersüchtigen oder konkurrierenden Zentren der Macht wie der Armee, der Arbeiterschaft und der Industrie, seine Streitkräfte waren durch die Eroberung Westeuropas bis zum äußersten beansprucht. Hitler konnte daher im eigenen Land und in den besetzten Ländern mit einer wirksamen Kombination aus ökonomischen, militärischen und

²³ Bericht C. D. Howes an das kanadische Kabinett nach einer Reise nach England im Januar 1941, in: C. P. Stacey, *Arms, Men and Governments: The War politics of Canada 1939–1945*, Ottawa 1970, S. 38; David Stafford, *The Detonator Concept: British Strategy, SOE and European Resistance After the Fall of France*, in: *Journal of Contemporary History* (April 1975), S. 185, 218; ders., *Britain Looks At Europe 1940: Some Origins of the SOE*, in: *Canadian Journal of History*, X, 2 (August 1975), S. 231 ff.

²⁴ A. C. Brown, *Bodyguard of Lies*, S. 6 ff., 32 ff.

propagandistischen Attacken fortwährend beunruhigt werden. Sollte eine wirtschaftliche Blockade des Kontinents allenthalben Mangel und Unzufriedenheit unter der Zivilbevölkerung hervorrufen, so mußten militärische Schläge, d.h. Luftangriffe, Guerilla-Aktionen und Sabotage, klar erweisen, daß Hitler durchaus verwundbar war. Schließlich sollte Propaganda an die Adresse der unterdrückten Völker Untergrundbewegungen ermutigen und einen neuen Widerstandsgeist entfachen, der zu nationalen Aufständen gegen den verhassten Unterdrücker führen würde. An diesem kritischen Punkt würden dann die Briten ihre Streitkräfte über den Kanal werfen und dabei helfen, mit den Überbleibseln des NS-Regimes aufzuräumen²⁵.

Mit solchen Methoden hoffte man bis spätestens 1942 überall auf dem Kontinent Aufstände hervorzurufen. Während dem Militär als Hauptaufgaben die Blockade und einzelne Raids zugedacht waren, sollte es zugleich in Verbindung mit einem wirkungsvollen „politischen“ Krieg gegen Hitler auf die Rebellion hinarbeiten. Die Begriffe politische oder psychologische Kriegführung werden oft etwas großzügig zur Bezeichnung aller Arten von Informationspolitik und Propaganda außerhalb eines Landes oder seiner Verbündeten gebraucht. Damals wurden sie exakter und in begrenzterer Bedeutung nur auf solche Aktivitäten angewandt, die direkt dazu dienten, den Feind, seine Satellitenstaaten und die von ihm besetzten Gebiete zu unterwühlen und zu verwirren²⁶. Wie es eine englische Direktive zur politischen Kriegführung ausdrückte: „Die Haltung gegenüber dem Feind und den von ihm unterworfenen Völkern ist kriegsmäßig ... Politische Kriegführung kann als ‚Propaganda im Kampfanzug‘ beschrieben werden.“²⁷ Sie zielte weniger auf Information ab als vielmehr darauf, Gefühle und Gedanken in Handlungen umzusetzen, den Willen des Feindes zu brechen und den Widerstandsgeist der besetzten Nationen zu stärken. Churchills neue Einrichtungen zur politischen Kriegführung wurden angewiesen, sicherzustellen, daß „diese potentielle Fünfte Kolonne von etwa zweihundert Millionen Menschen aktiv kooperiert, zunächst im Aufstand gegen Hitler und etwa ab 1942 mit den alliierten Streitkräften bei der Invasion Europas“. Auch Deutsche sollten dafür gewonnen werden, indem man immer wieder auf den verbrecherischen Charakter von Hitlers Regime und seinen unausweichlichen Zusammenbruch hinwies. Den Deutschen sollte gesagt werden, wie gut es die Engländer verstünden, daß sie „im Dunklen und unter der Knute einer unbarmherzigen Diktatur gehalten“ würden²⁸.

In Anbetracht der großen Bedeutung, die die Alliierten im Zweiten Weltkrieg der Verbindung von Moral und Aktion beimaßen, entwickelte sich eine intensive politi-

²⁵ D. Stafford behauptet, daß „auf höchster Ebene die phantastischsten Hoffnungen in sie (SOE) gesetzt wurden“. Ders., *Upstairs/Downstairs: British Foreign Policy and Special Operations in Europe 1940–1945*, in: *Journal of European Studies*, v. 1 (März 1975), S. 56; ders., *Britain and European Resistance*, Bd. 2, a. a. O., S. 220 ff.

²⁶ *The Progress of Political Warfare*, in: *United States Memoranda and Economic Notes*, Nr. 137, 1. 10. 1942, S. 1, DEA 5404-40C.

²⁷ Ebenda, *Political Warfare Executive. The Meaning, Technique and Methods of Political Warfare*, o. J. (1942?).

²⁸ *Most Secret Paper* von Air Commodore P. R. Groves, 30. 4. 1943, ebenda.

sche Kriegführung gegen den Feind und die feindbesetzten Länder zur Sache von großen Organisationen, und zwar sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten. In den USA handelte es sich um das Office of Strategic Services (OSS) und das Office of War Information (OWI), in England um die Special Operations Executive (SOE) und die Political Warfare Executive (PWE). Diese Gruppen arbeiteten hinter tarnenden Regierungsfassaden. SOE, aus einer streng geheimen interministeriellen Planungsgruppe hervorgegangen, wurde im Juli 1940 errichtet, und zwar in Hugh Daltons Ministry of Economic Warfare; Sir Robert Vansittart, Chief Diplomatic Adviser beim Foreign Office, fungierte als Assistent. Dalton sollte mit der SOE auf dem Kontinent Armeen aus dem Boden stampfen: Europa in Flammen setzen²⁹. Als Handlungsbereich erhielt SOE neben Deutschland und Italien sämtliche nicht besetzten und feindbesetzten Länder; das Ressort EH wurde ihr für den Propagandabereich eingegliedert³⁰.

SOE spezialisierte sich nach und nach auf Sabotage, Irreführung und Spionage (SO 2), während der Bereich Politische Propaganda (SO 1) 1941 einer zweiten Organisation, der Political Warfare Executive (PWE), übertragen wurde. PWE arbeitete ebenfalls unter einem interministeriellen Ausschuss, dem Beamte aus dem Foreign Office und dem Informationsministerium angehörten; als offizielle Deckung diente die Nachrichtenabteilung des Foreign Office, das Political Intelligence Department. Während das Informationsministerium erklärtermaßen Nachrichten zu Hause oder in den verbündeten und neutralen Ländern verbreitete, sollte PWE den Krieg der Worte oder den psychologischen Krieg nach Deutschland, in dessen Satellitenstaaten und in die besetzten Länder tragen. PWE entwickelte sich bald zu einer starken Organisation, verbunden mit den übrigen Einrichtungen zur politischen Kriegführung wie SOE, den Geheimdiensten M. I. 5, M. I. 6, S. I. S., den Ministerien für Wirtschaftliche Kriegführung und Information und dem Foreign Office. Die gesetzteren bürokratischen Institutionen, etwa das Foreign Office, betrachteten SOE und PWE, diese unorthodoxen Eindringlinge ins Regierungsgeschäft, oft mit Mißfallen, namentlich ihr exzentrisches Personal und dessen außergewöhnliche Ideen. Aber Streiter in dieser Art Krieg mußten in ihren Methoden naturgemäß erfindungsreicher, origineller und bedenkenloser sein, als in der normalen bürokratischen Praxis akzeptabel wäre.

Bis 1943 war PWE zu einer 1 500 Leute – unter ihrem brillanten Direktor Sir Robert Bruce Lockhart – umfassenden Organisation angewachsen. PWE unterhielt auch in den verbündeten Ländern Stäbe, um Nachrichten zu sammeln und die alliierte politische Kriegführung zu koordinieren. Der PWE-Mannschaft in den Vereinigten Staaten gehörten beispielsweise John Wheeler-Bennett und ein Cousin der Königin an. Die drei Hauptabteilungen umfaßten die beiden Referate „Feind- und Satellitenstaaten“ und „Besetzte Länder“. Eine fünfzig Mann starke deutsche Abteilung, die hauptsächlich aus hochgebildeten Briten und deutschen Emigranten be-

²⁹ Stafford, *Britain Looks At Europe 1940*, S. 231 ff.; H. Dalton, *Fateful Years: Memoirs 1931–1945*, London 1947.

³⁰ Most Secret Paper von Air Commodore P. R. Groves, 30.4. 1943, in: DEA 5404-40C; Balfour, *Propaganda*, S. 90 ff.

stand, sammelte und bearbeitete Informationen, damit sie als Material gegen das NS-Regime verwendet werden konnten. PWE formulierte die wöchentliche Direktive für die politische Kriegführung (Central Directive), die verbindliche Richtlinie für die antinationalsozialistische Propaganda aller britischen Medien wie Rundfunk, Zeitungen und Flugblätter, wie sie von der RAF über Europa abgeworfen wurden³¹.

III.

Churchills ursprüngliche Strategie der politischen Kriegführung – nationale Aufstände auf dem Kontinent zu entzünden – gründete sich auf ein unerschütterliches Vertrauen in die essentielle Anständigkeit und die Kraft des historischen europäischen Nationalismus. Das galt auch für den deutschen Nationalismus, trotz seiner Komplizenschaft bei Hitlers Machtergreifung. Für Chamberlain und seine Freunde wurde der 1939 erklärte Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen dessen bösen Herrscher und seine Gehilfen geführt. Daher richtete Chamberlain am Tag nach der Kriegserklärung über den Rundfunk eine ermutigende Botschaft an das deutsche Volk, mit der er einen Keil zwischen die Deutschen und Hitler zu treiben hoffte.

„In diesem Krieg kämpfen wir nicht gegen Euch, das deutsche Volk, dem gegenüber wir keine bitteren Gefühle hegen, sondern gegen ein tyrannisches und meineidiges Regime, das nicht nur sein eigenes Volk verraten hat, sondern die gesamte westliche Zivilisation und alles, was Euch und uns teuer ist.“³²

Auch nach dem Fall Polens blieb Chamberlains Ansicht unverändert³³. Im Oktober 1939 sagte er dem Unterhaus und dem deutschen Volk erneut, daß der Krieg nicht zum Ruhme Englands oder zur Erniedrigung des stolzen deutschen Volkes geführt werde. Sein einziges Ziel sei es, Hitler zu stoppen und dadurch einen Frieden zu erlangen, „nach dem alle Völker Europas, auch die Deutschen, sich sehnen“³⁴.

Die Meinung, daß die Masse des deutschen Volkes anständig sei, hatte ihre Wurzeln in der Zeit zwischen den Kriegen und hielt sich trotz Hitler und seiner brutalen militärischen Erfolge bis weit in den Krieg hinein. Viele einflußreiche Briten, ob Anhänger der Appeasementpolitik oder nicht, hatten den Vertrag von Versailles schon lange als Unrecht gegen Deutschland angesehen³⁵. Sogar solche wohlbekanntenen Ap-

³¹ S. F. Rae an N. A. Robertson, London, 28. 4. 1943, und S. F. Rae an T. A. Stone, London, 5. 5. 1943, in: DEA 5404-40C.

³² Zitiert bei J. Wheeler-Bennett und A. Nicholls, *The Semblance of Peace. The Political Settlement After the Second World War*, London 1942, S. 14.

³³ C. A. MacDonald, *Britain and the April Crisis of 1939*, in: *European Studies Review* 2 (1942), S. 151–169.

³⁴ Hansard, 12. Oktober 1939, cols. 563–566; A. Briggs, *The History of Broadcasting in the United Kingdom: The War of Words*, Bd. 3, London 1970, vermittelt den Eindruck, daß die britische Linie, zwischen Deutschen und Nazis zu unterscheiden, im April 1940 fallengelassen wurde.

³⁵ D. Watt, *Roosevelt and Chamberlain: Two Appeasers*, in: *International Journal* 28 (1973), S. 185–204; R. Meyers, *Britain, Europe and the Dominions in the 1930's: Some Aspects of British, European and the Commonwealth Policies*, in: *Australian Journal of Politics and History* 22 (1976), S. 36–50.

peasementgegner wie Anthony Eden, Duff Cooper und Harold Nicolson wandten sich Ende der 30er Jahre mehr wegen seiner brutalen Methoden gegen Hitler als wegen seiner revisionistischen Forderungen. Der Wunsch, die Fehler von Versailles zu berichtigen, hatte 1938 zu der britischen Lähmung gegenüber dem Anschluß Österreichs und in der Sudetenfrage immerhin beigetragen³⁶. Diese Sympathie für das deutsche Volk wurde auch von den antinationalsozialistischen deutschen Flüchtlingen genährt und von den geheimen Emissären der Opposition in Deutschland selbst, die vor dem Krieg nach England kamen und von einem großen Reservoir an Andersdenkenden in Deutschland berichteten. Noch bis 1941 betrachtete die offizielle britische Politik Österreich und das Sudetenland als Teile Deutschlands; das änderte sich erst 1942³⁷. Es war jedoch 1940 nicht klar, wer und ob überhaupt jemand einen deutschen Aufstand gegen Hitler organisieren und auslösen könnte. Ein außergewöhnlicher Mann wurde schließlich als geeignet angesehen, und zwar wegen seines radikalen deutschen Nationalismus, seiner intimen Kenntnis Hitlers, seines langen Kampfes gegen den „Führer“ und seiner Kontrolle über eine Untergrundorganisation in Deutschland – Otto Straßer. Aber niemand war mehr überrascht als Straßer selbst, als im August 1940 der britische Geheimdienst an seinem letzten Zufluchtsort in Portugal erschien, wohin er sich nach dem Fall Frankreichs gewandt hatte, und anbot, ihn zu retten. Straßer besaß ein eindrucksvolles Bündel von Zeugnissen seiner Gegnerschaft gegen Hitler und seines radikalen Nationalismus, größtenteils selbstgemacht. Aber er hatte in der Vergangenheit bemerkenswert wenige demokratische oder liberale Neigungen gezeigt. Seine Verachtung für die Schwächen moderner Demokratien hatte er nie verborgen, wobei freilich einige seiner Angriffe mehr als Angriffe auf die Appeasementpolitik der Demokratien als auf das demokratische System als solches interpretiert wurden³⁸.

Straßers Nationalismus war aber in der Tat entschieden antiliberal und antiparlamentarisch. Er wurzelte in der Kulturkritik am kalten Intellekt, an rationalem Bewußtsein, städtischer Industrialisierung und der Gespaltenheit des modernen Lebens und Menschen, in der Hitler zum Teil mit ihm übereinstimmte, die aber nicht notwendigerweise zu Hitler führen mußte. Bittere, oftmals brillante Kulturkritiker begegnen uns in der neueren deutschen Geschichte häufig. Die ersten deutschen Nationalisten, die nach Befreiung vom napoleonischen Joch riefen, identifizierten die Aufklärung mit ausländischen Exzessen und mit Unterdrückung. Um die Jahrhundertwende machte sich eine weitere Schar kulturkritischer Nationalisten bemerkbar, die sich gegen den Staat Bismarcks wandten, der auf einer Allianz von Liberalen und

³⁶ D. Lamers, *From Whitehall After Munich. The Foreign Office and the Future Course of British Policy*, in: *Historical Journal* 16 (1973), S. 831–856.

³⁷ J. Wheeler Bennett und A. Nicholls, *The Semblance of Peace*, Appendix A: *Note on the Present Position of the Munich Agreement of 29.9.38*, S. 611 f.; dazu auch Rede Anthony Edens, *Hansard* 5. August 1942, cols. 1004–5.

³⁸ A. Werner, *Trotsky of the Nazi Party*, in: *Journal of Central and East European Affairs*, XI, 1 (Januar–April 1951), S. 39–46; K. O. Paetel, *Otto Straßer und die Schwarze Front*, in: *Politische Studien*, VIII, 92 (Dezember 1957), S. 269–281.

konservativen aristokratischen Eliten beruhte. Als Nationalisten stellten sie einen neuen Typus dar, weniger dem politischen Deutschland verbunden als einem mythischen, urtümlichen und völkischen germanischen Reich spontanen Geistes und tiefer Gemeinschaft. Ein populistischer Glaube an die Tugenden von Natur und Bauerntum verband sich mit romantischen Jugend- und Kunstbewegungen. Diese Kulturnationalisten rebellierten gegen das, was sie als überbürokratisierte, überindustrialisierte, erstarrte und von Klischees beherrschte Gesellschaft ansahen. Eine seelenlose, kosmopolitische, technisierte Zivilisation drohte eine lebendige, eingewurzelte Kultur auszulöschen³⁹.

Straßer wurde in diese Generation vor dem Ersten Weltkrieg hineingeboren und ging, gleich vielen seiner Altersgenossen, wie im Rausch, zusammen mit seinen beiden älteren Brüdern, 1914 in den Krieg. Dort erlebte er die rauhe Kameradschaft der Schützengräben, die Reinigung im „Stahlbad“. Nach dem verlorenen Krieg fand er sich als junger Mann ohne Ausbildung und Beruf wieder, in das hoffnungslose Schicksal eines zurückgekehrten Veteranen und in den Wirrwarr sich bekriegender politischer Gruppen entlassen. Während sein Bruder Paul sich der Religion zuwandte, Benediktinermönch wurde und nach Hitlers Machtergreifung Deutschland verließ, um in ein Kloster im Westen der Vereinigten Staaten zu gehen, wurde sein Bruder Gregor Apotheker im heimatlichen Niederbayern und eines der ersten Mitglieder in Hitlers junger NSDAP. Otto wechselte ruhelos von Ideal zu Ideal und von Gruppe zu Gruppe. Es war klar, daß die alten Eliten ihre Machtstellung in Deutschland verloren hatten, während gleichzeitig die junge Republik mit den verhaßten Siegern von Versailles kooperierte. Welche Möglichkeiten gab es? Radikale Denker wie Oswald Spengler forderten eine neue, strenge Elite, „römisch im Stolz des Dienens, in der Demut des Befehls, nicht Rechte von anderen fordernd, sondern Pflichten von sich selbst“. Emotional bewegte, verbitterte Veteranen, antislawisch und antikommunistisch, suchten unentwegt nach neuen, revolutionären Formen sozialer und politischer Organisation. Otto durchlief eine Freikorps-Phase, schloß sich dann den revolutionären Sozialisten an, nur um sie wieder zu verlassen, weil ihr Mangel an revolutionärem Elan und Nationalismus ihn enttäuschte. Der nationalsozialistische Putsch vom November 1923 bewies ihm, auch wenn er fehlschlug, die Dynamik und den Nationalismus der Hitlerbewegung; so bat er seinen Bruder Gregor, ihm zu helfen, Mitglied zu werden.

Hitler saß in der Festung Landsberg und die Bewegung war in Auflösung, als er die Brüder Straßer beauftragte, Norddeutschland für die NS-Bewegung zu erschließen.

³⁹ Otto Straßer, *Deutschlands Erneuerung*, Buenos Aires 1946, S. 33 ff.; ders., *Faschismus. Geschichte und Gefahr*, München 1969, S. 61 f., wo Straßer die zwanzig Punkte der NSDAP von 1920 abdruckt als „die ganze, noch unverfälschte Ideologie in ihrer ursprünglichen Reinheit“. Einleitung von D. Reed zu O. Straßer, *History in My Time*, London 1941, S. 7 ff.; O. Straßer, Vorwort zu R. Schapke, *Die Schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben und vom Kampf*, Leipzig 1932; O. Straßer, *Aufgaben des deutschen Sozialismus*, Prag 1936; ders., *Europa von morgen*, München 1939; ders., *Germany's Tomorrow*, London 1940; ders., *Prussian Eagles Over Germany*, Montreal 1942; ders., *Flight from Terror*, New York 1943; ders., *Exil*, München 1958; ders. mit V. Alexandrov, *Le Front Noir contre Hitler*, Paris 1968.

Dort hatten sie ziemlich freie Hand, ihre Kader und ihre Spielart eines sozialistischen Nationalismus auszubilden. Gregor war als Führer in Norddeutschland und Mitglied des Reichstags für Organisationsfragen zuständig, Otto leitete zusammen mit seinem jungen und ehrgeizigen Sekretär Joseph Goebbels die Parteipresse. Hitler wurde bald auf Goebbels' Talente aufmerksam und übertrug ihm den undankbaren Posten eines Gauleiters im roten Berlin, wo er sich mit Erfolg behauptete und einen Konkurrenzstützpunkt gegen die Straßer-Brüder aufbaute⁴⁰. Da Hitler nun auf den legalen Weg zur Macht setzte und Verbündete suchte, wo immer er sie finden konnte, besonders unter traditionellen nationalen Gruppen, fand er sich immer weniger in Übereinstimmung mit dem eher doktrinär sozialistisch und ständisch denkenden Otto Straßer⁴¹. Otto brach schließlich im Sommer 1930 mit Hitler, als dieser sich mit Industriellen und Grundbesitzern zu einer gemeinsamen Front gegen den Young-Plan zusammenschloß. Mit großen Hoffnungen, die NS-Bewegung spalten und die mehr sozialistischen und populistischen Elemente an sich ziehen zu können, gründete Otto seine Revolutionäre Nationalsozialistische Partei oder Schwarze Front. Seine Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht, und als Hitler 1933 an die Macht kam, war Otto gezwungen zu fliehen, zunächst nach Österreich, dann in die Tschechoslowakei, in die Schweiz – wo er seine Familie zurückließ – und endlich nach Frankreich und Portugal. Sein Bruder Gregor wurde 1934 während der Röhmer-Affäre ermordet.

Otto Straßer behauptete, seine Schwarze Front habe wenigstens einen Mordanschlag auf Hitler unternommen und die Gestapo mehrere Anschläge auf sein Leben. Die Fahne der Schwarzen Front blieb die schwarze Fahne der deutschen Bauernkriege, die Moeller van den Bruck einst zum Banner von Deutschlands Wiedererwachen und eines wahrhaft germanischen Dritten Reichs erwählt hatte. Straßer hielt strikt daran fest, daß die degenerierten alten herrschenden Schichten das Volk ausgebeutet und in einen sinnlosen Krieg geführt hätten. Hitler habe mit diesen reaktionären Kräften paktiert, dadurch Deutschland „faschisiert“ und einen diktatorischen Staatssozialismus geschaffen, um seine reaktionären Verbündeten zu retten und sich selber den Weg zur Realisierung seiner verrückten Träume von Antisemitismus und Angriffskrieg zu bahnen⁴². Sei Hitler erst einmal niedergeworfen, werde eine neue, gehärtete und selbstlose Aristokratie über ein gesundes Bauerntum und einen humanisierten Ständestaat herrschen. Überzeugt davon, daß die tragische Erfahrung mit Hitler und seiner Bande die alten politischen Kräfte in Deutschland ein für allemal diskreditieren werde, glaubte Straßer, daß ihm für seine Form eines nationalen deutschen Sozialismus eine große Gefolgschaft im Nachkriegsdeutschland sicher sei. Straßers Betonung der reaktionären, preußischen Seite von Hitlers System paßte bemerkenswert gut zu den kenntnisreichsten Analysen des Problems, wie sie von Jour-

⁴⁰ H. Heiber (Hrsg.), *The Early Goebbels Diaries 1925–1926*, London 1962, S. 76–79 (dt. *Das Tagebuch des Joseph Goebbels*, Stuttgart 1961).

⁴¹ D. Bracher, *The German Dictatorship*, New York 1970, S. 130–136, S. 180f. (dt. *Die deutsche Diktatur*, Köln/Berlin 1969).

⁴² O. Straßer, *Faschismus*, S. 61; ders., *Prussian Eagles Over Germany*.

nalisten wie Edward R. Mowrer und William Shirer oder von Theoretikern wie Franz Neumann versucht wurden.

Straßers dramatische Geschichte seines Bruches und langen Kampfes mit Hitler gab, zusammen mit seiner Schilderung von Hitlers ungeheurer Furcht vor ihm als einer regenerativen nationalen Kraft in Deutschland, einen guten Stoff ab. Gezwungen, seinen Lebensunterhalt mit dem Kopf zu verdienen, hatte Straßer diese aufregenden Tatsachen über sich selbst und seinen nationalen Widerstand gegen Hitler in unzähligen Artikeln, Traktaten und Büchern verbreitet. Das autobiographische Buch „Hitler und ich“, das 1939 erschien, war ungemein erfolgreich und wurde sofort in vier Sprachen übersetzt, mit getrennten englischen Ausgaben in den Vereinigten Staaten und Großbritannien⁴³. Seine Saga war so bekannt, daß Warner Brothers in Hollywood 1941 die Rechte daran erwarb, um sie in einen spannenden Film voll waghalsiger Abenteuer umzusetzen⁴⁴.

Straßer hatte auch in Großbritannien entschiedene Bewunderer, und das erklärt zum großen Teil, warum er 1940 in den neuen Einrichtungen für politische Kriegführung als möglicher Mitarbeiter betrachtet wurde. Der bekannte Berliner Korespondent der Londoner Times, Douglas Reed, übersetzte einige von Straßers Büchern ins Englische und schrieb selbst eins über Straßer, in dem dessen Leben zu einem Epos wahrhaft klassischen Formats stilisiert wurde. Unter dem Titel „Nemesis?“ behauptete Reeds Buch, das Schicksal selbst habe Straßer immer wieder errettet, weil es ihm im Kampf gegen Hitler eine besondere Rolle zugedacht habe. Straßer erschien als ein Mann von außergewöhnlicher Energie, Mut und politischem Scharfsinn, als angenehmer und humorvoller Mensch, als glühender Revolutionär und als der einzige deutsche Emigrant, der gewillt war, den aktiven Kampf gegen Hitler unter Einsatz seines Lebens fortzusetzen. Das Buch prophezeite, Straßer werde Deutschlands nächster Führer sein, wenn Hitler einmal beseitigt und Deutschland wieder zu Verstand gekommen sei⁴⁵.

Zu denen, die in Straßer einen glaubwürdigen Gegenspieler zu Hitler sahen, gehörte auch Commander King-Hall vom angesehenen Royal Institute of International Affairs in London. Für ihn war Hitler bloß ein mörderischer österreichischer Fanatiker, der zusammen mit einer Bande von Abenteurern den deutschen Staat unterworfen hatte. 1939 hatte King, enttäuscht von der Untätigkeit, die seine Regierung vor dem Krieg an den Tag legte, auf eigene Faust eine umfangreiche Briefkampagne organisiert und in hunderttausenden von Briefen an deutsche Durchschnittsbürger die englische Position skizziert und die NS-Führer angegriffen. Die Aktion hatte heftige Proteste von Goebbels und Hitler produziert und die britische Regierung in nicht geringe Verlegenheit versetzt. King-Hall übte großen Einfluß in der britischen Füh-

⁴³ O. Straßer, *Hitler and I*, London/New York 1939 (dt. *Hitler und ich*, Buenos Aires 1940/Konstanz 1948).

⁴⁴ Er arbeitete auch mit Douglas Fairbanks Jr. bei einem Antinazipamphlet zusammen; K. Singer an O. Straßer, New York, 7. 8. 1941, PAC, RG 24.

⁴⁵ D. Reed, *Nemesis?*, London 1940.

rungsschicht aus, und zwar mit einem privaten Nachrichtenblatt, Auflage 50 000, in dem er Straßer als geeignete Waffe gegen Hitler empfahl. Nach Ausbruch des Krieges wurde er Leiter des Unterhaus-Ausschusses für die Guerilla-Kriegführung und Minister⁴⁶.

Angesichts solcher Unterstützung wurde 1940 die Entscheidung getroffen, Straßer aus Portugal herauszuholen und im britischen Apparat für die politische Kriegführung zu verwenden. Aber der ursprüngliche Plan, ihn nach England zu bringen, mußte aufgegeben werden. Da die Regierung vorhatte, ihn als geheimes und privates Machtzentrum gegen Hitler aufzubauen, konnte sie weder ihre Verbindung mit ihm aufdecken noch ihn vor Kritik aus dem Unterhaus an der Einreise eines so bekannten Ex-Nazis in Schutz nehmen. Daher entschlossen sich die Briten, ihn mit Flüchtlingsausweisen und einem Visum für ein drittes Land zu versehen, damit er um Einreise in die Vereinigten Staaten nachsuchen konnte, wo er dann Deutsche gegen Hitler organisieren, seine Untergrundbewegung Schwarze Front in Deutschland leiten und den amerikanischen Defätismus bekämpfen helfen sollte. Sir Robert Vansittart, Chefberater im britischen Foreign Office, bat den kanadischen Hochkommissar, als besonderes Entgegenkommen an die britische Regierung, um ein kanadisches Visum für Straßer; so sollte eine glattere Abwicklung seines Antrags für die Vereinigten Staaten erreicht werden⁴⁷. Vincent Massey entsprach der Bitte innerhalb vierundzwanzig Stunden mit einem Visum „gültig für die Dauer des Krieges“, obwohl kanadische Minister im Hinblick auf Straßers Mangel an demokratischer Beglaubigung und angesichts der Möglichkeit, daß er das Visum tatsächlich benutzen könnte, wenn die Vereinigten Staaten ihn abwiesen, Vorbehalte anmeldeten⁴⁸. Daraufhin wurde er auf die Bermudas gebracht, von wo aus er seinen Antrag auf Einreise in die Vereinigten Staaten stellte⁴⁹.

Während er sich unter britischem Schutz auf den Bermudas aufhielt, stand es Straßer frei, der Presse Interviews zu gewähren und großartige Erklärungen über das Ausmaß der Unzufriedenheit mit Hitler in Deutschland abzugeben, was alles der Linie der britischen politischen Kriegführung entsprach. Er fand große Aufmerksamkeit bei den Journalisten und wurde unter anderem von H. G. Wells interviewt. Dieses Interview, das damals vorteilhaft war, sollte ihn in späteren Jahren noch verfolgen. Er stellte sich selbst als strammen nationalen Gegner Hitlers dar und als Führer eines weitverzweigten geheimen Untergrundnetzes von Männern in hohen Positionen in Deutschland. Diese Schwarze Front, deren treibende Kraft er sei, sei entschlossen,

⁴⁶ A. Goldman, *Stephen King-Hall and the Newsletter Controversy of 1940*, a. a. O., S. 209–230; Korrespondenz King-Hall/Straßer von 1941 und 1942 in Straßers zensierter Korrespondenz, PAC.

⁴⁷ Vincent Massey an Cnd. External Affairs, Ottawa, London 26. 9. 1940; auch H. H. Hemming an O. D. Skelton, London, 30. 9. 1940, DEA.

⁴⁸ O. D. Skelton, Memo an N. A. Robertson, Ottawa, 27. 9. 1950; F. C. Blair an O. D. Skelton, Ottawa, 27. 9. 1940, ebenda.

⁴⁹ Cnd. High Commission, London, an Cnd. External Affairs, Ottawa, London 27. 9. 1940; External Affairs, Ottawa, an HM Britannic Ambassador Libson, Ottawa, 27. 9. 1940, ebenda.

Hitlers Diktatur zu stürzen. Gleichzeitig nützte er die Gelegenheit, die Bildung einer weiteren gegen Hitler gerichteten Organisation anzukündigen, deren Leiter er sei, der Frei-Deutschland-Bewegung (FDB), die alle deutschen Hitlergegner im Exil zu einer mächtigen Kraft gegen Hitler vereinigen werde⁵⁰. Auf diese Weise erschien Straßer als Führer oppositioneller Gruppen nicht nur in Deutschland, sondern auch außerhalb⁵¹.

Inzwischen war sein Antrag auf Einreise in die USA abgewiesen worden. Vielleicht erkannten die Amerikaner, wie eng seine Beziehung zu offiziellen britischen Stellen war; in diesen Jahren vor dem amerikanischen Kriegseintritt waren britische Agenten in Amerika nicht willkommen. Es ist bekannt, daß im Kongreß ungehaltene Anfragen auf Druck deutscher Gruppen gestellt wurden, von denen ihm die einen seine Opposition gegen Hitler, die anderen seine geistige Nähe zu Hitler verdachten⁵². Als Ergebnis geschah das, was einige Kanadier befürchtet hatten, als man ihm ein Visum gab. Im April 1941 erschien er plötzlich zu Schiff in St. Johns, New Brunswick, und bestieg den Zug nach Toronto.

Als kanadische Zeitungen die Nachricht gebracht hatten, daß Straßer mit einem kanadischen Visum in Bermuda sitze, hatten sie sich zu seiner eventuellen Einreise nach Kanada meist negativ geäußert⁵³. Aber das änderte sich, als er plötzlich in Toronto auftauchte, offensichtlich behördlichen Schutz genießend, frei, seine Sache vorzubringen, und zuversichtlich den bevorstehenden Sturz Hitlers durch einen großen Aufstand in Deutschland, ausgelöst von seiner Schwarzen Front, vorhersagend. Er entzückte die kanadische Presse und zwang sie zugleich, ihn und seine Behauptungen ernstzunehmen. Der „Toronto Star“ überschlug sich in Jubel über die Ankunft des „leidenschaftlichen kleinen Deutschen, der Hitler haßt“, und nannte ihn einen „willkommenen Verbündeten“ im Krieg gegen Hitler⁵⁴. Die „Globe and Mail“ widmete Straßer einen begeisterten Leitartikel, in dem sie die Attraktivität des rundlichen, fröhlichen Bayern schilderte, ihn „den bekannten deutschen Politiker“ nannte und ihren Lesern die von ihm geführte radikale deutsche Opposition rühmte. Straßer behauptete, die kriegsmüden und von Hitler enttäuschten Deutschen würden Hitlers Sturz unter Führung seiner Organisationen und mit Hilfe der Briten etwa im Oktober 1941 zustandebringen. Straßer ergriff die Gelegenheit, Pläne für die Bildung eines weiteren Zweiges seiner Bewegung gegen Hitler, nämlich des militärischen, anzukündigen. Während in Deutschland selbst seine Helfer für Hitlers Untergang arbeite-

⁵⁰ Es wurde bislang allgemein angenommen, daß Straßers Schwarze Front im Exil und seine FDB, lebensfähige, wichtige Gruppen waren und nicht bloße Namen ohne Substanz, wie unten gezeigt wird. Dazu etwa K.P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism Since 1945*, Middleton, Conn., 1967, Bd. 1, S. 109, Bd. 2, S. 1030, Anm. 114.

⁵¹ O. Straßer, *Exil*, S. 5 f.

⁵² BUP-Bericht, datiert New York, 13. 12. 1940, DEA.

⁵³ „Ex-Friend of Hitler Would Come Here“, in: *Ottawa Journal*, 1. 3. 1941; „Canada Won't Let Straßer Form Exile Ministry Here“, in: *Toronto Daily Star*, 17. 3. 1941.

⁵⁴ „Would Organize German Prisoners Against Hitler“, in: *Toronto Star*, 22. 3. 1941; „One Defeat Nazis Finished“, ebenda, 24. 3. 1941; „Black Front Leader Writes on Germany“, ebenda, 3. 5. 1941.

ten, sei er jetzt soweit, die kanadische Regierung um Erlaubnis zur Bildung einer Freien Deutschen Legion aus Leuten deutscher Abstammung und deutschen Kriegsgefangenen zu bitten⁵⁵. Kein Wunder, daß Straßer im Vergleich mit anderen und passiveren konservativen deutschen Politikern wie Exkanzler Brüning in den Vereinigten Staaten oder dem Weimarer Exminister Gottfried Treviranus, der jetzt als kanadischer Bürger und Farmer in der Gegend von Toronto lebte, wegen seiner Energie und Zuversicht günstiger abschnitt⁵⁶.

Straßer arbeitete in Kanada weiterhin unter dem Schutz des britischen Secret Service, der ihn nach Montreal brachte. Er erhielt eine neue Identität als Oswald Bostock und einen geheimen Aufenthaltsort in Westmount. Die Königliche Kanadische Berittene Polizei stellte Leibwächter für ihn. Er ließ sich dort mit seiner Sekretärin nieder, die mit ihm zusammen aus Portugal gekommen war, und begann seinen Lebensunterhalt als Mitarbeiter führender Zeitungen und Magazine in Nordamerika und Großbritannien zu verdienen. Sogar der amerikanische Geheimdienst war von ihm beeindruckt und bezeichnete ihn als „möglicherweise gutgesinnt“ und nützlich⁵⁷.

Offensichtlich zweifelte niemand an den Angaben, die er über seine Bedeutung im Vorkriegsdeutschland oder seine Kontrolle über eine ausgedehnte Schwarze Front in Deutschland und die FDB im Ausland machte. Die „Montreal Gazette“ stellte ihn ihren Lesern als den Mann mit den „vielleicht ausgedehntesten (Kontakten in Deutschland) von allen deutschen Flüchtlingen“ vor, während der „Montreal Star“ ihn zum „Organisator der weltweiten Frei-Deutschland-Bewegung“ erhob, der „mit Erlaubnis der kanadischen Regierung die Masse der Nichtnazis zu aktiven Nazigegnern zusammenfaßt“⁵⁸. Als Heß kurz nach Straßers Ankunft in Kanada nach England flog, sah Straßer darin das Zeichen eines tiefgehenden Machtkampfes in der Partei, in dem Göring und die Wehrmacht gegen Hitler stünden⁵⁹. In den Jahren 1941 und 1942 propagierte Straßer solche Ansichten in führenden alliierten Zeitungen wie dem „New Statesman“ in London, der „New York Times“, „Current History“, „Reader's Digest“, dem „Christian Science Monitor“ und der Zeitschrift des Canadian Institute of International Affairs. Die „Montreal Gazette“, in der er regelmäßig schrieb, meinte, daß Straßers Schwarze Front die gesamte NS-Hierarchie durchsetze, so daß seine Nachrichten aus besten Quellen kämen⁶⁰. In einem zwei Seiten langen Artikel vom

⁵⁵ „To Fight Hitler in Canada“, in: Toronto Globe and Mail, 24. 4. 1941.

⁵⁶ „Former Friend of Hitler Foresees Doom of Nazis“, in: Toronto Telegram, 22. 4. 1941.

⁵⁷ Auch wenn RCMP-Berichte aus DEA-Akten entfernt wurden, bleiben genügend Informationen über die britische Kontrolle. Siehe auch O. Straßer, Exil, S. 163. Zur amerikanischen Sicht siehe Department of State, American Republics, Memorandum „Making Use of Anti-Hitler and Other Potentially Friendly Groups“, 25. 6. 1941, National Archives, Washington, RG 59: 862.20235/715.

⁵⁸ D. C. MacDonald, Time Ripe To Start Revolt in Reich, in: Montreal Gazette, 21. 8. 1941; „Straßer Sees Hun Invasion Attempt Soon“, in: Montreal Star, 14. 5. 1941.

⁵⁹ „Straßer sees Rift of Army And Party“, in: Montreal Gazette, 13. 5. 1941; „Straßer Sees Reichswehr Plot To Make Göring Germany's Ruler“, ebenda, 10. 9. 1941; „Straßer Says Guilty Nazi Heads Should Get Postwar Punishment“, ebenda, 5. 11. 1941.

⁶⁰ „Straßer, Black Front Leader, To Write Series for the Gazette“, in: Montreal Gazette, 6. 9. 1941; „Straßer Says Argentinian Tensions Close“, ebenda, 23. 9. 1941.

Oktober 1942 im angesehenen „Christian Science Monitor“ nannte Straßer sich eine „einflußreiche Stimme“ unter den Deutschen, die am Sturz Hitlers arbeiteten; auch verbürgte er sich für die Glaubwürdigkeit seiner Nachrichtenquellen in Deutschland⁶¹.

Straßer überschwemmte die kanadische Regierung mit Lage-Analysen und Appellen um Hilfe bei seinem Kampf gegen Hitler. Er erhielt nie die Unterstützung, die er zu bekommen hoffte, weder in Form von Geld noch als Erlaubnis, sich aktiver in der Politik der deutschstämmigen Kanadier zu engagieren. Aber man hörte ihm in Ottawa respektvoll zu. Kanadas leitender Beamter im Department of External Affairs, Norman Robertson, schlug den Briten, die weiterhin die Verantwortung für Straßer hatten, vor, ihn in der alliierten Kriegsanstrengung wirkungsvoller einzusetzen⁶². Robertson sandte Kopien von Straßers Nachrichten und Kommentaren mit einer positiven Stellungnahme an die führenden Militärs und an den Premierminister⁶³. Premierminister Mackenzie King versah eine davon mit der anerkennenden schriftlichen Randbemerkung, Straßers Analysen seien „recht scharfsinnig“. Robertson empfahl Straßer als wünschenswerten Partner nichtstaatlicher Institutionen wie dem Canadian Institute of International Affairs. Besonders lobenswert erschien Straßers Absicht, alle Militärs und Industriellen zu bestrafen, ohne die Hitler den Krieg nicht hätte führen können⁶⁴.

Die Kanadier schufen einen eigenen und noch zögerlich arbeitenden Propaganda-Apparat erst 1943, nach dem Besuch eines Beamten des Department of External Affairs in London und bei der PWE⁶⁵. Bis dahin waren sie bereitwillig dem britischen Beispiel gefolgt, mit dem sie im allgemeinen übereinstimmten⁶⁶. Eine Denkschrift des Department of External Affairs vom August 1941 brachte große Sympathie für die von PWE getroffene Unterscheidung zwischen Hitler und der Masse der guten Deutschen zum Ausdruck. Die Alliierten hätten sich Hitlers Aufstieg weitgehend selber zuzuschreiben, und zwar wegen ihres Rachefriedens nach 1918. Wenn Hitler dann außerdem ungestraft wiederaufrüsten oder die Juden und Sozialisten abscheulich behandeln durfte, „ist es kein Wunder, wenn viele Deutsche zu dem Schluß kamen, daß es sich lohnt, hart zu sein“. Die Alliierten dürften nicht noch einmal den fa-

⁶¹ O. Straßer, *Second Front: How Strong Are the Nazis?*, in: *Christian Science Monitor*, 5.10.1942.

⁶² N.A. Robertson an J.W. Holmes, Ottawa, 20.10.1941, und Aktennotiz für Robertson, Ottawa, 27.1.1943, DEA.

⁶³ N.A. Robertson, Notiz für Premierminister, Ottawa, 20.10.1941, und H.D.C. Crerar an N.A. Robertson (Vertraulich), Ottawa, 18.10.1941, ebenda.

⁶⁴ N.A. Robertson an J.W. Holmes, Ottawa, 20.10.1941, und Robertson, Brief an H. Colman, Undersecretary of State, Ottawa, 18.10.1941, ebenda.

⁶⁵ Bericht von 1946 an das Canadian Psychological Warfare Committee, initiiert und koordiniert von External Affairs, DEA 5353-40C.

⁶⁶ Canadian External Affairs sandte Saul F. Rae im April 1943 nach London, damit er die britische Organisation und Strategie für politische Kriegführung kennenlernte und darüber berichtete. Er bedauerte, daß, während einzelne Kanadier zu diesem Zweck zu den Briten abkommandiert waren, Kanada an der Planung gar nicht teilgenommen habe. S. F. Rae an N.A. Robertson, London, 28.4.1943, DEA 5404-40C.

talen Fehler machen, alle Deutschen über einen Kamm zu scheren. Das würde nur „zu einem zweiten Fehlschlag führen, Frieden zu schaffen, und zu einem dritten Weltkrieg oder zu internationaler Anarchie“.

Im Grunde seien gewöhnliche Deutsche genau wie jedermann. „Das wahrhaft Erschreckende an den Deutschen ist, daß sie so sehr wie wir sind und wie alle anderen.“ Auch die Kanadier „haben alle ihre schlechten Eigenschaften im Keim in sich, bereit zur Entfaltung, wenn der Wind der Geschichte in die falsche Richtung zu wehen beginnt“. Wenn der Krieg verloren werden sollte, wären etliche Kanadier „und zweifellos auch Briten“ durchaus bereit, „die Juden zu beschuldigen, uns hineingeritten zu haben“. Gegenwärtig sekkierten die schlechten Elemente einzelne Deutsche und Italiener, aber

„wenn die bändigende Hand des Gesetzes zurückgezogen würde, sähe man in Montreal und Toronto eine Meute chauvinistischer kleiner Schurken hervorkriechen, wie sie es in Wien nach dem deutschen Einmarsch getan haben, um die Juden zu treten, wenn sie am Boden liegen, sie anzuschreien und zu verspotten und Straßenpflaster schrubben zu lassen. Es gibt diese Sorte hier ...“

Es lohne sich eher, die guten Teile der deutschen Bevölkerung anzusprechen, als sie in die Arme Hitlers zu treiben, indem man die ganze deutsche Nation verantwortlich mache. Es liege nicht im Interesse der Alliierten, daß „unsere Soldaten gegen achtzig Millionen Deutsche (kämpfen), die alle überzeugt sind, bis zum letzten Atemzug fechten zu müssen, um ihr Land vor einem zweiten und schlimmeren Versailles zu bewahren“⁶⁷.

Churchills Strategie der Jahre 1940 bis 1942 erbrachte jedoch am Ende keine greifbaren Ergebnisse. Als die Vereinigten Staaten 1942 ihre Kriegsanstrengung intensivierten, waren die britischen Hoffnungen auf Revolten in Europa geschwunden. Roosevelt war nicht geneigt, ähnliche Erwartungen zu hegen, und er erhielt von seinem Nachrichtendienst negative Berichte über Straßers Frei-Deutschland-Bewegung. 1941 bekamen die Briten mächtige Verbündete, die Vereinigten Staaten und Rußland. Der Krieg gewann eine neue militärische Dimension. Also begannen die Briten allmählich ihre ursprüngliche Strategie der politischen Kriegführung abzubauen und eine negativere Haltung gegenüber deutschen und österreichischen Bewegungen einzunehmen. Im Herbst 1942 konnte Eden dem britischen Botschafter in Washington eine Ansicht über solche Bewegungen darlegen, die mehr mit dem Denken des Foreign Office als mit der PWE-Linie übereinstimmte. Die britische Haltung lief jetzt darauf hinaus, daß die britische Regierung nicht gegen informelle Gruppierungen österreichischer und deutscher Emigranten vorgehen, aber ihnen auch keine amtliche Anerkennung oder Unterstützung gewähren werde. Die aktiven Emigranten seien ohnehin nicht zahlreich genug und zu sehr in entgegengesetzte ideologische Gruppen zersplittert. Außerdem gebe es keinen überzeugenden Beweis für die Existenz irgendeiner bedeutenden Widerstandsbewegung in ihren Heimatländern. Diese Exilpoliti-

⁶⁷ „Memorandum on the Attitude which Might Be Adopted Towards the Free German Movements in Particular and Towards the German People in General“, 15.7. 1941, DEA 5568-40C.

ker, und besonders Straßer, würden in ihren Heimatländern lediglich als Verräter betrachtet, weil die Koalition zwischen Hitler und den traditionellen Eliten noch stabil sei. Man hatte keine Hoffnung mehr, daß die Emigration Vorgänge in Deutschland von außen beeinflussen könnte. Offiziell sollte es jetzt heißen, daß Otto Straßers Rettung eine rein menschliche Geste gewesen sei⁶⁸. Innere Revolten in Europa waren ausgeblieben und Großbritannien wollte nun zu einer vorwiegend militärischen Strategie übergehen.

Straßer wurde jetzt eine beliebte Zielscheibe. Anfang 1942 begann in England eine wütende Pressekampagne gegen ihn, eingeleitet von einem bösen Artikel H. G. Wells in einem beliebten Sonntagsblatt. Unter dem Titel „Die Geschichte Otto Straßers. Ein Verbündeter, den wir nicht brauchen“ beschuldigte Wells seinen Gesprächspartner von 1940, ein offenkundiger Nazi zu sein. Wie Wells schneidend schrieb, hatte bei seinem Treffen mit Straßer jede radikalere Äußerung Straßers mit „Heil Hitler“ geendet. Straßer solle als gefährlicher Spion in ein Konzentrationslager geworfen statt weiter von den englischen und kanadischen Behörden gehätschelt werden. Dieser hitzige Artikel mit seiner fragwürdigen These über Straßers angebliche Loyalität gegenüber Hitler wurde in ganz Kanada nachgedruckt⁶⁹.

Straßer sah sich noch von einer anderen Person, die ursprünglich seine Sache unterstützt hatte, angegriffen. Vansittart, der Straßers Visum für Kanada beschafft hatte, hatte vor kurzem mit Churchill gebrochen und das Foreign Office für einen Sitz im Oberhaus verlassen. Er beschloß, sich öffentlich gegen die, wie er es nannte, „laxe Haltung“ Churchills in der Frage der Bestrafung der Deutschen nach dem Krieg zu wenden⁷⁰. 1942 prangerte er das „Neue Appeasement“ an, das er in Churchills Strategie der Unterstützung nationaler Elemente in Deutschland zu sehen glaubte. „Die Ratten rascheln hinter dem Schirm des Neuen Appeasement“, deklamierte er, ihre „Hehler“ und „Strohänner“ in Großbritannien, den Vereinigten Staaten und anderswo müßten gnadenlos ausgeräuchert werden. Straßer sei, so hieß es nun, keinen Deut anders als Hitler und seine militaristischen Kumpane. Gerüchte über eine mögliche Revolution in Deutschland seien nichts als Märchen, und alle, die in dies Horn stießen, sollten bestraft werden. Solche Ansichten gehörten „hauptsächlich ins Reich des Films“. Auf Straßer gezielt, feuerte Vansittart folgende Salve ab:

„Von Zeit zu Zeit sehe ich gewaltige Schlagzeilen in der einen oder anderen Zeitung, vor allem in der amerikanischen Presse, des Inhalts, daß ein gewisser deutscher Flüchtling der Anführer einer riesigen Untergrundbewegung in Deutschland sei. Solche Geschichten sind natürlich nicht wahr, und es ist ein Glück für uns, daß sie nicht wahr sind. Militarismus mit einem sozialistischen Etikett ist die schlimmste Form politischen Fusels.“⁷¹

⁶⁸ Geheimtelegramm Eden an Viscount Halifax, London, 16.9.1942, und Antwort, 7.11.1942; Secret British Foreign Office Circular, London, 16.11.1942, DEA.

⁶⁹ London Sunday Dispatch, 24.1.1942; Antwort Straßers in: Letters to the Editor, Montreal Gazette, 27.1.1942.

⁷⁰ Abgedruckt in: R. Vansittart, Lessons of My Life, XVI, S. 35.

⁷¹ Ebenda, S. 87, 119.

In bemerkenswert bissiger Manier machte Vansittart Straßers Pläne für ein Nachkriegsdeutschland unter seiner Führung herunter, wobei er sagte, sie würden nur zu einer neuen antiwestlichen und aggressiven deutschen Diktatur führen⁷².

Diese Stürme gegen Straßer und Churchills Strategie des Vertrauens auf den deutschen Nationalismus wehten bis nach Kanada hinein. Der „Ottawa Citizen“ erwähnte Straßers strikten Antibolschewismus und schloß, daß er nicht länger ein wertvoller Verbündeter sei, vielmehr „nichts als Ärger und Verwirrung in das alliierte Lager tragen könne“⁷³. „Sind wir zu tolerant?“ stellte das „Ottawa Journal“ eine nun im ganzen Land wiederholte Frage⁷⁴. Straßer geriet auch im Parlament unter Beschuß. Im Mai 1942 stellte J. K. Coldwell, Vorsitzender der linksgerichteten C. C. F.-Partei, im Hause unverblümt fest, daß „Otto Straßer immer noch ein Nazi ist und so sehr Nazi wie eh und je“⁷⁵. Der liberale Abgeordnete Paul Martin wünschte von seinem Premierminister und Parteivorsitzenden Mackenzie King Aufklärung darüber, wie Straßer nach Kanada gekommen sei und ob die Regierung ihn in seinen Plänen für eine Deutsche Legion unterstützen werde. King antwortete bezeichnend vage, Straßer sei aus „Gründen politischen Interesses“ nach Kanada gekommen und erhalte weder Waffen noch militärische Unterstützung von der kanadischen Regierung. Natürlich konnte King nicht mehr darüber sagen, da er an britische Weisungen gebunden war, und erklärte daher nur, daß die kanadische Regierung keine Schritte gegen Straßer beabsichtige⁷⁶. Straßer versuchte sich gegen diese Angriffe zu verteidigen und beiläufig der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß er keine amtliche Genehmigung für seine Legionspläne habe. Damit war alles Gerede über eine Freie Deutsche Legion begraben.⁷⁷ Die Absicht, Straßer eine Tour durchs westliche Kanada und durch Amerika machen zu lassen, damit er zu deutschstämmigen Gruppen sprechen könnte, wurde aufgegeben.

Da Straßers Post genauestens überprüft wurde, erkannten die britischen und kanadischen Behörden allmählich, daß seine vielbeschworenen Organisationen kaum mehr waren als geschickte Erfindungen für die Presse. Weder seine Schwarze Front im Untergrund, mit ihrer Infiltrierung selbst der NS-Hierarchie, noch seine FDB, welche die emigrierten Gegner des NS-Regimes weltweit unter einen Hut bringen sollte, waren mehr als Straßersche Worte. Mit der Zeit erhielten die Behörden eine klare Vorstellung davon, wie sie von Straßers eigener Fünfte-Kolonnie-Methode zum Narren gehalten worden waren. Als die Armseligkeit seiner Unternehmungen gegen das Dritte Reich zu Tage trat, wurde es immer augenfälliger, daß die alliierten politi-

⁷² Ebenda, S. 71, 119f.; vgl. auch Vansittart, *Black Record*, Toronto 1941.

⁷³ „Dr. Straßer Under Scrutiny“, in: *Ottawa Citizen*, 14. 2. 1942.

⁷⁴ *Ottawa Journal*, 6. 5. 1942; *Vancouver Province*, 16. 3. 1942; *Victoria Times*, 16. 5. 1942.

⁷⁵ „Honest German Is Anti-Nazi“, in: *Toronto Globe and Mail*, 6. 5. 1942.

⁷⁶ „Data Sought About Straßer in Parliament“, in: *Montreal Gazette*, 2. 2. 1942; „Straßer Not Raising Armed Forces in Canada“, in: *Ottawa Citizen*, 3. 2. 1942; *Hansard Canada*, „Otto Strasser“, 2. 2. 1942, S. 225.

⁷⁷ „Denies He's Arming ‚Free German‘ Unit“, in: *Toronto Daily Star*, 27. 1. 1942; „Straßer Not Raising Armed Force in Canada“, in: *Ottawa Citizen*, 3. 2. 1942.

schen Krieger selber von den schlaun Propagandatricks eines einzigen Mannes betrogen worden waren.

Straßers Frei-Deutschland-Bewegung blieb ein Briefkopf auf seinen Briefen oder Presseveröffentlichungen. Kein führender deutscher Emigrant und keine ethnische deutsche Gruppe schloß sich ihr jemals an. Straßer näherte sich anderen deutschen Politikern im Exil mit Angeboten zur Zusammenarbeit im Rahmen seiner neuen Bewegung, wobei er andeutete, daß sie für Deutschland so nützlich sein könnte wie de Gaulles Bewegung *France libre* für Frankreich⁷⁸. Aber seine NS-Vergangenheit, frühere Angriffe auf die Demokratie und der radikale Nationalismus schreckten potentielle Partner ab. Heinrich Brüning in Harvard ließ ihn abblitzen⁷⁹. Der ehemalige Senatspräsident von Danzig, Hermann Rauschning, drohte aus England, gegen Straßer gerichtlich vorzugehen, wenn sein eigener Name mit dem Straßers auch nur in Zusammenhang gebracht würde⁸⁰. Wilhelm Sollmann, einstiger Führer des christlichen Flügels der Sozialdemokraten, lud Straßer zu einem Vortrag im Quaker Pendle Hill Study Center ein, dem er vorstand, wollte aber nicht mit ihm politisch zusammenarbeiten⁸¹. Gottfried Treviranus, der frühere Weimarer Minister, der jetzt in der Nähe von Toronto lebte, riet ihm, jede aktive Tätigkeit aufzugeben. Es versteht sich von selbst, daß Straßer diesen Rat ignorierte und weiter auf „die alten politischen Figuren von Weimar“ schimpfte, die für Hitlers Erfolge verantwortlich gewesen seien und jetzt nicht helfen wollten, ihn loszuwerden. Wie Treviranus seine Freunde im kanadischen External Affairs Department informierte, konnten demokratische Weimarer Politiker wie er selbst Straßer seine bössartigen Attacken auf das „System von Weimar“ nicht verzeihen. Straßer war in ihren Augen nicht der rechte Mann für die Pläne, die die Briten mit ihm hatten⁸².

Gruppen deutscher Abstammung mieden ihn ebenfalls. Als man entdeckte, daß der Redakteur einer deutschen Zeitung in Rochester (New York) an Straßer geschrieben hatte, wurde er entlassen⁸³. Der Herausgeber der größten deutschsprachigen Zeitung Kanadas ließ Straßer wissen, daß er im westlichen Kanada keine Unterstützung erwarten könne⁸⁴. George Shuster, Präsident des Hunter College in New York und zusammen mit dem Kongreßmitglied Robert Wagner Gründer der Vereinigung „Loyale Amerikaner deutscher Abstammung in den Vereinigten Staaten“, wollte mit Straßer „aus vielfältigen Gründen“ nichts zu tun haben⁸⁵. Nur eine Zeitung in Südamerika

⁷⁸ O. Straßer, Exil, S. 5 f.; Straßer an L. St. Laurent, Minister of Justice, Bridgetown, Nova Scotia, 2. 11. 1943; Programm der Frei-Deutschland-Bewegung in den Akten, DEA.

⁷⁹ H. Brüning an O. Straßer, zitiert im Bericht des Zensors Ende 1941, PAC.

⁸⁰ K. Singer an O. Straßer, New York, 7. 8. 1941, ebenda.

⁸¹ W. Sollmann an O. Straßer, Wallingford, Pa., Juli 1941, ebenda.

⁸² Briefe Treviranus' an O. Straßer, PAC; Memo von Treviranus an Cnd. External Affairs, Ottawa 16. 9. 1941, DEA.

⁸³ Liberty, 2. 8. 1941, und Major Atkinsons beigelegte Bemerkungen; E. Vossmeier an Straßer, Rochester, New York, 26. 7. 1941, ebenda.

⁸⁴ Dojeck an O. Straßer, Winnipeg, 5. 7. 1941, ebenda.

⁸⁵ G. Shuster an Otto und Paul Straßer, New York, 15. 7. 1941, ebenda.

nahm Artikel von ihm an, bis 1941 die brasilianischen Behörden die Presse fremdsprachiger Volksgruppen einstellte⁸⁶.

Auch andere freie Gruppen schnitten ihn. Als er an die Freien Norweger mit einem Plan über die Nutzung ihrer Ausbildungseinrichtungen für seine Freie Deutsche Legion herantrat, wollten sie damit nicht das geringste zu tun haben⁸⁷. Freie Österreicher wichen ihm aus, weil sie – zu Recht – vermuteten, daß er großdeutsche Neigungen hegte und nach dem Krieg Österreich bei Deutschland halten wollte⁸⁸. Obwohl er noch einen tschechischen Paß besaß, lehnten tschechische Exilpolitiker wie Außenminister Herbert Ripka in London seine Bitte um Hilfe „aus allgemeinen politischen Gründen“ ab und forderten ihn 1942 auf, seinen tschechischen Paß zurückzugeben⁸⁹. In all diesen Fällen waren es Straßers NS-Vergangenheit, seine Zusammenarbeit mit Hitler und seine autoritär-ständestaatlichen Ideen, die seine Isolierung verursachten. Seine Untergrundbewegung Schwarze Front bestand ebenfalls, wie sich herausstellte, aus nichts als einigen Freunden und viel einfallreichem Journalismus. Einige ehemalige Angehörige der Schwarzen Front waren aus Deutschland in die Vereinigten Staaten oder Südamerika emigriert, und er knüpfte mit ihnen Kontakte als ihr „Führer“ an. Sein Bruder Paul sandte seine Artikel, mit geringem Erfolg, an westliche katholische Zeitungen. Straßer lag in ständiger Fehde mit seinem jüdischen, ehemals der Schwarzen Front angehörenden, Literaturagenten in New York, der mit zwei Cousinen seine Schriften über die Frei-Deutschland-Bewegung und die Schwarze Front für ihn versandte. Er hatte zwei oder drei Freunde in Südamerika, die er „Unterführer“ der Front nannte. Der eine wurde schließlich in Argentinien mit einer erfundenen Anklage als Rauschgifthändler eingesperrt, während es dem anderen gelang, ein paar Helfer anzuwerben, deren Namen Straßer nicht einmal kannte. Seinen mittelamerikanischen „Stellvertreter“ ernannte einer seiner „Unterführer“, ohne daß er ihn zu Gesicht bekommen hätte. Die Alliierten interessierten sich für die Informationen, die Straßer durch seinen Briefwechsel mit Angehörigen der Schwarzen Front oder mit seiner Frau in der Schweiz erhielt, Informationen, die unweigerlich ihren Weg in seine Artikel oder sonstigen Schreiben fanden, und zwar als „geheimes“ Material, das angeblich durch seine Kontakte im NS-Deutschland zusammengesucht war⁹⁰.

Natürlich ließen ihn die Briten fallen, als seine Organisationen unter dem Scheinwerferlicht genauer Prüfung dahinschmolzen. Mitte 1942 zeichnete ihn ein kanadischer Bericht treffend, aber mit einem gewissem Mitgefühl, als einsamen, isolierten Mann, der verzweifelt versuche, seinen Kopf finanziell über Wasser zu halten, indem er einer unkritischen Presse Schwindelartikel andrehe. Straßer schaffe es lediglich,

⁸⁶ Korrespondenz Straßer – Schönemann, ebenda.

⁸⁷ Treviranus-Bericht, Anm. 81. Treviranus war der Mittelsmann.

⁸⁸ O. Straßer an Zernatto, Montreal, 26. 5. 1941; Hans Rott an H. Heutter, Toronto, 10. 7. 1941; O. Straßer an H. Heutter, Montreal, 15. 7. 1941, PAC.

⁸⁹ H. Ripka an O. Straßer, London, 26. 7. 1941, PAC; O. Straßer an Sollmann, Montreal, 29. 6. 1941, ebenda; F. Pavlasek an O. Straßer, Montreal, 24. 2. 1942, DEA.

⁹⁰ Fricke an O. Straßer, 6. 7. 1941 und ff.; ebenso zwei lange Zensurberichte von Ende 1941 und Ende 1942, PAC.

„sich mit Zeilenschinderei für die heimische und amerikanische Presse kümmerlich durchzuschlagen. Der Gang des Krieges hat ihm den Großteil seines Einkommens gekostet und jetzt ist er fast völlig abgebrannt“⁹¹. Einst Hätschelkind der Briten, „gehen die jetzigen Leute Frei-Deutschland-Bewegungen aus dem Weg“⁹². Sicher, schrieb Norman Robertson von External Affairs, sei Straßer wohl kein Demokrat, aber wie stehe es mit anderen Verbündeten wie dem griechischen General Metaxas und Stalin? Auf Seiten der Alliierten teilten viele seine negativen Ansichten über die sowjetischen Verbündeten⁹³. Und doch wurde, dem alliierten (russischen) Druck nachgebend, „teils aufgrund falscher Anschuldigungen, so leichtfertig und skrupellos wie irgendeine von Goebbels“, wie es ein anderer Beamter von External Affairs ausdrückte, zögernd die Entscheidung getroffen, Straßer Veröffentlichungen und öffentliches Sprechen zu untersagen⁹⁴. Im November 1942 wurde ein Inspektor der Polizei zu Straßer geschickt, um ihn informell über das Verbot weiterer öffentlicher Tätigkeit zu unterrichten⁹⁵.

Weder Straßer noch die Kanadier waren über diese Situation glücklich. Straßer protestierte in Ottawa, daß dies, abgesehen von der grundsätzlichen Ungerechtigkeit des Verbots, für ihn das Ende seiner einzigen Einkommensquelle bedeute, die er brauche, um sich selbst und seine Familie in der Schweiz zu unterhalten. Was immer er bis dahin an demokratischen Anschauungen an den Tag gelegt hatte, ließ er als Folge der schäbigen Behandlung durch seine früheren Beschützer wieder fallen. Er fing wieder an, mehr autoritäre Töne anzuschlagen, die auf seine Nachkriegstheorien von Solidarismus und „der Notwendigkeit einer neuen europäischen Ordnung“ wiesen. Beharrlich umging er das Verbot und schmuggelte Briefe und sogar ein Buchmanuskript heraus. Es erschien Anfang 1943 in New York als eine weitere seiner autobiographischen Geschichten über seine Abenteuer und Kämpfe gegen Hitler. Die amerikanische Presse nahm es günstig auf, und es brachte die Kanadier in einige Verlegenheit⁹⁶.

Daraufhin wurde ihm von der Regierung mit gesetzlichen Mitteln Schweigen auferlegt, und zwar aufgrund der im Krieg gültigen Defense of Canada Regulations⁹⁷. Nun ohne Einkünfte, war Straßer gezwungen, sich auf die Farm eines Freundes in

⁹¹ N.A. Robertson an C.A. Ritchie, Ottawa, 26. 4. 1942; ebenso Auszug aus Security and Intelligence Report (RCMP) Nr. 9, 18. 9. 1942: „... es gab einige Zeit lang keine direkten Hinweise, etwas anderes anzunehmen, als daß er extremer Nazigegner sei.“ DEA.

⁹² N.A. Robertson, Memo an Mackenzie King, Ottawa, 1. 10. 1941, ebenda.

⁹³ N.A. Robertson an H. H. Wrong, Ottawa, 2. 2. 1942; Memo an Undersecretary of State, Ottawa, 7. 1. 1943, ebenda.

⁹⁴ M. McKenzie an Stone und de Glazebrook, Ottawa, 20. 2. 1943, ebenda.

⁹⁵ G. de Glazebrook an H. Allard, Ottawa, 25. 11. 1942; Brief an O. Straßer, Ottawa, 23. 3. 1943, ebenda.

⁹⁶ Zensurbericht über O. Straßer von November 1942 bis März 1944, Anhang 1, 17. 3. 1944, S. 1; PAC; O. Straßer, *Flight From Terror*, verfaßt mit Michael Stern, New York 1943, rezensiert von W. R. Deuel, New York Tribune, 14. 2. 1943.

⁹⁷ N. A. Robertson an F. P. Varcoe, Ottawa, 30. 6. 1943, und Antwort, Ottawa, 28. 9. 1943; die endgültige gesetzliche Verfügung des Verbots in den Akten, DEA.

Nova Scotia zurückzuziehen, die ironischerweise Paradies hieß. Dort fristete er sein Leben von einer kärglichen Unterstützung seines Bruders Paul, des Benediktinermönchs, der Otto nach und nach davon überzeugte, christliche Elemente in seine Theorien einzubauen. Er fing an, Pläne für seine Rückkehr nach Deutschland und für eine Rolle als politischer Führer zu machen. In seinem Versteck in Nova Scotia entwickelte er sein Programm für einen neuen deutschen Korporatismus, während ein paar alte Freunde in Deutschland nach 1945 eine neue Schwarze Front aufzubauen begannen. Aufgrund eines Verbots der Alliierten, ins Nachkriegsdeutschland zurückzukehren, weil man in seiner Bewegung eine gefährliche nationalistisch-neutralistische Kraft sah, wurde Straßer bis 1955 in Kanada festgehalten. Als ihm dann endlich erlaubt wurde, nach Deutschland zurückzukehren, stürzte er sich in den nächsten Wahlkampf und erlitt totalen Schiffbruch⁹⁸.

Die Kanadier waren verärgert darüber, daß sie im Fall Straßer die Dreckarbeit machen mußten. Schließlich hatten sie sich nie um Straßer bemüht und ihm 1940 ein Visum nur als Entgegenkommen für die Briten gegeben, und zwar unter der Voraussetzung, daß er nicht nach Kanada kommen werde. Nachdem sie ihn aufgenommen hatten, als er dann doch gekommen war, sahen sich die Kanadier nun gezwungen, öffentlich die Rolle seines Kerkermeisters zu spielen. Straßers Verbindung mit den Briten aus den Tagen von Churchills fehlgeschlagener Strategie der nationalen Aufstände war natürlich in der Öffentlichkeit nicht bekannt, dafür aber Kanadas Druck auf den kleinen Bayern, und das erschien als überaus kleinliche und undankbare Behandlung eines ehemaligen Verbündeten. Einflußreiche Kanadier wie Senator Henry Hicks versuchten nach dem Krieg jahrelang, Straßers zwangsweises Festhalten in Kanada aufheben zu lassen. Der Gefangene im Paradies wurde ein dunkler Punkt für Kanada. Douglas Reed, Times-Korrespondent und alter Straßeranhänger, schrieb ein scharfes Buch über die Ungerechtigkeiten, die Straßer von der kanadischen Regierung angetan wurden, zugleich bildete sich eine kanadische Gruppe „Freunde Otto Straßers“, um seine Rückkehr nach Deutschland durchzusetzen⁹⁹.

Die Kanadier wären nur zu glücklich gewesen, aus dieser Klemme schlüpfen zu

⁹⁸ O. Straßer, *Le Front Noir contre Hitler* (zus. m. V. Alexandrov), Paris 1968, S. 302–305, s. a. Anm. 25, und K. P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, Bd. 1, S. 109 ff. Seine Partei hieß Deutsche Soziale Union und forderte ein neutrales wiedervereinigtes Deutschland in einer europäischen Föderation. Tauber übertreibt wahrscheinlich Straßers Bedeutung im Nachkriegsdeutschland, wenn er ihn einen „gegen Hitler gerichteten Nationalisten und den bei weitem fähigsten Gegner des liberal-demokratischen Parlamentarismus“ nennt (Bildunterschrift gegenüber S. 392). Wolfgang Abendroth bezieht eine positive Stellung gegenüber Straßers Hitlerfeindschaft: Das Problem der Widerständigkeit der „Schwarzen Front“, in: VfZ 8 (1960), S. 181–187. Deutsche Gerichte weigerten sich anzuerkennen, daß die Schwarze Front eine demokratische, gegen Hitler gerichtete, nichttotalitäre Oppositionsbewegung gegen den Nazismus gewesen sei.

⁹⁹ D. Reed, *The Prisoner of Ottawa. Otto Straßer*, London 1953. Der Autor bedankt sich auch für den Briefwechsel über Straßers Nachkriegsunterstützung in Kanada mit Senator Henry Hicks, damals Präsident der Dalhousie University, Halifax, und Mrs. Barbara Forbes, ehrenamtliche Sekretärin der „Freunde Otto Straßers“. Siehe Rundschreiben dieser Gruppe „A Test Case for the West“, o. J., PAC, MG. 31, E4.

können, wenn sich jemand gefunden hätte, der ihnen Straßer abnahm. Seit 1943 schickte Straßer regelmäßig Gesuche um Ausreiseerlaubnis nach Ottawa, und die Kanadier hätten nur zu gerne seinen Wunsch erfüllt. Wie Norman Robertson schon im November 1943 an den kanadischen Gesandten in Washington, Lester Pearson, schrieb, als er ihn aufforderte, die Briten und Amerikaner in dieser Angelegenheit zu drängen, „wären wir froh, das Problem Straßer in Kanada loszuwerden“¹⁰⁰. Trotz wiederholter kanadischer Bitten weigerten sich aber die Briten, Straßer aus Kanada zu entfernen, da sie selber glaubten, daß sich kein Ort zu seiner Aufnahme berechnen würde. Welche Rolle Straßer in der deutschen Politik nach dem Krieg auch hätte spielen können – und er blieb überzeugt, daß diese beträchtlich gewesen wäre, hätte er früher zurückkehren dürfen –, sie war offensichtlich durch seinen Arrest in Kanada beeinträchtigt.

IV.

Die Straßer-Episode ist nur vor dem Hintergrund von Churchills verzweifelter politischer Kriegsführung verständlich, die er nach den militärischen Katastrophen von 1940 praktizieren wollte. Nun brachte die Idee, Hitler durch nationale Revolten in den Ländern des Kontinents, mit Hilfe und Unterstützung der Briten, auf die Knie zu zwingen, keine militärischen Resultate, doch spielte sie eine große Rolle für die Aufrechterhaltung der Moral des isolierten britischen Commonwealth. Sie gab den Briten das Gefühl, in ihrem Kampf nicht völlig verlassen zu sein, sondern überall auf dem Kontinent Verbündete zu haben. 1942 fiel diese Strategie der ökonomischen Blockade und der Bombardierungen, der Sabotage und der Täuschung, der Propaganda und der Appelle an das Nationalgefühl nach und nach weg, als durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten und Rußlands wieder militärische Lösungen möglich wurden. Der Prozeß gipfelte im Januar 1943 in der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands, gefolgt von den Landungen in Italien und Frankreich (D-Day), die die westlichen Alliierten auf den Kontinent zurückbrachten. Erst in diesen späteren Kriegsjahren, als sie mit konkreter militärischer Macht verbunden waren, hatten die ursprünglichen Pläne zur Anstachelung des nationalen Widerstands in den besetzten Ländern (außer Deutschland) Erfolg¹⁰¹.

Das eigentlich Tragische an Straßers Geschichte in der frühesten Phase der britischen politischen Kriegsführung hat weniger mit Straßer selbst zu tun als mit der britischen Analyse des deutschen Nationalismus. Zweifellos hatten die traditionellen deutschen Nationalisten in britischen Augen einige nicht gerade attraktive Züge, und der Krieg und die Kriegspropaganda ließen Vorurteile aus dem Ersten Weltkrieg wieder aufleben. Wegen der früheren Zusammenarbeit der Konservativen mit Hitler, we-

¹⁰⁰ N. A. Robertson an L. B. Pearson, Ottawa, 12. 11. 1943, DEA.

¹⁰¹ A. C. Brown, Bodyguard of Lies; ebenso M. R. D. Foot, L'Aide à la résistance en Europe, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, 90 (April 1973), S. 43 f.

gen Hitlers eigener wirkungsvoller Propaganda über die Einheit der Nation und wegen der Angst vor deutschen Fünften Kolonnen (eine andere Erfindung Hitlers) konnten oder wollten die britischen Experten für Außenpolitik nicht erkennen, wer ihre wahren Verbündeten in Deutschland im Krieg gegen Hitler hätten sein können. Eine oberflächliche Gleichsetzung von „Preußentum“ mit Hitlers Regime hinderte Beobachter daran, an das Bestehen einer pro-westlichen oder handlungsfähigen nationalen deutschen Opposition gegen Hitler zu glauben. Dies könnte erklären, warum die deutschen Verschwörer von den Briten nicht als Verbündete akzeptiert wurden, warum es den westlichen Alliierten nicht gelang, eine Front von deutschen antinationalsozialistischen Emigranten zu bilden, und warum die Vorstellung von einem „guten“ oder „anderen“ Deutschland nie Fuß fassen konnte. Dies erklärt auch, warum die Briten es statt dessen vorzogen, mit so einem alten Fuchs der Öffentlichkeitsarbeit wie Otto Straßer zusammenzuarbeiten, denn er nährte das Vorurteil über die enge Verbindung von „Preußentum“ und Nationalsozialismus und forderte die Vernichtung beider nach dem Krieg. Er schien zunächst einen anderen, reinen und revolutionären deutschen Nationalismus zu bieten, der mehr mit dem Volk verbunden war als der traditionelle Typus, der mit dem Bismarckreich und dem Militarismus verknüpft blieb. Jedoch machten ihn seine NS-Vergangenheit und seine extremen politischen Theorien Emigranten und Deutschstämmigen gleichermaßen unerwünscht, während die Briten mit der Zeit entdeckten, daß sie mit dem Glauben an die Existenz einer mächtigen antinationalsozialistischen Untergrundbewegung namens Schwarze Front von Straßers eigener Art der politischen Kriegführung an der Nase herumgeführt worden waren. Am Ende wurde er stillschweigend in die Vergessenheit der kanadischen Küste abgeschoben.

Mitte 1942 galten Straßer und seine Freunde, wie es in einer geheimen Notiz des britischen Foreign Office hieß, bereits als „zweifellos gefährlichste Emigrantengruppe“ in Nordamerika. Es sei geboten, jede Verbindung zu ihm abzubrechen.

„Zu einer gewissen Zeit gab es Grund zu der ernststen Besorgnis, daß die Straßerbewegung eine Anzahl prominenter Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten täuschte, und diese Gefahr ist noch nicht völlig geschwunden. Seine Veröffentlichungen sind weitverbreitet und er hat mit Erfolg den Eindruck erweckt, daß er den Segen der britischen Regierung habe.“¹⁰²

Mit dem Zusammenbruch von Churchills Strategie der nationalen Revolten, in der Straßer als deutscher Auslöser vorgesehen war, gewannen die tiefeingewurzelten antideutschen und „antipreußischen“ Gefühle im Foreign Office wieder freie Bahn.

Ein vertrauliches Memorandum des Foreign Office vom Juli 1942, in dem John Wheeler-Bennett, der ja in New York saß, das Problem der deutschen Flüchtlinge in den Vereinigten Staaten erörterte, betonte wieder die Gefahr, die den Briten seitens des deutschen Nationalismus drohe und wenn sie auf die traditionellen deutschen Kräfte vertrauten. „Kratze an einem Nazigegner und du findest einen guten deutschen Patrioten darunter“, schrieb er über die führenden antinationalsozialistischen

¹⁰² Drucksache Foreign Office „Germany Confidential“, London, 6.7. 1942, DEA 102 (s).

deutschen Emigranten in den Vereinigten Staaten. Zu den in dieser Hinsicht „hervorragenden Übeltätern“ gehörten Hermann Rauschning, Karl Spiecker und Heinrich Brüning, Liberale vielleicht, aber auch gefährliche deutsche Patrioten. Dies seien dieselben Männer, die in Deutschland nach 1918 antibritische Gefühle angefacht und durch ihre Agitation nach 1933 in den Vereinigten Staaten den Isolationismus gestärkt hätten. Weil diese Männer gegen die Appeasement-Politik opponiert hatten, sei von ihnen eine antibritische Rolle gespielt worden.

„Anstatt das Bewußtsein des Intellektuellen und Studenten für die Erkenntnis der Nazigefahr zu schärfen und für die Notwendigkeit, damit fertigzuwerden, entwarfen sie ein so schreckliches Bild von der chaotischen Situation in Europa und von der Verzagtheit und Handlungsunfähigkeit der demokratischen Kräfte, daß sie damit im Effekt die feindseligsten Thesen der Isolationisten bestärkten ... Im ganzen gesehen haben die deutschen Flüchtlinge der britischen Sache in den Jahren 1933–39 nur wenig genützt.“

Nun erwiesen sich diese Männer erneut als „eine Gefahr für die britische Sache“, da sie auf eine mögliche Verständigung zwischen den Alliierten und den Hitlergegnern in Deutschland bauten. Sie „haben im Gespräch frei und offen ihre Hoffnung auf ein Übereinkommen mit der Armee eingestanden“. Mit einer grundsätzlich antisowjetischen und deutsch-patriotischen Überzeugung bestärkten diese Männer die amerikanischen antibritischen Isolationisten, die den Krieg beenden wollten, ferner „solche antinazistischen Sentimentalisten wie Dorothy Thompson, die alle die ihnen gereichte Nahrung begierig verschlingen“. Im Augenblick seien daher diese deutschen Flüchtlinge „der britischen Sache nur von geringem Nutzen“. Als letzte Beleidigung haben sie „uns wegen der Amerikaner verlassen ... und ihre amerikanischen Freunde mit ihrer wehrmachtfreundlichen Doktrin angesteckt“. Es sei ein Segen, daß diese Flüchtlinge nicht fähig waren, sich zusammenzuschließen, da sie andernfalls „einen gegen die britischen nationalen Interessen gerichteten Einfluß in Regierungskreisen hätten ausüben können“. Kurz gesagt, diese Männer mochten einmal Liberale gewesen sein, aber ihr großes Vergehen bestand darin, daß sie deutsche Patrioten geblieben waren, die hofften, der Krieg könne durch Zusammenarbeit mit konservativen deutschen Kräften beendet werden. Sie hätten „wenig dazugelernt und sicherlich nichts vergessen“¹⁰³.

Ein Jahr später zirkulierte ein ähnlich negativer Bericht über Exkanzler Heinrich Brüning im Foreign Office. Dieser Bericht basierte auf einem siebenstündigen Gespräch, das Wheeler-Bennett in Harvard mit Brüning geführt hatte, den er seit 1929 von Berlin her kannte. In den Jahren 1929 bis 1933, als Wheeler-Bennett in Deutschland lebte, hatten sie eine „aufrichtige und vertraute Freundschaft“ geschlossen, wie er in seinen Memoiren behauptete, die so voller Bewunderung für Brüning sind¹⁰⁴. In Wheeler-Bennetts Bericht aus der Kriegszeit über Brünings Unzuverlässigkeit für die Alliierten ist nur wenig von dieser Freundschaft zu sehen. Wheeler-Bennett in seinem

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ J. Wheeler-Bennett, *Knaves, Fools and Heroes*, London 1979, S. 36 ff.

Memorandum und Botschafter Lord Halifax in seinem Begleitschreiben an Eden warnten das heimische Ministerium vor den neuesten, schändlichen Plänen deutscher Emigranten wie Brüning, nämlich auf eine gemäßigte Friedensregelung mit einem Deutschland nach Hitler hinzuarbeiten. Brüning sei gegen die bedingungslose Kapitulation, weil sie „jede Chance eines Aufstands in Deutschland oder eines Putsches der Wehrmacht unwahrscheinlich gemacht hat“. In dem Memorandum wurde Brüning des anmaßenden Ehrgeizes beschuldigt, „die Rolle eines Talleyrand am Verhandlungstisch spielen zu wollen“, und zwar im Namen irgendeines „anderen Deutschland“¹⁰⁵. Wheeler-Bennett gab herablassend zu: „Ich glaube, er würde den Sturz des Nationalsozialismus begrüßen“, nannte ihn aber einen „Defätisten“, weil er die Wohltat, die für Europa in der Ausweitung des russischen Einflusses liege, die Weisheit der alliierten Bombardierung der Zivilbevölkerung, den Erfolg der alliierten Landungen von 1943 und die destruktive Friedenspolitik für Deutschland in Frage stellte. Es war klar, daß Brüning kein annehmbarer Verbündeter gegen Hitler war¹⁰⁶.

Man muß hinzufügen, daß das amerikanische State Department, parallel zum britischen Foreign Office, eine ähnliche Politik gegenüber deutschen NS-Gegnern in den Vereinigten Staaten einschlug. 1941 und noch einmal Anfang 1943 versuchte OSS (Office of Strategic Services), das amerikanische Pendant zu SOE, pro-alliierte Komitees aus deutschen NS-Gegnern in den Vereinigten Staaten ins Leben zu rufen. Beide Male wurde der Vorschlag vom State Department als gefährlich verworfen, weil diese Gruppen sowohl das „gefährliche kommunistische“ wie das „hoffnungslos reaktionäre“ Element einschließen würden¹⁰⁷. Aber 1944 war OSS selbst bei der Ansicht des State Department (und des Foreign Office) über deutsche Emigranten angelangt¹⁰⁸. Im Mai 1944 überwandten alle deutschen Emigrantengruppen in den Vereinigten Staaten, von der Mitte bis zur Linken, ihre ideologischen Differenzen und fanden sich in einem großen Rat für ein demokratisches Deutschland. Aber die amerikanischen Beobachter von OSS urteilten jetzt über diese Gruppe so negativ wie Wheeler-Bennett über Brüning. Auch sie glaubten, daß diese Emigranten auf einen unangebracht „milden“ Frieden für Deutschland im Namen irgendeines sagenhaften „guten“ oder „anderen“ Deutschland hinarbeiteten. Als Gegensatz dazu wies der OSS-Bericht beifällig auf die russische Politik hin, die den Deutschen, die die Front wechselten, so dem Nationalkomitee Freies Deutschland, lediglich einen Locus poenitentiae (Ort der Buße) biete¹⁰⁹. Der Versuch eines Mitglieds des kanadischen De-

¹⁰⁵ Dies ist offensichtlich unfair angesichts Brünings Rat an andere Emigranten, sich aus Emigranten- und Friedensaktivitäten herauszuhalten. H. Brüning an W. Sollmann, 19. 3. 1945: Th. A. Knapp, *Heinrich Brüning im Exil. Briefe an Wilhelm Sollmann 1940-46*, in: VfZ 22 (1974), S. 115 f.

¹⁰⁶ Viscount Halifax an Eden, Washington, 28. 4. 1943, einschließlich Memorandum von J. Wheeler-Bennett, DEA 5568-400.

¹⁰⁷ R. Smith, OSS, S. 25, 217.

¹⁰⁸ Memorandum von W. J. Donovan für den Präsidenten, Nr. 167, 20. 1. 1942, President Roosevelt Library, Presidential Papers, OSS Report: (Straßer) „ist weder ein politischer Führer noch hat er das Zeug dazu ... darüber hinaus ist er zweifellos keineswegs so sehr gegen den Nazismus wie gegen Hitler ... im Innersten bejaht er die Prinzipien des Nationalsozialismus.“

¹⁰⁹ Geheimer Bericht Nr. 187, 12. 5. 1944, Foreign Nationalities Branch OSS. Der neue Rat für ein de-

partment of External Affairs, Kollegen, die mit psychologischer Kriegführung befaßt waren, 1944 für Initiativen zu interessieren, die auf diesen PWE- und OSS-Studien basieren sollten, trug den Titel „Preußentum als Ziel der politischen Kriegführung“¹¹⁰. Die westlichen Alliierten blieben unfähig, die reale Opposition nationaler Deutscher gegen Hitler einzusetzen. Da sie Hitlers und ihre eigene Kriegspropaganda über die vollständige Übereinstimmung der Deutschen mit Hitler und Hitlers mit dem deutschen Nationalismus oder Preußentum glaubten, konnten sie nicht zwischen Nationalsozialisten auf der einen und deutschen NS-Gegnern innerhalb und außerhalb Deutschlands auf der anderen Seite unterscheiden. Das könnte die große Überraschung der ersten Gruppe amerikanischer Psychologen und psychologischen Krieger bei ihrer Ankunft im besetzten Westdeutschland Anfang 1945 erklären. Sie führten eine Befragung der einheimischen Bevölkerung durch und erwarteten, jene fanatische Einheit von Nazis und Deutschen zu finden, auf die sie ihre Strategien bislang aufgebaut hatten. Obgleich sie gebührend berücksichtigten, daß angesichts der Niederlage eine depressive Stimmung herrschte und auch den Siegern nach dem Munde geredet wurde, mußten die Mitglieder der Gruppe zugeben, daß ihre Ermittlungen ihre bisherigen Annahmen widerlegten. Die Deutschen selber schienen noch durchaus in der Lage zu sein, zwischen Nationalsozialisten und Deutschen zu unterscheiden. Der Nationalsozialismus, schlossen sie, habe keine tiefen Wurzeln geschlagen, weil die Nationalsozialisten eher nazistische als deutsche Ideale verfochten hatten. Vielleicht war die „Zwei-Deutschland“-Theorie am Ende doch richtig gewesen¹¹¹. Aber die westlichen Führer hatten Ende 1942/Anfang 1943 beschlossen, keiner wie immer gearteten deutschen Regierung irgendwelche Zugeständnisse für eine Kapitulation zu machen, die deutsche Niederlage sollte total sein. Dadurch wurde den britischen Propagandisten jede Möglichkeit genommen, mit politischen Mitteln auf die Kapitulation oder den Sturz Hitlers hinzuwirken. Daher müsse, so ein hervorragender britischer politischer Krieger und Historiker der britischen Kriegspropaganda, „die britische Propaganda gegenüber Deutschland als ein Fehlschlag betrachtet“¹¹² werden.

mokratisches Deutschland wurde von allen deutschen Emigrantengruppen von der Mitte bis zur Linken am 3. 5. 1944 gegründet, DEA 5353-E. F. Bärwald, Zur politischen Tätigkeit deutscher Emigranten im Council for a Democratic Germany, in: VfZ 27 (1980), S. 372–383.

¹¹⁰ E. H. Norman an T. A. Stone, Ottawa, 8. 2. 1944, und zugehörige Diskussionsunterlagen, DEA 5568-40C.

¹¹¹ British Security Coordination, New York, 10. 1. 1945, an G. Glazebrook, Department of External Affairs, Ottawa, und beigefügter Bericht der amerikanischen Intellectual Task Force in Westdeutschland, DEA 5353-E.

¹¹² Balfour, Propaganda, S. 438 f.

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

ADENAUERS EUROPAPOLITIK IN DER
GRÜNDUNGSPHASE DER EUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT

Verschiedentlich hat Bundeskanzler Adenauer in vertraulichen Teegesprächen¹, zu denen er einen Kreis namhafter Journalisten ins Palais Schaumburg einlud, beklagt, daß im August 1954 die Chance vertan wurde, Westeuropa militärisch und politisch zu einigen. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am Votum der französischen Nationalversammlung „war ein schwerer, ein furchtbarer, ein entscheidender Rückschlag“, stellte er im Februar 1957 fest, „und wer weiß, ob nicht die Welt jetzt anders aussähe, gefestigter gegenüber dem Osten. Aber auf der anderen Seite hat sich auch wieder gezeigt“, und damit spielte er auf die bevorstehende Unterzeichnung der Römischen Verträge zwischen den sechs Montanunionsstaaten an, „... daß Frankreich zu diesem Schritt nicht bereit gewesen wäre, wenn ihm nicht der Rückschlag bei der EVG die Augen darüber geöffnet hätte, daß schließlich nur in der Gemeinschaft eines Europas auch für Frankreich die Zukunft liegt.“²

Die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften gab dem Kanzler recht. Trotz vielfältiger Probleme bescherte die EWG ihren Mitgliedern in den vergangenen 25 Jahren einen bis dahin nicht gekannten wirtschaftlichen Aufschwung. Das gemeinsame Interesse, Sicherheit und Prosperität zu wahren, trug dazu bei, die politischen Beziehungen untereinander zu stabilisieren und Konflikte auf friedliche Weise zu lösen. Voraussetzung dafür war ein intaktes Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, das der Gemeinschaft den notwendigen Halt geben sollte.

Zwar ist in verschiedenen Adenauer-Studien schon herausgearbeitet worden, welche zentrale Bedeutung der Kanzler den deutsch-französischen Beziehungen für die Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses beimaß. Dabei fanden jedoch zwei wichtige Aspekte bisher recht wenig Beachtung: Die Schwierigkeiten Frankreichs, dem Gemeinsamen Markt beizutreten³, und die Rolle der Bundesrepublik beim Zustandekommen der EWG.

¹ Im Auftrag der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef, bereitet der Verfasser die Edition der Teegespräche Konrad Adenauers vor, die voraussichtlich ab Herbst 1984 in der Reihe „Adenauer – Rhöndorfer Ausgabe“, herausgegeben von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, erscheinen wird.

² Vgl. Kanzler-Tee, 22. 2. 1957 (unkorrigiertes Manuskript), S. 5, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (im folgenden zitiert: ACDP), NL Felix von Eckardt I-010-014/1.

³ Zu den Diskussionen über die französische Europapolitik in Regierungskreisen und Parteien vgl. Pierre Guillen, Frankreich und der europäische Wiederaufschwung. Vom Scheitern der EVG zur Ratifizierung der Verträge von Rom, in: VfZ 28 (1980), S. 1–19; Gabriele Latte, Die französische Europapolitik im Spiegel der Parlamentsdebatten, Berlin 1979; Gerhard Kiersch, Parlament und Parlamentarier in der Außenpolitik der IV. Republik, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Dissertation, 2 Bde, Berlin 1971; sowie die Philosophische Dissertation von Edelgard E. Mahant, French and German Attitudes to the Negotiations about the European Economic Community 1955–1957, London 1969.

Über die internationalen Rahmenbedingungen, unter denen die deutsche Europapolitik Anfang der fünfziger Jahre formuliert wurde, und die ideologische Grundausrichtung der Adenauerschen Westorientierung liegen einigermaßen gesicherte Erkenntnisse vor. Nach wie vor fehlt es aber an Detailstudien über einzelne Phasen und grundsätzliche Entscheidungen deutscher Integrationspolitik, wie dem Beitritt zum Europarat und zur OEEC oder die Gründung der Montanunion⁴.

Im folgenden wird die westdeutsche Europapolitik in einer Periode untersucht⁵, als nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft der militärische Integrationsprozeß mit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das Nordatlantische Bündnis abgeschlossen war, die Fortführung der politischen und wirtschaftlichen Einigung Westeuropas jedoch eines neuen Anstoßes bedurfte. Konkret geht es um die Frage, wie sich die Europapolitik der Bundesregierung unter den veränderten Bedingungen der Pariser Verträge von 1955 bis zur Gründung der Wirtschafts- und Euratom-Gemeinschaft 1958 gestaltete. Dabei ist insbesondere zu fragen, von welchen Überlegungen Bundeskanzler Adenauer bei seinen Entscheidungen in der Europapolitik ausging, welche Ziele er verfolgte und wie er die Initiativen zur Fortsetzung der Integration beurteilte. Immerhin – und das wird häufig übersehen – waren die Regierungsverhandlungen über die EWG- und Euratom-Verträge dasjenige internationale Terrain, auf dem die gerade souverän gewordene Bundesrepublik erstmals allein verantwortlich auftrat.

Folgt man der These Waldemar Bessons, der die prinzipielle Bindung der westdeutschen Republik als „neue Traditionslinie“ deutscher Außenpolitik seit den fünfziger Jahren bezeichnete⁶, und ruft man sich zugleich die allgemein von der Forschung bestätigte These Wolfram Hanrieders ins Gedächtnis, derzufolge „Ziele und Mittel der westdeutschen Außenpolitik durch übernationale Bedingungen festgelegt wurden, über die die Bonner Republik keine Kontrolle hatte“⁷, so legt dies den Schluß nahe, auch für den Eintritt der Bundesrepublik in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gelte diese Aussage. Die Wirklichkeit sah anders aus.

Spätestens seit Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 hatte sich der Handlungsspielraum der Bonner Außenpolitik erheblich verändert. Die Bundesrepu-

⁴ Bereiche künftiger Studien und möglicher Fragestellungen bei der Erforschung Adenauerscher Europapolitik umreißt der Aufsatz von Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und Europa*, in: *VfZ* 27 (1979), S. 471–523.

⁵ Für diese Darstellung war es dem Verfasser möglich, Einsicht in Dokumente des Rhöndorfer Archivs (im folgenden zitiert: StBKAH) und des Archivs der Konrad-Adenauer-Stiftung (ACDP) zu nehmen. Außerdem wurden Unterlagen aus dem Privatchiv des damaligen Leiters der Unterabteilung Montanunion im Bundesministerium für Wirtschaft und späteren Mitgliedes der EWG-Kommission, Dr. Hans von der Groeben (im folgenden zitiert: PAvdG), ausgewertet. Verweise auf Fundstellen aus diesen Beständen können nur im begrenzten Maße gegeben werden.

⁶ Vgl. Waldemar Besson, *Der Streit der Traditionen. Über die historischen Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik*, in: Karl Kaiser/Roger Morgan (Hrsg.), *Strukturwandlungen der Außenpolitik in Großbritannien und der Bundesrepublik*, München, Wien 1970, S. 101.

⁷ Vgl. Wolfram Hanrieder, *Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949–1969*, Düsseldorf 1971, S. 9.

blik wurde vom Objekt zum Subjekt, vom fremdbestimmten zum mitbestimmenden Faktor in den internationalen Beziehungen. Ging es der Bundesregierung zu Anfang darum, Gleichberechtigung im Sinne einer Gleichbehandlung mit den westlichen Partnern zu erlangen, indem sie den Westalliierten mehr und mehr Rechte abhandelte, so konnten die deutschen Regierungsvertreter fortan selbständig und eigenverantwortlich handeln, sofern nicht Deutschland insgesamt betreffende Vorbehalte berührt waren.

Sicherlich ist Hanrieder beizupflichten, wenn er behauptet, die Bundesrepublik habe durch den EWG-Vertrag zunächst mehr an Gleichberechtigung denn an Unabhängigkeit gewonnen. Doch ist es falsch anzunehmen, durch die Wirtschaftsintegration sei die soeben gewonnene Souveränität wieder neutralisiert worden⁸. Vielmehr tat der junge westdeutsche Staat alles, um seine Rolle als gleichberechtigtes Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft voll auszufüllen und im eigenen Interesse zu beeinflussen.

Gerade die Verhandlungen über den EWG- und Euratom-Vertrag sind dafür ein Beispiel. Geschickt hat die Bundesregierung es verstanden, durch eine fein abgestimmte Strategie den europäischen Integrationskurs unter Einbeziehung Frankreichs so zu steuern, daß der Weg einer supranationalen Einigung Westeuropas nicht verbaut wurde.

Obwohl die Ablehnung der EVG Adenauers Europapolitik durchkreuzte, stellte sich aus deutscher Sicht die Gesamtlage gar nicht so schlecht dar; der Kanzler war sich sehr wohl der günstigen politischen Konstellation bewußt, nun erst recht die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis fordern zu können. Mit Unterstützung der amerikanischen Regierung erreichte er denn auch in den Konferenzen von London und Paris im Herbst 1954 sein Ziel: Souveränität für die Bundesrepublik sowie den Eintritt in das NATO-Bündnis und die Westeuropäische Union (WEU).

Bonns künftiges außenpolitisches Vorgehen mußte diesen neuen Grundlagen Rechnung tragen. Im Regierungslager wie in der Bürokratie herrschte prinzipiell Übereinstimmung darüber, daß sich auch weiterhin die nationalen deutschen Interessen am wirkungsvollsten im Namen des europäischen und atlantischen Internationalismus vertreten ließen⁹. Dennoch war es erforderlich, die Integrationsystematik neu zu überdenken. Im Zuge dieser Diskussionen traten allerdings zwischen dem Kanzler

⁸ Vgl. Wolfram Hanrieder, *Fragmente der Macht. Die Außenpolitik der Bundesrepublik*, München 1981, S. 25.

⁹ Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers während der ersten Lesung der Pariser Verträge im Deutschen Bundestag am 15. 1. 1954, wo er betonte, die Bundesregierung werde niemals das Streben nach der Einheit Europas aufgeben, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 2. Wahlperiode, Stenografische Berichte (im folgenden zitiert: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*), Bd. 23 (1954), S. 3124, sowie den Beitrag von Heinrich von Brentano in der Monatszeitschrift *Europa*, 5. Jg., Bad Reichenhall 1954, auch abgedruckt in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (im folgenden zitiert: *Bulletin*), Kein Verzicht auf die europäische Einheit, Nr. 229, 7. 12. 1954, S. 2106.

beziehungsweise dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium unterschiedliche Vorstellungen über Ziele und Methodik der Einigung zutage.

Aus heutiger Forschungssicht war Adenauers Integrationspolitik in erster Linie kontinentaleuropäisch-atlantisch orientiert¹⁰. Wie keine andere außenpolitische Option, so begründete er 1956 seine Haltung in einem Schreiben an ein prominentes Kabinettsmitglied, sei die europäische Einigung das notwendige Sprungbrett für die junge westdeutsche Republik gewesen, um überhaupt wieder in der Außenpolitik Fuß zu fassen. Aber auch weil die USA die europäische Einigung zum Ausgangspunkt ihrer gesamten Europapolitik gemacht hatten und Adenauer in gleicher Weise die amerikanische Marshall-Plan-Hilfe zur Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Westeuropa als absolut notwendig erachtete, hielt er die Westbindung für unumgänglich. Nicht zuletzt kam das Moment der Sicherheit hinzu. Europäische Integration war um Europas willen und damit um der Deutschen willen notwendig. Die europäischen Völker schützten sich damit vor Übergriffen des Kommunismus ebenso wie vor Auswüchsen eines neuen deutschen Nationalismus.

Doch wußte niemand, ob nicht durch den Aufbau der deutschen Armee ein neuer Nationalismus entstehen und sich nachteilig auf die Integrationspolitik auswirken würde. Das sowjetische Interesse, den Westen zu spalten, hielt unvermindert an. Und schließlich war vorauszusehen, daß die Überlegenheit der amerikanischen Nuklearwaffen nicht unbegrenzt anhalten werde. „Europa muß dann wesentlich für sich selbst eintreten“, analysierte Hallstein die Situation und folgerte: „Die rasche politische Integration ist daher eine vitale Notwendigkeit.“ Für eine neue Initiative blieb also wenig Zeit. „Vielleicht zwei Jahre, um einen Grundstein zu legen, vielleicht 5 Jahre, um das Wesentliche zu Ende zu bringen“, schätzte er im März 1955. „Kommen wir während dieser Zeit nicht zur Integration, so vollendet sich die Desintegration.“¹¹

Nach dem EVG-Debakel kam es Adenauer darauf an, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermeiden, die Europaidee sei im Rückgang begriffen. Das in der Montanunion geschaffene Integrationspotential mußte auf jeden Fall erhalten bleiben. Gefahren drohten dabei von zwei Seiten. Schon seit geraumer Zeit machte sich eine gewisse Europa-Müdigkeit bemerkbar. Wegen der langsamen Fortschritte hatte die Europabewegung in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch bei den Parteien, merklich an Attraktivität verloren. Die Hoffnung, durch Zusammenfügung der staatlichen Organe und der unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen könnten die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme der einzelnen Staaten auf übergeordneter bundesstaatlicher Ebene leichter gelöst werden, weil im Grunde alle vor den gleichen Schwierigkeiten stünden, schwand dahin. Dieser Entwicklung, so ließ Adenauer den Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung, Pella, bei dessen Besuch im Januar 1955 wissen, müsse man ebenso entgegenwirken wie der Neigung der Hohen

¹⁰ Vgl. dazu Schwarz, a. a. O., S. 474.

¹¹ Vgl. Schreiben Hallstein an Erhard, 30. 3. 1955, S. 4 f., in: PAVdG, Akte Deutsche Unterlagen über die Integrationsverhandlgn. 2.

Behörde, das europäische Einigungswerk zu bürokratisieren. Die Ankündigung ihres Präsidenten, Jean Monnet, bei der anstehenden Ernennung im Februar 1955 für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung zu stehen¹², hielt der Kanzler für politisch unklug, weil dessen Rücktritt Zweifeln an der Integrationspolitik unnötig Vorschub leiste.

Mehr Sorge bereitete Adenauer der labile Zustand der IV. Republik. Die Zurückweisung des EVG-Vertrages hatte gezeigt, daß die Mehrheit in der französischen Kammer gegen Europa eingestellt war. Realistisch betrachtet, konnten wirkliche Fortschritte auf dem Integrationsweg doch nur erreicht werden, wenn Frankreich nicht abseits blieb. Wegen der kurzen Lebensdauer der französischen Regierungen – erst im Februar 1955 war Mendès-France von dem Radikalsozialisten Edgar Faure abgelöst worden – war es ratsam, Frankreichs Integrationsbereitschaft nicht erneut aufs äußerste zu testen. Bis zur Änderung der Mehrheitsverhältnisse nach den Wahlen im Frühjahr 1956 war von der französischen Regierung Unterstützung für eine neue Einigungsinitiative kaum zu erwarten. Die Gaullisten machten aus ihrer integrationsfeindlichen Einstellung keinen Hehl. Und die wenigen proeuropäischen Kräfte im Kabinett Faure, meist aus den Reihen des MRP und um Außenminister Pinay geschart, verfügten nicht über genügend Rückhalt im Parlament¹³.

Wenn zu dieser Zeit überhaupt von einem „Integrationsprogramm“ des Kanzlers gesprochen werden kann, dann läßt es sich allenfalls als ein funktional-pragmatisches Konzept umschreiben. Für eine große Europainitiative schien ihm die Zeit nicht reif genug. Ein zu schnelles Vorpreschen konnte der gemeinsamen europäischen Sache eher schaden denn nutzen. Deshalb mußten zunächst einmal die Pariser Verträge parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht werden, was angesichts der heftigen Kritik der sozialdemokratischen Opposition im Deutschen Bundestag und der Widerstände im französischen Parlament schwierig zu bewerkstelligen sein würde¹⁴. Außerdem wollte er die Bildung der WEU abwarten. Der Vertrag enthielt bei großzügiger Auslegung verschiedene Ansatzpunkte für weiterführende politische Einigungsmaßnahmen. Vielleicht bot sich dabei auch eine Möglichkeit, die Beziehungen zwischen der Montangemeinschaft und Großbritannien enger zu knüpfen. In Anbetracht der jahrhundertelang ablehnenden Haltung Englands, auf dem europäischen Kontinent Verpflichtungen einzugehen, war die Entscheidung, dort Truppen zu stationieren, vor allem von großer psychologischer Bedeutung. Selbst wenn die Briten sich vorübergehend um eine Annäherung bemühten, was schließlich im Dezem-

¹² Vgl. Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München, Wien 1978, S. 506.

¹³ Allein der MRP hatte die Unterstützung der Regierung weitgehend von der Fortsetzung des europäischen Integrationskurses abhängig gemacht. Vgl. Russell B. Capelle, *The MRP and the French Foreign Policy*, New York 1963, S. 47 ff. Vgl. zu den innenpolitischen Vorgängen Walter Lippens, *Der Beharrungsversuch Frankreichs*, in: Arnold Bergstraesser/Wilhelm Cornides (Hrsg.), *Die Internationale Politik 1955*, München 1958, S. 232 ff.; Jacques Fauvet, *Die unbegreifliche französische Innenpolitik*, in: *Dokumente 11 (1955)*, S. 175 ff., sowie *L'Année Politique 1955*, hrsg. von André Siegfried/Edouard Bonnefous/Jean-Baptiste Duroselle, Paris 1956, S. 11 ff.

¹⁴ Vgl. dazu Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949–1957*, Stuttgart, Wiesbaden 1981, S. 258 ff.

ber 1954 zum Abschluß eines Assoziierungsabkommens mit der Montanunion führte, blieben sie den Einigungsbestrebungen gegenüber skeptisch eingestellt. Adenauer wollte denn auch Großbritannien nicht überstrapazieren. Er befürchtete Rückwirkungen auf die WEU, die ihr gegenüber dem NATO-Bündnis mehr Gewicht verleihen würden, als sie es verdiene. Da die Briten ja bereits den ersten Schritt in Richtung Kontinent getan hatten, mußte man abwarten und späterhin durch vorsichtiges Taktieren versuchen, sie zur Angliederung an Europa zu bewegen.

In diesem Punkte teilte Hallstein nicht die Auffassung seines Chefs. Seines Erachtens enthielt die WEU kein wirklich vorwärtstreibendes Element der Integration, besonders nicht unter Einschluß Großbritanniens. Da vorerst der konstitutionelle Weg verbaut war, Europarat und OEEC nicht die erhoffte integrative Wirkung gezeigt hatten und eine funktionale Integration mit bloßen Konsultationsorganen nicht zur politischen Einigung führte, gab es kaum Alternativen. „Vor allem“, so stellte Hallstein zu den Plänen Monnets fest, die Kompetenzen der Hohen Behörde auf die Bereiche der klassischen Energie, der Atomenergie und des Transportwesens auszudehnen, „ist dieser Weg als einzig praktisch gangbarer geeignet, politisch die europäische Einigung wieder in Bewegung zu bringen. Die europäische Einigung kann nicht das Werk von Sachverständigen sein. Sie muß von der Einheit der europäischen Völker selbst getragen sein. Deshalb ist die Entstehung und Entwicklung einer europäischen Volksvertretung mit echten Befugnissen, eines europäischen Parlamentarismus, der schlechthin entscheidende Punkt.“¹⁵

Neben den außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen gab es ebenso wirtschaftliche Gründe, den europäischen Zusammenschluß fortzuführen. Die von deutscher Seite immer wieder erhobene Forderung, den internationalen Handels- und Kapitalverkehr zu liberalisieren, entsprang zum einen der Sorge, beim Aufbau der Bundesrepublik könnten die sozialen Probleme eines Tages nicht mehr bewältigt werden. Mit Hilfe der Marshall-Plan-Gelder war die Binnenwirtschaft zwar wieder angekurbelt worden. Die Lebensmittel- und Rohstofflieferungen der Vereinigten Staaten, die Effekte des Korea-Booms sowie verschiedene konjunkturpolitische Maßnahmen, wie die Investitionsförderung und die steuerlichen Erleichterungen für Exporteure, halfen der deutschen Wirtschaft aus ihrer Talsohle. Sozialausgaben für 10 Millionen Flüchtlinge aus Ost- und Mitteldeutschland, der große Kapitalbedarf und das hohe Zinsniveau verhinderten jedoch ein überdurchschnittliches Wachstum. Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen im Innern konnten nur dann ihre optimale Wirkung erreichen, wenn es zugleich gelang, der exportabhängigen deutschen Industrie den europäischen Markt zu öffnen¹⁶. Auch die stetige Zu-

¹⁵ Vgl. Schreiben Hallstein an Erhard, a. a. O., S. 9.

¹⁶ Vgl. Ludwig Erhard, Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953, S. 20 ff., sowie die Rede von Staatssekretär Hallstein am 22. 4. 1955 vor der Carl-Schurz-Gesellschaft in Bremen, in: Bulletin, Deutschland in der Weltwirtschaft, Nr. 92, 17. 5. 1955, S. 766–768, Nr. 93, 18. 5. 1955, S. 771–772; Ernst Heuß, Außenhandelsüberschüsse und Kapitalmangel, das Problem Westdeutschlands, in: Außenwirtschaft, hrsg. vom Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handelshochschule St. Gallen, 12 (1957), S. 183 ff.

nahme des Handelsumsatzes, die die Bundesrepublik 1954 bereits wieder hinter den USA und Großbritannien an die dritte Stelle des Weltim- und -exports führte, änderte daran nichts. Ohne Abbau der europäischen Handelsrestriktionen konnte die Exportwirtschaft nicht expandieren.

Erhard, der in seinem Grundverständnis außenwirtschaftlicher Beziehungen¹⁷ den Gedanken Wilhelm Röpkes und der neoliberalen Freiburger Schule sehr nahestand, sah die Integrationsbestrebungen vor allem unter dem Aspekt, den ökonomischen Liberalismus mit dem Ziel eines weltweiten Freihandelssystems, so wie es zu Beginn des Ersten Weltkrieges funktionierte, wieder herzustellen. Sein liberal-freihändlerischer Ansatz zielte darauf ab, Handelsbarrieren und diskriminierende Praktiken zugunsten fortschreitender Liberalisierung und frei konvertierbarer Währungen zu beseitigen. Über den Weg der funktionalen Integration wollte er die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten koordinieren. Stärkere Eingriffsmöglichkeiten, wie sie die Hohe Behörde besaß, behinderten dagegen nur den freien Wirtschaftsverkehr. Wie überhaupt die Montanunion ein viel zu begrenztes Instrumentarium darstellte. Es war eben nur als integraler Bestandteil eines globalen Freihandels zu rechtfertigen.

Erhards Auffassung war allerdings nicht unumstritten. Zwar teilte der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in vieler Hinsicht seine Meinung. Bereits 1953 hatte er in zwei Gutachten¹⁸ auf die Gefahren weiterer Teilintegration aufmerksam gemacht. Aufgrund der strukturellen Mängel gaben die Wirtschaftswissenschaftler der Montanunion nur dann eine Überlebenschance, wenn es gelänge, sie in eine alle Wirtschaftssektoren umfassende Integration der einzelnen Volkswirtschaften aufgehen zu lassen. Beeinflusst von diesen Gedanken entwickelte der Leiter der Schuman-Plan-Abteilung, Hans von der Groeben, den Ansatz eines zunächst auf Europa bezogenen und mit kompetenten Institutionen abgesicherten Freihandels, der zur Gesamtintegration in einem Gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt führen sollte¹⁹.

Im Kern drehte sich dieser akademisch anmutende Methodenstreit um die Frage, ob die Integration funktionell im Sinne des globalen Freihandels mit dem Ziel einer

¹⁷ Vgl. dazu: Gefahren auf dem Weg zum freien Außenhandel, in: Ludwig Erhard, *Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der sozialen Marktwirtschaft*, Düsseldorf, Wien, Frankfurt/M. 1962, S. 153 ff. Aufschlüsse über sein Verständnis von den Aufgaben europäischer Integration geben seine Beiträge, *Die Londoner Gespräche über die Konvertierbarkeit*, in: *Bulletin*, Nr. 178, 22.9. 1954 (hier insbesondere der Abschnitt „Wie steht es um die wirtschaftliche Integration Europas?“), S. 1569 ff.), *Europäische Einigung durch funktionale Integration*, in: *Deutsche Wirtschaftspolitik*, S. 253 ff.

¹⁸ Vgl. Gutachten vom 1.5. 1953 zur Frage der wirtschaftlichen Integration Europas, in: *Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft*, *Sammelband der Gutachten von 1948–1972*, hrsg. vom Bundesministerium für Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 177–192, und Gutachten vom 11.10. 1953 zu Fragen des gemeinsamen Marktes, a. a. O., S. 199–211.

¹⁹ Zu den Diskussionen um die Integrationsmethoden im Bundeswirtschaftsministerium vgl. die Studie des Verfassers, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden 1982, S. 83 ff.

weltweiten Liberalisierung des Handelsverkehrs oder im Sinne eines beschränkten Freihandels in Form gesamtwirtschaftlicher Integration im Gemeinsamen Markt angegangen und wie sie institutionell abgesichert werden sollte.

Bundeswirtschaftsministerium und Auswärtiges Amt stritten hauptsächlich über die Frage, ob der institutionellen oder der funktionellen Integrationsmethode der Vorzug zu geben sei. Während die „Konstitutionalisten“ im Auswärtigen Amt mehr den teil-integrationistischen Ansatz der Atomorganisation befürworteten und bestrebt waren, kompetente und leistungsfähige Institutionen einzurichten, lehnten die „Funktionalisten“ um Erhard diese Methode aus volkswirtschaftlichen Erwägungen ab.

Zusätzlich belastet wurden die Ressortbeziehungen durch Verschiebungen in der Kompetenzverteilung. Der Mangel an Entscheidungsbefugnissen und die Dominanz Adenauers in der Außenpolitik wirkten sich zusehends negativ auf die Aufgabenverteilung unter den Ressorts aus²⁰. Bis Juni 1955 war die Behandlung der außenpolitischen Angelegenheiten dem Bundeskanzler unterstellt, während in Fragen der Außenwirtschaftspolitik das Bundeswirtschaftsministerium die Federführung innehatte. Diese Anfang 1953 geschaffene Kompetenzverteilung zwischen dem wiederaufgebauten, aber nach außen hin noch beschränkt handlungsfähigen Auswärtigen Amt und dem Wirtschaftsministerium trug sowohl der Aufbauarbeit im Inneren wie den wachsenden Außenbeziehungen Rechnung. Die Vertretung der Handelspolitik nach außen lag wieder bei der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, während die Handelspolitik nach innen, also die Pflege der Beziehungen zur deutschen Wirtschaft, bei der Abteilung Außenhandel des Wirtschaftsministeriums ressortierte. Das Auswärtige Amt sollte fortan wieder für die Ausarbeitung von Handelsverträgen zuständig sein und die diplomatischen und sonstigen auswärtigen Beziehungen bearbeiten. Mit dem Wechsel eines Teils der Beamten des Wirtschafts- zum Außenministerium verlagerten sich ebenso die Schwerpunkte der handelspolitischen Initiativen. Erhard war jedoch nicht bereit, jegliche außenwirtschaftspolitische Kompetenz aus der Hand zu geben, zumal seinem Ressort die Federführung für die Montanunion oblag. Formell waren die interministeriellen Konflikte mit einem Kompromiß beigelegt worden. Das Auswärtige Amt nahm die diplomatische Vertretung bei der Montanunion wahr. Indessen wurden die Sachfragen von der Schuman-Plan-Abteilung im Bundeswirtschaftsministerium bearbeitet. Erhard allerdings ließ kaum eine Gelegenheit ungenutzt, verlorengegangene Kompetenzen für sein Ressort zurückzugewinnen. Das Verhältnis zum Auswärtigen Amt blieb gespannt.

Das Auswärtige Amt stand zudem vor der Schwierigkeit, erst mit der Erlangung der staatlichen Souveränität seine volle Handlungsfreiheit zu bekommen. Hinzu gesellte sich das seit langer Zeit schwelende Problem der Nachfolge Adenauers als Außenminister. Der Kanzler konnte sich nur schwer entschließen, die Leitung und Verantwortung der Außenpolitik mit jemandem teilen zu müssen. Bevor er am 7. Juni 1955 offiziell das Außenressort an den CDU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich von

²⁰ Vgl. zu den strukturellen und administrativen Problemen in der Bundesregierung Rudolf Wildemann, *Macht und Konsens als Problem der Innen- und Außenpolitik*, Köln, Opladen 1967, S. 186 ff.

Brentano abgab²¹, hatte er deshalb klargestellt, daß auch weiterhin die Richtung der deutschen Außenpolitik von ihm angegeben werde. Für die Regierungsarbeit bedeutete das: Die Außenpolitik sollte vom Auswärtigen Amt verwaltet und im Bundeskanzleramt entschieden werden.

Eine neue Integrationsinitiative der EGKS-Staaten konnte letztlich nur Erfolg haben, wenn Paris eine flexiblere Haltung einnahm. Erklärungen von Ministerpräsident Faure wiesen auf die Bereitschaft hin, mit den Deutschen zu einer Verständigung über die Anwendung des Saarstatuts zu kommen und wieder enger mit den westlichen Partnern zusammenzuarbeiten. Der Plan eines „Europäischen Staatenbund-Rates“²², den Außenminister Pinay am 29./30. April in Rhöndorf mit dem Bundeskanzler erörterte, war jedoch nicht geeignet, den Integrationsprozeß wirklich voranzubringen. Vielmehr handelte es sich um einen geschickten Schachzug des Quai d’Orsay, die Diskussionen über die sogenannte „relance européenne“²³ nach den eigenen nationalen Interessen auszurichten.

Wie die Besprechungen zeigten²⁴, beabsichtigte die französische Regierung lediglich, die intergouvernementale Zusammenarbeit, je nach Teilnehmern und Interessen, auf unterschiedlichen Gebieten und in verschiedenen zusammengesetzten Gremien zu verbessern. Pinay befürwortete zwar eine engere Kooperation auf dem Verkehrssektor und bei der Nutzung der Atomenergie, allerdings außerhalb der Montanunion. Eine Aufwertung der übernationalen Organe wollte er unter allen Umständen ver-

²¹ Vgl. zur Vorgeschichte seiner Ernennung Arnulf Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler. Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 147 ff. Am 23. 3. 1955 hatte der Kanzler in einem Schreiben an Brentano seine Vorstellungen über die künftige Zusammenarbeit dargelegt und seine Entschlossenheit durchblicken lassen, auch weiterhin der eigentliche Herr im Auswärtigen Amt zu sein. Vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967, S. 121.

²² Der als Pinay-Plan bekanntgewordene Entwurf sah einen europäischen Staatenbund-Rat (Conseil Confédéral Européenne) vor, der auf einer Konferenz der sechs Außenminister der EGKS-Staaten konstituiert werden sollte. Diesem auf intergouvernementaler Ebene arbeitenden Organ waren im wesentlichen zwei Aufgaben zugeordnet: Die Harmonisierung der exekutiven und legislativen Tätigkeiten der Staaten sowie die Einsetzung internationaler Organisationen, die auf verschiedenen Gebieten zu einer immer engeren Union der europäischen Staaten beitragen könnten. Der Staatenbund-Rat sollte den Charakter einer ständigen diplomatischen Konferenz besitzen. Die Zusammensetzung sollte allerdings nicht auf die sechs Staaten begrenzt bleiben. Andere OEEC-Mitgliedsländer wie Portugal, die Schweiz, Spanien und Großbritannien sollten sich diesem Bund anschließen können. Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 24 ff.

²³ Der Begriff wurde im Frühjahr 1955 von der französischen Presse propagiert. Er bezeichnete die Bemühungen um Wiederaufnahme der europäischen Integration nach dem Scheitern der EVG. Zu Recht bemerkte Ministerpräsident Faure auf einer Pressekonferenz in Paris, daß es eigentlich keine *relance européenne* gebe, weil das europäische Einigungswerk nie aufgegeben worden sei. Vgl. Les Pays-Bas proposeraient une conférence sur l’intégration économique européenne, in: Le Monde, 29. 4. 1955.

²⁴ Zum Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen das Informationsgespräch Hallstein, 1. 5. 1955 (steno-graphische Niederschrift), 23 S., in: ACDP, NL Felix von Eckardt I-010-008/1; Ein neuer Start für den europäischen Zusammenschluß, in: Informationsdienst des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung (im folgenden zitiert: Informationsdienst), Nr. 257, 5. 5. 1955.

meiden. Er schlug dem Kanzler daher vor, einen Ministerrat („Staatenbund-Rat“), der alle sechs bis acht Wochen einberufen würde, über kleinere, aber konkrete Maßnahmen, vorbereitet von einem Sekretariat, entscheiden zu lassen. In der Praxis hätte das zu einer losen, die Regierungen völkerrechtlich nicht bindenden Form gemeinsamen Vorgehens geführt, wie es in der OEEC angewandt wurde. Gleichermäßen wäre die supranationale Integration im Montanbereich allmählich zur Bedeutungslosigkeit herabgestuft worden.

Weiteren Integrationsschritten der übrigen Fünf wollte sich die französische Regierung nur anschließen, wenn diese dem Einfluß der Gemeinschaftsorgane entzogen und den Parlamenten keine Gelegenheit zum Eingreifen geben würden²⁵. Folglich kam die Ausarbeitung eines Vertrages schon wegen der notwendigen Ratifizierung nicht in Betracht. Adenauer gab Pinay zu verstehen, daß es wohl besser sei, bis zu den französischen Wahlen Monnet im Amt zu halten, die Kompetenzen der Montanunion unangetastet zu lassen und die Fragen der Verkehrspolitik und der Atomenergie getrennt zu behandeln.

Auf der bevorstehenden Außenminister-Konferenz Anfang Juni in Messina, so erklärte Adenauer seinen Mitarbeitern wenige Tage zuvor, gelte es zwei Dinge zu klären: die Nachfolgerschaft Monnets und die Ausweitung der Montanunion. Der Kanzler gab Anweisung, Monnets erneute Kandidatur²⁶ zu unterstützen, dessen Vorschläge zur Ausdehnung von Kompetenzen der Gemeinschaftsorgane aber auf keinen Fall zu akzeptieren. Man sollte sich auf das Atomenergieprojekt beschränken.

Die im Wirtschaftsministerium erörterten Pläne gingen jedoch weiter. Nach eingehenden Beratungen in Eicherscheid²⁷ verständigten sich die Vertreter des Außen- und

²⁵ Vgl. zu den Widerständen in der französischen Administration René Massigli, *Une comédie des erreurs 1943–1956. Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne*, Paris 1978, S. 506; *Le Gouvernement va mettre à l'étude un projet de coopération européenne en matière de transport et d'énergie*, in: *Le Monde*, 30. 4. 1955.

²⁶ Nachdem sich von seiten der Montanunionsstaaten eine neue Initiative abzeichnete, hatte Monnet den sechs Regierungen in einem Schreiben vom 21. Mai 1955 angeboten, seine Entscheidung vom November 1954 rückgängig zu machen und weiterhin das Amt des Präsidenten auszuüben. Text des Schreibens in: *Chronique de Politique Etrangère VIII (1955)*, S. 510 f. Zu den Hintergründen Richard Mayne, *The Recovery of Europe. From devastation to unity*, London 1970, S. 232 f.; Jacques Fauvet, *Une lettre de M. Jean Monnet aux six gouvernements*, in: *Le Monde*, 25. 5. 1955; M. Monnet se déclare prêt à participer de nouveau au développement de la politique européenne, in: *Le Monde*, 26. 5. 1955; Rückzug der Demission Jean Monnets, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 26. 5. 1955.

²⁷ Professor Müller-Armack, damals noch kommissarischer Leiter der Grundsatz-Abteilung im Wirtschaftsministerium, hatte die Vertreter der unterschiedlichen Europakonzeptionen am 22. Mai in sein Eifeler Landhaus eingeladen, mit der Absicht, durch eine Aussprache die Ressortkonflikte beizulegen und einen gemeinsamen Standpunkt für die Bundesregierung in der Integrationspolitik zu erarbeiten. Vom Auswärtigen Amt waren der künftige Außenminister von Brentano und Professor Ophüls, Leiter der Westeuropa-Abteilung, anwesend. Vom Bundeswirtschaftsministerium nahmen Minister Erhard, Staatssekretär Westrick, Ministerialdirektor Rust, der das besondere Vertrauen des Kanzlers besaß, und Ministerialdirigent von der Groeben teil sowie von der Hohen Behörde Vizepräsident Etzel und Dr. Regul. Zum Verlauf des Treffens Alfred Müller-Armack, *Auf dem Wege nach Europa*, Tübingen, Stuttgart 1971, S. 99, sowie persönliche Information von Dr. Hans von der Groeben.

des Wirtschaftsressorts darauf, neben der Errichtung eines Atompools das Konzept der funktionalen gesamtwirtschaftlichen Integration mit dem Kern einer Zollunion weiterzuverfolgen und zur Grundlage eines eigenen Memorandums²⁸ zu machen. Dennoch befanden sich die deutschen Unterhändler in Messina in einer schwierigen Situation. Die internen Meinungsverschiedenheiten, die eng gefaßte Weisung des Kanzlers, das gleichzeitige Angebot des Kreml an die Bundesregierung, die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu normalisieren, und schließlich die Einladung Adenauers nach Moskau weckten bei den Partnern Mißtrauen²⁹. Man war sich nicht ganz sicher, ob die Deutschen wie ehemals das Ziel der supranationalen Einigung verfolgten oder nach Erlangung der Souveränität vielleicht doch allmählich in ein anderes außenpolitisches Fahrwasser trieben.

Das eigentliche Ziel der Konferenz, sich auf ein Integrationskonzept unter den Sechs zu einigen, wurde mit einem Kompromiß zwischen den deutschen Gedankengängen und dem Benelux-Vorschlag³⁰ erreicht, wobei Frankreich seine Beteiligung an weiteren Expertenarbeiten davon abhängig machte, daß keine Verträge ausgearbeitet würden.

Adenauer nahm die Ergebnisse von Messina mit gemischten Gefühlen auf. Zum einen befürchtete er, der geplante Aufbau eines Gemeinsamen Marktes würde von der

²⁸ Vgl. den Text des Dokuments in: Bulletin, Nr. 106, 11. 6. 1955, S. 880.

²⁹ Vgl. Kurzprotokoll über die Ressortbesprechung vom 20. 6. 1955, S. 1, in: PAVdG, Akte Deutsche Unterlagen über die Integrationsverhandlgn. 2. Daraufhin gaben innerhalb weniger Tage Bundesminister von Merkatz vor der Gemeinsamen Versammlung der EGKS (24. 6.), Außenminister von Brentano vor der Beratenden Versammlung des Europarates (6. 7.) und Staatssekretär Hallstein in der ersten Sitzung der Delegationsleiter des Brüsseler Regierungsausschusses (9. 7.) Erklärungen über die Kontinuität der deutschen Integrationspolitik ab. Vgl. EGKS, Gemeinsame Versammlung (Hrsg.): Ausführliche Sitzungsberichte, Haushaltsjahr 1954–1955, Ordentliche Sitzung, Neunte Sitzung der Sitzungsperiode, 24. 6. 1955, Deutsche Ausgabe, S. 631–634. Entschlossen, die Einigung Europas herbeizuführen, in: Bulletin, Nr. 125, 9. 7. 1955, S. 1045 f., und Im Geiste der alten Europapolitik, in: Bulletin, Nr. 127, 13. 7. 1955, S. 1063 f.

³⁰ Kern der Benelux-Vorschläge war der bereits 1953 vom niederländischen Außenminister Beyen angeregte Plan, unter den EGKS-Staaten eine Zollunion einzurichten. Dieser Gedanke wurde nach dem Scheitern der EVG in der Haager Regierung wieder aufgenommen. Durch Vermittlung des belgischen Außenministers Spaak hatten sich die Regierungen der Benelux-Staaten außerdem zum Anwalt der Vorschläge Monnets zur Ausweitung der Montanunion und zur Schaffung einer europäischen Atomorganisation gemacht. Vgl. zu den Diskussionen auf niederländischer Seite Adrian F. Manning, Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre, in: VfZ 29 (1981), S. 16 ff. Zur Entstehung des Benelux-Memorandums Monnet, a. a. O., S. 506 ff.; Paul Henri Spaak, Erinnerungen eines Europäers, Hamburg 1969, S. 297 ff.; Jan Willem Beyen, Het Spel en de Knikkers, Een kroniek van 50 jaren, Rotterdam 1968, S. 236 f.; Memorandum der Benelux-Länder an die Länder der EGKS, in: Koninkrijk der Nederlanden. Jaarboek van het Ministerie van Buitenlandse Zaken 1954/1955, overgelegd aan de Staten-Generaal, September 1955, S. 210–213, Auszüge in deutsch abgedruckt in: Archiv der Gegenwart 25 (1955), S. 5189 f. Abgesehen von den prozeduralen Vereinbarungen glich der Wortlaut der Entschließung bis in einzelne Formulierungen dem Text des Benelux-Memorandums und war im Abschnitt über den Gemeinsamen Markt hauptsächlich dem deutschen Memorandum entnommen. Vgl. dazu die Synopse bei Howard Bliss, The Political Development of the Community. A Documentary Collection, Waltham (Mass.), Toronto, London 1970, S. 34–39.

eigentlichen Aufgabe, eine politische Union zu schaffen, nur ablenken. Zum anderen glaubte er, man habe sich zuviel auf einmal vorgenommen³¹. Wenn die Arbeiten der Sachverständigen in Brüssel trotzdem seine Zustimmung fanden, dann nur, weil er die Chance nicht ausschlagen wollte, zu den Staaten Westeuropas engere wirtschaftliche Beziehungen zu knüpfen, die insbesondere auf die deutsch-französische Verständigungspolitik positive Rückwirkungen haben könnten.

Das reservierte Verhalten Frankreichs und die außenpolitisch schwache Position der Benelux-Staaten und Italiens lasteten der Bundesrepublik ein großes Maß an Verantwortung für die Fortsetzung der Integration auf. Wahrnehmen konnte sie diese Rolle aber nur, wenn sie nach außen hin durch konstruktive Vorschläge am Brüsseler Verhandlungstisch die Zweifel am Fortdauern des deutschen Integrationswillens beseitigte. Dazu war es aus Sicht des Auswärtigen Amtes unabdingbar, intern eine einheitliche politische Linie der Ressorts und eine klare Zuständigkeitsverteilung zu vereinbaren. Der Europa-Referent, Professor Ophüls, forderte bereits im Juli 1955 einen Kabinettsbeschluss, „der die klare Unterstellung der Ressortstandpunkte auf dem Gebiet der Integrationspolitik unter dem übergeordneten politischen Gesichtspunkt festlegt“³². Im Klartext hieß das: Der Kanzler sollte die Angriffe seines Wirtschaftsministers durch ein Machtwort beenden und das Integrationskonzept des Außenressorts politisch stärken. Adenauer ließ im Juli 1955 geeignete Schritte prüfen, wartete aber mit einer Maßnahme noch ab.

Über den Sommer hatte sich die außenpolitische Lage merklich verändert. Hoffnungen Adenauers, die sowjetischen Führer würden sich infolge seines Besuches in Moskau einsichtig zeigen und ebenso eine Regelung der europäischen Sicherheitsfragen anstreben, waren durch deren unnachgiebige Haltung bei den Genfer Vier-Mächte-Verhandlungen enttäuscht worden. Die sowjetischen Restriktionen in der Deutschland- und Entspannungspolitik, der zunehmende Einfluß Moskaus im Nahen Osten und die sowjetische Aufrüstung bestärkten ihn in seinem Urteil, auch wenn man sich Mühe gebe, könne man nicht zu wirklichen Übereinkünften in der Wiedervereinigungsfrage und der Sicherheitspolitik kommen. Insofern habe die Genfer Konferenz dann eine gute Wirkung gehabt, schrieb er einem amerikanischen Freund im Dezember 1955, wenn die freie Welt die nötigen Konsequenzen daraus ziehe.

Nach dem Entschluß, der Politik der Stärke und der Einheit des Westens Nachdruck zu verleihen, denn nur davon würden sich die Russen letztlich beeindrucken lassen, mußte nunmehr die innenpolitische Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung beendet und fristgerecht mit der Aufstellung der ersten Divisionen begonnen werden. Andererseits war es gerade jetzt erforderlich, der europäischen Integration einen starken Impuls zu geben³³.

³¹ Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 30.

³² Vgl. Positionspapier, Juli 1955, S.7, in: PAVdG, Akte Deutsche Unterlagen über die Integrationsverhandlgn. 2.

³³ Vgl. zur politischen Szenerie im Herbst 1955 die Betrachtungen des Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung, Fred Luchsinger, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965, Zürich 1966, S. 265 ff.

Adenauer wollte die Einigung politisch voranbringen. Die im Oktober 1955 vorliegenden Ergebnisse der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz³⁴ ließen jedoch nicht allzuviel Positives erwarten. Die technischen Vorschläge hielt der Kanzler für ungeeignet, weil die politische Einigung Europas nicht über eine Zusammenfügung der Wirtschafts- und Energiepotentiale herbeizuführen sei.

Ausgangspunkt der Überlegungen im Auswärtigen Amt waren der Pinay-Plan, die von der ad-hoc-Versammlung der Montanunion erarbeiteten Vorschläge zur Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft und die ersten Ergebnisse der Brüsseler Konferenz. Daran gedacht war, im Rahmen der bestehenden Organe der Montangemeinschaft einen „Politischen Rat“ aus Regierungsvertretern zu bilden, der sich um die politische Koordinierung der Integration auf den verschiedenen Gebieten Kohle, Stahl, Gemeinsamer Markt, Verkehr, allgemeine Energiefragen und Atomenergie bemüht. Durch die unmittelbare Wahl der europäischen Völker sollte die demokratische Legitimation der Gemeinsamen Versammlung gestärkt werden. Ihre Kompetenzen wären dann auf all jenen Gebieten zu erweitern, über die vom Rat entschieden würde.

Die sich ausweitende Kontroverse über die deutschen Verhandlungslinien in der Euratom-Frage drängte jedoch die konzeptionellen Arbeiten an einer neuen Europainitiative in den Hintergrund. Bedingt durch die Auflagen der Siegermächte, hatte die Bundesrepublik auf diesem entscheidenden Gebiet der Zukunftstechnologie einen großen Nachholbedarf. Die Entwicklung der Kernenergieforschung steckte ebenso noch in den Anfängen wie die Atomenergiewirtschaft. Nicht zuletzt spielte bei dem Vorschlag, einen Atompool einzurichten, die Überlegung mit, deutsche Versuche einer nationalen Atompolitik durch internationale Einrichtungen besser kontrollieren zu können. Während Delegationsleiter Ophüls aus politischen Gründen geneigt war, dem französischen Euratom-Vorschlag zu folgen und das entscheidende Gewicht auf Verwirklichung des Verteilungsmonopols zu legen, da ein anderer Modus vivendi von den übrigen Partnern nicht akzeptiert würde, bekämpfte der neu ernannte Bundesminister für Atomfragen, Franz Josef Strauß, dieses Konzept³⁵. Es gehe darum, erklärte er gleich zu Beginn seiner Amtszeit, der Bundesrepublik einen gleichberechtigten Platz im Kreis der Atommächte, nicht unter den Militärmächten, zu sichern. Die geplante Ankaufs- und Versorgungsagentur hingegen fördere das Bestreben des Auslandes, die deutsche Atomindustrie beim Zugang zu spaltbarem Material zu diskriminieren³⁶. Erhard, aus dessen Ressort die Kompetenzen für Atomfragen ausgegliedert

³⁴ Die Ergebnisse der Brüsseler Ausschüßarbeiten wurden am 9. 11. 1955 im Kabinett beraten. Vgl. dazu die Ausführungen von Staatssekretär Hallstein am 28. 11. 1955 im Südwestfunk, die in wesentlichen Teilen dem Bericht an das Bundeskabinett gleichen: Auf dem Wege zur europäischen Einheit, in: Bulletin, Nr. 228, 6. 12. 1955, S. 1933 f.

³⁵ Zur Entwicklung der deutschen Position und zu den inhaltlichen Einwänden, die von den deutschen Vertretern daraufhin im Brüsseler Atomenergie-Ausschuß vorgebracht werden mußten, vgl. die Studie von Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft. Zur Gründung von Euratom 1955–1957, Baden-Baden 1983, S. 49 ff.

³⁶ Zur Position von Strauß vgl. seinen Aufsatz, Die Bundesrepublik und die Internationale Zusammenarbeit auf dem Kernenergiegebiet, in: Atomwirtschaft 1 (1956), S. 209 ff.

worden waren, lehnte ebenso wie die Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit das von Frankreich unterstützte Euratom-Konzept ab. Sie befürworteten eine nukleare Kooperation im Rahmen der OEEC, die den neoliberalen Vorstellungen des Wirtschaftsministeriums weit mehr entsprach. Noch deutlicher äußerte sich der Verbandspräsident der chemischen Industrie, Alexander Menne: „Alles, was wir auf nationalem Gebiet der privaten Initiative überlassen wollen, muß auch bei der internationalen Zusammenarbeit dem Einfluß und der Leitung einer gemeinsamen Atombehörde entzogen werden. Wir möchten unbedingt vermeiden wissen, daß ein planwirtschaftlicher Dirigismus, den wir in der Bundesrepublik Deutschland mit so großem Erfolg überwunden haben, etwa durch ein Hintertürchen einer europäischen Teilintegration an Boden gewinnt.“³⁷

Im Gespräch mit dem belgischen Außenminister Spaak am 15. November 1955 in Rhöndorf mußte Adenauer erneut erfahren, wie leicht die Bundesrepublik in Verruf geriet, nicht zum Integrationskurs zu stehen³⁸. Allein wegen der unabsehbaren Rückschläge für das deutsch-französische Verhältnis und die zwischen beiden Seiten zu klärende Saarfrage wollte er unter keinen Umständen den Einigungsprozeß durch deutsche Widerstände gefährdet sehen. Der französischen Regierung sollte kein Anlaß geboten werden, neue Verhandlungen in dieser Frage auszuschlagen³⁹. Für eine dauerhafte Ordnung der deutsch-französischen Beziehungen war eben die Lösung des Saarproblems im Augenblick wichtiger als die geplanten europäischen Bindungen, von denen niemand wußte, ob sie überhaupt zustande kommen.

In strittigen Punkten der Atomorganisation war der Kanzler bereit, den französischen Vorstellungen entgegenzukommen. Allerdings durfte das Einigungswerk dadurch nicht in Frage gestellt werden. Wenn die neue Regierung unter Guy Mollet am Brüsseler Verhandlungstisch eine zögernde Haltung einnehmen würde, so deutete Adenauer dem italienischen Ministerpräsidenten Segni im Februar 1956 an, könnten sich die anderen Länder nicht damit abfinden, daß wegen der Spaltung im französischen Parlament die europäische Idee an Boden verliere. Adenauers Konzept, die deutsch-französische Verständigung mit der organischen Verflechtung Europas zu koppeln, hatte also auch seine Grenzen.

Gegen Ende des Jahres zeichnete sich jedoch immer deutlicher ab, daß die von Adenauer und dem Auswärtigen Amt verfolgte Integrationspolitik im Kabinett auf erheblichen Widerstand stieß. Das interne Gerangel um den Kurs der Europapolitik, das der deutschen Außenpolitik nur schaden konnte, hoffte man durch eine klare Entscheidung des Regierungschefs wieder herstellen zu können⁴⁰.

³⁷ Vgl. Alexander W. Menne, Atomenergie im Blickfeld der Wirtschaftspolitik, ebenda, S. 6.

³⁸ Vgl. zum Ergebnis der Beratungen Informationsgespräch Hallstein, 15. 11. 1955 (stenografische Niederschrift), S. 10 ff., in: ACDP, NL Felix von Eckardt I-010-008/2.

³⁹ Vgl. Schreiben Adenauer an von Brentano, 22. 10. 1955, in: StBKAH.

⁴⁰ Vgl. zu den im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt angestellten Überlegungen das Geleitwort von Karl Carstens, in: Klaus Goto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Stuttgart 1980, S. 7 f.; Hans Buchheim, Die Richtlinienkompetenz un-

Die daraufhin am 19. Januar 1956 in einem Schreiben des Kanzlers an alle Bundesminister erteilte Richtlinie⁴¹, bei der sich Adenauer ausdrücklich auf die ihm nach Artikel 65 des Grundgesetzes zustehende Kompetenz berief, war denn auch in erster Linie eine Maßnahme, die Minister Erhard und Strauß auf die Kanzlerpolitik zu verpflichten. Obschon Erhard seinem Regierungschef stets Loyalität bekundete, war er doch aus sachlichen Erwägungen nicht gewillt, sich dessen „Integrationsbefehl“ zu beugen. Der Gemeinsame Markt sei volkswirtschaftlich eine Sünde, schrieb er dem Kanzler im April 1956, die nicht dadurch geheilt werde, daß man ihn als europäisch proklamiere. Erhard fühlte sich nicht nur von den „Europa-Romantikern“ des Auswärtigen Amtes, die seiner Ansicht nach unerreichbaren Idealen nachstrebten, persönlich verkannt, sondern in seinem Urteil als Wirtschaftsfachmann geradezu verachtet.

Um weitere Auseinandersetzungen mit dem Wirtschaftsministerium in Grenzen zu halten, war das Auswärtige Amt bei den Ressortbesprechungen über den Spaak-Bericht⁴² bemüht, Grundsatzdiskussionen und Vergleiche zum Montanvertrag zu vermeiden und die Vorschläge an den konkreten Einzelheiten als sachlich unumgänglich zu begründen. In der Kabinettsitzung am 9. Mai 1956 trugen Strauß und Erhard erneut ihre Bedenken vor. Dem politischen Gewicht des Kanzlers, der den Spaak-Bericht in der vorgelegten Form akzeptierte, waren sie aber nicht gewachsen, zumal Adenauer mit der Unterstützung großer Teile der deutschen Wirtschaft rechnen konnte. Industrie-Präsident Berg hatte versichert, daß der BDI dem Integrationskurs der Bundesregierung voll zustimme⁴³.

Als Leitlinie für die Regierungsverhandlungen akzeptierte es das Kabinett, eine Zollunion zu errichten und Vereinbarungen über einen Gemeinsamen Markt einschließlich eines Investitions- und Anpassungsfonds zu treffen. Dagegen konnte man sich beim Euratom-Projekt lediglich über das Ziel verständigen: „Es soll eine Atomgemeinschaft gebildet werden.“ Die Modalitäten blieben bewußt offen. mulierte das Kabinett ein Junktim zwischen beiden Verhandlungsobjekten. Gemeinsamer Markt und Euratom sollten ein in sich geschlossenes Ganzes bilden und daher gemeinsam verwirklicht werden⁴⁴.

Die Bundesregierung versuchte damit, dem Interesse Frankreichs entgegenzuwir-

ter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers, in: Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Reppen/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 2 Beiträge der Wissenschaft, Stuttgart 1976, S. 342, 351.

⁴¹ Wortlaut bei Adenauer, a. a. O., S. 253 ff., auch abgedruckt in: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Köln 1972, S. 317 f.

⁴² Eigentlich der Bericht der Delegationsleiter an die Außenminister, der nach dem Vorsitzenden des Regierungsausschusses, eingesetzt von der Konferenz von Messina, benannt wurde. Hrsg. vom Konferenzsekretariat, Brüssel, 21. 4. 1956, MAE 120 d/56 (korr.), Deutsche Ausgabe, 142 S.

⁴³ Vgl. Schreiben Berg an Adenauer, 28. 5. 1956, 2 S., in: PAVdG, Akte Deutsche Unterlagen zu den Integrationsverhandlungen 7.

⁴⁴ Vgl. Kabinettsvorlage, ohne Datum, S. 17 f., in: PAVdG, Akte Deutsche Unterlagen zu den Integrationsverhandlungen (4). Herbert Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik 1949–1977. Eine politische Chronik, Bonn 1980, S. 57.

ken, den Vertrag über Euratom zügig auszuhandeln und die Klärung der ihr unbequemen Fragen der Wirtschaftsintegration so lange wie möglich hinauszuzögern. Auf der Außenministerkonferenz der Sechs am 30./31. Mai in Venedig waren sich alle Beteiligten bald darüber im klaren, daß der Spaak-Bericht als Grundlage weiterer Vertragsverhandlungen nur dann akzeptiert würde, wenn der innere Zusammenhang der beiden Projekte unangetastet blieb⁴⁵.

Nichtsdestoweniger waren die im Juli aufgenommenen Regierungsverhandlungen in Brüssel für Adenauer nur ein indirekter Weg, die politische Einigung Europas zu erreichen. Seine Gedanken, ihr einen neuen Impuls zu geben, müssen, soweit heute zu erkennen ist, unter zwei Aspekten gesehen werden: Er wollte die Geschlossenheit des Westens stärken und eine Rückfallposition vorbereiten, sollten sich die USA eines Tages von Europa abwenden.

Sorge bereitete ihm vor allem die Labilität des Westens. In Frankreich war eine Revolution nicht auszuschließen. Und das Verhältnis Großbritanniens zum europäischen Kontinent gestaltete sich wegen der umstrittenen Höhe der Stationierungskosten und nach dem britischen Rückzug vom Messina-Projekt zusehends ungünstiger. Was die Haltung der Vereinigten Staaten anbelangte, so ging der Kanzler schon seit längerem davon aus, daß bei der amerikanischen Öffentlichkeit bis hin zum Präsidenten in europäischen Angelegenheiten große Unkenntnis herrschte⁴⁶. Darüber konnte auch nicht eine Versicherung von Außenminister Dulles hinwegtäuschen, der im Dezember 1955 Adenauer wohlwollendes Verhalten der USA bei einer engeren Integrierung Westeuropas zusagte. Im Grunde waren die Amerikaner der Uneinigkeit der Europäer längst überdrüssig. Sie hofften darauf, daß die europäischen Partner im Ost-West-Konflikt einen größeren Teil der atlantischen Verteidigungslasten tragen würden als bisher.

Die im Juli bekanntgewordenen Pläne General Radfords, amerikanische Truppen aus Europa abzuziehen, lösten bei Adenauer größte Befürchtungen aus. Noch im Juni war ihm bei seinem Besuch in Washington von Dulles versichert worden, alle die NATO betreffenden Fragen würden unter den Mitgliedern der Allianz abgestimmt und keine Entscheidungen ohne vorherige Konsultationen getroffen. Hinter den Überlegungen Radfords vermutete der Kanzler Bestrebungen der USA, mit der Sowjetunion zu einem weltweiten Ausgleich zu kommen, der den deutschen Sicherheitsinteressen entgegenstehen könnte. Das amerikanische Engagement in Asien, der schwer einzuschätzende Kurs von Außenminister Dulles in der Suez-Krise, die von der britischen Regierung aus Kostengründen angestellten Überlegungen, die Truppen auf dem Kontinent zu verringern, und die im Frühjahr 1956 aufgenommenen Ost-West-Abrüstungsverhandlungen, die auf seiten der westlichen Verbündeten ein Abrücken von der Bindung der Wiedervereinigungsfrage an Abrüstungsschritte zu er-

⁴⁵ Zu Verlauf und Ergebnis der Konferenz vgl. Informationsgespräch Hallstein, 1. 6. 1956 (stenografische Niederschrift), S. 1 ff., in: StBKAH. Die Außenminister-Konferenz von Venedig, in: Informationsdienst, Nr. 312/313, 21. 6. 1956.

⁴⁶ Vgl. Schreiben Adenauer an Heuss, 22. 5. 1955, S. 9, in: StBKAH.

kennen gaben, waren für Adenauer wichtige Anhaltspunkte. So war nicht auszuschließen, daß es auf absehbare Zeit zu Vereinbarungen zwischen den Großmächten kommen würde, die den außenpolitischen Handlungsspielraum der Bundesrepublik einengten, ohne daß sie darauf Einfluß nehmen konnte⁴⁷.

Zwar wurden die Spannungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis nach einigen Monaten wieder beigelegt. Doch blieb der alte Herr mißtrauisch. Da in seinen Augen die Europäer weder in der NATO noch in der WEU genügend für ihre Verteidigung taten und auch die USA ihrer Führungsrolle im Bündnis nicht mehr gerecht wurden, galt es, die europäischen Kräfte erneut zu mobilisieren.

Bereitschaft, mit Bonn zu einer engeren Rüstungszusammenarbeit zu kommen, hatte die französische Regierung in zwei Memoranden vom 28. April und 25. September 1956 angedeutet. Dabei stand allerdings weniger der Gedanke gemeinsamer europäischer Verteidigungsanstrengungen als vielmehr die Absicht, den französischen Einfluß auf die deutsche Rüstungspolitik zu vergrößern, im Vordergrund. Das anhaltende Mißtrauen in Frankreich gegenüber den Deutschen und ihrer Ostpolitik war genährt von der Befürchtung, die Bundesrepublik könnte um den Preis nationalstaatlicher Wiedervereinigung bei passender Gelegenheit die Westbindung zugunsten einer Ostallianz lockern. Enge Verbindungen auf möglichst vielen Gebieten herzustellen, schien das beste Mittel zu sein, solchen Neigungen vorzubeugen⁴⁸. Schließlich hatte man in Paris auch noch nicht den Plan eines Rüstungspools aufgegeben, über den schon einmal, im Winter 1955, Verhandlungen unter den WEU-Mitgliedern gescheitert waren.

Die Dominanz des militärisch stärkeren Partners in einer Zweierbeziehung, die fehlende Rückendeckung durch die übrigen Allianzmitglieder, aber auch deren Unbehagen, wenn es über ihre Köpfe hinweg zu deutsch-französischen Abmachungen kommen würde, schreckten die Bundesregierung ab. Zu alledem wären NATO und WEU unnötig geschwächt worden.

Auch wenn dem Kanzler das Vorhaben wenig behagte, konnte er den Vorschlag aus politischen Gründen nicht einfach ablehnen. Immerhin waren die Verhandlungen mit Paris über die Eingliederung des Saarlandes in das Gebiet der Bundesrepublik in vollem Gange. Adenauer wollte die Regelung durch nichts gefährden, galt sie doch als Beweis für die Fähigkeit der Bundesregierung, ein Stück Wiedervereinigung zu verwirklichen.

Im Auswärtigen Amt versuchte man, das französische Angebot für eine allgemeine Verbesserung der außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa zu verwerten. Bisher ungenutzte Aktionsmöglichkeiten im Rahmen der WEU sollten mehr in Anspruch genommen werden. Während seines Besuches am 5. Juli in Rom hatte Adenauer den italienischen Verteidigungsminister Taviani dafür gewonnen, Fortschritte in der Integration über die WEU anzustreben und die EVG in veränderter Form mit britischer Beteiligung wiederzubeleben. Auch der französische

⁴⁷ Vgl. Schwarz, *Die Ära Adenauer*, S. 343.

⁴⁸ Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 262.

Ministerpräsident Mollet stimmte mit Adenauer im September darin überein, den Zusammenschluß der europäischen Staaten durch den Ausbau der WEU im Hinblick auf eine gemeinsame Außenpolitik und eine rüstungspolitische Zusammenarbeit voranzubringen⁴⁹. Im einzelnen war an eine intensive Information und Konsultation über außenpolitische Probleme, an regelmäßige Treffen des Ständigen Rates in London auf der Ebene der politischen Direktoren und an entsprechende organisatorische Vorkehrungen im Generalsekretariat gedacht.

Mit Blick auf den sich verschärfenden Konflikt um den Suez-Kanal hoffte Adenauer, auch Großbritannien werde einsehen, daß es sich nicht allein auf Washington verlassen könne. Da sich in den USA in zunehmendem Maße isolationistische Tendenzen bemerkbar machten, so argumentierte er gegenüber dem britischen Labour-Chef, Hugh Gaitskell, von denen niemand wisse, wie stark sie sind und sich entwickeln werden, liege es auch im britischen Interesse, sich mit den europäischen Staaten enger zusammenzuschließen⁵⁰. Wie sehr Adenauer in dieser Phase der Gedanke beschäftigte, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu arrangieren, um gegen unvorhersehbare amerikanische Disengagement-Entscheidungen gewappnet zu sein und Europas Rolle als Dritte Kraft etwas herauszustellen, wurde in seiner Rede vor den *Grandes Conférences Catholiques* am 25. September in Brüssel⁵¹ erkennbar. Der Zeitpunkt schien ihm geeignet, neue europapolitische Akzente zu setzen, weil er annahm, die Erfahrungen mit Nasser während der Suezkrise hätten den europäischen Regierungen ihre Verteidigungsschwäche vor Augen geführt. Wenn Adenauer gleichzeitig davor warnte, künftig den Fehler der EVG zu wiederholen, allzu starke Verbindungen zu schaffen und alles perfekt regeln zu wollen, so hatte dies vor allem zwei Gründe. Die Verhandlungen über die Wirtschaftsintegration sollten alsbald zu Ende gebracht werden, um die politische Einigung in Angriff nehmen zu können. Flexiblere Lösungen hielt er deshalb für vorteilhaft, weil sie aller Erfahrung nach eher zu Vereinbarungen führen und das Gefühl der Verbundenheit stärken⁵². Andererseits konnte Großbritannien an die Sechser-Gemeinschaft nur herangeführt werden, wenn der Gemeinsame Markt tatsächlich zustande kam und nicht nach supranationalen Regeln funktionierte. Letzteres verhinderte nicht nur jede Annäherung der Briten an Europa. Es entsprach zu jener Zeit auch nicht den Vorstellungen Adenauers von einer politischen Einigung. Gaitskell vertraute er an, daß seine Überlegungen auf einen europäischen Staatenbund – zu dem er auch die skandinavischen Länder zählte – hinausliefen, in dem keinem einzelnen Mitgliedsstaat ein Veto eingeräumt werden dürfe, jedoch eine gewisse, näher zu bestimmende Minderheit die Möglichkeit des Einspruchs haben solle.

Entgegen der Ankündigung Mollets hatte die französische Regierung tatsächlich

⁴⁹ Ebenda, S. 224 ff., 260 ff., sowie Informationsgespräch von Eckardt, 30. 9. 1956, 19 S., in: ACDP, NL Felix von Eckardt I-010-009/2.

⁵⁰ Vgl. Adenauer, a. a. O., S. 219 ff.

⁵¹ Wortlaut bei Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975, S. 327 ff.

⁵² Vgl. Informationsgespräch Adenauers mit dem amerikanischen Journalisten Thayer, 18. 10. 1956, S. 9 ff., in: ACDP, NL Felix von Eckardt I-010-002/1.

an einer Weiterführung der Integration über den Euratomsektor hinaus kein sonderliches Interesse. Den Beitritt Frankreichs zum Gemeinsamen Markt machte sie im September von der Erfüllung verschiedener Bedingungen⁵³ abhängig, was die schon schwierigen Verhandlungen über die Wirtschaftsintegration noch weiter erschwerte. Da die Beratungen über Euratom zügig vorankamen, drängten einige französische Unterhändler darauf, das Junktim aufzulösen. Weil eine Einigung über die Wirtschaftsfragen erst in acht bis zwölf Monaten zu erwarten sei, solle der Euratom-Vertrag vorab unterzeichnet werden.

Monnet, der von Beginn an den erfolgreichen Abschluß beider Projekte bezweifelte, wollte unbedingt Euratom retten. Er bedrängte Adenauer, den Vertrag zu unterschreiben⁵⁴. Die Verfechter des Gemeinsamen Marktes, insbesondere Vizepräsident Etzel und der Brüsseler Ausschußvorsitzende von der Groeben, unternahmen alles, den Kanzler von der Beibehaltung des Junktims zu überzeugen, solange nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft waren. Andernfalls, so argumentierten sie, würde die von Frankreich angedeutete Bereitschaft, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, sofern die Bedingungen erfüllt seien, geschmälert. Außerdem sei damit zu rechnen, daß Euratom ohne den Gemeinsamen Markt bei der deutschen Wirtschaft auf Schwierigkeiten stoßen würde bzw. nur in einer sehr lockeren Form verwirklicht werden könnte.

Hinzu kam die Ungewißheit über die Auswirkungen des von London lancierten Plans, unter den OEEC-Mitgliedern eine europäische industrielle Freihandelszone zu schaffen. Aufgenommen wurde dieser Vorschlag teils mit Optimismus über die neue Richtung der britischen Europapolitik⁵⁵, teils mit großer Skepsis, ob es sich hier-

⁵³ In der Delegationsleitersitzung am 20. September 1956 forderte Staatssekretär Faure: (1) Bei der Schaffung des Gemeinsamen Marktes sollte die nach vier Jahren vorgesehene zweite Integrationsstufe erst in Angriff genommen werden, wenn der Ministerrat einstimmig beschlossen habe, daß die Ziele der ersten Etappe voll erfüllt sind. (2) Die Harmonisierung der sozialen Belastungen gelte es bis zum Ende der Übergangszeit soweit anzugleichen, daß die Gesamtarbeitskosten in den einzelnen Mitgliedsstaaten äquivalent sind. (3) Die französische Regierung wolle sich das Recht vorbehalten, das System der Ausfuhrbeihilfen und Einfuhrabgaben beizubehalten. Es sollte erst dann wegfallen, wenn die Zahlungsbilanz Frankreichs wieder einen Positivsaldo aufweist. (4) Einem in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geratenen Staat sollte es erlaubt sein, bereits fallengelassene Schutzmaßnahmen wieder einzuführen. (5) Die Einbeziehung der französischen Überseegebiete müßte geregelt werden. Und (6) Frankreich sollte eine Ausnahmeregelung für die Inkraftsetzung des Vertrages erhalten. Vgl. Aufzeichnung der französischen Delegation, 19.9. 1956, S. 1ff., in: PAVdG, Akte Materialien zum EWG-Vertrag 33.

⁵⁴ Vgl. zu diesen Vorgängen Monnet, a. a. O., S. 531–534; Jean François Deniau, *L'Europe interdite*, Paris 1977, S. 13f.; Karl Carstens, *Politische Führung. Erfahrungen im Dienste der Bundesregierung*, Stuttgart 1971, S. 18f.

⁵⁵ Vgl. zur Haltung Großbritanniens gegenüber dem europäischen Kontinent Donald C. Watt, *Großbritannien und Europa 1951–1959. Die Jahre konservativer Regierung*, in: VfZ 28 (1980), S. 389–409; Miriam Camps, *Britain and the European Community 1955–1963*, Princeton (New Jersey), London 1964; Karl Kaiser, *EWG und Freihandelszone. England und der Kontinent in der europäischen Integration*, Leiden 1963, sowie Hans-Joachim Heiser, *British Policy with Regard to the Unification Efforts on the European Continent*, Leiden 1959. Zur Rolle der britischen Delegation bei der Brüsseler Sachverständigen-Konferenz vgl. Harold Macmillan, *Riding the Storm*,

bei nicht nur um ein taktisches Manöver handelte. „Die englische Initiative“, so stellte Etzel in einem Vermerk für den Bundeskanzler am 4. Oktober fest, „ist unbestreitbar die Frucht des klaren und zielbewußten Vorgehens der Montanunion-Länder seit den Konferenzen von Messina, Venedig und Brüssel. Ohne diese wären die Engländer nie zu einem derartigen revolutionären Schritt gekommen . . . Nur weil man glaubt, den Gemeinsamen Markt nicht mehr verhindern zu können, will man von ihm nicht ausgeschlossen werden. Weil man die gesteigerte Konkurrenzkraft Kontinentaleuropas auf den dritten Märkten fürchtet, will man sich selbst diesem großen Block in geeigneter Weise anschließen.“⁵⁶

Ohne Zweifel beflügelte der britische Vorschlag die Hoffnungen der Zollunionsgegner, den Gemeinsamen Markt doch noch verhindern zu können. Erhard plädierte am 5. Oktober im Kabinett dafür, den Freihandelszonenplan näher zu prüfen und so lange die Brüsseler Verhandlungen zu verschieben. Damit stieß er jedoch bei Adenauer und Hallstein auf Widerstand. Das Kabinett schloß sich den taktischen Ratschlägen Franz Etzels an, der dem Bundeskanzler zuvor eine Reihe von Kompromißlösungen unterbreitet hatte, mit denen die französischen Forderungen zu entkräften waren.

Der französische Standpunkt, die sozialen Belastungen müßten unter den beteiligten Wirtschaften harmonisiert sein, bevor der Gemeinsame Markt in die zweite Übergangsstufe eintritt, widersprach nicht nur allen modernen Erkenntnissen der Volkswirtschaftstheorie. Man hätte damit auf einem nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierenden europäischen Markt die Entfaltung des freien Wettbewerbs geradezu behindert. Auch wollte sich die Bundesregierung nicht auf die Einführung der 40-Stunden-Woche verpflichten lassen, indem für jede mehr gearbeitete Stunde ein gleicher Überstunden-Zuschlag bezahlt würde. Dies hätte die deutsche Wirtschaft übermäßig belastet und unkalkulierbare Rückwirkungen auf die konjunkturbelebenden Maßnahmen gehabt. Entgegenkommen wollte das Kabinett dem Wunsch Frankreichs, vorübergehend das System der Ausfuhrbeihilfen und Einfuhrabgaben beizubehalten, um der französischen Regierung die Möglichkeit zu geben, den im Vergleich zu den anderen Währungen überbewerteten Franken den tatsächlichen Relationen anzupassen. Dafür sollte Frankreich nach Ablauf des ersten Übergangsabschnitts die Handelsbarrieren soweit abbauen, daß seine Liberalisierungsquote im Mittel dem Niveau der übrigen Mitgliedsstaaten entsprach. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten die Exportsubventionen und Importsteuern beseitigt sein. Die notwendigen

1956–1959, London, Melbourne, Toronto 1971, S. 67 ff.; Anthony Nutting, *Europe will not wait. A Warning and a Way out*, London 1960, S. 84; Spaak, a. a. O., S. 308 ff.; Beyen, a. a. O., S. 241 f. Zu den konzeptionellen Diskussionen über den Freihandelszonen-Plan innerhalb der britischen Regierung die Studie des Verfassers, a. a. O., S. 205 ff., 280 ff.

⁵⁶ Für die Richtigkeit dieser Annahme sprechen vor allem die Äußerungen des britischen Handelsministers Thornycroft gegenüber Etzel während einer Sitzung des Assoziationsrates der Montanunion und Großbritanniens Ende November 1956 in London, als dieser die Frage Etzels, ob England sich auch mit Europa verbinden würde, wenn die Sechs nicht eine Zollunion und einen Gemeinsamen Markt bildeten, grundsätzlich verneinte. Vgl. Schreiben Etzel an Erhard, 3. 12. 1956, S. 10, in: PAvdG, Akte Deutsche Unterlagen zu den Integrationsverhandlgn. 3.

Angeleichungen erst dann vorzunehmen, wenn Frankreich einen befriedigenden Überschuß seiner Zahlungsbilanz aufwies, lehnte die Bundesregierung ab. Statt dessen sollten im Falle von Zahlungsbilanzkrisen Schutzklauseln angewendet werden, vorausgesetzt, die Mitgliedsstaaten hätten vorher im Ministerrat die Möglichkeit, Auflagen zu erteilen. Was die französische Forderung anbetraf, wegen der Belastungen des Algerienkrieges das Inkrafttreten des EWG-Vertrages zeitlich hinauszuschieben, so war das Kabinett ebenfalls bereit, in einem klar begrenzten Zeitraum von ein bis zwei Jahren Aufschub zu gewähren, da man sonst einen Markt der Fünf schaffen würde. Schließlich wurde die Weisung erteilt, zu verhindern, daß die französische Formel, den Übergang von der ersten zur zweiten Übergangsstufe beim Aufbau des Gemeinsamen Marktes von einem einstimmigen Votum aller Mitgliedsstaaten abhängig zu machen, Eingang in den Vertrag fand.

In der Euratomfrage vertrat Minister Strauß die Ansicht, daß nach Lage der Dinge der Euratom-Vertrag als ein deutsches Opfer für den französischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt gesehen werden müsse, da er die deutsche Entwicklung mehr kontrolliere denn fördere. Adenauer hingegen sah das Problem pragmatisch. Frankreich war auf dem Gebiet der Forschung weiter als die Bundesrepublik. Also konnte es nur im deutschen Interesse liegen, sich an der Atomgemeinschaft zu beteiligen. Auf dem Weg über Euratom wollte Adenauer möglichst schnell dahin kommen, daß Atomwaffen hergestellt werden könnten. Doch war der Kanzler aus taktischen Gründen entschlossen, den Euratom-Vertrag erst dann zu ratifizieren, wenn die Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt abgeschlossen waren.

Die zur Bereinigung der Gegensätze anberaumte Außenminister-Konferenz der Montanunion-Staaten am 20./21. Oktober in Paris führte jedoch nicht zu den erwarteten Kompromissen. Vielmehr spitzte sich die deutsch-französische Auseinandersetzung über die Sozialfragen so sehr zu, daß die Konferenz abgebrochen werden mußte⁵⁷.

In Bonn löste das Konferenzergebnis große Meinungsverschiedenheiten aus. Im Bundeswirtschaftsministerium wurde sogleich damit begonnen, einen Entwurf für ein ganz neues Vertragsprojekt auszuarbeiten, um die Verhandlungen auf der Integrationschiene der OEEC fortzuführen. Schon wegen dieser Gefahr des endgültigen Scheiterns der Konferenz spielte das Auswärtige Amt die Probleme herunter. Seiner Ansicht nach erforderte die Verhandlungslage weder eine völlige Preisgabe des bis dahin Erreichten noch wurden die aufgetretenen Differenzen als so tiefgreifend empfunden, daß eine Kompromißlösung von vorneherein als ausgeschlossen angesehen werden mußte. Das Auswärtige Amt sprach sich deshalb für weitere Konzessionen an Frankreich aus.

Unmittelbar vor Unterzeichnung des Saarvertrages suchte Adenauer natürlich einen Konflikt mit Paris zu vermeiden. Angesichts der angespannten internationalen Lage am Suezkanal und in Ungarn war es zudem nicht zu verantworten, einen weiteren Streitpunkt im westlichen Lager entstehen zu lassen. Dennoch wurde der Kanz-

⁵⁷ Vgl. zu Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen Karl Carstens, *Das Eingreifen Adenauers in die Europa-Verhandlungen im November 1956*, in: Blumenwitz u. a., *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1 Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, Stuttgart 1976, S. 592 ff.

ler aus den Reihen der eigenen Partei und der Opposition eindringlich davor gewarnt, gerade in diesen Tagen zu Besprechungen nach Paris zu fahren. Adenauer setzte sich darüber hinweg, weil er befürchtete, eine kurzfristige Absage seines Besuches könnte von französischer Seite als Affront aufgefaßt werden und sich negativ auf die Ratifizierung des Saarvertrages auswirken. Da Mollet schon genügend Schwierigkeiten hatte, das Abkommen in der Nationalversammlung zu vertreten, wollte Adenauer keine unnötigen Komplikationen verursachen.

Zuvor unterbreitete die Bundesregierung Frankreich ein Kompromißangebot, das aber nur in zwei Punkten wesentlich von den Leitlinien des Kabinetts abwich. Zum einen zeigte sie in der Frage der Harmonisierung der wöchentlichen Arbeitszeit Kompromißbereitschaft an. Zum anderen war sie bereit, die Frist für die Abschaffung des französischen Sondersystems der Einfuhrabgaben und Ausfuhrbeihilfen nicht zum Ende der ersten Integrationsstufe, sondern bis zum Ende der Übergangszeit zu verlängern.

Während der eintägigen Kanzlervisite in Paris⁵⁸ wurden von Karl Carstens, damals Leiter der Europa-Abteilung im Auswärtigen Amt, und dem stellvertretenden Chef der französischen Delegation, Robert Marjolin, die entscheidenden Kompromisse ausgehandelt. Sie bestanden darin, daß die Angleichung der sozialen Verhältnisse nicht mehr zur Vorbedingung für den Übergang zur zweiten Stufe gemacht wurde, sondern lediglich Ziel gemeinsamer Bestrebungen sein sollte. Der Durchbruch für die Brüsseler Verhandlungen war damit erreicht.

Für die französische Regierung war dessenungeachtet die Anwesenheit des Bundeskanzlers auf dem Höhepunkt der Suezkrise vor allem psychologisch von Bedeutung. Man war beeindruckt von der Autorität und Beharrlichkeit, mit der ein Deutscher Verständnis für die schwierige Lage Frankreichs aufbrachte. Das Verhalten des Kanzlers wurde vielerorts als ein Bekenntnis deutscher und europäischer Solidarität und als Beweis des Vertrauens bewertet.

Dieser Erfolg konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Verlauf des Suez-Konfliktes und der Aufstand in Ungarn einen Wendepunkt für die westliche Sicherheits- und Einigungspolitik markierten. Frankreich wie auch Großbritannien hatten zu erkennen gegeben, allein über ihre Politik entscheiden zu wollen. Trotz der vorhandenen Konsultationsorgane der NATO und der WEU waren die Verbündeten weder von London noch von Paris über ihre Absichten konsultiert oder auch nur in-

⁵⁸ Adenauers Besuch in Paris wird im wissenschaftlichen Schrifttum fast ausschließlich aus der Perspektive der sicherheitspolitischen Spannungen zwischen Ost und West dargestellt. Abgesehen von dem Beitrag Karl Carstens', a. a. O., S. 599 ff., und einem Hinweis in den Aufzeichnungen Herbert Blankenhorns, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979*, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1980, S. 257, findet sich keine Bemerkung über die Bedeutung der Reise für die Brüsseler Integrationsverhandlungen. Wilhelm Grewe moniert zwar (Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugens deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/M., Berlin, Wien 1979, S. 281 ff.) die lückenhafte Darstellung in Adenauers Erinnerungen, a. a. O., S. 225 ff., hellt diese aber nur unter sicherheitspolitischen Aspekten auf. Gleiches trifft für die Schilderung Felix von Eckardts, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf, Wien 1967, S. 461 ff., zu. Vgl. in diesem Zusammenhang auch Baring, a. a. O., S. 200, 425.

formiert worden. Das Verhalten der USA hatte jedoch gezeigt, daß sie nicht gewillt waren, militärische Alleingänge ihrer Allianzpartner zu tolerieren. Ernüchert mußten Briten und Franzosen feststellen, daß ein militärisch schutzbedürftiger Staat Anspruch auf eine eigenständige Großmachtrolle verwirkt. Zwar hatte das ein Zusammenrücken der europäischen Bündnismitglieder gegenüber der Hegemonialmacht zur Folge. Frankreich entschloß sich daraufhin, unter dem Vorbehalt der Regelung der Überseegebiete dem Gemeinsamen Markt beizutreten⁵⁹, während Großbritannien nunmehr vollends den Freihandelszonen-Plan unterstützte. Doch enthielten diese unterschiedlichen Strategien bereits genügend handelspolitischen Konfliktstoff, der wenig Raum für politische Einigungsschritte ließ. Vorrangige Aufgabe müsse es nunmehr sein, so erklärte Adenauer beim Teegespräch am 5. November, der WEU zur Funktionsfähigkeit zu verhelfen. Dann werde es auch viel leichter sein, die NATO wieder funktionsfähig zu machen und die Vereinigten Staaten wieder mehr in die westliche Politik hineinzunehmen⁶⁰.

Für weitergehende politische Einigungsbemühungen war es unabdingbar, die Brüsseler Verhandlungen schnell zum Abschluß zu bringen. Daß Adenauer durchaus bereit war, Risiken einzugehen, wenn es galt, politische Fortschritte zu erreichen, zeigte sich in der Schlußphase der Verhandlungen. Bei der Fülle von Einzelfragen, die für den Gemeinsamen Markt zur Entscheidung anstanden, war ein Thema besonders heftig umstritten: die Einbeziehung der überseeischen Gebiete. Frankreichs Absicht, die Mitgliedsländer an den Entwicklungskosten seiner Kolonien zu beteiligen, führte innerhalb der Bundesregierung erneut zu Auseinandersetzungen. Erhard, der nach dem Pariser Kompromiß keine Möglichkeit mehr sah, die Verhandlungen abzublocken, versuchte nun, das Schlimmste zu verhüten. Offen wandte er sich dagegen, die Bundesrepublik mit den politischen und wirtschaftlichen Fehlern französischer Kolonialherrschaft zu belasten. Im Auswärtigen Amt und auch in Brüsseler Delegationskreisen herrschte die Überzeugung, daß allein aus innenpolitischen Gründen Frankreich den Vertrag nur unterzeichnen würde, wenn die Regierung dem Parlament eine europäische Lösung für die Kolonialprobleme präsentieren könnte. Adenauer, von dem ehrlichen Bestreben Mollets überzeugt, die Verträge zum Abschluß zu bringen, verteidigte die französische Position mit dem Argument, „die ganze Sache mit Afrika (hat) nichts zu tun . . . mit Kolonialismus“. Man müsse Frankreich helfen, da seine Kraft allein nicht mehr ausreiche. Im Hinterkopf hatte er aber wohl mehr die strategische Überlegung, den afrikanischen Kontinent als Betätigungsfeld für die Europäer zu erhalten und zu verhindern, daß es dem Expansionstrieb der Sowjetunion anheimfiel. Nicht zuletzt reizte ihn die günstige Gelegenheit, die an Rohstoffen arme Bundesrepublik an der Entwicklung Afrikas, eines der reichsten Gebiete dieser Erde, zu

⁵⁹ Vgl. Erling Bjøl, *La France devant l'Europe. La Politique Européenne de la IVe République*, Kopenhagen 1966, S. 76 f.

⁶⁰ Vgl. Informationsgespräch, 5. 11. 1956 (unkorrigiertes Manuskript), S. 3 f., in: StBKAH, sowie Bericht des Journalisten Ludwig von Danwitz an Chefredaktion WDR und NDR, 5. 11. 1956, 3 S., in: ACDP, NL Ludwig von Danwitz I-330-013.

beteiligen⁶¹. Großzügige finanzielle Zugeständnisse an Frankreich, wie er sie in der Frage des deutschen Finanzbeitrages zum Entwicklungshilfefonds während des Gipfeltreffens der Regierungschefs am 19./20. Februar in Paris machte, fielen dabei nicht ins Gewicht. Finanzielle Hilfen und wirtschaftliche Interessenunterschiede durften kein Hindernis für die deutsch-französische Annäherung im Rahmen der europäischen politischen Einigung sein.

Auch bei der Euratom-Regelung akzeptierte der Bundeskanzler die französischen Wünsche. Die Gemeinschaft sollte zwar Eigentümerin der besonderen spaltbaren Stoffe sein, von der wirtschaftlichen Nutzung dieser Eigentümerstellung konnte sie aber de facto ausgeschlossen werden. Denn die Nutzungs- und Verbraucherrechte an den Kernbrennstoffen wurden den ordnungsgemäßen Besitzern zugesprochen. Solange dem Verbraucher die Sicherheitsbestimmungen genügten, war ihm ein uneingeschränktes Nutzungsrecht sicher. Mit dieser gelockerten Versorgungsregelung war der privaten deutschen Atomindustrie aber auch Bewegungsfreiheit geblieben⁶².

Viel entscheidender aber war für Adenauer, die französische Unterstützung gewonnen und zugleich vereitelt zu haben, daß Westeuropa zur politischen Einflußlosigkeit absank. Der Selbsterhaltungstrieb und die geistige Führungsrolle Europas in der Welt verboten hier Zurückhaltung. Der Gedanke eines Europas als „Dritte Macht“ in enger Verbundenheit mit den USA war hier durchaus im Spiel.

Natürlich war die Bundesregierung darauf bedacht, ihre internen Auseinandersetzungen über die Europapolitik möglichst lange der Öffentlichkeit zu verbergen. Eine parlamentarische Debatte über die Verträge zögerte sie bis kurz vor der Unterzeichnung hinaus⁶³. Die deutschen Verhandlungspositionen waren somit das Resultat der Interessenabstimmung innerhalb der Bonner Regierungsbürokratie. Selten wurden Forderungen von Parteien und Verbänden als Hebel zur Durchsetzung deutscher Anliegen benutzt. Ganz im Gegensatz zu Frankreich, wo sich die Regierung in den zentralen Fragen vom Parlament die Hände binden ließ und auf diese Weise in Brüssel Konzessionen einhandelte. So klagten die Oppositionsparteien SPD und FDP, daß Verhandlungen von größter Tragweite wieder einmal völlig am Parlament vorbeigelaufen seien⁶⁴. Die FDP lehnte gar eine Ratifizierung durch den „alten“ Bundestag ab, weil ihm dazu vor Ablauf der Legislaturperiode im Herbst 1957 die Legitimation fehle.

⁶¹ Vgl. Kanzler-Tee, 22.2. 1957, a. a. O., S.7; Adenauer, a. a. O., S.269; Günther Harkort, Die überseeischen Gebiete im Gemeinsamen Markt, in: Der Gemeinsame Markt. Grundgedanken, Probleme und Tatsachen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. von der Europa Union Deutschland, Bonn 1957, S. 65 ff.

⁶² Vgl. dazu Heinz Haedrich, Das Eigentum der Europäischen Atomgemeinschaft an Kernbrennstoffen, in: Walter Hallstein/Hans-Jürgen Schlochauer (Hrsg.), Zur Integration Europas. Festschrift für Carl F. Ophüls aus Anlaß seines siebenzigsten Geburtstages, Karlsruhe 1965, S. 54 ff.

⁶³ Vgl. die Erklärung der Bundesregierung, vorgetragen von Staatssekretär Hallstein am 21. 3. 1957, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 35 (1957), S. 11327 ff.

⁶⁴ Die Bundesregierung hatte jeweils nach den großen Konferenzen von Venedig und Paris im Oktober 1956 und Februar 1957 den Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages über den Fortgang der Verhandlungen in Brüssel unterrichtet. Am 21. 3. 1957 ließ sie überdies in einer großen Eu-

Dennoch hatte die Regierung erstaunlich wenig Mühe, die Gesetze im Parlament durchzubringen. Ausschlaggebend war vor allem die veränderte Haltung der Sozialdemokraten. Ihre Ablehnung der Pariser Verträge fand bei der französischen Schwesterpartei SFIO, aber auch bei den anderen sozialistischen Parteien Westeuropas kaum Verständnis. Mit ihrer ständigen Verweigerungshaltung in der Integrationsfrage hatte sich die SPD allmählich in eine Außenseiterrolle hineinmanövriert⁶⁵, die sie in Gefahr brachte, international isoliert zu werden. Die Kehrtwende deutete sich an, als Jean Monnet im Sommer 1955 den SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zur Mitarbeit in seinem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa überreden konnte⁶⁶. Der Parteivorstand entschied schließlich am 7./8. März 1957, die Verträge nicht abzulehnen. Er unterstrich damit seine grundsätzlich positive Haltung zur wirtschaftlichen Integration Westeuropas.

Den Bedenken, welche die SPD-Abgeordneten Deist und Arndt während der Bundestagsdebatten im März 1957⁶⁷ gegen den Beitritt zum Gemeinsamen Markt vortrugen, fehlte dann auch die rechte Überzeugungskraft. Zwar hielt Arndt es für unbedingt erforderlich, daß im Vertrag Deutschland das Recht zugestanden werde, nach seiner Wiedervereinigung frei über das Verbleiben in den Europäischen Gemeinschaften entscheiden zu können. Doch hatte Delegationschef Ophüls schon am 28. Februar in Brüssel zu Protokoll gegeben, die Bundesregierung gehe von der Möglichkeit aus, daß im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands eine Überprüfung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom stattfinde. Auch ohne vertragliche Regelung glaubte die Bundesregierung damit in ausreichendem Maße die volle politische Handlungsfreiheit für ein wiedervereinigtes Deutschland garantiert zu ha-

ropadebatte die Bereitschaft erkennen, in der Integration voranzuschreiten. Außerdem war im Februar 1957 auf Drängen der Opposition ein Sonderausschuß Gemeinsamer Markt/Euratom vom Deutschen Bundestag eingesetzt worden, der die Vertragstexte prüfte. Vgl. dazu Carstens, Politische Führung, S. 43, und die Ausführungen von Staatssekretär Hallstein am 21. 3. 1957 vor dem Deutschen Bundestag, in: Bulletin, Echte Chancen für die politische Einheit Europas, Nr. 56, 22. 3. 1957, S. 473. Im übrigen reiste der Fraktionsvorsitzende der SPD, Fritz Erler, während der Vertragsverhandlungen alle zwei Monate mit einem Unterausschuß nach Paris und nahm dort Einblick in die Verhandlungsunterlagen. Vgl. Carl-Christoph Schweitzer, Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages im außenpolitischen Entscheidungssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/80, 10. 5. 1980, S. 12. Im gleichen Zusammenhang bestätigte der FDP-Abgeordnete Mende, daß die Bundestagsfraktion sich auf dem Umweg über die Protokolle der französischen Nationalversammlung informiert habe. Vgl. Die Kritik der FDP am Gemeinsamen Markt, in: Neue Zürcher Zeitung, 5. 3. 1957.

⁶⁵ Vgl. Kurt Thomas Schmitz, Deutsche Einheit und Europäische Integration. Der sozialdemokratische Beitrag zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des programmatischen Wandels einer Oppositionspartei, Bonn 1978; William E. Paterson, The SPD and European Integration, Westmead (Farnborough, Hants) 1974; Rudolf Hrbek, Die SPD – Deutschland und Europa. Die Haltung der Sozialdemokratie zum Verhältnis von Deutschland-Politik und Westintegration (1945–1957), Bonn 1972.

⁶⁶ Vgl. Monnet, a. a. O., S. 251 f.

⁶⁷ Vgl. deren Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag am 21. 3. 1957, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 35 (1957), S. 11334 ff., 11370 ff.

ben⁶⁸. Nachdem die Bonner Vertreter im Protokoll über den innerdeutschen Handel sichergestellt hatten, daß durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes Deutschland nicht zusätzlich von einer Zollgrenze geteilt würde und die Handelsgrenzen zur DDR weiterhin offen blieben, war diesem Thema jeglicher Zündstoff genommen.

Allein die FDP und der Gesamtdeutsche Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten glaubten eine weitere Vertiefung der deutschen Spaltung abwehren zu müssen. Als provisorischer deutscher Teilstaat, so kritisierte die FDP, verliere die Bundesrepublik in den „fortschreitenden kleineuropäischen Integrationsbemühungen“ ihre Kraft; für eine Konzentration auf die Wiedervereinigung bleibe wenig Energie⁶⁹.

Adenauer konnte sich jedoch auf seine Fraktion verlassen. Christdemokraten und die bayerischen Christlich-Sozialen stellten sich geschlossen hinter ihn. Sie sahen in der Wirtschaftsintegration die notwendige Ergänzung zur militärischen Westintegration, die dazu beitrage, den Frieden in Europa zu bewahren. Ihr Sprecher, Hans Furler, rechtfertigte die finanziellen Opfer in der Assoziierungsfrage mit der engen Anbindung an die westlichen Nachbarn und insbesondere an Frankreich⁷⁰. Der konservative bürgerliche Block sah die europäische Integration als ein Ziel sui generis, das eben seinen Preis fordere.

Erhard hingegen teilte Pressevertretern mit, daß er den Gemeinsamen Markt für einen „volkswirtschaftlichen Unsinn“ halte. In den angeblich protektionistischen und wettbewerbsfeindlichen Regeln des Vertrages meinte er seine Warnung vor einem dirigistischen Europa bestätigt zu sehen. Daß ihnen in Wirklichkeit eine marktwirtschaftliche Konzeption zugrundelag, an deren vertraglicher Verankerung zwei Vertreter seines Ressorts, nämlich Prof. Müller-Armack und Ministerialdirigent v. d. Groeben, maßgeblichen Anteil hatten, fand bei Erhard keine Anerkennung. Wenn er den Verträgen dennoch zustimmte, so dann nur, weil sie politisch für die Bundesrepublik notwendig waren.

Der Kanzler brauchte nicht in die Ratifizierungsdebatte einzugreifen. Innerhalb der SPD-Fraktion hatten die Befürworter des europäischen Zusammenschlusses mit Hilfe des Einflusses von Jean Monnet⁷¹ in der Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Verträge die Oberhand behalten.

⁶⁸ Nach Auffassung des 3. Sonderausschusses Gemeinsamer Markt/Euratom des Deutschen Bundestages deckt die Formulierung „Überprüfung der Verträge“ alle Möglichkeiten ab, die sich im Falle der Wiedervereinigung ergeben können. Sie läßt die Wahl der Beteiligung oder Nichtbeteiligung des wiedervereinigten Deutschlands an den Verträgen völlig offen. Vgl. Deutscher Bundestag, 2. Wahlperiode 1953, Drucksache 3660, Schriftlicher Bericht des 3. Sonderausschusses Gemeinsamer Markt/Euratom über den Entwurf eines Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft nebst Ergänzung Drucksachen 3440, Nachtrag zu 3440, 3615, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 38 (1957), Anlage 2, S. 13386.

⁶⁹ Vgl. Robert Margulies, *Der Gemeinsame Markt – ein Fortschritt?*, in: Freie Demokratische Korrespondenz, Nr. 8, 31. I. 1957, und seine Ausführungen vor dem Deutschen Bundestag am 21. 3. 1957, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 35 (1957), S. 11350 ff.

⁷⁰ Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Bd. 38 (1957), S. 13316 f.

⁷¹ Vgl. zur Rolle Monnets bei der Ratifizierung der Verträge in Bonn und Paris Monnet, a. a. O.,

Nach dem erbitterten Widerstand gegen die EVG, die NATO und die Wiederaufrüstung trugen die Sozialdemokraten erstmals den außenpolitischen Westkurs der Bundesregierung mit. Die gemeinsame Unterstützung war zugleich Ausdruck eines neuen überparteilichen Konsenses, der bis in die Gegenwart die deutsche Europapolitik kennzeichnet. Der seit Anfang der fünfziger Jahre andauernde Streit um Wiedervereinigung und Westintegration war damit ad acta gelegt. Als erstes Parlament der sechs Gemeinschaftsstaaten nahm der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU, DP/FVP und SPD gegen die Stimmen der FDP und des GB/BHE die Verträge an.

Nur mit einigem Zögern bejahte die deutsche Wirtschaft das Vertragswerk. BDI und Gewerkschaftsverbände hatten wenig Gelegenheit, maßgeblich auf die deutschen Verhandlungslinien Einfluß zu nehmen⁷². Lange Zeit recht spärlich mit amtlichen Informationen versorgt, fühlten sich ihre Vertreter in den entscheidenden Verhandlungsphasen von der Bundesregierung regelrecht übergangen. Erst im Januar 1957 wurden sie im Detail über die Vertragsinhalte orientiert. Die positive Resonanz der Industrie auf die Messina-Pläne war daher im Laufe der Regierungsverhandlungen einer zunehmenden Skepsis gewichen. Man befürchtete, von der liberalen Konstruktion des Gemeinsamen Marktes, so wie im Spaak-Bericht beschrieben, werde im Vertrag zugunsten dirigistischer Prinzipien abgerückt. Dahinter verbarg sich die Sorge, die in der Bundesrepublik erfolgreich praktizierten Grundsätze einer unternehmerischen, sozialverpflichteten Marktwirtschaft würden auf dem europäischen Markt nicht in gleicher Weise frei zur Entfaltung kommen. Die Verschlechterung der Wettbewerbslage einzelner Industriezweige spielte nur in zweiter Linie eine Rolle. Man vertraute der eigenen Leistungskraft und der Fähigkeit, auf dem europäischen Markt künftig konkurrieren zu können⁷³.

Mit der Gründung der europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft war für die Bundesrepublik die Phase der Eingliederung in den Westen abgeschlossen. Die neue Konstellation Anfang 1958 hatte mit der ungünstigen Ausgangslage der Jahre 1954 und 1955 nur noch wenig gemein. Die Bundesrepublik war inzwischen zu einem voll akzeptierten und gleichberechtigten Partner im westlichen Verbundsystem herangereift. Dazu hatte vor allem ihre Unterstützung bei den Brüsseler Regierungsverhandlungen beigetragen. Dort vermochte sie ihren neu gewonnenen außenpolitischen Handlungsspielraum sehr wohl im eigenen wie auch im europäischen Interesse

S. 535 ff.; Roger Massip, *Voici l'Europe*, Paris 1958, S. 122 f.; Walter Yondorf, *Monnet and the Action Committee. The Formative Period of the European Communities*, in: *International Organization* 19 (1965), S. 897, 901.

⁷² Vgl. DGB wünscht Klarheit über den Gemeinsamen Markt, in: *DGB Nachrichtendienst*, ND 25/57, 30. 1. 1957; *Bedenken der Wirtschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. 1. 1957; *Bonner Vorbehalte zum Brüsseler Plan*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 1. 2. 1957; *Schreiben Sohl an Berg*, 8. 3. 1957, S. 2, in: *PÄvdG, Akte Deutsche Unterlagen zu allen Integrationsverhandlungen* 7.

⁷³ Vgl. *Der Gemeinsame Markt. Eine Umfrage in der deutschen Wirtschaft*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. 3. 1957; Heinrich Eichner, *Wie steht die deutsche Industrie zum Gemeinsamen Markt?*, in: *Der Gemeinsame Markt*, a. a. O., S. 115 ff.; Karl Albrecht, *Gemeinsamer Markt und Freihandelszone im Urteil deutscher Wirtschaftskreise*, in: *Außenwirtschaft*, a. a. O., S. 154 ff.

zu nutzen. Bonn gewann dabei zusehends Kontrolle über die noch festzuschreibenden Bedingungen westeuropäischer Zusammenarbeit, welche die Ziele und Mittel der westdeutschen Außenpolitik in den folgenden Jahrzehnten vorzeichneten. Durch die Schaffung von EWG und Euratom wurde die gewonnene Souveränität der Bundesrepublik also nicht wieder neutralisiert, sondern ihre Rolle als eine der führenden Mächte Westeuropas untermauert. Nach außen hin wurde dies vor allem von französischer Seite mit dem Vorschlag anerkannt, Walter Hallstein zum ersten Präsidenten der EWG-Kommission zu ernennen.

Auch wenn Bonn nichts ohne Rückendeckung Washingtons tat, war die Gründung der neuen Gemeinschaften vor allem ein Erfolg der Bundesregierung. Sie hatte politisch wie konzeptionell maßgeblich dazu beigetragen, daß die Integrationsarbeiten fortgeführt und schließlich in Vertragstexte umgesetzt wurden. Nicht zuletzt war das die Voraussetzung, die es Adenauer in den folgenden Jahren erlaubte, im Rahmen der westlichen Zusammenschlüsse eine für die deutschen Interessen optimale Gleichgewichtspolitik zu betreiben⁷⁴.

Daß diese Rolle innerhalb der Regierung Reibungsverluste erzeugen würde, war bereits Anfang 1955 zu erkennen. Trotz allseitiger Beteuerungen, das Einigungswerk weiter verfolgen zu wollen, hatte die Bundesregierung Schwierigkeiten, ihre Linie in der Integrationspolitik zu entwickeln. Dem Kanzler gelang es nie so recht, die Ressortkonflikte zwischen Auswärtigem Amt und Bundeswirtschaftsministerium zu lösen und Erhard für seinen Kurs zu gewinnen. Selbst die Richtlinien-Entscheidung blieb da wirkungslos. Allerdings ließ sich auch bei Adenauer ein allmähliches Abrücken von den supranationalen Integrationsplänen erkennen, so wie sie von ihm Anfang der fünfziger Jahre zur Erlangung der Gleichberechtigung und Souveränität propagiert worden waren.

Der Kanzler hat die Entstehung der EWG in mancher Hinsicht begünstigt und stets entschlossen unterstützt. Doch tat er es nicht um der wirtschaftlichen Integration willen. Die Regierungsverhandlungen waren ihm immer nur ein Mittel zum Zweck, und zwar in dreifacher Hinsicht: Über die wirtschaftliche Verflechtung zu einer konföderativen Form der politischen Einigung zu gelangen, die deutsch-französische Verständigungspolitik im europäischen Kontext zu fördern, zeitweise sogar Hilfestellung für die Regelung der Saarfrage zu geben, und schließlich Europa gegen die Gefahren des Kommunismus zu stärken.

Die Gründung der EWG löste selbstverständlich nicht alle Probleme deutscher Europapolitik. Zu viele Fragen der gemeinsamen europäischen Außen-, Verteidigungs- und Handelspolitik, insbesondere mit Großbritannien, waren unklar geblieben. Doch hatte die Bundesrepublik geholfen, ein europäisches Terrain zu schaffen, das eine weiterführende politische Einigung zuließ und ihren neuen Status als westeuropäische Großmacht absicherte.

⁷⁴ Vgl. zur Entwicklungsgeschichte der EWG die neuere Darstellung von Hans von der Groeben, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden-Baden 1982.

Dokumentation

SIEGFRIED SUCKUT

ZU KRISE UND FUNKTIONSWANDEL DER BLOCKPOLITIK IN DER SOWJETISCH BESETZTEN ZONE DEUTSCHLANDS UM DIE MITTE DES JAHRES 1948

Vorbemerkung

Die nachfolgenden Ausführungen sind Teilergebnis eines zunächst von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und nun von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten und vom Verfasser bearbeiteten Forschungsprojektes zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR (1945–1961). Sie stützen sich neben den allgemein zugänglichen Quellen vor allem auf Akten, die in den Archiven des Hauptvorstandes der CDU in der DDR und des Nationalrats der Nationalen Front eingesehen wurden.

Die Frühgeschichte der Blockpolitik ist bisher in der westlichen DDR-Forschung lediglich von Manfred Koch und (wenn auch nur sehr knapp) von Roderich Kulbach/Helmut Weber thematisiert worden¹. Auch die Geschichtsschreibung der DDR hat sich diesem Untersuchungsfeld bisher nur gelegentlich zugewendet und dann Arbeiten vorgelegt, die weitgehend den Charakter von Überblicksdarstellungen tragen².

Protokolle von Beratungen politisch relevanter Entscheidungsgremien in der SBZ/DDR gehören zu den Raritäten bundesdeutscher Zeitgeschichtsschreibung. Der Verfasser plant, in Kürze eine umfassende Dokumentation zur Entwicklung der Blockpolitik in der SBZ/DDR in den Jahren 1945–1949 zu veröffentlichen. Auch aus diesem Grunde erschien es vertretbar, auf detailliertere Ausführungen zur Vorgeschichte und zum weiteren Verlauf der SED-Bündnispolitik auf Zentralebene zu ver-

¹ Manfred Koch, Der Demokratische Block, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 281 ff.; Roderich Kulbach/Helmut Weber, Parteien im Blocksystem der DDR. Funktion und Aufbau der LDPD und der NDPD, Köln 1969.

² Aus der für westliche Benutzer zugänglichen Literatur sind für die Periode 1945–48 vor allem zu nennen: Manfred Krause, Zur Geschichte der Blockpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1945 bis 1955, Diss. Berlin (DDR) 1978; Günther Grosser, Der Block der demokratischen Parteien und Massenorganisationen – eine spezifische historische Form der Zusammenarbeit antifaschistisch-demokratischer Parteien und Organisationen bei der Vernichtung der Grundlagen des deutschen Imperialismus und der Schaffung der Grundlagen einer neuen demokratischen Ordnung, Diss. Leipzig 1957; Rolf Stöckigt, Zur Politik der SED bei der Festigung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien (1948 bis zur Gründung der DDR), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1974, Sonderheft, S. 120 ff.

zichten. Vielleicht kann ein Beitrag wie dieser das in der Bundesrepublik noch geringe Interesse an historischer Grundlagenforschung über die DDR anregen helfen.

Zur Vorgeschichte und Entstehung der Blockpolitik

Die Geschichte der Blockpolitik in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands ist untrennbar verbunden mit der des Parteiensystems überhaupt. Schon am Tage nach Erlaß des Befehls Nr.2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), der die Gründung politischer Parteien gestattete, trat die KPD am 11. Juni 1945 mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit, der nach ihrem Verständnis auch die Grundlage zur Schaffung eines „Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien“ bilden sollte³. Dieses Angebot entsprach dem programmatischen Konzept der KPD, wie es in den 30er Jahren unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Herrschaft erarbeitet und in Anlehnung an die Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Komintern (1935) und deren Fortentwicklung auf ihrer „Brüsseler“ (1935) bzw. „Berner“ (1939) Konferenz formuliert worden war. Es sah vor, nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes nicht sogleich mit dem Aufbau des Sozialismus in Deutschland zu beginnen, sondern zunächst eine noch an bürgerlich-demokratischen Traditionen angelehnte „Demokratie neuen Typs“ zu errichten, die sich vom politischen System der Weimarer Republik allerdings darin unterscheiden sollte, daß die „Vorrechte des Großkapitals praktisch beseitigt“ sein würden⁴.

Die politische Stabilität und Funktionsfähigkeit dieser Übergangsordnung sollte nicht zuletzt mit Hilfe der bündnispolitischen Komponenten des Entwurfs gesichert werden. Sie sahen vor, auf der Basis enger Kooperation mit der SPD („Einheitsfront der Arbeiterklasse“) ein Bündnis auch mit solchen sozialen Gruppen einzugehen, „die sich für die traditionellen bürgerlich-demokratischen Freiheiten einsetzen“⁵ („Volksfront“).

Dieses Konzept, durch den Hinweis auf Lenins Ausführungen in „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie“ zusätzlich ideologisch legitimiert, bildete die Basis der Programmdiskussion der Moskauer Exilführung während der letzten Kriegsjahre. Die dort in der Emigration lebenden KPD-Funktionäre planten, nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus in Deutschland auch bürgerliche Parteien entstehen zu lassen, die zur Zusammenarbeit im Sinne der Volksfront-Strategie bereit wären. Mitte Januar 1945 wurden sie in Ulbrichts Konzept vom „Block demokratischer Kräfte“ ausdrücklich einbezogen⁶ – freilich immer in der Hoffnung (und möglicher-

³ Deutsche Volkszeitung vom 13. Juni 1945.

⁴ So die Formulierung in einem programmatischen Entwurf Anton Ackermanns. Vgl. Arnold Sywotek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf 1971, S. 74.

⁵ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5, Berlin (DDR) 1966, S. 109.

⁶ Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Band II, 1933–1946, Zusatzband, Berlin (DDR) 1966, S. 202.

weise auch unter der Voraussetzung), daß sich doch noch eine kampfstärke Widerstandsbewegung in Deutschland selbst formieren und den Krieg rascher beenden helfen würde.

Die Nichterwähnung politischer Parteien in der 1944/45 erarbeiteten Konzeption eines „Blocks der kämpferischen Demokratie“ wird man nicht dahingehend interpretieren dürfen, daß die KPD-Führung ihre ursprünglichen Pläne aufgegeben hätte⁷. Nur mußte, da sich die deutsche Bevölkerung bis zum Schluß nicht vom Nationalsozialismus loszusagen schien, befürchtet werden, daß die NS-Ideologie in ihr noch fest verwurzelt sei und daß ein antifaschistisches Potential als Basis für die Neugründung von Parteien sich erst würde heranbilden müssen.

Die nach Deutschland zurückgekehrte „Gruppe Ulbricht“ und der Stellvertretende Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Mikojan, der vom 9. Mai 1945 an für mehrere Tage das von der Roten Armee besetzte deutsche Gebiet bereiste, scheinen dann übereinstimmend den Eindruck gewonnen zu haben, daß die Gefahr der Bildung einer organisierten nationalsozialistischen Widerstandsbewegung oder der Unterwanderung neu zu konstituierender politischer Organisationen nicht bestand. Nach Auswertung der Ergebnisse des Mikojan-Besuches fiel offenbar in Moskau die Entscheidung, schon jetzt zum früheren Konzept eines Blocks der Parteien zurückzukehren und deren Neugründung umgehend zu gestatten, wie es dann am 10. Juni 1945 durch Befehl Nr. 2 auch geschah. Dieser frühe Zeitpunkt legt den Schluß nahe, daß von der SMAD eine Entscheidung getroffen worden war, die erst in zweiter Hinsicht auf ihren eigenen Machtbereich zielte, denn das Territorium der späteren SBZ war noch zu großen Teilen von westlichen Truppen besetzt, während sich andererseits Berlin unter alleiniger Verwaltung der Roten Armee befand. Primärinteresse der sowjetischen Deutschlandpolitik war es offensichtlich, mit der noch autonom zu kontrollierenden parteipolitischen Entwicklung in der früheren Reichshauptstadt ein Präjudiz für Gesamtdeutschland zu schaffen und möglicherweise vor Beginn der Beratungen über die weitere Behandlung Deutschlands auf der anstehenden Potsdamer Konferenz wichtige politische Daten zu setzen. Diese gesamtdeutsche Zielrichtung sollte auch bei der Blockgründung wieder als ein Leitmotiv hervortreten.

Das im Gründungsaufwurf der KPD niedergelegte Block-Kooperationsangebot war an die SPD, das Zentrum und „andere“ politische Parteien adressiert, von deren Wiedergründung sie ausging. Die angesprochenen potentiellen Partner standen dem KPD-Vorschlag durchaus positiv gegenüber, wenn auch die dann neben der SPD tatsächlich gegründeten Parteien, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), darauf bedacht waren, durch die Block-Integration nicht ihre politische Eigenständigkeit beeinträchtigen zu lassen.

Es unterstreicht das große Interesse von KPD und SMAD an dieser Form der

⁷ Insofern erscheint die Darstellung bei Wolfgang Leonhard als Überinterpretation (*Die Revolution entläßt ihre Kinder*, 4. Aufl., München 1981, S. 288 ff.). Zur Vorgeschichte dieser Programmatik vgl. Arnold Sywottek, a. a. O., S. 153 und 175 ff.

Bündnispolitik, daß sie einerseits schon früh bestrebt waren, möglichen Widerständen gegen die Blockbildung in den beiden nichtmarxistischen Parteien entgegenzuwirken, und zum anderen versuchten, sie noch vor der Lizenzerteilung zum Eintritt zu bewegen. Der Vorsitzende des Gründerkreises der späteren CDU, Andreas Hermes, erhielt bereits am 23. Juni ein gemeinsames Schreiben von KPD und SPD, in dem sie zu einem Vorgespräch über die Einleitung der Block-Zusammenarbeit einluden⁸. Wenige Tage später, am 29. Juni, erkundigte sich Marschall Shukow in einer Unterredung mit Hermes eindringlich nach dessen Haltung zur geplanten Blockgründung und warnte davor, dem Ausschuß lediglich mit „Sprengabsichten“ beizutreten⁹. Auch die Liberaldemokraten waren anlässlich einer Unterredung mit Vertretern der SMAD von dem anwesenden Walter Ulbricht nach ihrer Bereitschaft zur Block-Kooperation befragt worden und hatten sie „ausdrücklich bejaht“¹⁰.

Bereits für den 9. Juli wurden die Vorsitzenden von CDU und LDP zur Teilnahme an der konstituierenden Sitzung eingeladen. Während die Liberalen (die ebenso wie die CDU am Tage darauf ihre Lizenz erhielten) dieser Aufforderung nachkamen, wollte Hermes erst die offizielle Registrierung seiner Partei abwarten und blieb fern, so daß die Gründung des Zonen-Blocks schließlich erst am 14. Juli 1945 erfolgen konnte.

Die enge Verknüpfung von Lizenzierung und Blockbeitritt bestätigt jene Autoren, die schon früh (explizit oder sinngemäß) von einer „Hineingründung“ der Parteien in den Block gesprochen haben¹¹ – wenn auch einschränkend zu vermerken ist, daß diese Bewertung nur für die Zentralebene zutrifft. Auf Landesebene war ein so enger Zusammenhang nicht immer gegeben. So konstituierte sich in der Provinz Brandenburg der Block erst am 28. November 1945, nachdem die Parteien dort bereits gegründet und wichtige politische Entscheidungen (Bodenreform) gefällt worden waren¹². In den Landkreisen und Gemeinden war der zeitliche Abstand zwischen Parteigründung und Blockbildung im allgemeinen noch größer – sofern dieser zweite Schritt überhaupt vollzogen wurde. Ferner muß bei der „Hineingründungs-These“ die bereits erwähnte grundsätzliche Bereitschaft aller Parteien zu dieser Form der Kooperation bedacht werden. Durchaus typisch war hier die Haltung der CDU, die von Andreas Hermes auf der Block-Gründungskundgebung am 12. August 1945 mit

⁸ Peter Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963, S. 14f.

⁹ Ebenda, S. 16.

¹⁰ Ekkehart Krippendorff, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: VfZ 8 (1960), S. 301.

¹¹ Ekkehart Krippendorff, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf o. J., S. 83f. Vgl. ferner Peter Hermes, a. a. O., S. 15, und Werner Conze, Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1969, S. 25.

¹² Vgl. Tätigkeitsbericht der CDU-Reichsgeschäftsstelle (Berlin) für den Monat November 1945, in: Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Sekretariat des Hauptvorstandes, Archivnummer 1691, und Bestand: Landesverband Brandenburg, Archivnummer 71: Antifa-Block 1945/46.

den Worten wiedergegeben wurde: „In der Überzeugung, daß diese Einheitsfront allein das Gelingen unserer schweren Aufgabe zu verbürgen vermag, stehen wir zur Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien und sind entschlossen, unsere ganze Kraft an ihre Festigung und Vertiefung zu setzen. Nicht Trennung, sondern Sammlung kann und muß unsere Losung sein.“¹³ Es wird noch zu zeigen sein, welche unterschiedliche Motivation bei den einzelnen Parteien zu dieser durchweg positiven Haltung zur Blockpolitik geführt hatte.

Auf der konsultierenden Sitzung am 14. Juli gelang es den Vertretern der CDU, die Bezeichnung „Block“ durch „Einheitsfront“¹⁴ ersetzen zu lassen und die Respektierung der „Selbständigkeit“ aller Parteien im Gründungsdokument zu verankern, das im übrigen weitgehend dem von Gustav Dahrendorf formulierten zweiten SPD-Entwurf entsprach¹⁵. Charakteristisches Merkmal dieser gemeinsamen Plattform war, ähnlich wie beim Gründungsauftritt der Gewerkschaften vom 15. Juni, das Fehlen einer detaillierten Programmatik. Die in fünf Punkten aufgelisteten selbstgestellten Aufgaben gingen kaum über das in dieser Situation politisch Selbstverständliche hinaus. Die Block-Partner forderten Entnazifizierung und „Kampf gegen das Gift der Nazi-Ideologie“, sie wollten sich um den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Wiederherstellung „voller Rechtssicherheit“ bemühen, verlangten Geistes-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die „Unterbindung jeder Völkerverhetzung“. Sie hoben ihre „Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden“ hervor (wozu sie allerdings nach Befehl Nr. 2, Absatz 4, ohnehin verpflichtet waren) und erkannten, offenbar auf Drängen der KPD, die „Pflicht zur Wiedergutmachung“ an¹⁶. Wichtigste Aussage des Dokuments ist die Tatsache der Einheitsfront-Bildung an sich. Die angekündigte Verabschiedung eines gemeinsamen Aktionsprogramms unterblieb. Den Parteigliederungen auf unterer Ebene, bis hinunter in die Gemeinden, wurde empfohlen, ebenfalls Einheitsfront-Ausschüsse zu bilden.

Politische Gemeinsamkeit dokumentierte sich somit in erster Linie in den „antifaschistischen“ Aussagetiteln, während sich Konsens über den Charakter der zukünftigen „demokratischen“ Gesellschaftsordnung nur in interpretationsbedürftigen Generalaussagen andeutete.

Der Unbestimmtheit im Programmatischen entsprachen die organisatorischen Vereinbarungen, die die Modalitäten der zukünftigen Zusammenarbeit nicht klar festlegten. In der am 23. August 1945 auf der zweiten Sitzung verabschiedeten Geschäfts-

¹³ Anna Hermes, Und setzet ihr nicht das Leben ein. Andreas Hermes – Leben und Wirken. Nach Briefen, Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen, Stuttgart 1971, S. 299.

¹⁴ Vgl. dazu die Aufzeichnungen von Erich W. Gniffke, in: Manfred Koch, a. a. O., S. 299 ff. Die CDU-Parteileitung versuchte jedoch nicht, diese Benennung konsequent durchzusetzen. So akzeptierte sie es stillschweigend, daß auf Landesebene allgemein die Bezeichnung „Block“ gewählt wurde. Aus Gründen der Vereinfachung wird deshalb im folgenden auch für den Berliner Einheitsfront-Ausschuß der Begriff „Block“ verwendet.

¹⁵ Vgl. den Wortlaut des 2. SPD-Entwurfes, in: Nachlaß Jakob Kaiser, Bundesarchiv Koblenz, Akte 22.

¹⁶ Vgl. den Wortlaut des Gründungsdokuments, in: Deutsche Volkszeitung vom 15. Juli 1945.

ordnung des zentralen Einheitsfront-Ausschusses¹⁷ (nach Krippendorff ging sie ebenfalls auf einen SPD-Entwurf zurück¹⁸) wurde neben organisatorischen Detailfragen festgelegt, daß Beschlüsse nur „auf dem Wege der Vereinbarung, somit nicht durch Abstimmung“ gefaßt werden konnten. Sie sollten dann aber als Parteibeschlüsse für die Gesamtorganisationen (also auch für das Verhalten der Parteien in den Block-Ausschüssen unterer Ebene) bindend sein.

Diese Regelung ließ offen, wie im Falle fehlender Übereinstimmung zu verfahren sei, und räumte den machtpolitisch unterlegenen Blockmitgliedern, vor allem CDU und LDP, eine Art Vetorecht ein, das ihre positive Haltung zu dieser Form der Bündnispolitik bestärkt haben dürfte. Andererseits konnten aufgrund dieser Festlegung auch keine Beschlüsse gegen den Willen der KPD durchgesetzt werden; dies aber war angesichts der politischen Machtverhältnisse – wie bereits erkennbar – ohnehin kaum möglich, da deren Politik mit der SMAD in allen wichtigen Punkten abgestimmt war und entgegengesetzte Entscheidungen somit keine Realisierungschance hatten. Immerhin war so die Möglichkeit gegeben, unerwünschte politische Initiativen durch die KPD-Vertreter zurückzuweisen, ohne daß die Besatzungsmacht hervortreten brauchte.

Darüber hinaus war zu diesem frühen Zeitpunkt noch gänzlich offen, in welchen Bereichen der zentrale Einheitsfront-Ausschuß würde entscheiden (bzw. mitentscheiden) können. Die Sowjetische Militäradministration als formal alleinige Trägerin der politischen Macht in der Besatzungszone konnte autonom darüber befinden, welche Beschlüsse sie etwa durch Befehl selbst treffen wollte, welche an die politischen Verwaltungen (später: Regierungen) zu delegieren seien, welche (in fernerer Zukunft) Parlamenten überlassen bleiben und welche dem obersten Block-Ausschuß vorbehalten sein sollten. Die Gründungsdokumente des Blocks schienen es grundsätzlich den Parteiführungen anheimzustellen, welche Fragen sie im zentralen Ausschuß behandeln wollten; die Einigung auf einen 14-tägigen Tagungsrythmus¹⁹ und die vorgesehene Bildung von Unterausschüssen (vgl. Geschäftsordnung) unterstellten indirekt ein eher großes politisches Arbeitsfeld. (In der Praxis trat der Zentralblock bis Ende 1947 aber im Durchschnitt nur einmal im Monat zusammen.)

Zur Entwicklung der Blockpolitik in den Jahren 1945–1947

Die in den folgenden Monaten tatsächlich entwickelte Praxis zeigte vor allem in organisatorischer Hinsicht Abweichungen von den in der Gründungsphase getroffenen Festlegungen. Die geplante Ausweitung der Blockpolitik auf die unteren politischen Organisationsebenen gelang oft nur mit großer zeitlicher Verzögerung. In den Kom-

¹⁷ Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Sekretariat des Hauptvorstandes, Archivnummer 809.

¹⁸ Ekkehart Krippendorff, a. a. O., S. 88.

¹⁹ Im KPD-Entwurf des Gründungsdokuments war sogar die Formulierung „mindestens vierzehntäglich“ vorgeschlagen worden. Vgl. Nachlaß Jakob Kaiser.

munen war es in zahlreichen Fällen selbst nach Gründung der DDR noch nicht gelungen, Block-Ausschüsse ins Leben zu rufen; wo sie bestanden, befaßten sie sich zudem in den Jahren 1946 und 1947 über viele Monate hinaus ausschließlich mit der Ausstellung von politischen Unbedenklichkeits-Bescheinigungen und nahmen faktisch die Funktion von Entnazifizierungs-Ausschüssen wahr²⁰.

Auch die Zusammensetzung der Block-Ausschüsse unterschied sich auf unterer Ebene z. T. von den zentral verabschiedeten Richtlinien. Oftmals waren neben den Beauftragten der Parteien auch solche der (späteren) Massenorganisationen, der politischen Verwaltung, vereinzelt auch der Kirchen anwesend, wobei aus den vorliegenden Angaben nicht immer klar zu entnehmen ist, ob und wie das Stimmrecht dieser Repräsentanten modifiziert war. Ferner hatten die örtlichen Gliederungen der Militäradministration häufig eigene Beauftragte als „Gäste“ zu den Sitzungen entsandt. Ähnliche Abweichungen waren in bezug auf die Abstimmungsgepflogenheiten und die zahlenmäßige Repräsentanz der Block-Mitglieds-Organisationen festzustellen²¹.

Die mangelhafte Entwicklung der Blockpolitik auf unterer Ebene und das nur halbherzige Bemühen von KPD/SED bzw. SMAD, diesen Mißstand zu beseitigen, lassen indirekt erkennen, daß für die Erreichung der von ihnen mit dieser Form der Bündnispolitik angestrebten politischen Ziele in erster Linie die Zentral- und (bereits mit Einschränkungen) die Landesebene bedeutsam waren.

Versucht man aus der Praxis der Einheitsfrontpolitik auf die Absichten zu schließen, die KPD und SMAD verfolgten, so ist zunächst auffällig, daß aus den in den Jahren 1945–47 im Berliner Einheitsfront-Ausschuß für die SBZ diskutierten Themen drei weit herausragen. Es sind dies die Bereiche: Bodenreform (September–Dezember 1945), Industriereform (Mai/Juni 1946) und Volkskongreßbewegung (November 1947).

Analysiert man den Verlauf der (z. T. auch außerhalb der Blocks geführten) Diskussion um diese Fragen, so wird deutlich, daß es KPD/SED und SMAD in erster Linie darum ging, den zunächst noch ausschließlich von der Militärregierung getroffenen Schlüsselentscheidungen für politisch-gesellschaftliche Veränderungen (nachträgliche) Legitimation zu verschaffen und die Beschlüsse nicht als rein besatzungspolitisch-administrative Maßnahmen erscheinen zu lassen. Der Parteienblock sollte hier als eine Art Ersatzorgan für die noch nicht gewählte zentrale Vertretungskörperschaft handeln, was gerade unter gesamtdeutschem Aspekt bedeutsam war, da so der (häufig durchaus zutreffende) Eindruck erweckt werden konnte, der „antifaschistisch-demokratische“ Aufbau werde von allen politischen Kräften getragen. Zugleich war so dem Verdacht entgegenzuwirken, in der SBZ würde eine Politik revolutionärer Umwälzung betrieben.

Die Funktion des Berliner Block-Ausschusses als zentrales Repräsentativorgan der

²⁰ Das ergibt sich aus den im Archiv des CDU-Hauptvorstandes gesammelten monatlichen Tätigkeitsberichten der unteren Parteigliederungen.

²¹ Ebenda.

SBZ war in den ersten Monaten nach Kriegsende innenpolitisch auch deshalb bedeutsam, da es zunächst nur von der SMAD eingesetzte und unter ihrer Kontrolle arbeitende Zentral- und Landesverwaltungen gab. Erst nach den Wahlen vom September/Oktober 1946 konnten mit den Parlamenten und Landesregierungen Legislativ- und Exekutivorgane geschaffen werden, die von den deutschen Parteien gebildet bzw. kontrolliert wurden. Auf der Zentralebene gewannen die Parteien gar erst Ende 1948 durch die Erweiterung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK)²² politische Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Neben der mit Blick auf Gesamtdeutschland angestrebten Legitimationsfunktion in den transformationspolitisch wichtigen Fragen war dem Block von seinen Initiatoren innerzonal offensichtlich die Aufgabe zugedacht, politische Widerstände der anderen Parteien neutralisieren zu helfen und unaufhebbare Konfliktkonstellationen im Entscheidungsprozeß möglichst nicht entstehen zu lassen.

Es dokumentiert die noch ungebrochene Eigenständigkeit der nichtmarxistischen Parteien, speziell der CDU, aber auch die sehr begrenzte Wirksamkeit des blockpolitischen Instrumentariums, daß es im Falle der Bodenreform und der Beteiligung am Volkskongreß trotz intensiver Bemühungen (auch der SMAD) und geschickten taktischen Vorgehens nicht gelang, ein zustimmendes Votum des zentralen Einheitsfront-Ausschusses zu erreichen²³. In beiden Fällen beharrten die Unionsführungen auf einer ablehnenden Haltung und nahmen auch ihre dann folgende Absetzung durch die Militärregierung in Kauf.

Immerhin war es aber der KPD/SED gelungen, in der strukturpolitisch bedeutsamsten Frage, der Enteignung der wichtigsten Industriebetriebe, relativ rasch Konsens zu erzielen und in den Diskussionen um die Bodenreform und den Volkskongreß auch die Union zu so weitgehenden Zugeständnissen zu bewegen, daß es für die nachfolgenden CDU-Führungen nur noch einen kleinen zusätzlichen Schritt bedeutete, sich in diesen Fragen den Blockpartnern wenigstens nachträglich anzuschließen²⁴. Wie am Beispiel der Ende 1947 im zentralen Einheitsfront-Ausschuß geschei-

²² Die am 14. Juni 1947 durch Befehl der SMAD gegründete und am 12. Februar 1948 in ihren Befugnissen wesentlich erweiterte Deutsche Wirtschaftskommission nahm die Funktion einer wirtschaftlichen Leitinstanz der SBZ-Zentralverwaltungen wahr. Seit Februar 1948 hatte sie das Recht, eigenständig Verfügungen herauszugeben, „die für alle deutschen Organe“ auf dem Gebiet der SBZ verbindlich waren. Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (DDR) 1968, Dok. Nr. 162, 203 und 243.

²³ Zur Auseinandersetzung um die Bodenreform Peter Hermes, a. a. O., und Siegfried Suckut, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945, in: Deutschland Archiv, Köln, 1982, H. 10, S. 1080 ff. Zum Konflikt um die Volkskongreßbewegung Werner Conze, a. a. O., S. 185 ff. Die „Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden“ war im Dezember 1947 auf Initiative der SED ins Leben gerufen worden. Ihr Ziel war es, die Vertretung gesamtdeutscher Interessen gegenüber den Siegermächten zu übernehmen. Der im März 1948 einberufene 2. Volkskongreß hatte aus seiner Mitte den „Deutschen Volksrat“ gebildet, dem 300 Vertreter aus Berlin und der SBZ sowie (kooptiert) 100 aus den Westzonen angehörten.

²⁴ So leistete Jakob Kaiser im Mai 1946 die im Dezember 1945 von Hermes verweigerte Unterschrift unter einen Aufruf zur Hilfe der Neubauern. Anfang 1948 beteiligte sich die CDU auch offiziell am 2. Deutschen Volkskongreß.

terten Volkskongreß-Initiative bereits zu erkennen, hatte die Blockpolitik zu diesem Zeitpunkt noch nicht dazu geführt, oppositionelles Verhalten gegenüber der SED zu unterbinden. Gerade in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 traten LDP und CDU dem Führungsanspruch der SED vehement entgegen und schickten sich an, wie Jakob Kaiser es für die Union gefordert hatte, „Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus“²⁵ zu werden. Zwei Jahre Blockpolitik hatten offenbar die politischen Unterschiede zwischen den Parteien keineswegs verwischt, und ähnlich wie in den Monaten der Gemeinde- und Landtagswahlkämpfe im Sommer 1946 war das charakteristische Merkmal der zwischenparteilichen Zusammenarbeit nicht Gemeinsamkeit, sondern Differenz.

Dennoch war, von der Position der SED aus gesehen, keine negative Bilanz dieses ersten blockpolitischen Entwicklungsabschnittes zu ziehen. Zum einen war es ja durchaus nicht ihr Ziel, den anderen Parteien die Eigenständigkeit zu nehmen, sie war, im Gegenteil, eine wichtige Voraussetzung für die erwähnte innere und gesamtdeutsche Legitimationsfunktion. Und eine (freilich system-positive) Eigenständigkeit war auch bündnispolitisch bedeutsam, wenn die SED über diese Organisationen Zugang zu den städtischen Mittelschichten erhalten wollte.

Eigenständigkeit aber mußte geradezu zwangsläufig zur Artikulation auch abweichender Standpunkte führen, und sie barg insofern auch immer den Keim oppositionellen Verhaltens in sich. Die Entschiedenheit, mit der sich gerade die CDU ab Juli 1947 gegenüber der Einheitspartei abzugrenzen und zu behaupten versuchte, ging freilich über das Maß einer noch funktionalen Kritik hinaus. Sie stellte in dieser Intensität aus der Sicht der SED die Fortentwicklung des weiteren Transformationsprozesses, wie er von ihr konzipiert war, in Frage und konnte so auf Dauer nicht hingenommen werden.

Bei dem Versuch einer Zwischenbilanz muß zum anderen mitbedacht werden, daß die Blockpolitik, wie sie in den Gründungsdokumenten im Juli 1945 festgelegt worden war, ein politisches Instrument darstellte, das eher defensiv als offensiv zu nutzen war. Aufgrund der geforderten Einstimmigkeit war es leichter, sich gegen Initiativen anderer durch das indirekt verbriefte Vetorecht zu schützen, als die Partner zur Unterstützung eigener Konzepte zu bewegen. Ursprünglich hatte sich die KPD durch eine solche Anlage der Blockpolitik vermutlich auch gegenüber unerwünschten Forderungen der anderen Parteien behaupten wollen und sah hierin in der Anfangsphase der Blockpolitik für den Fall ihrer Ausdehnung auf ganz Deutschland möglicherweise sogar die Hauptfunktion dieser Bündnisstruktur. In der Praxis stellte sich jedoch rasch heraus, daß die anderen Parteien im Block kaum initiativ wurden und programmatisch-konzeptionell über keine entwickelten eigenen Vorstellungen verfügten. Die Verhandlungen des zentralen Einheitsfront-Ausschusses waren deshalb von Anfang an von den Initiativen der KPD/SED geprägt. Die defensive Anwendung des Block-Instrumentariums durch die KPD- bzw. SED-Führung konnte unterbleiben.

²⁵ Stenographisches Protokoll des 2. Parteitages im Archiv des CDU-Hauptvorstandes, Maschinschrift, unveröffentlicht, o. S.

Trotz ihres weitgehend reagierenden Verhaltens im zentralen Einheitsfront-Ausschuß hatte sich an der positiven Haltung der nichtmarxistischen Parteien zur Blockpolitik nichts geändert. Die Überzeugung, die besondere gesellschaftliche Notlage erfordere besondere Formen der Zusammenarbeit, hatte für sie auch 1947 noch volle Gültigkeit²⁶. Ihre Bereitschaft zur Fortsetzung dieser Politik war allerdings an die Bedingung geknüpft, daß sich deren Charakter nicht etwa durch die von der SED beharrlich (auf unterer Ebene z. T. auch bereits erfolgreich) versuchte Einbeziehung der Massenorganisationen wandeln würde. Der Block mußte nach ihrem Verständnis ein reines Parteienbündnis bleiben. Auch forderten sie immer wieder zur Gleichbehandlung ihrer Mitglieder bei der Besetzung öffentlicher Ämter auf, ohne die die Einheitsfront-Politik ihre Glaubwürdigkeit verlieren würde, und mahnten in diesem Sinne, das „Versprechen“ der Blockpolitik auch zu erfüllen²⁷.

Zur Vorgeschichte der Sitzung vom 5. August 1948

Nachdem es in der 31. Sitzung des zentralen Block-Ausschusses, am 24. November 1947, und in den Tagen danach nicht gelungen war, auch die CDU-Führung zur Unterstützung des Volkskongresses zu bewegen, wurde die Zusammenarbeit auf dieser Ebene für längere Zeit fast völlig eingestellt. Da der Einsatz des blockpolitischen Instrumentariums nicht zum Ziel geführt hatte, bemühten sich SED und SMAD, auf regionaler und lokaler Ebene CDU-Funktionsträger für die Teilnahme am Kongreß zu gewinnen, und erreichten, daß die Union schließlich nach der Zahl der anwesenden Mitglieder voll in die Bewegung integriert schien. Die Parteiführung aber, deren Kooperationsbereitschaft nach Einschätzung der SMAD auch für die Zukunft zweifelhaft war, wurde abgesetzt²⁸. Bis zur nachfolgend dokumentierten Sitzung vom 5. August 1948 gab es nur noch ein Treffen der Parteiführer (am 13. Februar 1948), auf dem über weniger bedeutsame Fragen beraten wurde. Diese lange Unterbrechung war nicht nur Folge der Auseinandersetzungen um die Volkskongreßbewegung, sie stand auch im Zusammenhang mit einer sich abzeichnenden Neubestimmung der innenpolitischen Funktion der Block-Kooperation durch die SED: Sie war damit Ausdruck der Krise und eines angestrebten Funktionswandels zugleich.

Die sich in diesen Monaten abzeichnende Korrektur der Blockpolitik war aus der

²⁶ So heißt es in Schulungsmaterialien des CDU-Landesverbandes Sachsen aus dem Jahr 1947: „Die Blockpolitik ist uns von der politischen Weisheit, der Erfahrung und der Not aufgezwungen. Die Parteien sollen um das Gemeinwohl aller zusammenarbeiten und die Opposition in diesen Dienst stellen. Die Erfahrung der Weimarer Demokratie nötigt zum Miteinander, die Volksnot brennt uns die Zusammenarbeit auf den Leib.“ (Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Landesverband Sachsen, Archivnummer 08, Arbeitsberichte III, Jan.-Mai 1947, Protokoll der 2. Landesvertretertagung, Anhang.)

²⁷ Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Sekretariat des Hauptvorstandes, Archivnummer 1357, Monatsberichte Sachsen-Anhalt 1950 (z. B.: Bericht des CDU-Kreisverbandes Gardelegen vom April 1950).

²⁸ Vgl. dazu die näheren Angaben bei Werner Conze, a. a. O., S. 201 ff.

Sicht der SED notwendig geworden aufgrund der seit Mitte 1947 eingetretenen Veränderungen grundlegender politischer Rahmendaten. Als Folge des immer deutlicher hervortretenden Ost-West-Gegensatzes auch in der Deutschland-Frage hatte die Sowjetunion entscheidende Schritte zur Ostintegration ihrer Besatzungszone eingeleitet und damit begonnen, die politische und ökonomische Struktur der SBZ gemäß ihrem Gesellschaftsmodell umzuformen.

Im wirtschaftlichen Bereich war mit der Deutschen Wirtschaftskommission im Juli 1947 eine Zentralinstanz geschaffen worden, die im Februar 1948 mit der Zuerkennung von Gesetzgebungsbefugnissen regierungsähnlichen Charakter anzunehmen begann. Im Oktober 1947 waren zudem durch Befehl 234 wichtige Elemente des sowjetischen Leitungssystems auf die SBZ-Wirtschaft übertragen und Ende Juni 1948 der Zweijahrplan verabschiedet worden. Er leitete den Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung ein.

Wichtiger noch waren die parteipolitischen Veränderungen. Sie wurden bewirkt durch den Wandel der SED zur leninistischen Kaderpartei mit gesamtgesellschaftlichem Führungsanspruch, wie er sich im August 1947 im Vorfeld des zweiten Parteitags bereits in der Festlegung dokumentiert hatte: „Im antifaschistisch-demokratischen Block ist die geeinte Arbeiterschaft das entscheidende Kraftzentrum.“²⁹ Die Beschlüsse der 11. und 12. Tagung des SED-Parteivorstandes (Juni/Juli 1948) zum Zweijahrplan bzw. zur Herausbildung der „Partei neuen Typus“³⁰ waren vorläufige Schlußpunkte dieses nach innen und außen wirkenden SED-Wandlungsprozesses. Gerade die in der Diskussion des Wirtschaftsplanes von Grotewohl mit Entschiedenheit für die SED reklamierte Führungsrolle wurde von CDU und LDP heftig abgelehnt. Seine Behauptung: „Es gibt keine politische Partei und es gibt keinen Volkskongreß, der in der Lage wäre, die Kraft zu entwickeln, die einzig allein unsere Partei vom Standpunkt einer Klassenpartei in dieser Frage zu entwickeln in der Lage ist“³¹, wurde vom Zentralorgan der Liberalen als „Peinlichkeit“ empfunden und als Forderung nach „Alleinherrschaft“³² zurückgewiesen.

Schon im April hatte die LDP-Führung unter dem Eindruck forcierter gesellschaftlicher Veränderung in der SBZ die Grenzen ihrer Kooperationsbereitschaft deutlich gemacht: „Wir denken nicht daran, Ziele zu unterstützen, die Deutschland kommunistisch gestalten sollten.“³³ Nun aber stand für den LDP-Zentralvorstand definitiv fest: „Die Entwicklung der Politik der SED hat den Boden der vertrauensvollen Blockbildung verlassen.“³⁴

Nach dem Tode ihres Vorsitzenden Wilhelm Külz (10. April 1948) hatte die LDP faktisch eine oppositionelle Führungsrolle im Parteiensystem der SBZ übernommen.

²⁹ Einheit, Berlin, 2. Jg. (1947), H. 8, S. 712 (unterstrichene Passage dort durch Kursivdruck hervorgehoben).

³⁰ Neues Deutschland vom 30. Juli 1948.

³¹ Neues Deutschland vom 1. Juli 1948.

³² Der Morgen vom 4. Juli 1948.

³³ Der Morgen vom 21. April 1948.

³⁴ Der Morgen vom 15. Juli 1948.

Die CDU dagegen war nach der Absetzung Jakob Kaisers (Unionsvorsitzender seit Dezember 1945) durch die SMAD im Zusammenhang mit dessen ablehnender Haltung zur Volkskongreßbewegung (Dezember 1947) stärker darauf bedacht, Konflikte mit der Militärregierung und der Einheitspartei zu vermeiden. Dennoch warnte auch sie in diesen Monaten vor drohender „Gleichschaltung“³⁵, kritisierte den politischen Führungsanspruch der SED als „Anmaßlichkeit“³⁶ und beschwor sie, die SBZ nicht in eine „marxistische Republik“³⁷ zu verwandeln.

Trotz zunehmender Differenzen stimmten alle Parteien noch in der im Tenor positiven Bewertung bisheriger Einheitsfrontpolitik überein und sprachen sich für ihre Fortsetzung aus. Allerdings gingen die Vorstellungen vom Charakter der weiteren Zusammenarbeit zwischen ihnen deutlich auseinander. Sahen CDU und LDP im Block eine auf Gleichberechtigung und Toleranz gegründete „Arbeits- und Ausgleichsgemeinschaft“³⁸, so sollte er nach dem Willen der SED nun unter Anerkennung ihres gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruches die von ihr beschlossene Politik realisieren und vor allem jene Bevölkerungsgruppen gewinnen helfen, zu denen die Einheitspartei selbst keinen Zugang gefunden hatte. Als wichtigste Tagesaufgabe wurde dabei die Verwirklichung des Zweijahrplanes hervorgehoben, dem nach Wilhelm Pieck auch blockpolitisch „größte Bedeutung in dieser Zeit“³⁹ zukam. Die ehemals wichtige gesamtdeutsche Funktion der Einheitsfront hatte dagegen mit der Vertiefung der Spaltung und der Verschärfung des Kalten Krieges (Berlin-Blockade!) stark an Bedeutung verloren.

Die SED war realistisch genug, mit massivem Widerstand aus den Reihen der beiden Blockpartner gegen einen solchen Funktionswandel zu rechnen. Sie wollte ihm einerseits damit begegnen, daß zukünftig zwischen kooperationswilligen und oppositionellen Kräften in CDU und LDP unterschieden und erstere gezielt gefördert werden sollten. Unter diesem Gesichtspunkt war es für SED und SMAD günstig, daß sowohl in der CDU (seit der Absetzung von Kaiser) als auch in der LDP (seit dem Tode von Külz) das Amt des Vorsitzenden noch vakant war und nur provisorische Führungsgremien amtierten. Es schwächte die Handlungsfähigkeit dieser Organisationen und gab Gelegenheit, durch gezielte personalpolitische Interventionen kooperationsbereite Politiker in die Parteispitzen aufrücken zu lassen. Im Falle der CDU schien aus der Sicht der SMAD mit Otto Nuschke bereits der Kaiser-Nachfolger gefunden zu sein⁴⁰.

Andererseits initiierte die SED zur leichteren blockinternen Durchsetzung ihres Führungsanspruches im April/Mai 1948 die Gründung zweier neuer Parteien, der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der Nationaldemokratischen

³⁵ Neue Zeit vom 26. Juni 1948.

³⁶ Neue Zeit vom 2. Juli 1948.

³⁷ Neue Zeit vom 14. Juli 1948.

³⁸ Der Morgen vom 18. April 1948.

³⁹ Neues Deutschland vom 6. Juli 1948.

⁴⁰ Vgl. die sehr positive Würdigung seiner politischen Haltung durch die SMAD, in: Tägliche Rundschau vom 1. Mai 1948.

Partei Deutschlands (NDPD), die von Anfang an politisch unter ihrer Kontrolle standen und insofern für sie zwei jederzeit berechenbare Verbündete darstellten. Die von LDP und CDU bis dahin vertretene (und für die Zentralebene auch verteidigte) Auffassung, keine der Massenorganisationen, sondern nur Parteien könnten in den Block aufgenommen werden, sowie die bereits erfolgte Einbeziehung beider Neugründungen in den Volksrat⁴¹ hatten den Beitritt von DBD und NDPD zum Block bereits weitgehend vorentschieden. Noch stand der formale Vollzug dieses Schrittes aber aus. Ihn einzuleiten, war eine wichtige Funktion der für den 5. August 1948 einberufenen Blocksitzung.

*Zur unmittelbaren Vorbereitung und zum Verlauf der Sitzung vom
5. August 1948*

Die Sitzung des Zentralen Ausschusses vom 5. August 1948 ist ungewöhnlich sorgfältig vorbereitet worden. Bereits am Tage zuvor trafen die Parteiführer auf Einladung Grotewohls im Hause der SED zu einem ausführlichen informellen Gespräch zusammen, in dem, offenbar auf Wunsch aller Beteiligten, der Versuch unternommen wurde, aufgestaute Konflikte vorab zu entschärfen und die Konsensfähigkeit in bestimmten Einzelfragen abzuschätzen⁴². Die Zahl der Teilnehmer an diesem Vorgespräch war nur etwa halb so groß wie bei regulären Sitzungen: SED und LDP hatten je zwei, die CDU drei Vertreter entsandt. Mit Ulbricht, Grotewohl, Lieutenant⁴³, Kastner⁴⁴ und Nuschke⁴⁵ waren allerdings die wichtigsten Repräsentanten der Blockparteien anwesend. Die Reduzierung der Teilnehmerzahl dürfte die Beschlußfassung erleichtert haben. Sie war im übrigen ein Mittel, das KPD/SED schon früher, gerade in schwierigen Entscheidungssituationen, gewählt hatten, etwa im Konflikt um die Bodenreformpolitik, bei dem die Entscheidung im Block-Unterausschuß zustande kam.

Ein Protokoll der Vorbesprechung wurde nicht angefertigt, ihre genaue Dauer ist nicht überliefert. Der tags darauf von Grotewohl in Anwesenheit zumindest der meisten übrigen Teilnehmer⁴⁶ erstattete zusammenfassende Bericht läßt erkennen, daß alle wichtigen, am 5. August diskutierten Fragen hier vorherberaten und z. T. auch bereits vorentschieden worden waren.

Dies betrifft die noch vor dem eigentlichen Beratungsbeginn vollzogene „Einbezie-

⁴¹ Vgl. Tägliche Rundschau vom 31. Juli 1948.

⁴² Vgl. dazu den zusammenfassenden Bericht von Otto Grotewohl im nachfolgend abgedruckten Protokoll und die Wiedergabe einer Aktennotiz bei Manfred Koch, a. a. O., S. 326 f.

⁴³ Stellvertretender Vorsitzender der LDP.

⁴⁴ Ebenfalls Stellvertretender Vorsitzender der LDP.

⁴⁵ Leiter des CDU-eigenen Union-Verlages und Mitglied des Koordinierungsausschusses, der provisorischen geschäftsführenden Parteileitung in den Monaten nach der Absetzung von Jakob Kaiser (Jan.-Sept. 1948).

⁴⁶ Das Protokoll der Sitzung enthält keine exakten Angaben über die Teilnehmer. Nach den Diskussionsbeiträgen zu urteilen, waren aus dem Kreis der Vorgesprächsteilnehmer Lieutenant und Hickmann (CDU-Landesvorsitzender, Sachsen) nicht anwesend.

hung“ der Bauernpartei und die „Zuziehung“ eines Vertreters des FDGB. Es verdeutlicht das sehr überlegte, behutsame Vorgehen der SED in dieser für die Durchsetzung ihres Führungsanspruchs wichtigen Frage, daß die DBD mit der Zulassung von nur zwei Vertretern einverstanden war, während nach der Geschäftsordnung von 1945 jedem Blockmitglied fünf Sitze zustanden. Die an sich logische gleichzeitige Aufnahme der NDPD war nicht beantragt worden, und die Gewerkschaften gaben sich mit dem Zugeständnis eines einzigen, zudem offenbar nur mit beratendem Stimmrecht versehenen „ständigen Vertreters“ zufrieden. Bereits Anfang September 1948 erfolgte jedoch insofern eine Vereinheitlichung, als bei der Aufnahme der NDPD beschlossen wurde, allen neuen Parteien und dem FDGB einheitlich je zwei Sitze zuzubilligen. Das beschränkte Stimmrecht der Gewerkschaftsvertreter wurde stillschweigend in ein vollberechtigtes umgewandelt⁴⁷.

Schon zu Beginn der eigentlichen inhaltlichen Diskussionen zeichnete sich eine – gemessen an der Schärfe der bis dahin in der Tagespresse geführten Debatten – überraschende Übereinstimmung in der grundsätzlichen Bewertung bisher geleisteter Blockarbeit ab. Kastner lobte ausdrücklich die ehrliche Bereitschaft zur Kooperation, die auf allen Seiten beim „demokratischen Aufbau unserer Zone“ zu spüren gewesen sei, und war zuversichtlich, sich ebenso über zukünftige Aufgaben verständigen zu können, da das gemeinsame Bekenntnis zur „volksdemokratischen Auffassung“ für ihn außer Frage stand. Diese und auch viele der folgenden Stellungnahmen anderer Vertreter von CDU und LDP vermitteln den Eindruck, als hätte es weder eine existentielle Krise noch das Verlangen der SED gegeben, die Blockpolitik neu zu definieren. Dieser Anschein von Harmonie war freilich nur deshalb zustande gekommen, weil die eigentlichen Kernfragen zukünftiger Zusammenarbeit undiskutiert blieben. So wurde weder thematisiert, welche Auswirkungen der Führungsanspruch der SED auf die Block-Kooperation und die Rolle der nichtmarxistischen Parteien im politischen System haben könnte, noch sprach man über den wenige Tage zuvor gefaßten SED-Vorstandsbeschuß, die eigene Organisation zur „Partei neuen Typus“ zu entwickeln. Beides fand in der Aussprache ebensowenig Beachtung wie die seit Ende 1947 unverkennbar eingeleitete Übertragung wesentlicher Elemente des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf die SBZ, die Ulbricht unbestimmt als den Beginn der „Periode des Aufbaus“ (gemeint war offenbar: des Sozialismus) charakterisiert hatte⁴⁸.

Die CDU-Führung etwa glaubte, im Gegenteil, vom „Gesamtbestand eines Abschlusses der reformierenden Demokratisierungsperiode“⁴⁹ ausgehen zu können und

⁴⁷ Vgl. Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfront-Ausschusses vom 7. September 1948, in: Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Sekretariat des Hauptvorstandes, Archivnummer 847.

⁴⁸ Ulbricht unterlief hier offenbar ein Lapsus linguae: nach der parteioffiziellen Einstufung befand sich die SBZ noch in der antifaschistisch-demokratischen Entwicklungsperiode und nicht bereits im Übergang zum Aufbau des Sozialismus. Vgl. dazu Dietrich Staritz, *Sozialismus in einem halben Lande*, Berlin (West) 1976, S. 148 ff.

⁴⁹ *Union teilt mit*, 2. Jg. (1948), H. 9, S. 6 f.

war überzeugt, daß die Gesellschaftsordnung der SBZ in der nahen Zukunft keinem weiteren strukturellen Wandlungsprozeß mehr unterworfen sein würde. So fiel es ihr denn auch leicht, der Erklärung der SED-Spitze Glauben zu schenken, das „Anforderungsgesetz“⁵⁰ sei kein Instrument zu „kalter Sozialisierung“, und die Sequestrierungen⁵¹ seien als abgeschlossen zu betrachten. Etwa doch noch aufkommendem Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Zusagen wurde mit dem Hinweis auf fehlende eigene Entscheidungsalternativen begegnet und rhetorisch gefragt, „ob der andere Weg der bessere wäre, der in die Irredenta, in den Bürgerkrieg, in den dritten Weltkrieg führen würde“⁵².

Die hier dokumentierte Anpassungsbereitschaft ist nur vor dem Hintergrund der seit Beginn der Berlin-Blockade äußerst gespannten deutschlandpolitischen Situation zu verstehen, in der es für konfliktbereite Oppositionspolitik kaum noch eine Chance gab, von der Militärregierung, etwa aus Rücksichtnahme auf gesamtdeutsche Folgewirkungen, geduldet zu werden. Die Einengung des Entscheidungsspielraums der nichtmarxistischen Parteien als indirekte Folge des in voller Schärfe entbrannten Kalten Krieges zeigte sich auch in ihrer Bereitschaft, in den eigenen Reihen verstärkt auf die Aktivitäten möglicher „Agenten“ zu achten, was faktisch dem Versprechen gleichkam, durch „Säuberungsaktionen“ jene Mitglieder aus diesen Organisationen zu entfernen, die aus der Sicht der Einheitspartei zu den nicht kooperationsbereiten Kräften zu zählen waren. Die Personalpolitik beider Parteien stand von nun an unter dem prägenden Einfluß der SED.

Auch die widerspruchslose Hinnahme der im SED-Resolutionsentwurf enthaltenen polemischen Verurteilung der „frivole(n) Zumutung gewisser deutscher Journalisten, die sich als amerikanische Agenten betätigen“ (so die Endfassung), ist nur unter Berücksichtigung der außen- und deutschlandpolitischen Rahmenbedingungen verständlich.

Die Konzessionsbereitschaft von LDP und CDU in solchen Fragen untergrub zunehmend deren Verbindungen zu den westlichen Schwesterparteien, die nun unüberwindbare Zweifel an der Eigenständigkeit der sowjetzonalen Organisationen hegten. Mit der am 21. September 1948 vollzogenen Aufkündigung der gesamtdeutschen CDU-Arbeitsgemeinschaft durch die westlichen Verbände war, nach dem Scheitern der liberalen Parallelorganisation bereits im Februar 1948, auch diese Verbindung aufgelöst worden⁵³. Die fortschreitende Isolierung schwächte die Selbstbehauptungsmöglichkeiten der Liberalen und Christdemokraten gegenüber der SED zusätzlich.

⁵⁰ Die Anforderungsverordnung vom 21. Juli 1948 sah vor, daß die zuständigen Ministerien gegenüber Wirtschaftsbetrieben die Überlassung bestimmter Sachen und Rechte leihweise oder zum Eigentum anordnen konnten. Vgl. Zentralverordnungsblatt, 1948, S. 367 ff.

⁵¹ Mit Sequestrierung war die vorläufige Übertragung wirtschaftlicher Eigentumsrechte auf staatliche Stellen gemeint.

⁵² Wie Anm. 49.

⁵³ Vgl. dazu Koch/Müller/Staritz/Suckut, Versuch und Scheitern gesamtdeutscher Parteibildungen 1945–1948, in: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis. Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1. bis 4. Juni 1982, Köln 1982, S. 103.

Diese Entwicklung wog um so schwerer, als die nichtmarxistischen Blockpartner auch innerzonal in vieler Hinsicht in eine isolierte Position geraten waren: wie vom CDU-Landesvorsitzenden der Mark Brandenburg, Zborowski, eindringlich geschildert, war die Diskriminierung von Angehörigen seiner Partei so krass, daß sich ihnen in vielen Zweigen des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Polizeibereich, keine Berufschancen mehr boten⁵⁴. Zudem waren mit den „Volkskontrollausschüssen“ und der DWK wichtige Exekutivorgane gebildet worden, in denen CDU und LDP faktisch ohne Einfluß waren und die darüber hinaus auch keiner parlamentarischen Kontrolle unterstanden.

Die anwesenden SED-Vertreter stritten zwar die sachliche Berechtigung dieser Einwände nicht völlig ab, zeigten sich aber – wie überhaupt auf dieser Sitzung – in wichtigen Fragen nicht kompromißbereit. Auch dies ist ein indirekter Ausdruck der Tatsache, wie sehr sich die innenpolitischen Kräfteverhältnisse zuungunsten der nichtmarxistischen Organisationen verändert hatten. Gerade die Argumentation Grotewohls gegen eine parlamentarische Kontrolle der DWK läßt in beeindruckender Klarheit erkennen, wie sicher die Politik der SED davon ausging, daß es zur Bildung zweier separater deutscher Staaten kommen würde. Lediglich aus taktischen Gründen sollten der westdeutschen Seite die jeweils ersten Schritte überlassen bleiben⁵⁵.

Die auf der Sitzung verabschiedete Resolution suggeriert den Eindruck blockpolitischer Kontinuität seit 1945. Auch hier ist bemerkenswert, daß die von LDP und CDU zum Ausdruck gebrachte Kritik an der innenpolitischen Stellung der DWK, am Zustandekommen des Zweijahrplans und an der Benachteiligung ihrer Mitglieder im öffentlichen Dienst keinerlei Niederschlag findet. Pauschalfeststellungen wie die von der bis dahin stattgefundenen „Entwicklung der Demokratie in den Gemeinden und Landesparlamenten“ müssen beim uniformierten Leser den Eindruck vermitteln, als stünden alle Unterzeichner uneingeschränkt positiv zu der bis dahin herausgebildeten politischen und Gesellschaftsordnung der SBZ, und als fühlten sie sich nun gemeinsam verantwortlich für deren ökonomische und politische Fortschreibung. LDP und CDU schienen ihre neue blockpolitische Rolle bereits akzeptiert zu haben und sich auf die Umsetzung der von der leninistischen Führungspartei entwickelten Politik beschränken zu wollen.

Tatsächlich war dieser Anpassungsprozeß aber noch keineswegs abgeschlossen. Auch in den folgenden Monaten versuchten LDP und CDU noch, sich als Träger oppositioneller Politik zu profilieren. Gleichwohl hatten ihre Repräsentanten der SED am 5. August signalisiert, daß sie sich im Konfliktfall letztlich der Haltung der SED anpassen würden. Diese Nachgiebigkeit untergrub organisationsintern die Glaubwürdigkeit der Parteileitungen und führte zu einem langsam einsetzenden aber unaufhaltsamen Mitgliederschwund. Derart geschwächte und in ihrem politischen Aktionsradius beschränkte Organisationen aber waren naturgemäß kaum noch in der Lage, politische Alternativen zu präsentieren.

⁵⁴ Vgl. S.703 des vorliegenden Beitrages.

⁵⁵ Vgl. S.695 des vorliegenden Beitrages.

Als Opponenten hatte die SED ihre Bündnispartner damit weithin ausgeschaltet. Wie derart gewandelte Organisationen aber nun motiviert werden sollten, die ihnen zugedachte Rolle wahrzunehmen, der SED den Zugang zu den Mittelschichten zu öffnen, blieb unklar. Die mit der neuen Blockpolitik eingeleitete weitgehende Anpassung der anderen Parteien an die SED wirkte sich bündnispolitisch zunehmend dysfunktional aus.

Dokument

Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien

Donnerstag, den 5. August 1948, 15 Uhr im „Haus des Deutschen Volksrats“, Berlin W 8, Mauerstr. 45.

Vorsitzender Prof. Dr. Kastner: Nachdem wir uns wohl als ziemlich vollzählig ansehen können –, ich habe Entschuldigungen von Kollegen Dr. Schiffer und Frau Schirmer-Pröscher⁵⁶, weitere Entschuldigungen liegen nicht vor –, darf ich die heutige Sitzung eröffnen.

Nach der Reihenfolge ist meine Partei daran, den Vorsitzenden zu stellen, und ich bin gebeten worden, den Vorsitz zu führen. Ich frage, ob Bedenken dagegen bestehen. – Das ist nicht der Fall.

Die Einladung zu der heutigen Sitzung ist Ihnen ohne Tagesordnung zugegangen. Ich glaube, die heutige Sitzung wird sich mit der grundsätzlichen Frage der Zusammenarbeit bzw. Weiterarbeit des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien und den Grundlagen dafür zu befassen haben. Kollege Grotewohl ist gebeten worden, darüber zu referieren. Wir werden an das Referat eine Diskussion anschließen, in der dann alle grundsätzlichen und alle aktuellen Fragen gemeinsam erörtert werden können. Ich schlage Ihnen weiter vor, im Anschluß daran den Punkt Verschiedenes zu behandeln, falls noch Einzelfragen – bisher liegen keine vor – zwischen uns zu erörtern sind. – Wenn Sie damit einverstanden sind, können wir an die Arbeit gehen.

Bevor das geschieht, noch zwei Vorbemerkungen.

Ich habe vor mir einen Antrag der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, die folgendes schreibt:

(„)In Ausführung des Beschlusses der Parteikonferenz der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands bitten wir um Aufnahme in den Block der antifaschistisch-demokratischen Partei(en).

In einigen Ländern der sowjetisch besetzten Zone ist die Aufnahme unserer Partei bereits erfolgt⁵⁷. Im Interesse einer guten Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte dürfte es geboten sein, nunmehr auch an der Spitze die Zusammenarbeit aller Parteien zu sichern.

⁵⁶ Beide LDP.

⁵⁷ Diese Feststellung ist irreführend. Tatsächlich war die DBD noch in keinen der Landes-Blockausschüsse aufgenommen worden.

Es werden zu der Teilnahme an den Sitzungen entsandt:

- 1.) Ernst Goldenbaum (1. Vorsitzender),
- 2.) Rudolf Albrecht (2. Vorsitzender).

In Vertretung: Paul Scholz (Hauptgeschäftsführer).

Wir bitten, die Teilnahme der genannten Herren an Ihrer Sitzung ermöglichen zu wollen, bei der eine Begründung dieses Antrages erfolgen kann.⁵⁸

Herr Goldenbaum und Herr Scholz sind anwesend. Wir werden gleich darüber zu sprechen haben. Ich möchte nur noch eine zweite Frage zur Sprache bringen.

Die Frage der Beteiligung der Gewerkschaften ist wohl – ich bin in der letzten Sitzung nicht anwesend gewesen – Gegenstand mehrfacher Debatten gewesen. Der Standpunkt des Ausschusses ist mir dahingehend mitgeteilt worden, daß die Beteiligung der Gewerkschaften insbesondere dann als bedeutsam und notwendig erscheint, wenn es sich um Fragen handelt, die auch die Gewerkschaften berühren. Die Blockarbeit ist ja auch mit auf Dinge ausgerichtet, die die Gewerkschaften unzweifelhaft sehr stark berühren. Es ist daher in einer unverbindlichen Absprache⁵⁸ zunächst der Vorschlag gemacht worden, daß wir den Gewerkschaften anheimstellen, einen Vertreter zu der heutigen Sitzung zu entsenden. Das ist in der Person des Kollegen Jendretzky⁵⁹ geschehen.

Ich stelle nunmehr zur Erörterung und Beschlußfassung erstens die Einbeziehung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands in den Block und zweitens die Teilnahme des Herrn Kollegen Jendretzky. Ich nehme an, daß sich in beiden Fällen keine grundsätzliche(n) Einwendungen gegen die Zuziehung in der Form, wie ich es vorgeschlagen habe, erheben. Ich nehme dabei als selbstverständliche Voraussetzung an – das ist ja auch in dem Schreiben der Demokratischen Bauernpartei an den Volksrat in Erscheinung getreten⁶⁰ – daß genau so wie die anderen Parteien die Herren Vertreter der Demokratischen Bauernpartei bereit sind, für ihre Partei zu erklären, daß sie auf dem Boden der volksdemokratischen Auffassung, die uns vereinigt, und die uns ja allen bekannt ist, zusammenzuarbeiten gewillt sind. Ich darf das wohl als selbstverständliche Feststellung ansehen. Ich frage nunmehr formell, ob gegen die beiden Vorschläge auf Zulassung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und Zuziehung des FDGB, wie ich sie gemacht habe, Einwendungen erhoben werden. – Das ist nicht der Fall.

Wir können dann in die Tagesordnung eintreten. Ich will keine große Einleitungsansprache halten. Ich möchte nur auf eines hinweisen. Wir hätten an sich, wenn ich richtig unterrichtet bin, vor wenigen Wochen Gelegenheit gehabt, das dreijährige Bestehen dieses Blocks der Zusammenarbeit zu begehen und uns daran zu erinnern. Die Blockarbeit in den Ländern – ich denke vor allem an Sachsen – hat ja schon viel früher begonnen⁶¹.

Die Zusammenarbeit war nicht immer einfach und hat eine Reihe von Schwierigkeiten aufgezeigt, die auch in der Gegenwart vorhanden sind und über die wir sprechen werden. Ich glaube aber doch sagen zu dürfen, – und das möchte ich mit Dank feststellen – daß,

⁵⁸ Gemeint ist offenbar die Vorbesprechung der Parteivorsitzenden am 4. August 1948 im Hause der SED.

⁵⁹ Vorsitzender des FDGB.

⁶⁰ Gemeint ist offenbar der (auch genehmigte) Antrag der DBD auf Einbeziehung in den Volksrat von Ende Juli 1948. Vgl. Tägliche Rundschau vom 31. Juli 1948.

⁶¹ Diese Darstellung ist unrichtig. Der Landesblock Sachsen wurde erst am 16. August 1945 gebildet. Vgl. Siegfried Sacher, Zur Tätigkeit und Entwicklung des Demokratischen Blocks im Land Sachsen, in: Sächsische Heimatblätter, 1974, H. 4, S. 167.

soweit ich die Blockarbeit zu beobachten und an ihr mitzuwirken Gelegenheit hatte, stets und in jeder Stunde bei allen Beteiligten ohne Unterschied der Auffassungen und der politischen Ausrichtung der ehrliche und aufrichtige Wille vorhanden gewesen ist, mit allen Kräften an dem demokratischen Aufbau unserer Zone und des deutschen Vaterlandes zusammenzuarbeiten. Dieser Geist ist ständig vorhanden gewesen, und er gibt uns auch ein Recht, uns nunmehr rückblickend auf diese Blockarbeit miteinander über das zu verständigen, was jetzt getan werden muß. Ich brauche in diesem Kreise die Situation, wie wir sie vorfinden, nicht zu schildern. Wir stehen in einer Zeit der kaum mehr überbietbaren Spannungen, die auf den Verantwortlichen lasten, die aber auch die Gemüter des gesamten Volkes auf das tiefste bewegen⁶². Das bedeutet ein Doppeltes. Es bedeutet einmal, daß, wenn die Spannungen bis zum äußersten gekommen sind, eine Lösung der Krise so oder so in Erscheinung treten muß. Das dürfen wir für die nächste Zeit erwarten, und darauf müssen wir uns ausrichten. Es bedeutet aber weiter, daß die Verpflichtungen, die wir der Volksgesamtheit gegenüber haben, in stärkstem Ausmaße gesteigert sind, damit wir immer mehr dem näher kommen, in einer Gemeinsamkeit auch des gesamten Volkes zusammenzuarbeiten, bis unser Ziel, das einige demokratische deutsche Vaterland und der gerechte Frieden, erreicht ist.

Ich darf nunmehr Herrn Grotewohl bitten, das Wort zu seinem Bericht zu nehmen.

Herr Grotewohl: Am gestrigen Tage fand eine formlose Zusammenkunft statt, an der sich von der CDU Herr Nuschke, Herr Professor Hickmann und Herr Dertinger⁶³, von der LDP Herr Professor Kastner und Herr Lieutenant und von der SED Herr Ulbricht und ich beteiligten. In dieser Besprechung, die, wie ich schon sagte, formlos war, kam es den Beteiligten darauf an, als Vorbesprechung für die heutige Tagung des Ausschusses die Situation zu überprüfen und zu klären, um heute in dieser Sitzung mit bestimmten Vorstellungen über die weitere Entwicklung der Blockpolitik auftreten zu können.

Es ist ja allgemein bekannt, daß in den letzten Wochen mancherlei Spannungen unter den beteiligten Blockparteien entstanden waren, die einer bestimmten Westpresse die Möglichkeit gaben, mit einem großen Stimmenaufwand und viel Papieraufwand die Frage der Blockpolitik zu behandeln, ihr sicheres Ende vorauszusagen und, triumphierend über diese mancherlei Spannungen, von denen ich sprach, den Ereignissen vorzugreifen.

Diese Spannungen sind Ihnen zum Teil aus der Presse bekannt. Ich will sie nur zum allgemeinen Verständnis hier stichwortartig noch einmal zusammenstellen. Diese mancherlei Spannungen bestanden – das muß ich vorausschicken – im wesentlichen nicht etwa in irgendwelchen persönlichen Voreingenommenheiten irgendwelcher Art, sondern sie entstanden und waren entstanden aus der Gegenseitigkeit der politischen Anschauungen und aus der Entwicklung mancher Aufgaben.

Die Sozialistische Einheitspartei beunruhigte die Tatsache, daß ein Mitglied dieses Ausschusses – ich meine jetzt, als Partei gesehen – seinerzeit zu verschiedenen politischen Fragen in einer Weise Stellung nahm, die der bisherigen Auffassung von Blockpolitik nicht entsprach und die im besonderen nicht der Auffassung der Sozialistischen Einheitspartei entsprach, und zwar in der Frage der Sequestrierungen, in der Frage des Hochschulstudiums, in der Stellungnahme zu den Problemen der Großbauern, in der Stellungnahme zu

⁶² Gemeint sind offenbar die Spannungen um West-Berlin (Ende Juni 1948 hatte die Blockade begonnen).

⁶³ Hickmann und Dertinger (Generalsekretär der CDU) waren ebenfalls Mitglieder des Koordinierungsausschusses (vgl. Anm. 45).

den Problemen der Polizei, ihrer Arbeitsmethoden und ihrer Zusammensetzung, und in der Frage der Ostgrenzen⁶⁴, in der seitens der Sozialistischen Einheitspartei die Auffassung entwickelt worden war, daß die Behandlung der Ostgrenzenfrage eine starke nationale Belastung für die Politik der Ostzone mit sich bringen müsse, die sehr bedauerlich sei, und die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen⁶⁵ unter keinen Umständen weitergetrieben werden dürfe.

Auf der Seite der LDP und der Seite der CDU bestand eine solche Beunruhigung über den Stand der gegenseitigen Zusammenarbeit insbesondere in der Frage des von der Sozialistischen Einheitspartei ausgearbeiteten und der Öffentlichkeit unterbreiteten Zweijahresplanes für den Aufbau der Wirtschaft und den in Zusammenhang mit diesem Plan gehaltenen verschiedenen Reden über die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei.

Alle diese Fragen drängten von beiden Seiten zusammen und schufen diese Spannungen, von denen ich gesprochen habe, und die bei mißgünstigen Leuten, bei Leuten, die unserer Arbeit aus Prinzip mißbilligend und unfreundlich gegenüberstehen, den Gedanken einer Schwächung der Blockpolitik oder ihres völligen Erliegens aufkommen ließen. Daß diese Gedanken bei der gegenwärtigen Situation, die wir besonders in Berlin erleben, in einer Form ihren Ausdruck fanden, die weit über diese Spannungen hinausging, war jedem Einsichtigen natürlich vollkommen klar. Denn jeder, der die Dinge ruhig und leidenschaftslos betrachtete, mußte sich darüber im klaren sein, daß die Voraussetzungen für die Arbeit des Blocks, die bei seiner Gründung geschaffen worden waren, durch diese verschiedenartigen Auffassungen in keiner Weise ernsthaft berührt werden, und daß die bestehenden Spannungen keineswegs geeignet erscheinen konnten, der Zusammenarbeit in dem Block der antifaschistischen Parteien ein Ende zu setzen. Immerhin aber schien es den an dieser Besprechung beteiligten Herren doch erwünscht, die ganze Situation in einem engeren Rahmen zunächst einmal durchzusprechen und aufzuklären, wo denn nun wirklich Differenzen liegen, die unsere Zusammenarbeit ernsthaft gefährden können.

Die Aussprache, die die von mir genannten Herren gestern veranstaltet haben, war eine sehr gründliche, sie war eine sehr offene, und ich darf auch hinzufügen, sie war eine sehr kameradschaftliche. Es ist auf diesem Boden möglich gewesen, alle von mir skizzierten Probleme eingehend zu besprechen, nicht an ihnen vorbeizureden, sondern in voller Klarheit die verschiedenartigen Auffassungen darzulegen und die Grundlage für die weitere gemeinsame Arbeit des Ausschusses festzulegen.

Bei dieser Aussprache stellte sich eins heraus, was seine Auswirkungen eigentlich in allen beteiligten Parteien zeigte und was in seinen praktisch-politischen Auswirkungen in mancher Beziehung nicht unschuldig an der Situation, wie sie sich in der letzten Zeit entwickelt hat, gewesen ist: Das war die Tatsache, daß wir uns übereinstimmend zu der Meinung zusammenfanden, daß gegenwärtig in Deutschland das politische Plateau, auf dem wir zu arbeiten gezwungen sind, nicht gerade das günstigste und beste sei, sondern daß die Tatsache, daß unser liebes deutsches Vaterland gegenwärtig zu einer einzigen großen gegensätzlich gerichteten Agentenzentrale geworden ist, die vor nichts, aber auch buchstäblich vor gar nichts Halt macht, natürlich ihre Einwirkungen auch in die politischen Parteien hineingetragen habe, und daß überall in diesen politischen Parteien eine Reihe von Ele-

⁶⁴ Gemeint waren die „LDP-Beschlüsse zu politischen Gegenwartsfragen“ vom 14. Juli 1948, abgedruckt in: Der Morgen vom 15. Juli 1948.

⁶⁵ Grotewohl unterstellt hier offensichtlich die Gefahr der Einstellung polnischer Steinkohle-Lieferungen an die SBZ.

menten am wirken ist, die nicht mit den Prinzipien der Parteiprogramme oder mit den Auffassungen der spezifischen deutschen Politik übereinstimmen, sondern deren Ziel darin besteht, die ruhige und abgeklärte politische Arbeit der Parteien zu beeinträchtigen und in ihrer Auswirkung unfruchtbar zu machen. Diese Tendenz wurde von allen Parteien als allgemein vorhanden angesehen, und es wurde die Auffassung vertreten, daß, wenn sich solche Elemente bei einzelnen Parteien einschleichen, andererseits bei den gutwilligen Elementen dieser Parteien eine völlig übereinstimmende Auffassung vorhanden sein müsse, daß man überall, wo es auch sei, Hand anlegen müsse, die deutschen Parteien sauber zu halten und Einflüsse dieser Art unter allen Umständen auszuschalten. Diese Auffassung vertraten alle beteiligten Herren, und alle werden sicherlich nach dieser Aussprache die Schlußfolgerung ziehen, daß man seine eigene Partei daraufhin ansehen muß, wo Kräfte am Werke sind, deren Wirken sich nicht in positivem, sondern in sehr negativem Sinne in der politischen Entwicklung Deutschlands bemerkbar macht.

Nachdem wir alle diese Differenzen, wenn ich es so nennen darf, oder die verschiedenartigen Auffassungen, die vorhanden waren, im einzelnen besprochen hatten, war schließlich die Auffassung, daß man ernsthaft überprüfen müsse, in welcher Richtung man eine gemeinsame Basis entwickeln könne, die bestimmte Fragen unter allen Umständen als einheitliche Aktionen in Erscheinung treten läßt.

Ich darf bei dieser Gelegenheit noch auf verschiedene gegenseitige Vorwürfe aufmerksam machen, die im wesentlichen darin bestanden, daß einzelne Parteien in einzelnen Fragen sich selbständig entwickelten und diese selbständige Entwicklung nachher propagandistisch oder sachlich in der Presse in Erscheinung treten ließen. Die in dieser Richtung erhobenen Vorwürfe, die sich zunächst besonders gegen die Sozialistische Einheitspartei verdichteten⁶⁶, hoben sich dann weitgehend auf, als wir uns bei der wirklich offenen gegenseitigen Aussprache die bisher gewählte Praxis des selbständigen Vorgehens der Parteien ansahen und dabei feststellten, daß auch die übrigen Parteien in dem Zeitpunkt, wo sie einen solchen selbständigen Schritt etwa bei der Besatzungsmacht oder bei dem Marshall Sokolowskij für nötig hielten, diesen selben Schritt getan haben⁶⁷, daß es also sehr schwer ist, sich hier gegenseitig mit Vorwürfen zu bedenken, und daß es sicherlich praktischer ist, hier zwar der einzelnen Partei ihre Wirkungsmöglichkeit ungehindert zu lassen, aber in wirklich entscheidenden, großen Fragen, von denen sich einige in der weiteren Aussprache herausstellten, doch zu versuchen, gemeinsame Schritte des Blockes gegenüber der Besatzungsmacht zu unternehmen.

Nach der Besprechung dieser Einzelheiten stand die Frage im Vordergrund, nachdem wir zu der Auffassung gekommen waren, daß alle diese Einzelfragen als erledigt angesehen werden können, und daß ihre Besprechung zur Klärung der Situation beigetragen habe: Was kann denn nun geschehen, um grundsätzlich die Arbeit des antifaschistischen Blockes fruchtbarer zu gestalten, und um einzelnen an diesem gemeinsamen Ausschuß beteiligten Parteien das Gefühl zu geben, daß sie in der zukünftigen Entwicklung besonders unserer Zone ihr Lebensrecht unbeeinträchtigt erhalten können, daß sie ihre fernere Entwicklung nicht als bedroht oder gefährdet betrachten müßten? Es erhob sich die Frage, ob man viel-

⁶⁶ Gemeint sind die Besprechungen der SED-Vorsitzenden mit dem Chef der SMAD vom 28. April 1948; vgl. Neues Deutschland vom 29. April 1948.

⁶⁷ Grotewohl spielt hier auf Unterredungen der LDP- und CDU-Führungen mit Marschall Sokolowskij an, die im Februar bzw. Mai 1948 stattgefunden hatten. Vgl. Tägliche Rundschau vom 11. Februar und 3. Juni 1948.

leicht durch irgendwelche Erklärungen in der Lage sei, eine Beruhigung der Situation herbeizuführen, die sehr wünschenswert sei.

Als wir nun die Frage prüften: was sind das für Fragen, deren Regelung geeignet wäre, eine solche politische Beruhigung herbeizuführen, schob sich in den Vordergrund der Aussprache die Frage, ob die Wirtschaftskommission, die ja bekanntlich ohne eine parlamentarische Kontrolle und ohne eine parlamentarische Unterbauung arbeitet, in der gegenwärtigen Struktur und Arbeitsmethode weiter bestehen könne, ob nicht bereits der Zeitpunkt gekommen wäre, den an manchen Stellen vorhandenen Auffassungen und Vorstellungen, eine solche Wirtschaftskommission, die nur Kraft eines Befehls der Besatzungsmacht arbeite, habe nicht die nötige Verbindung mit dem Volke und bedeute letzten Endes eine versteckte Diktatur, durch die Entwicklung bestimmter konstruktiver Ideen im Staatswesen der Zone den Boden zu entziehen. Diese Frage wurde von den gestern versammelten Herren sehr eingehend besprochen, und ich glaube, es richtig zu formulieren, wenn ich sage, sie wurde von allen nach der Aussprache übereinstimmend so beurteilt, daß im gegenwärtigen Moment in unserer Besatzungszone keine Voraussetzungen bestehen, solche Wünsche weiter zu entwickeln, da der Versuch der Schaffung eines Zonenparlaments in diesem Augenblick in völligem Widerspruch mit der allgemeinen Arbeit des Deutschen Volkskongresses und des Deutschen Volksrates für die Einheit Deutschlands stehen würde und zum anderen in diesem Augenblick nur geeignet sein könnte, in der Geburtsstunde eines westdeutschen Staates als ein Alibi für die Parteien des Westens zu dienen und darüber hinaus diesen Parteien geradezu eine Rechtfertigung für ihren Standpunkt gegenüber den westlichen Besatzungsmächten zu geben. Wir meinten also, daß wir als Parteien und als Massenorganisationen in unserer Besatzungszone übereinstimmend das Ziel verfolgen müßten, uns an keinerlei separaten Parlaments- oder Regierungsbildungen zu beteiligen, solange nicht die Entwicklung in Gesamtdeutschland zu einem solchen Abschluß gekommen ist, daß eindeutig erkennbar und unter Beweis zu stellen ist, daß sich die politischen Parteien der sowjetischen Besatzungszone an keinerlei Separatmaßnahmen vorzeitig beteiligt haben, daß solche Maßnahmen, wenn man einmal zu ihnen greifen müßte, immer nur als der letzte Ausweg für die weitere Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen, als eine Zwangsmaßnahme, die uns durch die Entwicklung des Westens aufgedrängt worden ist, angesehen werden können.

Diese übereinstimmende Auffassung brachte uns gleichzeitig zu der Meinung, daß es in diesem Augenblick schwer sei, seitens dieses Ausschusses Verlautbarungen herauszugeben, die solchen Vorstellungen von einer versteckten Diktatur bei der Wirtschaftskommission wirkungsvoll entgegenwirken könnten. Man müsse warten, müsse den geeigneten Zeitpunkt herankommen lassen und müsse dann allerdings die Auffassung der politischen Parteien der östlichen Besatzungszone gemeinsam dadurch zum Einsatz bringen, daß man im geeigneten Augenblick einen gemeinsamen Schritt dieses Ausschusses, also aller beteiligten Organisationen, bei Marschall Sokolowskij unternahme, um die Frage der weiteren Gestaltung der staatsrechtlichen Entwicklung in der Ostzone anzuschneiden. —

Soviel zur Beurteilung der Frage, inwiefern man im gegenwärtigen Augenblick durch eine Erklärung dieser oder ähnlicher Art eine Entspannung in der Öffentlichkeit herbeiführen könnte. Wir waren einmütig der Auffassung, daß man den von mir skizzierten Standpunkt einnehmen müsse.

In diesem Zusammenhang ist dann weiter die Frage aufgeworfen worden, daß es doch Bevölkerungskreise gebe, die sich im wesentlichen in den bürgerlichen Parteien vereinigt hätten, bei denen die Vorstellung bestehe, daß im Grunde genommen eine allgemeine Unsi-

cherheit vorhanden sei, daß zum Beispiel eine Rechtsgrundlage, wie sie das Anforderungsgesetz enthalte, in der Öffentlichkeit dieser Parteien dahingehend diskutiert werde, daß hier die Gefahr bestehe, daß mit Hilfe dieses Anforderungsgesetzes eine weitere, etwa eine kalte Sozialisierung durchgeführt werden könnte. Man legte Wert darauf, besonders die Auffassung der Sozialistischen Einheitspartei in diesem Punkte kennenzulernen, worauf die beiden Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei – und ich darf heute sagen, das ist die Auffassung meiner Partei, nicht nur unserer beider Ansicht – betonten, daß wir unter keinen Umständen wünschen, daß dieses Anforderungsgesetz als eine solche Möglichkeit zur kalten Sozialisierung angesehen wird, sondern daß dieses Anforderungsgesetz die Aufgabe hat, wirtschaftliche Engpässe und Notstände, die sich aus der Entwicklung ergeben können, zu überwinden, um keine Schwierigkeiten ernsterer Art im weiteren wirtschaftlichen Aufbau entstehen zu lassen. Ich bitte also, davon Kenntnis zu nehmen und diese Beurteilung des Anforderungsgesetzes vielleicht doch als einen Punkt anzusehen, der uns in die Lage versetzt, solchen ungerechtfertigten Befürchtungen in der Öffentlichkeit entgegenzutreten.

Ein weiterer grundsätzlicher Standpunkt wurde in dieser Aussprache erarbeitet. Er betrifft im allgemeinen das Problem der Volkskongreßbewegung. Es ist Ihnen ja bekannt, daß interessierte Kreise aus den westlichen Besatzungszonen, aus der westlichen Besatzungswelt und aus dem westlichen Blätterwald großen Wert darauf legten, die Volkskongreßbewegung sofort durch das Geschwätz zu diffamieren, daß sie ein taktisches kommunistisches Manöver sei, das im Grunde nur der Aufgabe diene, einem Einparteiensystem näherzukommen, daß darüber hinaus die Volkskongreßbewegung die Vorläuferin eines Zonenparlaments sein sollte, mit dessen Hilfe man dann bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Volkskongresses, die ja nicht auf ein ordnungsgemäßes, allgemein bekanntes Wahlgesetz zurückgeht, sondern mehr einen ad-hoc-Charakter trägt und einem Notzustand Rechnung trug, weite Kreise des Bürgertums nicht zu der Wirkung kommen lassen würde, wie das normalerweise unter dem Ablauf einer geordneten Wahl der Fall wäre⁶⁸. Angesichts solcher Auffassungen haben wir in der gestrigen Besprechung den einmütigen Standpunkt erarbeitet, daß diese Volkskongreßbewegung und der Volksrat überhaupt keine Einrichtung der sowjetischen Besatzungszone sein dürfe, sondern daß ihre Aufgabe darin bestehe, eine Organisation für die Erhebung bestimmter nationaler Forderungen zu sein, die ganz Deutschland berühren. Im Vordergrund stand bei diesen nationalen Forderungen die dem Volkskongreß gestellte Aufgabe, für die Einheit Deutschlands einzutreten und für die Erringung eines gerechten Friedens zu wirken. Diese grundsätzliche Einstellung zu unterstreichen, erscheint doch angesichts der Auffassungen, die über den Sinn und die Arbeitsmöglichkeiten des Volksrats in der Öffentlichkeit irrtümlich verbreitet sind, wichtig. Wir sind also der Meinung, daß der Volksrat seine Aufgaben auf Gesamtdeutschland zu erstrecken hat, und daß wir niemals, welche Entwicklung auch für die sowjetische Besatzungszone kommen möge, also die Bildung eines Parlaments und einer Regierung in einem späteren Zustand, daran denken, diesen Volksrat in so etwas wie ein Parlament der Ostzone umzumodeln⁶⁹. Im Gegenteil, alle an der gestrigen Aussprache Beteiligten waren

⁶⁸ LDP und CDU hatten bei den Landtagswahlen 1946 in der SBZ nahezu die Hälfte der Mandate gewonnen, stellten aber im Volksrat nur etwa 30% der Mitglieder (eine exakte Aufschlüsselung nach Parteizugehörigkeit war nicht erfolgt).

⁶⁹ Tatsächlich konstituierte sich dann doch der vom 3. Volkskongreß gewählte Volksrat im Oktober 1949 als Provisorische Volkskammer der DDR.

der Auffassung, daß es eine nationale Aufgabe ist, in Deutschland ein Forum zu erhalten, das für jeden guten Deutschen zu jeder Zeit die Tür offen hält, um gemeinsam die nationalen Fragen und Interessen Deutschlands solange zu vertreten, bis sie in den entscheidenden Punkten einmal ihre Verwirklichung gefunden haben. Auch diese über die Beurteilung der Volkskongreßbewegung entwickelten Auffassungen dürften also einer jener wichtigen Punkte sein, die in der Lage sind, Verstimmungen oder falsche Auffassungen zu zerstreuen und die Zusammenarbeit in dem antifaschistischen Block zu erleichtern.

Bei dieser Gelegenheit wurden dann noch einige organisatorische Fragen besprochen, z. B. die Frage, was mit solchen früheren nominellen Pgs. zu geschehen habe, die nunmehr in neue Parteien oder in schon bestehende Parteien eintreten und in diesen Parteien zu irgendeiner praktischen politischen Wirkung kommen können. Wir haben im allgemeinen die Auffassung vertreten, daß nach dem Befehl 201⁷⁰ die Frage der Entnazifizierung, soweit die nominellen Pgs. in Betracht kommen, als erledigt anzusehen sei, und daß man nun in diesem Punkte nicht mit Engherzigkeit verfahren dürfe, sondern der praktischen Entwicklung freien Raum geben müsse, daß man sich damit abfinden müsse, und daß solchen Leuten, die unter Beweis stellen, daß sie sich ernstlich im Rahmen einer demokratischen Partei – und das ist wohl eine Voraussetzung, die wir nach dem Zulassungsverfahren der sowjetischen Besatzungsmacht⁷¹ als gegeben annehmen dürfen – betätigen, von uns selbstverständlich keine Hindernisse entgegengesetzt werden können.

Die zweite Frage war dann die der Zulassung anderer Parteien. Das hat sich ja bereits im vorhinein hier praktisch vollzogen; die Demokratische Bauernpartei ist ja heute nach dem bereits gefaßten Beschluß in den antifaschistischen Ausschuß aufgenommen worden und nimmt heute schon an den Verhandlungen teil. Wir setzen dabei als selbstverständlich voraus, daß jeder Teilnehmer an diesem Ausschuß sich mit den programmatischen Zielsetzungen dieses Ausschusses identifiziert, und daß darüber hinaus – was ich jetzt sage, ist allerdings meine persönliche Ansicht; ich glaube aber, daß sie von den übrigen Herren dieses Ausschusses geteilt wird – jede der neuen Parteien sich darüber klar sein muß, daß ihre Aufgabe nicht darin bestehen kann, die Berechtigung ihrer Neubildung dadurch zu beweisen, daß sie die [von den] drei alten Parteien bisher geleistete Arbeit als völlig unzulänglich hinstellt, was nunmehr die Bildung neuer Parteien erforderlich mache. Wir haben nicht diese drei Jahre hier mühselig und oft genug unter schwersten Bedingungen unsere Arbeiten geleistet, um uns nun, nachdem der schwierigste Teil der Arbeit geleistet ist, von neuhinzukommenden Parteien solche aus propagandistischen Überlegungen verständlichen neuen Entwicklungstendenzen in die Politik der Zone hineinragen zu lassen. Ich glaube aber, daß die Herren der Bauernpartei für diese Auffassungen sicherlich großes Verständnis haben und daß ihre Auffassungen sich mit dieser unserer Meinung decken werden, und ich hoffe, daß das sehr stark zur Erleichterung unserer Zusammenarbeit beitragen wird, und daß sich von vornherein ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den Parteileitungen und den verantwortlichen Männern entwickeln möge.

Bei dieser Gelegenheit wurde gleichzeitig – auch das hat Professor Kastner in seinen einleitenden Ausführungen bereits geschildert – die Frage der Behandlung der Gewerkschaften in diesem Ausschuß erörtert, die also dahin geht, daß der Ausschuß damit einverstanden ist, daß die Gewerkschaften ihren ständigen Vertreter im Ausschuß haben und daß sie

⁷⁰ Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dok. 171.

⁷¹ Gemeint ist die im Mai 1948 erfolgte Lizenzierung der NDPD, eine Partei, die sich die Organisation insbesondere der nominellen NSDAP-Mitglieder zum Ziel gesetzt hatte.

in allen Fällen, in denen sie glauben, daß besondere wirtschaftliche Interessen es für sie erforderlich machen, mit den für nötig gehaltenen Sachverständigen diesen Ausschuß erweitern können, um hier zur praktischen Mitwirkung zu gelangen.

Ich muß leider noch einmal zu den von mir gemachten politischen Ausführungen zurückspringen; denn ich habe zu meinem Bedauern einen Gesichtspunkt, der in unseren Besprechungen noch eine Rolle spielte, übersehen. Das war die Frage, welche Einschätzung die sowjetische Besatzungszone durch einen Teil der bürgerlichen oder der rechtsgerichteten, westlich-lizenzierten – das dürfte wohl der treffendste Ausdruck sein – Zeitungen gefunden hat, eine Einschätzung, die unter allen Umständen auf den Widerspruch dieses Ausschusses und aller beteiligten politischen Parteien stoßen muß. Die Frage der Neubildung eines Weststaates hat eine starke publizistische Stellungnahme dieser westlich lizenzierten Zeitungen mit sich gebracht, und die Auseinandersetzungen haben sich in einer Weise überspitzt und zugespitzt, daß wir alle Ursache haben, solchen Bestrebungen, wie sie z. B. der „Tagesspiegel“⁷² durch Herrn Reger zum Ausdruck bringt, mit aller Schärfe und Entschlossenheit entgegenzutreten. In einem Leitartikel des „Tagesspiegels“ vom 27. Juli schreibt Herr Reger unter der Überschrift „Westdeutschlands Aufgabe“ folgendes:

(„)Der zu bildende Staat ist kein westdeutscher, sondern ein deutscher.“)

Das Wort „deutscher“ ist gesperrt, das soll also wohl heißen, allgemein-deutscher.

(„)Er muß die Politik des West-Ost-Gefälles energisch verfolgen, um seine Aufgabe als Keimzelle des westdeutschen Staates zu erfüllen. In übertragenem Sinne hat er gegenüber Ostdeutschland Außenpolitik zu treiben – indem er diese Zone von vornherein als Irredenta, als das unerlöste Gebiet betrachtet und alle seine Maßnahmen danach einrichtet.“)

Wir sind der Auffassung, daß wir der Verbreitung solcher Meinungen über Ostdeutschland, das wir sowieso in dieser Formulierung nie werden anerkennen können, und ein Ost- und ein Westdeutschland gibt es nach unserer prinzipiellen Auffassung über die Einheit Deutschlands überhaupt nicht, sondern wir kennen nur ein Deutschland und innerhalb dieses Deutschlands eine sowjetische, eine amerikanisch oder britisch besetzte Zone – zum Ausdruck bringen müssen, daß wir für die Menschen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands es ablehnen müssen, uns als Irredenta kennzeichnen oder behandeln zu lassen. Wir müssen es auch ablehnen, der aus einer Irredenta entspringenden abenteuerlichen Politik zu folgen, die nur das Unglück von 20 Millionen Menschen heraufbeschwören würde, – nichts anderes könnte bei einer solchen Politik jemals herauskommen.

Das ist, glaube ich, der Gesamtkomplex der Fragen, die wir gestern besprochen haben.

Am Schluß dieser Besprechung haben wir uns die Frage vorgelegt, was denn nun heute dieser Ausschuß als seine Willensmeinung der Öffentlichkeit gegenüber sagen könnte, und wir erlauben uns, nach dieser Richtung einen Vorschlag zu unterbreiten, d. h. den Entwurf eines Pressekommuniqués, in dem wir den gegenwärtigen und zukünftigen Zustand unserer Arbeit umreißen. Dieser Entwurf ist also der Niederschlag unserer Aussprache. (Der Entwurf wird an die Anwesenden verteilt.)

Ich darf ihn verlesen und Sie bitten, ihn zu verfolgen: Der Gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien trat am Donnerstag, dem 5. August 1948, unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Kastner zu einer Sitzung zusammen. Auf allgemeinen

⁷² Unabhängige (West-)Berliner Tageszeitung.

Wunsch referierte Herr Grotewohl über die gegenwärtige Situation der Blockpolitik und ihre Fortentwicklung. Der Gemeinsame Ausschuß stellte sich bei seiner Bildung folgende Aufgaben:

1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Nazi-Ideologie, wie gegen alle imperialistisch-militaristischen Gedankengänge.
2. Gemeinsame Anstrengung zu möglich(st) raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen.
3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.
5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung. Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Bei Überprüfung dieser ursprünglichen Ziele der Blockpolitik, wie sie bereits am 14. Juli 1945 festgelegt wurden, ergab die einmütige Auffassung, daß diese Fragen auch heute noch volle Aktualität beanspruchen dürfen und ihre Weiterverfolgung damit notwendig ist.^(*)

Das ist also die Feststellung, die aus der bisherigen dreijährigen Blockarbeit und der Überprüfung der Situation in der gestrigen Aussprache resultiert.

(*) Der Aufgabenkreis des antifaschistischen Blockes hat sich im Verlaufe der letzten drei Jahre sogar erheblich erweitert. Die neuen Aufgaben sind *politisch* durch die Entwicklung der Demokratie in den Gemeinden und Landesparlamenten und *wirtschaftlich* durch die Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission sowie die Vorbereitung eines Zweijahresplanes zum Aufbau der Wirtschaft gegeben.

Die Parteien sind sich darüber einig, daß der Deutsche Volkskongreß seine gesamtdeutschen Aufgaben festhalten und weiterentwickeln muß. Die frivole Zumutung amerikanischer Agenten, die Ostzone zu einer Irredenta, also einem unerlösten Gebiet, zu erklären, fand schärfste Zurückweisung. Alle antifaschistisch-demokratischen Parteien der sowjetisch besetzten Zone sind sich klar darüber, daß hier der verbrecherische Versuch unternommen wird, unter verschwommenen nationalistischen Vorstellungen eine illegale Arbeit einzuleiten, die jeden Wiederaufbau stört und das größte Unglück für das deutsche Volk bedeuten würde.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Berlin hat den Beweis erbracht, wohin eine solche verhängnisvolle Politik führt. Der Gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien erwartet von den fortschrittlich-demokratischen Kräften Berlins, daß sie sich gegenüber den durch die Einführung der Westmark für Berlin eingeleiteten Spaltungsmaßnahmen zu gemeinsamem Handeln zusammenschließen, um den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Notstand überwinden zu helfen.^(*)

Hier muß ich bemerken, daß ich bei der letzten Überarbeitung, mit der ich beauftragt wurde, den Zwischensatz „gegenüber den für die Einführung der Westmark für Berlin eingeleiteten Spaltungsmaßnahmen“ von mir aus hinzugefügt habe, weil das Ganze sonst ein wenig zu inhaltslos wäre und nicht die Gründe für das gemeinsame Handeln enthalten würde.

(„)Der Gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien stellt fest, daß die Blockausschüsse in der Zone in besonderem Maße Pflicht und Verantwortung tragen für den wirtschaftlichen Aufbau und für die Festigung der Demokratie.“)

Weitere Erläuterungen zu diesem Entwurf brauche ich hier wohl nicht zu machen. Ich stelle anheim, ihn zu diskutieren und ihn in der geeigneten Form zu verabschieden.

Vorsitzender: Ich darf die Aussprache eröffnen. Ich möchte selbst das Wort noch nicht ergreifen; ich behalte mir das vor. Ich möchte nur die Kollegen, die heute zum ersten Male unter uns sind, an die ihnen wahrscheinlich bekannte Tatsache erinnern, daß dieser Ausschuß nicht Beschlüsse durch Abstimmung faßt, fassen kann und fassen will, sondern daß wir – in dreijähriger Praxis hat sich das bewährt – ein Ausschuß sind, in dem wir den Versuch machen müssen, auf eine einheitliche Linie zu kommen, daß also Beschlüßfassungen nur in der Form denkbar sind, daß wir wirklich übereinstimmen. Das hat eine formelle Seite und eine innerliche Seite. Es hat die innerliche Seite der schon betonten kameradschaftlichen Auseinandersetzung, daß wir in der letzten Notwendigkeit unseres Handelns übereinstimmen und uns darin zusammenfinden wollen. Ich wäre dankbar, wenn auch die weiteren Erörterungen von diesem Geiste getragen wären, weil nur diese Einstellung auch das andere ermöglicht, was wir nötig haben, nämlich eine absolute und schonungslose Offenheit in der Sache. Dann wird der Zweck der Diskussion, die wir haben werden, erfüllt werden.

Ich stelle also das Referat von Herrn Grotewohl, für das ich ihm bestens danke, und diesen Entwurf eines Pressecommuniqués gemeinsam zur Aussprache. Ich möchte mir dabei vorstellen, daß ein Teil der Diskussion, die wir gestern unverbindlich miteinander geführt haben, hier noch eine Ergänzung finden wird oder finden muß, insofern, als man die Störungsmöglichkeiten gewollter oder ungewollter Art, die in der politischen Arbeit nach außen in Erscheinung getreten sind, hier in diesem größeren Kreise erneut zur Diskussion stellt, um Verständnis und Klarheit zu schaffen.

– Darf ich um Wortmeldungen bitten.

– Ich glaube, es ist nicht der Zweck und Sinn dieser Stunde, daß wir nun diese Resolution gemeinsam beschließen und dann nach Hause gehen. Die Situation ist so, daß wir wirklich vieles zu besprechen haben. Ich stelle daher zum dritten Male die Frage: Wer bittet ums Wort?

Herr Nuschke: Ich möchte zunächst formell zu dem vorgelegten Entwurf etwas sagen: Im zweiten Absatz heißt es: „Der Gemeinsame Ausschuß stellte sich bei seiner Bildung folgende Aufgaben.“ Durch diese Formulierung könnte der Eindruck entstehen, daß die Grundsätze, die dann in dem Katalog aufgeführt sind, jetzt erst formuliert worden sind. Ich bitte deshalb zu sagen: „Der Gemeinsame Ausschuß stellte sich bei seiner Bildung am 14. Juli 1945 folgende Aufgaben“ und dafür im nächsten Absatz den Relativsatz „wie sie bereits am 14. Juli 1945 festgelegt wurden“ zu streichen.

Wenn ich dann zur Sache einiges sagen darf, so glaube ich, es ist ungemein interessant, diese Grundsätze von damals sich heute noch einmal vor Augen zu halten. Wir alle müssen, glaube ich, bekennen, daß sie von unerhörter Aktualität sind. In der Tat bestehen die Aufgaben nach wie vor mit aller Schärfe weiter. Ich glaube auch, daß nicht einer der fünf Grundsätze heute sachlich verändert zu werden brauchte.

Ich möchte dann noch auf das zurückkommen, was Kollege Grotewohl hier über den Artikel von Erich Reger ausgeführt hat. Es handelte sich dabei nicht etwa um eine einmalige journalistische Anregung, sondern Herr Reger ist in einem zweiten Leitartikel am letzten Sonntag darauf zurückgekommen und hat sogar unter noch stärkerer Hervorhebung be-

tont, daß es die Aufgabe des neuen Weststaates ist, alle seine Handlungen danach einzurichten, daß Ostdeutschland die deutsche Irredenta darstellt, das unerlöste Gebiet.

Das heißt, dieser ganze Weststaat ist ein Propagandaunternehmen der Amerikaner und alle seine Handlungen soll er darauf einrichten, unsere Verhältnisse hier durcheinander zu bringen. Wir haben ja leider schon bei der Schaffung der Westwährung gemerkt, daß es sich letzten Endes nicht darum handelte, geordnete Wirtschaftsverhältnisse im Westen zu schaffen, geschweige denn mit dem späteren kuriosen Einfall, diese Westmark auch nach Berlin zu verpflanzen, sondern es war ein Mittel des Kalten Krieges, um unsere Wirtschaft und die östliche Besatzungsmacht in Verlegenheit zu bringen und ihre Aufbaumaßnahmen zu stören.

Es heißt dann in dem Artikel von Reger im Punkt 2: durch einen ständigen Berliner Bevollmächtigten und durch sein Mitbestimmungsrecht in allen ganz Deutschland berührenden Fragen dem Ziele der Wiedervereinigung Deutschlands ebenso zu dienen wie der Einfügung in die Weltpolitik.

Die Einfügung in die Weltpolitik seitens des Weststaates soll dadurch geschehen, daß man den Weststaat in den Block der europäischen Westmächte einfügen will. Das Programm ist also klar, und ich glaube, die Formulierung in der EntschlieÙung ist nicht zu scharf, wenn wir hier von vornherein die Absichten demaskieren und entlarven und unsererseits die demokratischen Kräfte der Ostzone auf ihre Pflicht zur Wachsamkeit aufmerksam machen. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar sein, daß jetzt hier für alle Parteien besondere Aufgaben erwachsen; denn wenn man solche Absichten ganz klar ankündigt, müssen sich diejenigen, die sich für eine solche Politik der Zersetzung und der Irredenta hergeben, über die Folgen klar sein. Wir jedenfalls haben die Absicht, unsere Parteiformationen mit allem Ernst auf die Situation hinzuweisen und auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die daraus erwachsen können.

Vorsitzender: In der Diskussion darf ich vielleicht auf zwei Dinge hinweisen. Diese Grundsätze sind vor drei Jahren geschaffen worden. Man könnte – in kleinem Kreise darf man das aussprechen – ein schmerzliches Empfinden darüber haben, daß alle fünf Punkte heute noch Aufgaben sind und wir von keinem Punkt sagen können, er sei schon erfüllt oder der Erfüllung entscheidend nahe. Sie sind also als Aufgaben noch genauso aktuell, wie sie es gewesen sind. Das ist, glaube ich, kein Beweis für ein Versagen der bisherigen politischen Arbeit, aber es ist ein Zeichen dafür, wie unendlich schwer die politische Arbeit an unserem Volke in der gegenwärtigen Situation ist. Deswegen hat, glaube ich, die heutige Aussprache den Zweck, daß wir uns miteinander einmal über die Frage klar werden, inwieweit wir in der Erfüllung dieser Aufgaben, die ja vermehrt worden sind und aktueller geworden sind, noch etwas Neues zu erkennen und zu sehen haben, oder inwieweit wir da Hemmnisse – auch Hemmnisse, die wir uns gegenseitig bereitet haben – sehen. Wir haben gestern in schonungsloser Offenheit über die Dinge gesprochen. Ich glaube, es war gut, daß wir es getan haben. – Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage ist die, daß wir – das kann nicht deutlich genug festgestellt werden – jetzt in einer neuen Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Art, besonders in unserer Ostzone, stehen. Wir müssen die ersten drei Jahre als eine Anlaufzeit ansehen, in der eine Reihe von Dingen abgeschlossen – aber auch wirklich abgeschlossen – worden sind. Die Sequestrierung ist abgeschlossen⁷³, die Denazifizierung ist abgeschlossen, die Bodenreform ist abgeschlossen, die Währungsreform ist abgeschlossen, und die Störmanöver, die von

⁷³ Vgl. Befehl 64 der SMAD vom 17. April 1948, in: Tägliche Rundschau vom 18. April 1948.

verschiedener Seite mit sehr eindeutiger und einhelliger Tendenz kommen, daß man, um Unruhe zu stiften, sagt, die Dinge seien noch nicht abgeschlossen, sie gingen weiter, sind eins von den Unruhemomenten, die den Aufbau erschweren. Wir können nicht leugnen, daß vielleicht manche Momente ein gewisses scheinbares Gewicht in diese Tendenzmanöver bringen. Aber Tatsache ist, daß wir jetzt vor der neuen Aufgabe stehen, die man wohl dahin erkennen kann, daß wir, insbesondere auch im Zusammenhang mit dem Plan, die Notwendigkeit sehen, die gesamte Bevölkerung aller Schattierungen in diesen Plan einzu beziehen. Kollege Grotewohl hat nicht ohne Grund in seinem Referat darauf hingewiesen, wie nötig es ist, auch die 300 000 Handwerksbetriebe für den Plan zu mobilisieren, ja vielleicht sogar in den nächsten Wochen in gewissem Umfange mobil zu machen. Daß die freie Wirtschaft, die ja insgesamt 60% aller Kapazität in sich schließt, sich nicht nur zwangsläufig, sondern bewußt, aber auch unter dem Gefühl der absoluten Gleichberechtigung und Gleichbehandlung, in Sicherheit und Gerechtigkeit, wie ich es zu formulieren versuchte, in diese Arbeit einschaltet, das ist eine politisch-psychologische Frage, die ebenfalls gemeinsame Aufgabe der Blockparteien ist. Deswegen würde ich dringend bitten, daß wir von hier aus in gegenseitigem offenem Aussprechen über Hindernisse und Möglichkeiten uns über diese Zielsetzungen klar werden, weil das die Aufgabe der nächsten Zeit ist. Daß daneben konkrete Ziele vorliegen werden, in verschiedener Hinsicht vielleicht schneller, als wir denken, ist klar. Da werden wir uns verständigen und eine Linie finden müssen. Das ist aber eine Frage, die nicht heute zu diskutieren ist. Wir können nicht im luftleeren Raum Konstruktionen machen, die nachher vielleicht politisch einen realen Boden nicht haben oder sogar schädlich wirken können. Aber daß wir über diese Frage uns klar werden, die auch bei der Währungsreform wieder auftaucht, wo die Leute draußen vor einer vierten und fünften Währungsreform gewarnt werden, über die Schaffung von Klarheit und Beruhigung, um zu einer gemeinsamen sachlichen Arbeit aller Beteiligten zu kommen, ohne daß ein großer Teil der Bevölkerung – ich sage das mit allem Nachdruck – sich als eine Bevölkerung zweiten Ranges oder auch als eine Partei zweiten Ranges darstellt: das klarzustellen, scheint mir in dieser Stunde außerordentlich wichtig.

Herr Zborowski⁷⁴: Wir danken zunächst Herrn Grotewohl für seine Ausführungen zu dem Anforderungsgesetz, denn wir haben gerade innerhalb unserer Freunde außerordentlich viele Schwierigkeiten, wenn wir zu diesem Anforderungsgesetz positiv Stellung nehmen. Ich nehme an, daß wir von den Worten von Herrn Grotewohl auch der Öffentlichkeit gegenüber Gebrauch machen können.

Vorsitzender (unterbrechend): Vielleicht ist ganz interessant, daß gerade Herr Ulbricht erklärte, daß auch parteiamtlich eine derartige Verlautbarung durchaus möglich ist und, wenn sie für zweckmäßig erachtet wird, baldmöglichst erfolgen kann. So habe ich Sie verstanden, Herr Ulbricht.

(Herr Ulbricht: Jawohl!)

Herr Zborowski (fortfahrend): Dann möchte ich zur Blockpolitik selbst etwas sagen. Von Herrn Grotewohl sind auch die DWK und die Wirtschaftskontrollkommissionen⁷⁵, die in den Ländern gebildet werden, hier mit herangezogen worden. Es wurde hier ausgesprochen, daß zunächst nicht die Möglichkeit besteht, ein parlamentarisches Gegengewicht zur DWK, aber auch zu der Zentralverwaltung an sich zu schaffen. Umso notwen-

⁷⁴ Landesvorsitzender der CDU, Mark Brandenburg.

⁷⁵ Gemeint sind die Ende 1947 gebildeten Volkskontrollausschüsse, die die Einhaltung der wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen überprüfen sollten.

diger wäre es gewesen, daß bei der personellen Besetzung der Wirtschaftskommissionen⁷⁶, die in den Ländern eingerichtet werden, wenn schon keine Parlamente vorhanden sind, die das machen können, der Block bzw. die Blockparteien herangezogen worden wären. In unserem Lande Brandenburg bin ich einfach überrascht worden. Mit einem Male wurde uns mitgeteilt, es werde eine Kommission gebildet. Die Parteien haben gar nicht die Möglichkeit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. Der Vertreter meiner Partei z. B. war mir völlig unbekannt.

(Vorsitzender: Welche Kommissionen meinen Sie? Sie meinen die in den Ländern zu gründenden Landesunterkommissionen?) – Ganz richtig! – Soweit ich informiert bin, ist in Sachsen vorher mit den Blockparteien Fühlung genommen worden. Leider ist das in Brandenburg vollkommen unterblieben. Hier wäre doch die Möglichkeit gewesen, auch den Block wieder einmal herauszustellen und damit seine Bedeutung zu unterstreichen.

Wir haben in letzter Zeit Beobachtungen gemacht, daß vor allem auf dem Gebiet der Personalpolitik der Verwaltung meine Partei – und ich glaube, das wohl auch für die LDP erklären zu dürfen – außerordentlich benachteiligt ist.

Ich will damit nicht ein schuldhaftes Versagen der SED hier erklären; denn ich weiß, wie die Dinge 1945 und 1946 zunächst einmal gelegen haben. Aber es wird langsam Zeit, daß wir erstens in der Personalpolitik etwas aufholen. Zweitens aber darf es nicht geschehen, daß jetzt bestimmte Umstände, die sich durch die Sparmaßnahmen ergeben, also der Abbau, der sich daraus ergibt, zur Veranlassung genommen werden, weiterhin ausgerechnet unsere Parteiangehörigen abzubauen, wie mir das aus Brandenburg bekannt ist. Es geht nicht an, daß z. B. die Personalabteilung in der Verwaltung des Innern nur noch eine Domäne der SED ist, daß sogar die sogenannten Unparteiischen, die Parteiloosen gezwungen werden – und zwar kleine Mädchen, die dort tätig waren – zu gehen, wenn sie sich nicht der SED anschließen. Diesbezüglich sind in der SED-Betriebsgruppe einige recht böse Worte gefallen, die mir ebenfalls sofort hinterbracht wurden. Wir würden also wünschen, daß der Zonenblock auch die anderen Blockorganisationen bzw. die Partei und die Funktionäre, die diese Partei für den Staat stellt, auffordert oder ihnen anheimgibt, doch in Zukunft bei der Personalpolitik etwas mehr im Sinne einer wirklichen, ehrlichen Blockzusammenarbeit zu wirken. Ganz besondere Sorge haben wir – und ich glaube, dieses Thema ist hier gestern auch behandelt worden – bei der Polizei. Hier habe ich Nachrichten bekommen, die mich geradezu aufs schwerste erschüttern. Ich darf Ihnen sagen, daß meine Parteifreunde im Landesverband Brandenburg mich die letzten vier bis fünf Tage dauernd mit Mitteilungen bombardiert haben, wer nun alles aus der Polizei entlassen worden ist. Ich weiß, daß es nicht nur meine Partei, sondern zum Teil auch die LDP betrifft. Der schwerste Vorwurf, der erhoben wird, ist der, daß die Polizei so gänzlich außerhalb der Kontrolle auch der Parlamente steht. Ich glaube, hier sollten die Blockparteien doch einmal gemeinsam bei der Besatzungsmacht vorstellig werden, die sich vorbehalten hat, die Polizei nach ihren Gesichtspunkten und ihren Interessen besonders auszurichten, damit nicht in der Öffentlichkeit weitgehend der Eindruck entsteht, daß es sich lediglich um ein Machtinstrument entweder einer Partei oder aber der Besatzungsmacht handele. Ich kann Ihnen z. B. sagen, daß in Potsdam von der Aufforderung, daß sich neue Leute für die Polizei melden sollen, nur in ganz ungenügendem Umfange durch die Bevölkerung Gebrauch gemacht worden ist, weil die Leute es einfach vor ihrem eigenen Gewissen nicht mehr verantworten können, in die Polizei hineinzugehen. Es sind einige Polizisten, sogar

⁷⁶ Wie Anmerkung 75.

höhere Grade, zu mir gekommen und haben mir gesagt: Was sollen wir tun? Wir können das, was man heute in mehr oder weniger geheimen Konferenzen von uns verlangt, einfach mit unserem Gewissen nicht mehr vereinbaren. – Diese Menschen geraten in eine Gewissensnot, die meines Erachtens behoben werden muß, und da wären wir sehr dankbar, wenn der Block einmal eine gemeinsame Vorstellung bei der russischen Besatzungsmacht unternehmen würde.

Ich möchte zur Blockpolitik noch eins sagen: Meine Partei würde es sehr begrüßen, wenn die Blockpolitik oder Blockzusammenarbeit vor allem auch in den Gemeinden praktiziert würde, wo einige Parteien bei der Wahl nicht zum Zuge gekommen sind⁷⁷. Wir haben die Beobachtung gemacht, daß in den Gemeinden, wo wir nicht vertreten sind, die SED auf eine Blockpolitik keinen Wert gelegt hat. Ich halte das für falsch. Wir halten es für notwendig, daß gerade auch dort Blockpolitik getrieben wird.

Zum Schluß möchte ich noch auf einen besonderen Umstand hinweisen. Die Entnazifizierungen sind ja abgeschlossen worden. Bis dahin hatten das Parlament bzw. die Regierung das Recht der Begnadigung; sie konnten Beschlüsse aufheben. Das ist seit dem 10. April nicht mehr möglich. Nun ergeben sich aber ausgesprochene Härtefälle schon dadurch, daß in den letzten Wochen die Entnazifizierung mit einer großen Hast zum Abschluß gebracht worden ist. Die Fälle wurden nicht mehr sorgsam genug geprüft. Es sind viele Menschen noch vor der Direktive 24⁷⁸ bzw. dem Befehl 201 gekommen, die längst nicht so belastet waren wie einige andere, die infolge irgendwelcher glücklicher Umstände seinerzeit nicht vor die Kommission gekommen sind. Diese können nun ohne weiteres eingestellt werden, während die anderen, weniger Belasteten, draußen bleiben müssen. Das führt zu großen Verärgerungen. Wir haben im Landesblock darüber gesprochen und waren uns absolut darüber einig, daß hier etwas geschehen müsse. Wir haben gesagt, wir wollen das dem Zonenblock überlassen. Ich würde wünschen, daß von dieser Stelle aus einmal mit der Besatzungsmacht geprüft wird, ob nicht die Landtage bzw. die Regierungen die Möglichkeiten bekommen können, in Härtefällen Fehlentscheidungen, wenn ich sie einmal als solche ansprechen darf, aufzuheben. Alle solche Schritte und Vorstellungen würden, wenn sie der Öffentlichkeit bekannt würden, das Ansehen des Blockes außerordentlich heben.

Herr Goldenbaum⁷⁹: Wir freuen uns, daß unsere Aufnahme in den Block mit einer Wiederholung der Grundsätze zusammenfällt, die bei der Bildung des Blockes aufgestellt worden sind. Gerade wenn wir die fünf Punkte vor uns sehen, möchten wir, weil, wie Herr Grotewohl ausführte, die Zulassung unserer Partei vielleicht auch zur Trübung des Verhältnisses im Block geführt haben könnte, hier darauf hinweisen, daß diese Trübung durchaus nicht notwendig gewesen wäre, denn die Bauernpartei denkt durchaus nicht daran, irgendwelche Mitglieder aus den früheren Parteien zu werben, sondern sie will neue Kräfte für diese Grundsätze gewinnen und sie mit zur Demokratisierung Deutschlands einspannen⁸⁰. Wenn man unsere ganzen öffentlichen Erklärungen betrachtet, wird

⁷⁷ In vielen Gemeinden hatten LDP und CDU keine eigenen Listen aufstellen können und waren in den Parlamenten nicht vertreten. Vgl. dazu Günter Braun, Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR 1946–1950, in: Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, S. 546 f.

⁷⁸ Gemeint ist die Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946, in: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Berlin 1946, Nr. 5, S. 98 ff.

⁷⁹ 1. Vorsitzender der DBD, vorher KPD/SED.

⁸⁰ Tatsächlich versuchte die DBD auch Mitglieder der CDU und LDP für sich zu werben.

uns niemand nachweisen können, daß wir von dieser Linie abgegangen sind, und wenn wir die Praxis unserer innerparteilichen Arbeit und die bisherigen Erfahrungen unserer Arbeit ansehen, können wir feststellen, daß über 80% aller unserer Mitglieder noch keiner politischen Partei angehört haben. Das ist doch ein Beweis dafür, daß unsere Existenz kein Angriff auf andere Parteien ist. Wir denken also nicht daran, jetzt irgendwie in einer stillen Opposition zu leben und bei den Bauern an die rückständigen Schichten zu appellieren, daß dieses oder jenes nicht gehe und diese oder jene Aufgabe zu schwer sei, wir wollen nicht im Trüben fischen oder am Schwanze schwimmen, sondern aktiv die Aufgaben lösen, die vor uns stehen. Ich denke hier vor allem an die Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Zweijahresplan stehen, und die wir schon diskutiert haben. Ich denke weiter an die Diskussionen in der VdGB, und ich muß feststellen, daß meine Parteifreunde in der VdGB die entscheidende Kraft waren, die die Lösung der uns gestellten Aufgaben für möglich halten, während andere Stellen sich auf die einfache Tour der unüberwindlichen Schwierigkeiten zurückgezogen haben.

Ich glaube also, daß Sie diese Bedenken vollkommen fallen lassen können. Wir sind bereit, jede Verantwortung in dem Rahmen zu übernehmen, wie sie in den Grundsätzen des Blockes festgelegt ist. Ich kann für mich persönlich erklären, daß mir die Blockpolitik nicht neu ist. Ich habe seinerzeit sehr viel mit der Gründung der einzelnen Parteien zu tun gehabt und habe damals als Bürgermeister meiner Stadt allen Parteien geholfen, daß sie ins Leben kamen.

Wir sind also für die Entschließung, wie sie hier vorliegt, und werden sie auch in unserer Arbeit beachten, um gemeinsam die Ziele zu erreichen.

Herr Dertinger: Ich möchte nur den rein technischen Vorschlag machen, den letzten Absatz des Entwurfs über die Verantwortung der Blockausschüsse vor den Absatz zu stellen, der von der Irredenta spricht. Der Gedankengang ist doch: erstens, die Blockpolitik ist auch heute noch aktuell, zweitens, der Aufgabenkreis ist politisch und wirtschaftlich gewachsen, und es wäre nach meiner Ansicht logisch, dann den Absatz über die Verantwortung der Blockparteien folgen zu lassen.

Vorsitzender: Ich verstehe Sie also so, daß Sie den letzten Absatz hinter den ersten Absatz auf Seite 2 stellen wollen.

Herr Deichmann⁸¹: Ich möchte einen kleinen redaktionellen Änderungsvorschlag machen. Ich glaube, für den Leser dieses Kommuniqués in der Presse oder den Hörern im Rundfunk ist es irreführend oder mindestens mißverständlich, wenn man sich so ausdrückt, wie es hier geschehen ist: „die frivole Zumutung amerikanischer Agenten . . .“. Bei dem Ausdruck „amerikanischer Agenten“, ist doch wohl an das gedacht, was Herr Grotewohl vorhin über Erik Reger und den „Tagesspiegel“ ausgeführt hat. Gemeint ist also doch, daß ein deutscher Presseemann sich zum Agenten der Amerikaner gemacht hat. Die jetzige Fassung kann aber so verstanden werden, daß es amerikanische Staatsangehörige gewesen sind.

Herr Nuschke: Man müßte dann sagen: „die frivole Zumutung gewisser deutscher Journalisten, die sich als amerikanische Agenten betätigen . . .“

Herr Jendretzky: Ich darf nicht nur für mich als Person, sondern auch für den FDGB erklären, daß wir die Hinzuziehung zu den Sitzungen des antifaschistischen Blockes begrüßen und schon seit längerer Zeit für wünschenswert gehalten haben, da sich besonders in den Ländern diese Zusammenarbeit praktisch sehr günstig ausgewirkt hat. Ich würde es

⁸¹ Mitglied des LDP-Zentralvorstandes.

weiterhin begrüßen, wenn man auch in dem vorliegenden für die Veröffentlichung bestimmten Entwurf die Tatsache erwähnen würde, daß die Demokratische Bauernpartei ihrem Auftrage entsprechend in den Block aufgenommen und die Hinzuziehung der Gewerkschaften beschlossen wurde. Das würde wahrscheinlich zur Verstärkung der Diskussion in der Öffentlichkeit wesentlich beitragen, besonders hinsichtlich der Punkte, die ja auch Inhalt unseres gewerkschaftlichen Programmes sind. Ich denke auch, daß damit gewisse Fragen durch eine Diskussion in diesem Rahmen manchmal vielleicht einer schnelleren Bereinigung zugeführt werden können, als wenn draußen in der Öffentlichkeit eine unnötige Diskussion entsteht. Mein konkreter Vorschlag wäre, in den Entwurf hinter dem ersten Satz einzufügen, daß die Aufnahme der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und weiter die Hinzuziehung der Gewerkschaften beschlossen wurde.

Vorsitzender: Wenn das irgendwie in Erscheinung treten soll, muß es meines Erachtens im Rahmen des Abs. 1 erwähnt werden. Das kann entweder durch eine Einfügung im ersten Satz hinter „Der Gemeinsame Ausschuß der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ oder durch Anfügung eines besonderen Satzes geschehen. Ich würde für das erstere sein, etwa in der Form, daß man einfügt: „an der erstmalig Vertreter der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und des FDGB teilnahmen“. Ich glaube, das würde genügen.

(Herr Jendretzky: Einverstanden!)

Zur Diskussion habe ich den Eindruck, daß wir zwar sehr wichtige, aber doch periphere Aussicht(!) vorgeschoben haben.

Herr Ulbricht: Ich kann nur wiederholen, was gestern schon gesagt wurde. Wir schätzen die Lage so ein, daß in Verbindung mit einer Reihe neuer großer Aufgaben, mit der Tatsache, daß die Periode des Aufbaues begonnen hat, sich auch die Aufgabenstellung des Blockes etwas erweitert. Früher kam der Block in den Ländern oder den Kreisen in bestimmten Zeitabständen zusammen, verständigte sich vor Kreistagssitzungen oder Tagungen der Gemeindeparlamente. Wir glauben, daß das jetzt nicht mehr genügt, und zwar deshalb nicht, weil die jetzige Aufgabe des wirtschaftlichen Aufbaues und auch der Festigung davon abhängig ist, daß alle Parteien und Massenorganisationen gemeinsame Anstrengungen zur Lösung der Aufgabe unternehmen. Es würde heißen, die Frage zu eng zu stellen, wenn wir davon ausgehen würden: was macht der Staatsapparat in dieser Beziehung? Ich bin sogar der Meinung, daß das nicht die wichtigste Frage ist. Die wichtigste Frage ist die lebendige Arbeit der Parteien und der Massenorganisationen. Davon hängt alles ab, und ich möchte Ihnen ganz offen sagen, daß in unserer Partei hier eine gewisse Unzufriedenheit vorhanden ist. Wir haben aus Gebieten von Sachsen und auch aus anderen Ländern sehr scharfe Kritik gehört, daß beim Volksbegehren⁸² eine – sagen wir einmal höflich – sehr ungleichmäßige Teilnahme der Mitglieder und der Funktionäre der einzelnen Parteien zu verzeichnen war. Die Ungleichmäßigkeit war in manchen Kreisen sehr groß. Wir denken, es ist doch an der Zeit, daß sich alle Parteien und Massenorganisationen und alle Leitungen dessen bewußt werden, daß es jetzt nicht mehr genügt, gemeinsame Erklärungen zu formulieren, sondern jetzt steht die Frage, unabhängig davon, ob man irgendwo angestellt ist oder nicht, an der Lösung der großen Aufgaben mitzuarbeiten und alle Funktionäre und Mitglieder der einzelnen Parteien und Massenorganisationen dazu zu bewegen. Das gilt für uns als SED genauso, wie es für die Gewerkschaften oder andere

⁸² Auf Beschluß des 2. Volkskongresses vom 18. März 1948 war in der Zeit vom 23. Mai–13. Juni 1948 ein Volksbegehren für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands durchgeführt worden.

Organisationen gilt. Wir wollen hier also nicht etwa den Eindruck erwecken, als ob unsere Mitgliedschaft vollständig aktiv wäre. Das ist nicht der Fall. Deswegen haben wir bei uns im Parteivorstand diese Frage sehr präzise gestellt und haben eine energische Änderung dieses Zustandes der ungenügenden Aktivität bei der Lösung einer Reihe wichtiger Aufgaben beschlossen. Dasselbe gilt aber für alle Parteien und Massenorganisationen in der gegenwärtigen Situation. Wenn hier von dem Vertreter der CDU gesagt wurde, daß es Orte gibt, in denen keine Blockpolitik besteht, – ja, ich kenne Orte, wo es zwar eine Blockpolitik gibt, wo aber die Vertreter der Parteien, alle miteinander praktisch nichts tun. Ist es nicht an der Zeit, diesen Zustand zu ändern? Ich glaube wohl. Ich will jetzt keinen konkreten Vorschlag machen, wie das geschehen kann. Vielleicht werden wir uns in Verbindung mit einer unserer nächsten Beratungen, wenn Fragen des Zweijahresplanes oder solche Aufgaben zur Erörterung stehen, genauer damit beschäftigen können, wie das Problem gelöst werden kann. Ich möchte aber hier doch hervorheben, daß es in jeder Beziehung bei uns eine sehr scharfe und berechtigte Kritik gab, insbesondere im Zusammenhang mit dem Volksbegehren, wobei wir in unseren eigenen Reihen alles getan haben, um die Fehler und Schwächen, die vorhanden waren, zu überwinden. Wir haben selbst Ortsgruppen oder Kreise, die nicht so reagiert haben, wie wir es erwarteten. Das ist die erste Frage und scheint mir die Hauptfrage zu sein. Warum die Hauptfrage? Wenn die Aktivität größer, die Zusammenarbeit lebendiger wird, dann lassen sich viele Reibungen und Differenzen leichter überwinden, als wenn man am Tisch zusammensitzt und sich nur mit Formulierungen beschäftigt. Deswegen betrachte ich diese Aktivierung in allen Parteien und Massenorganisationen als den Angelpunkt, als das Hauptproblem. Ich sehe nicht, daß andere Probleme bedeutungsvoller wären. Die zweite Frage, die gestern in der Diskussion gestellt wurde: Es wurde gesagt, daß bei Funktionären und Mitgliedern der bürgerlichen Parteien ein gewisses Mißtrauen bestehe, daß die Herren die Frage stellten: wo soll das hingehen? Nicht wahr, Herr Kastner, so ungefähr war die Frage. (Professor Kastner: Ja wohl, „Wann werden wir geschlachtet?“). Als man mir vor drei Jahren die Frage stellte – damals war man noch höflicher, damals hat man nicht von „schlachten“ gesprochen, sondern man hat gesagt: wann werden wir abgesägt? habe ich erklärt: Abgesägt wird überhaupt niemand; aber es gibt manchmal Leute, die einfach nicht in der Lage sind, bestimmte demokratische Aufgaben mitzuerfüllen, oder die inzwischen so unter den Einfluß gegnerischer Kräfte gekommen sind, daß sie in der Tat das Gegenteil von dem tun, was sie versprochen haben. Solche Fälle gibt es, und ich muß leider auf solche Fälle aus der letzten Zeit hinweisen, da man mir jetzt diese Frage gestellt hat.

Was schafft die größten Schwierigkeiten? Die größten Schwierigkeiten sind dadurch entstanden oder können sich dadurch entwickeln, daß in der gegenwärtigen Situation der Gegner eine systematische Arbeit leistet, nicht nur in propagandistischer Hinsicht, sondern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, und es ihm gelungen ist, einige Leute in der Ostzone für diese Arbeit zu gewinnen. Das ist der politische Tatbestand – vielleicht wird mir einer sogar sagen: der politische und vielleicht auch der militärische Tatbestand.

Ein Gegner, der offen auftritt, mit dem man sich auseinandersetzen kann, ist nicht so gefährlich. Wir haben es aber mit einem Gegner zu tun, der die Legalität von Parteien dazu benutzt und die Positionen in den Parteien dazu ausnutzt, seine eigenen Ziele zu verfolgen. Das bezieht sich sogar auf bestimmte Positionen innerhalb der SED, auch dort gibt es einige Leute, die sich eingeschlichen haben. Aber in höherem Maße sind selbstverständlich, wie sich erwiesen hat, die beiden bürgerlichen Parteien anfällig.

Wir müssen also gemeinsam alles tun, um diese gegnerische Tätigkeit abzuwehren und zu liquidieren. Deshalb habe ich die Erklärung unseres Freundes Nuschke in dieser Frage begrüßt; denn jeder von uns versteht, daß die Argumentation von Reger in bezug auf die Irredenta nicht nur Agitation ist, sondern einen sehr realen Inhalt hat, der in Berlin schon bis zur Mordpropaganda und bis zu Methoden illegaler Bewaffnung geht. Das lieben wir nicht, in Berlin lieben wir es nicht, in der Ostzone lieben wir es noch weniger, und daraus können und müssen sogar für einige Leute Unannehmlichkeiten entstehen.

In Verbindung mit dieser Tätigkeit des Gegners sind zweifellos eine Reihe Schwierigkeiten aufgetreten und ist auch das Mißtrauen zweifellos erhöht worden. Denn wenn solche Tatsachen bekannt werden – und sie sind bekannt geworden – und wir zu gleicher Zeit hören und sogar in der Zeitung lesen, daß es Versammlungen gab, in denen die Frage der Oder-Neiße-Grenze sehr aggressiv gestellt wurde, dann dürfen Sie es uns nicht übelnehmen, wenn wir besorgt sind und uns fragen: wo soll die Fahrt hingehen? Wir alle haben unsere Erfahrungen, wir wissen, wie es nach dem ersten Weltkrieg gemacht wurde. Damals begann man auch mit Andeutungen, und dann ging es frisch und fröhlich bis zur Revanchepropaganda. Deshalb bitten wir darum, daß man auch diese Besorgnisse, die bei Funktionären von uns vorhanden sind und die auch geäußert wurden, beachtet. Es handelt sich in dieser Frage nicht darum, daß wir Besorgnisse wegen unserer Partei haben. Unser Standpunkt in dieser Frage ist klar. Aber auch die anderen Parteien und Massenorganisationen müßten in der Konsequenz einer solchen Propaganda draufzahlen; denn der einzige, der gewinnt, sind die aktiven gegnerischen Kräfte. Weder die LDP noch die CDU noch die Bauernpartei noch irgend jemand anders hat einen Nutzen von einer Aufrollung der Frage der Oder-Neiße-Grenze im Sinne eine(r) Revanchepropaganda. Den Nutzen haben einzig diejenigen, die nicht nur bis zur Oder wollen, sondern bis Warschau und zur Wolga.

Das sind einige Fragen, die gestern in der Besprechung gestreift wurden.

In diesem Zusammenhang wurde an uns die Frage gerichtet, wie wir solche Gesetze wie das Anforderungsgesetz anzuwenden gedenken. Wir haben offen gesagt, wir betrachten das Anforderungsgesetz als eine notwendige gesetzliche Maßnahme der Deutschen Wirtschaftskommission im Interesse des Aufbaus, – als nicht mehr. Niemand von uns hat die Absicht, etwa auf dem Wege oder mit Hilfe des Anforderungsgesetzes Enteignungen durchzuführen oder Überführungen in den Besitz der volkseigenen Betriebe vorzunehmen. Wenn wir erklärt haben, daß wir der Meinung sind, die Tätigkeit der Sequesterkommission soll aufhören, haben wir das sehr ernst gemeint. Das war für uns die Vorbereitung des Zweijahresplanes; als wir die Arbeit am Zweijahresplan begannen, haben wir zu gleicher Zeit erklärt: Schluß mit den Enteignungen, Schluß mit der Tätigkeit der Sequesterkommission und Schluß mit der Tätigkeit der Entnazifizierungskommission! Wir haben einen großen Plan gehabt und haben selber daraus die Konsequenzen gezogen. Wir sind dafür eingetreten, daß in all den Fällen, die noch vorlagen, wo aktive faschistische Unternehmer noch enteignet werden sollten – nach meiner Schätzung etwa 300 – gesagt wurde: Schluß! Wir sind bereit, darauf zu verzichten, daß diese Fälle noch behandelt werden, weil wir im Interesse des Aufbaus, der Vorbereitung des Zweijahresplanes eine Beruhigung der Wirtschaft brauchen und nicht zulassen können, daß man weiter die Frage der Sequestrierung stellt und eine Diskussion über diese Fragen durchführt. Das ist unser Standpunkt gewesen, wir haben ihn öffentlich erklärt und haben auch danach gehandelt. Von uns aus sind keine solchen Fragen weiter gestellt worden, und wir werden es auch, soweit unser Einfluß in unserer Partei oder in den Gewerkschaften reicht, nicht zulassen. Soweit das Anforderungsgesetz in Betracht kommt, gilt dasselbe. Wir haben nicht die Absicht, daß

dieses Gesetz dazu ausgenutzt werden soll, um Enteignungen durchzuführen. Es soll nur einige notwendige wirtschaftliche Maßnahmen ermöglichen, die man bei unserer jetzigen Notlage ohne ein solches Gesetz nicht durchführen kann.

Weiter ist die Frage nach der gemeinsamen Arbeit bei der Durchführung des Planes gestellt worden. Es ist richtig, wir haben als SED die Initiative in der Vorbereitung und Vorlegung des Planes ergriffen. Das ist auch ganz natürlich. Wir sind eine Partei, die in dieser Beziehung einen konsequenten Standpunkt hat. Für uns ist es selbstverständlich leichter, einen Plan auszuarbeiten als für andere Organisationen. Wir haben aber ausdrücklich erklärt, die Durchführung des Planes ist die gemeinsame Sache aller Parteien und Massenorganisationen.

Nun werden Sie mir vielleicht entgegenhalten: ja, aber die SED hat besonders die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse hervorgehoben. Das stimmt. Es besteht ja kein Zweifel darüber, daß die Durchführung solcher großen Aufgaben entscheidend von der Initiative, von der Opferfreudigkeit – möchte ich sagen – der Arbeiter abhängt. Deshalb wird selbstverständlich bei der Durchführung des Planes der Arbeiterklasse eine ganz besondere Verantwortung auferlegt. Das vermindert aber keineswegs die gemeinsame Tätigkeit und die gemeinsame Verantwortung aller demokratischen Kräfte aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen: wie steht es mit dem Verhältnis der volkseigenen Betriebe zu den privatkapitalistischen Betrieben oder zum Handwerkerturn? Wir haben schon in anderem Zusammenhang erwähnt, daß wir eine maximale Erfüllung bzw. Übererfüllung des Planes wollen. Das können nicht die volkseigenen Betriebe allein, sondern dazu sind die privatkapitalistischen Betriebe ebenso notwendig. Wenn einer der Herren die Frage der gleichmäßigen Behandlung der volkseigenen Betriebe und der privatkapitalistischen Betriebe gestellt hat, muß ich sagen, vom wirtschaftlichen Standpunkt gesehen ist diese Forderung nicht ganz real. Ich sage Ihnen das ganz offen. Die Grundstoffindustrien sind alle volkseigen, und wir können den Aufbau nicht mit Erfolg durchführen, wenn wir nicht mit allen Mitteln diese Grundstoffindustrien fördern. Kein Privatunternehmen wird Rohstoffe oder sonst etwas bekommen, ohne daß diese Industrien aufgebaut sind. Das ist die Realität. Deshalb kann man nicht einfach sagen, man muß beide gleichstellen, sondern man muß hier zu einer vernünftigen Regelung kommen.

Der Plan für das zweite Halbjahr 1948 zeigt schon, wie der Versuch unternommen wurde, zu einer solchen vernünftigen Regelung zu kommen. Wenn mir jetzt z. B. Herren sagen würden, in der Textilindustrie seien bestimmte volkseigene Betriebe nicht rentabel, dann würde ich ohne weiteres den Leiter der Textilindustrie hierher holen und er würde sagen: jawohl, Sie haben recht, aber ich habe deshalb auf bestimmte Aufträge verzichtet, weil auch die Privatindustrie die und die Aufträge bekommen muß. Das war die Frage, die hier bei dem Plan für das zweite Halbjahr 1948 stand. Die Privatindustrie hat höhere Aufträge bekommen, als sie vordem hatte, und die Folge davon ist, daß die volkseigenen Betriebe nicht so ausgelastet werden, wie das vom Standpunkt der Rentabilität notwendig wäre. Wir müssen uns also hier auf eine reale Basis begeben, ohne solche Thesen: sie müssen gleichgestellt werden. Das läßt sich im einzelnen nicht in dieser schematischen Form machen.

Ich denke aber, wir werden zu einer Verständigung kommen. Wir haben deshalb vereinbart, daß in der nächsten Zusammenkunft des Wirtschaftsausschusses des Volksrats die Durchführung des Planes für das zweite Halbjahr behandelt wird, weil man anhand dieser

Ziffern besser sieht, wie die Dinge laufen, und weniger schein-reale Diskussionen und mehr reale Erörterungen auf Grund ganz konkreter Bedingungen zustandekommen. So haben wir begonnen, und ich glaube, unsere Methode ist richtig. Ich habe mich deshalb auch zu einigen Forderungen, die von seiten der LDP und der CDU erhoben wurden, nicht weiter geäußert. Wir werden im Wirtschaftsausschuß sehen, wie es in der Realität aussieht. Wir werden uns dort im Wirtschaftsausschuß über diese Fragen sehr gründlich unterhalten können, und dabei wird sich zeigen, was für positive Vorschläge vorliegen und wie man die Fragen lösen kann.

Ich glaube also, in der praktischen Zusammenarbeit wird man eher zu Resultaten kommen, als wenn man sich über bestimmte Formulierungen streitet. Das ist meine Antwort auf die letzte Frage, wie wir das Verhältnis zwischen volkseigenen Betrieben und privatkapitalistischen Betrieben gestalten wollen. Wir sind auch bereit, besondere Besprechungen mit Privatunternehmen über diese Frage durchzuführen. Genau so, wie wir eine Zusammenkunft der volkseigenen Betriebe in diesem oder jenem Lande gemacht haben, können wir auch an Besprechungen der Industrie- und Handelskammern mit Privatunternehmern teilnehmen. Die schwierigste Frage ist selbstverständlich die Sicherung des Rohstoffplanes, und das hängt eng mit dem Außenhandel zusammen.

Was das Handwerk betrifft, so ist das überhaupt kein Gegenstand der Diskussion. Wir alle sind absolut davon überzeugt, daß man maximal dem Handwerk helfen muß, weil es sehr viel dazu beiträgt, die Versorgung der Bevölkerung zu sichern bzw. den Reparaturbedarf zu erfüllen. Wir wissen sehr gut, daß das Handwerk unter denselben Schwierigkeiten leidet, unter denen auch die anderen Betriebe leiden, und daß sie das zum Teil sogar noch stärker spüren. Das ist also für uns keine Diskussionsfrage. Wir alle stimmen darin überein, daß man dem Handwerk helfen muß, soweit es überhaupt geht.

Ich glaube, das waren die Fragen, die gestern in der Diskussion gestellt worden sind. Mein Eindruck aus der gestrigen und der heutigen Aussprache ist, daß die Zusammenarbeit gefestigt werden kann, und daß es dazu erforderlich ist, daß wir gemeinsam gegen gewisse feindliche Kräfte kämpfen, die diese Zusammenarbeit zerstören wollen, die in unseren Parteien versuchen, sich Positionen zum Kampf gegen die demokratische Ordnung und gegen die Zusammenarbeit zu schaffen. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren. Im übrigen wird die Entwicklung der Arbeit des Blockes hier, in den Ländern, in den Kreisen und in den Gemeinden davon abhängen, daß eine größere Aktivität bei allen Parteien und Massenorganisationen, die zum Block gehören, eintritt. Das scheint mir das wichtigste zu sein; denn in der gemeinsamen Arbeit kann man sich leichter verständigen, als wenn man alle paar Monate zusammenkommt und dann über eine Erklärung debattiert⁸³.

Professor Dr. Kastner: Darf ich um die Erlaubnis bitten, die Gedankengänge von Herrn Ulbricht etwas zu ergänzen. Damit wir ganz klar sind: Ich habe in Hinsicht auf diesen Wirtschaftsplan von Sicherheit und Gerechtigkeit gesprochen, nicht von formaler Gleichberechtigung. Das heißt mit anderen Worten, daß die Arbeit, die zu machen ist, dort gemacht werden muß, wo sie am besten gemacht werden kann. Dieses Gefühl der Sicherheit und Gerechtigkeit entbehrt aber ein großer Teil unserer Bevölkerung, – d. h. daß sie in dem Sinne eingeschaltet sind, wie ich es skizziert habe, daß jeder an dem Platze, wo er am besten wirken kann, auch herangezogen wird, ohne Rücksicht darauf, ob er volkseigener Betrieb oder privater Betrieb ist. Das ist das, was wir wollen. Herr Ulbricht hat

⁸³ Diese Aktivierung gelang nur teilweise. Bis zur Gründung der DDR kam der Zentrale Blockausschuß nur noch zu acht Sitzungen zusammen.

aber vollkommen recht, wenn er sagt: das können wir ein dutzend Mal beschließen, damit kommen wir noch nicht weiter.

Damit komme ich auf eine Frage, die er offen gestellt hat und die ich ebenso offen beantworten will, wie ich es gestern schon getan habe. Wo liegen denn die größten Hindernisse? – In der Psychologie! Gehen Sie einmal hinaus in die Versammlungen und reden Sie vom Block: dann hören Sie bestenfalls eine passive Einstellung, wenn nicht unter vier Augen noch viel schärfere Worte [fallen], und das Ende ist immer, daß die Leute an die Ehrlichkeit des Blockes nicht glauben. Das wollen wir doch offen aussprechen. Ich glaube, nicht ich allein habe die Erfahrung gemacht, daß man verhöhnt wird, wenn man für den Block eintritt, – daß man entweder sehr dumm sei oder sich habe hereinlegen lassen oder gar andere Ziele verfolge, die noch viel schlimmer sind. Das liegt daran – und das gilt nicht nur für die Frage der Aktivität –, daß es, glaube ich, an der Peripherie unserer Tätigkeit an einer wirklichen, ehrlichen, gemeinsamen, sich gegenseitig anerkennenden und fördernden aktiven Arbeit aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte noch fehlt und, das darf ich hier offen aussprechen, die Prävalenz einer Partei als so stark empfunden wird, daß sie die Erweiterung des Blockes hemmt.

Dazu kommt eine Reihe von Ereignissen, die wir alle kennen, die wir ändern können oder auch nicht ändern können. Ich will auf die Frage der Polizei nicht eingehen; wir haben gestern sehr ausführlich darüber gesprochen. Wir müssen uns aber überlegen, wie diese Dinge von außen gesehen werden. Wie tief propagandistisch die Dinge verankert sind, ersehen wir aus einem Vorgang der letzten Tage, der Ihnen bekannt ist oder auch nicht bekannt ist. Im Tagesspiegel wurde ein Schreiben des Präsidenten der mir unterstellten Postverwaltung⁸⁴ mit Aktenzeichen und allen anderen Scherzartikeln publiziert, wonach er die Oberpostdirektionen angewiesen habe, dafür zu sorgen, daß ab 1. August oder einem späteren Termin alle maßgebenden Stellen vom Referenten aufwärts mit zuverlässigen SED-Leuten besetzt werden. Ich habe sofort das Nächste getan, was man in einem solchen Falle tun muß, nämlich die Oberpostdirektion angerufen und gefragt: habt ihr das herausgegeben? Antwort: Nein! Es hat sich herausgestellt – die Untersuchungen laufen, die Kriminalpolizei ist damit befaßt und hat schon eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, daß innerhalb der Oberpostdirektion von einzelnen Stellen, die in unterirdischem Zusammenhang mit dem „Tagesspiegel“ und ähnlichen Stellen stehen, dieses Schreiben bewußt gefälscht herausgegeben worden ist, weil man damit Glauben gewinnen und den Boden unterhöhlen zu können glaubte. Ich unterstreiche damit auf der einen Seite die Gefährlichkeit der Tendenzen, von denen wir hier gesprochen haben; denn dieser Vorgang wird nicht der einzige bleiben. Die Polizei ist übrigens den Dingen sehr geschickt nachgegangen, indem sie den Versuch gemacht hat, mit kleinen Variationen ein solches Schreiben an verschiedene Stellen zu verteilen, und daraus, welche Fassung dieses Schreibens veröffentlicht wurde, konnte man dann feststellen, welche Stelle es war. Das ist aber eine technische Frage.

Was folgt aus diesem Vorgang, der exemplarisch ist? Es folgt einmal daraus, daß wir Elemente solcher Art noch überall haben und mehr haben, als wir glauben. Das andere aber ist, daß man glaubt, derartige Dinge produzieren zu können, weil durch – sagen wir einmal – Ungeschicklichkeit, Übereifer oder vielleicht aus anderen Motiven einer solchen Einstellung der Massen ein gewisser Vorschub geleistet wird. Ich will hier einmal gewisse

⁸⁴ Kastner war in seiner Funktion als Vizepräsident der DWK auch für das Post- und Fernmeldewesen zuständig.

Dinge aussprechen, auch auf die Gefahr, daß ich einige Leute verstimme. Wenn die überparteiliche Organisation der Gewerkschaften, die mein Freund Jendretzky leitet, immer wieder den rein sozialistischen Charakter betont, dann ist es schwer, unseren Leuten die Überparteilichkeit begrifflich zu machen, und dann folgt daraus konsequent eine mangelnde Aktivität der Kräfte, die ja auch berufen und verpflichtet wären, dort mitzuarbeiten. Solche Dinge gibt es auf verschiedenen Gebieten. Wenn in dem Schulungskursus einer Behörde der Marxismus in besonderer Weise betont und behandelt wird, dann ist das gut. Wir hätten uns mit diesen Dingen schon vor hundert Jahren sehr eingehend beschäftigen sollen. Daß wir es nicht taten, ist mit an unserem Unglück schuld. Aber daß es so dargestellt wird, daß es *die* Doktrin sei, oder so in die Erscheinung tritt als, ist eine Ungeschicklichkeit. Ich könnte noch eine Reihe anderer Beispiele bringen. Ich möchte aber nur mit allem Nachdruck darauf hinweisen: wenn wir an die größten Hindernisse herangehen wollen, müssen wir diese psychologischen Dinge in den unteren Stellen radikal beseitigen.

(Herr Jendretzky: Die Gewerkschaften gehen aber jedem solchen Fall nach.)

– Sie haben ja selbst als wir in Dresden so nett bei der Nachfeier zusammensaßen, einen Toast auf den Sieg des Sozialismus ausgebracht. Na schön! Als Chef der Gewerkschaften haben Sie dort alle, auch die anderen Leute aufgefordert, auf den Sieg des Sozialismus zu trinken. Nun gibt es aber doch Menschen und Parteien, die anderer Auffassung sind.

(Herr Jendretzky: Sie haben aber trotzdem das Glas gehoben und mitgetoastet!)

So etwas sollte man vermeiden.

Jetzt ist über meinen Kopf hinweg eine Markenserie mit Bildern von Marx, Engels, Thälmann und Bebel gedruckt worden. Alle Märtyrer, auch Thälmann, haben meine tiefste Verehrung, Marx und Engels sind große Köpfe, und Bebel ist ein Mann, den ich hoch verehere. Aber daß das so in den Vordergrund geschoben wird, ist auch solch eine kleine Ungeschicklichkeit. Das sind Dinge, die dem Volk den Glauben geben: erstens – wer nicht einer bestimmten Partei angehört, ist ein Mensch zweiter Klasse; zweitens – was ich gestern Herrn Ulbricht in sehr drastischer Form gesagt habe –, bei allen, die nicht mitmarschieren, heißt es: „Du armes Schwein, du tust mir leid, du lebst nur noch so kurze Zeit.“ Ich bin gestern in einer Wirtschaftskommission gefragt worden: „Sie können uns viel erzählen; sagen Sie uns, wie lange wir noch leben; es ist doch nur alles hinten herum, um uns zu erdolchen oder ums Leben zu bringen.“

Das ist die psychologische Situation, der wir zu Leibe gehen wollen und alle miteinander zu Leibe gehen müssen, wenn wir diese Stimmung ausräumen wollen. Denn die Schwierigkeit liegt nicht nur darin, daß wir unsere Rationen (!) in Ordnung halten. Es ist kein Zufall, daß da die Schwierigkeiten so groß sind und sich steigern, und daß man um die Dinge immer wieder ringen muß. Ich darf das aussprechen, weil ich um die Dinge ringe und mit gewissen moralischen Risiken ringe, die sehr stark sind. Dasselbe gilt auch für eine ganze Reihe von anderen Maßnahmen. Ich glaube, die Erklärung zum Anforderungsgesetz wird gut wirken, die wollen wir einmal mit aller Klarheit und Deutlichkeit bringen. Sie paßt nicht in dieses Kommuniqué hinein, das ist ganz klar; das muß anders bearbeitet werden. Auch die Erklärung, die ich immer wieder bringe: es gibt keine neue Bodenreform, ist klar und deutlich.

Zur Oder-Neiße-Grenze will ich ganz offen folgendes sagen: Es ist eine schmerzliche Frage; aber ich glaube – jetzt kann ich draußen angegriffen werden, aber das schadet nichts –, man tut unseren Neusiedlern keinen Gefallen, wenn man eine Hoffnung nährt, deren Erfüllung zumindest zweifelhaft ist. Man erschwert ihnen damit das Einwurzeln

in die neue Heimat psychologisch, und sie sollen doch zunächst einmal bei uns einwurzeln. Ich habe am Mittwoch wieder gesehen, wie schwer, aber auch wie notwendig das ist. Kommt es einmal besser, als wir hoffen, – nun gut! Das ist aber eine Frage, die wir nicht diskutieren können. Ich habe den Agenten der Westpresse, den Interviewern, die immer wieder auf dieser Frage herumreiten, schon bei dem ersten Volkskongreß gesagt: wenn ihr hier das wollt, was ihr ausspricht, gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich den Mund zu halten; über die Dinge reden verdirbt jede Chance. Dann kommen sie immer mit dem Ruhrgebiet. Ich glaube aber, die Dinge sind jetzt etwas abgeflaut, bei den „Grenzberichtigungen“, die wir im Westen haben.

Ich glaube, wir können sehr viel tun, wenn wir diese psychologischen Hindernisse aus dem Herzen der Leute wegräumen. Die mangelnde Aktivität hat natürlich ihren Grund in der Not, den Sorgen und all diesen Dingen, aber auch in der absoluten inneren Unsicherheit darüber, wohin der Weg geht. Ich habe gestern als Beispiel erzählt, daß mir von einem ganz intelligenten Mann folgende Äußerung berichtet wurde: ich komme mir vor wie ein Fußball, mit dem die SMA und SED Ball spielen. Diese Passivität, dieses Schicksalhafte, von anderen Mächten Getriebene, dieser Rückstand aus der Hitlerzeit und, wenn Sie die Konsequenz weiter ziehen, der noch bestehende Untertanengeist: das ist die Gefahr; denn dieser Untertan will gleichzeitig auch alles von außen geschehen lassen und nichts selber tun.

Damit komme ich auf etwas weiteres. Ich weiß nicht, ob wir uns im Block nicht etwas zu viel mit dem beschäftigt haben, was wir alles von amtlichen Stellen verlangen. Wir sollten doch auch einmal Betrachtungen anstellen, ob wir nicht einer zu bürokratischen Gestaltung der Wirtschaftsbürokratie etwas mehr entgegenreten können. Wir haben draußen den Papiermangel, aber Formulare haben wir bis dort hinaus – Formulare, Formulare, von der Wiege bis zur Bahre. Das ist eine Nebenfrage. Aber wir sollen uns doch einmal überlegen, was wir wirklich tun können, und ich glaube, da sollten wir alle miteinander, ohne auch nur einen Millimeter von unserem wirklichen Standpunkt aufzugeben, – das haben wir gar nicht nötig und verlangt auch keiner von uns – dafür sorgen, daß jeder antifaschistisch-demokratische Mann und jede antifaschistisch-demokratische Frau auch ehrlich von den anderen respektiert und geachtet wird, daß nicht dieses Gefühl einer Zweitrangigkeit, das vorhanden ist, darüber können wir diskutieren, soviel wir wollen, weiter um sich greift, sondern dieses Gefühl endlich einmal ausgeräumt wird. Das geht immer hin und her. Als wir bei einer Blocksitzung in Sachsen zusammensaßen, habe ich gesagt: Ich muß Euch jetzt einen Witz erzählen. Sie waren sehr böse, daß ich die ernste Debatte mit einem Witz unterbrach. Ich habe folgenden Witz erzählt: Es war einmal ein Ehepaar. Der Mann wurde gefragt: vertragt ihr euch gut? – Glänzend! – Wie ist es bei euch mit dem Rechthaben? – Wunderbar, mal hat der eine recht, mal der andere. – Wie ist denn das, wann hast du recht, wann hat deine Frau recht? – Das ist ganz einfach. Wenn wir beide einer Meinung sind, hat meine Frau recht. – So kann man keine Blockarbeit machen. Aber so wird sie manchmal gemacht. Ich glaube, wir sollten nicht versuchen, das zu übersehen, denn die Tatsachen sind vorhanden, und sollten anfangen zu tun, was wir tun können, um die größten Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Eins ist nicht ganz richtig, Herr Kollege Ulbricht. Es gibt noch Enteignungen, es gibt noch legale, es gibt auch noch illegale Enteignungen. In den unteren Ämtern wird noch manches gemacht, was verflucht danach aussieht. Auch das sollte man ausräumen. Es gibt aber auch noch ganz legale, und die wollen wir nicht beseitigen; daß im Wege eines Strafver-

fahrens⁸⁵ Enteignungen vorgenommen werden, ist vollkommen richtig und ist eine Frage, die vollkommen separat steht, und etwas, was wir den Leuten auch sagen können. Es ist auch nicht richtig, daß ein wirklich schwer belasteter Mensch durchschlüpfen kann; wenn er wirklich schwer belastet ist, fällt er unter den Befehl 201 mit all seinen Konsequenzen. Das sollte man aber auch ruhig aussprechen.

Wenn wir etwas tun wollen, sollen wir bei uns im Block anfangen, und wir wollen das Problem der Aktivität als allererstes ins Auge fassen. Wir haben bei dem Volksbegehren gesehen, wie weit bei manchen Leuten noch das vom Westen geschickt geschürte Mißtrauen geht. Wenn wir das einmal ausgeräumt haben, dann ist die Frage der Aktivität eine Frage der Konsequenz, eine Willensfrage, eine Erziehungsfrage. Man kann aber schwer erziehen, wenn nicht allenthalben die Voraussetzungen gegeben und die Hemmnisse beseitigt sind. Mir scheint, der Block sollte sich in erster Linie dem zuwenden, was *wir* tun wollen, und dann kommt in der Resolution das, was die anderen zu tun haben. Ich bin überhaupt ein Gegner davon, zu sagen: „wir fordern, daß . . .“, sondern wir sollen sagen: das und das tun wir, und wenn nicht die gesamte Bevölkerung hinter dem Plan steht, können wir es nicht schaffen.

Herr Lehmann⁸⁶: Es ist sicherlich richtig, wenn Herr Kastner hier ausgeführt hat, daß ein gewisses Mißtrauen besteht und mancher Übergriff hier und da vorgekommen ist. Ich glaube aber, das ist nicht nur auf der einen Seite der Fall, sondern auch auf der anderen Seite, nur in ganz anderem Sinne. Ich sehe bei manchen Herren und Damen einen Über-eifer, – daß sie dieses Mißtrauen übersteigern, daß sie Mißtrauen hegen, wo es gar nicht notwendig ist, und daß sie vor allem nicht die Frage prüfen: wie kommt es, daß die andere Seite mißtrauisch ist und die Zusammenarbeit infolgedessen nicht weiter kommt? Das liegt auf demselben Gebiet wie das, was Herr Zborowski gesagt hat. Manche Leute behaupten, daß gewisse Ämter nur von der SED besetzt würden. In Wirklichkeit liegen aber die Dinge doch ganz anders. Es ist zweifellos richtig, daß hier und da Leute aus Ämtern entfernt werden.

Vorsitzender (unterbrechend): Ich muß sehr um Entschuldigung bitten, daß ich Sie unterbreche. Einige Kollegen von der CDU sagen mir soeben, sie müßten uns fluchtartig verlassen – nicht aus politischen Gründen, sondern aus anderen Gründen. Ich möchte die Herren von der CDU, bevor sie gehen, fragen, ob sie mit der Fassung des Entwurfs einschließlich der Änderungen einverstanden sind, damit wir da die Einstimmigkeit haben.

(Die Herren von der CDU erklären ihr Einverständnis.)

Herr Lehmann (fortfahrend): Wie kommt es, daß hier und da Leute entlassen werden? Es ist doch nicht so, daß sie entlassen werden, weil sie Mitglieder der CDU oder der LDP sind.

(Zwischenruf: Na, na!)

– Nein, sie werden entlassen, weil sie den Eindruck hervorgerufen haben, daß sie nicht positiv zu dem neuen Staat stehen, daß ihre Tätigkeit so ist, daß sie nicht weiter in dem betreffenden Amt tätig sein können. Das trifft auch nicht nur auf Mitglieder der CDU und der LDP zu, sondern ebenso auf Mitglieder der SED und auch auf Parteilose. Ich will damit sagen: Bei solchen Absägungen wird nicht danach gefragt, welcher Parteirichtung der Betreffende angehört, sondern danach, wie er sich in dem demokratischen Aufbau bewährt hat. Derjenige, der sich nicht bewährt hat, muß eben das Amt verlassen.

⁸⁵ Diese Strafverfahren bezogen sich meistens auf Verstöße gegen wirtschaftsrechtliche Bestimmungen, etwa die Hortung von Waren.

⁸⁶ Mitglied des Zentralsekretariats der SED und des FDGB-Bundesvorstandes.

Ich möchte dringend davor warnen, hier eine Politik zu verfolgen, die letzten Endes auf eine Methode hinausläuft, wie wir sie in der Weimarer Zeit erlebt haben, daß nämlich die Parteien einen Kuhhandel beginnen: hier sind soundso viel Posten zu besetzen und da bekommt ihr soviel und wir soviel, – und das wird nun ausgehandelt. Das kann nicht entscheidend sein. So können wir eine neue Demokratie nicht aufbauen, sondern wir können sie nur nach dem Gesichtspunkt aufbauen: wer paßt auf diesen Posten, sind die Leute dafür da? Sie wissen ganz genau, daß überall tüchtige Leute gebraucht werden. Daß dabei nun die ausscheiden müssen, die sich diesem Rahmen des Neuaufbaus nicht einfügen wollen, das ist ein Gesichtspunkt, der überall gilt. Wenn Sie Ihre Mitglieder einladen würden, anstatt zu jammern, sich positiv einzustellen und mitzuarbeiten, dann wird niemand auf die Idee kommen, solche Leute aus irgendwelchen Ämtern oder sonstigen Positionen zu entfernen.

Dasselbe ist auch bei der Arbeit im Block der Fall. Diejenigen, die aktiv und richtig mitarbeiten, werden überall freudig begrüßt werden. Aber leider – das ist hier schon gesagt worden, ich brauche es nicht zu wiederholen – ist eben eine Passivität vorhanden. Warum ist sie vorhanden? – Weil man nicht wirklich ernsthaft auf dem Boden der gemeinsamen Blockarbeit steht, weil man nur nach außen so tut, als ob, weil man diese Politik des „Als ob“ betreibt, die dann dazu führt, daß die anderen sagen: na ja, er macht ja mit oder tut wenigstens so, als ob er mitmacht; innerlich sieht er ganz anders aus. Weil dem so ist, deswegen kommen wir mit unserer Arbeit nicht recht weiter. Ich kann nur sagen: stellen Sie Ihre Leute entsprechend um, zeigen Sie, daß wir wirklich gut zusammenarbeiten können und daß wir alle auch innerlich auf dem Boden der neuen Demokratie und der gemeinsamen Aufbauarbeit stehen, dann werden sich sehr viele Dinge von selbst erledigen. Mir kommt es aber beinahe so vor, wie die Einstellung mancher Leute, die da sagen: wir müssen erst mehr zu essen kriegen, damit wir mehr arbeiten können. Wir sagen umgekehrt: nein, wir müssen mehr arbeiten und uns mehr anstrengen, damit es uns besser geht. So ist es auch hier. Bitte, strengen Sie sich mehr an, dann wird auch die gemeinsame Arbeit besser werden.

Vorsitzender: Ich darf wohl annehmen, da Ihnen meine politische Arbeit und auch ihre Schwierigkeiten wohl nicht ganz unbekannt sind, daß Ihre freundlichen Meinungen nicht unmittelbar an meine persönliche Adresse gehen.

Ich glaube, wir kommen nicht weiter, wenn wir immer nur sagen: du hast schuld, fang du erst einmal an. Wir sollten alle miteinander prüfen, was wir tun können. Es kommt in der Politik nicht immer darauf an, daß man vor vernünftigen, erwachsenen Leuten mit guten Gründen das eine oder andere rechtfertigen kann, sondern auch das stimmungsmäßige, das Psychologische ist, genau wie bei den Wahlplakaten, entscheidend.

Wenn ich gesagt habe, daß diese Atmosphäre da ist, dann können Sie mir darauf erwidern: Sie überschätzen sie. Das ist falsch, das tue ich nicht. Sie können mir von Ihrem Standpunkt aus sagen: da haben Ihre Leute auch schuld oder primär schuld oder zwei Drittel oder ein Drittel schuld – das ist Wurst –, wir haben gar keine schuld oder haben nur ein Drittel schuld, – das ist auch Wurst. Wir müssen uns vielmehr überlegen, wie wir gemeinsam diese psychologische Belastung, die ich als die schwerste ansehe, die noch mit Rudimenten der Vergangenheit belastet ist, auszuräumen (!), und wenn die Diskussion doch vielleicht das eine Ergebnis hätte, daß wir uns darüber klar werden, unbeschadet Ihres Standpunktes, – ich will gar nicht diskutieren, wie weit Sie recht haben oder ich recht habe; nach meiner Ansicht habe ich meistens recht – wie weit die Dinge objektiv gesehen werden müssen und wie weit wir sie beseitigen können, dann sind wir, glaube ich, ein gro-

ßes Stück weiter. Ich habe den Eindruck, auf Ihrer Seite geschieht nicht genügend. Sie haben gesagt, auf unserer Seite geschieht nicht genügend. Nun, dann haben wir beide Fehler gemacht. Ich habe Sie gebeten, die Fehler auf Ihrer Seite zu beseitigen, wie wir es auf unserer tun werden. – Sind wir uns einig?

Herr Zborowski: Ich habe hier z. B. folgenden Fall: Ein technischer Vermessungsbeamter wird entlassen, und es wird behauptet, nachdem sehr viele andere Dinge nicht gezogen haben, er gehöre zu den Vertrauensleuten des ehemaligen Ministers Dr. Kunze⁸⁷, der ein ausgesprochener Gegner der Blockpolitik war. Es wird gesagt: „Durch dieses Verhalten hat X unter Beweis gestellt, daß er der Politik der jetzigen Landesregierung ablehnend gegenüber steht.“

Der Mann hat Dr. Kunze überhaupt nicht gekannt, er hat vielleicht überhaupt nicht gewußt, daß Dr. Kunze existiert. Das ist doch richtig frisiert.

(Herr Lehmann: Das kann man ja aufklären.)

– Ich bemühe mich darum.

Vorsitzender: Es ist richtig, das sind Einzelfälle, die kann man aufklären. Machen Sie aber bitte einmal eine reale Kontrolle der Gesamtstimmung! Ich glaube, wir kommen mit Einzelfällen hier nicht weiter.

Herr Zborowski: Ich wollte das auch nur ganz kurz einmal sagen. – In derselben Angelegenheit ist ein anderer Mann von uns entlassen worden. Wir haben den Beweis erbracht, daß der Mann sich vor 1945 antifaschistisch betätigt hat. Er hat das Zeugnis eines prominenten Mannes der SED für sich beigebracht. Nachdem wir bewiesen haben: die Kommandantur hatte eine Zeitlang Einspruch gegen ihn erhoben, dieser Einspruch ist zurückgezogen worden, und das Innenministerium hat seinerzeit seiner Wiedereinstellung zugestimmt, und nachdem das Ministerium nicht mehr weiter kann, wird endlich gesagt: ja, aber er gehört nicht zu dem neuen Typus des Verwaltungsbeamten. Leider habe ich noch keine Gebrauchsvorschriften, wie der neue Typus des Verwaltungsbeamten aussehen muß.

Das aber nur ganz kurz zur Illustrierung!

Ich könnte Ihnen massenweise solche Fälle bringen, so daß wir tatsächlich den Eindruck haben, bei uns wird Personalpolitik nach dem Parteibuch getrieben, – leider, ich bedaure das außerordentlich. Ich habe es hier nur grundsätzlich angeschnitten, ich will keine Einzelheiten nennen. Das ist eine Angelegenheit, die wir natürlich in den Ländern durchpauken müssen.

Vorsitzender: Wünschen Sie das Schlußwort, Herr Grotewohl?

Herr Grotewohl: Ich glaube, es ist nicht notwendig. Ich war mir natürlich darüber klar, daß unsere gestrige Besprechung, in der wirklich sehr offenherzig zwischen uns gesprochen wurde, und die heute hier naturgemäß einen gewissen Niederschlag gefunden hat, nicht von heute auf morgen alle diese Dinge beseitigen oder ausräumen kann. Wir können nicht zaubern und können keine Wunderdinge verrichten, und wenn wir gestern miteinander sprachen, sind doch heute die Verhältnisse nicht anders geworden, das ist ganz klar, was hier heute besprochen wurde, ist also ein Nachwehen von dem, was wir gestern sehr gründlich besprachen. Die Beteiligten der gestrigen Aussprache sind sicherlich zu der Überzeugung gekommen, daß jeder zu seinem Teil eine Reihe von Überlegungen anstellen wird, die wert sind, sehr ernst genommen zu werden. Wenn das jeder tut, dann

⁸⁷ LDP, Finanzminister im Land Brandenburg, 1948 abgesetzt wegen „Amtsmissbrauch“ und aufgrund seiner ablehnenden Haltung zur Volkskongreßbewegung.

sind wir durch unsere gestrige Aussprache und durch unsere heutige grundsätzliche Bestätigung der weiteren Arbeit schon ein Stück weitergekommen. Daß sich die Dinge, die sich im Laufe der Zeit wie ein Schneeball aufgewälzt haben, nicht ebenso schnell wieder abwälzen, ist mir vollkommen klar. Ich zweifle aber nicht daran, daß es geschehen kann, wenn wir eins tun: wenn wir uns entschließen, uns öfter zusammensetzen und über die Dinge zu sprechen. Ein erheblicher Fehler, der mit zu dieser Versteifung geführt hat, in der wir uns allgemein befanden, ist aus der Tatsache erwachsen, daß wir nicht oft genug zusammengesessen haben. Es ist doch keine politische, sondern eine allgemeine menschliche Erfahrung: wenn man miteinander redet, kommt man sich immer irgendwie ein Stück näher und findet eine Linie, die einen in den Stand setzt, die Dinge freundlicher, lockerer und beweglicher zu sehen, als wenn man sich nur noch aus der Ferne oder durch Pressepolemiken kennt. Das ist keine Basis für die Fortführung einer gemeinsamen Tätigkeit. Was hier von Herrn Nuschke und Herrn Professor Kastner gesagt wurde, ist sicherlich zutreffend: daß diese fünf Punkte, wenn man sie sich genau ansieht, eine Basis sind, auf der wir noch sehr viel gemeinsam arbeiten können. Selbst wenn manche Schritte dabei getan werden, die hier oder da für den Einzelnen unbefriedigend sind, so enthält doch dieses Programm noch soviel Aktivität und so viele Möglichkeiten der gemeinsamen Tätigkeit, daß wir sie mit gutem Willen ausnutzen sollten. Ich glaube, Ihnen erklären zu können, wie wir das gestern getan haben, daß wir entschlossen sind, an den Stellen, wo diese Möglichkeiten gegeben sind, sie auch loyal und offen auszunutzen. Aber ebenso halte ich es für richtig und gut, daß man die Grenzen, die sich da ergeben, wo man sich nicht verständigen kann, auch richtig erkennt. Diese Grenzen darf man nicht künstlich erweitern wollen. Sie werden es uns doch nicht übelnehmen, wenn wir sagen, wir wünschen den Sieg des Sozialismus, – nicht in einer Zusammenkunft wie der, von der Professor Kastner sprach, vielleicht war das nicht klug oder nicht staatspolitisch gehandelt. Aber Sie werden uns doch im Prinzip nicht verargen, daß wir sagen, wir wünschen den Sieg des Sozialismus. Das ist doch selbstverständlich, das ist doch für Sie keine Überraschung, darüber können Sie nicht böse sein, genau so, wie wir nicht böse sind, wenn Sie sagen, die Grundlage Ihrer Arbeit ist in vielen Dingen Ihre religiöse Überzeugung, von der aus Sie die Kraft gewinnen, die einzelnen Dinge so oder so zu sehen, oder wenn Sie von der Liberal-Demokratischen Partei mit Ihren bestimmten prinzipiellen liberalen Auffassungen an die Dinge herantreten. Wir müssen gemeinsam an sie herantreten, und das hat der Ausschuß in der hinter uns liegenden Zeit ein wenig versäumt. Treten wir öfter an die Dinge heran und diskutieren wir über sie, dann werden wir die Grenzen des gemeinsamen Handelns in den einzelnen Situationen richtig herausarbeiten können, so herausarbeiten können, daß dabei nun nicht für die einzelne Partei der unbedingte sieghafte Abschluß einer solchen Aussprache herauskommt, sondern daß wir für die Gesamtheit unseres Volkes eine gemeinsame Plattform in den Dingen erarbeiten, in denen wir sie erarbeiten können. Wenn wir das tun und uns auch entschließen, den Ausschuß öfter zusammenzurufen und hier ernsthaft zu diskutieren, dann wird er, davon bin ich überzeugt, genau so lebendig arbeiten, wie er die ersten zwei Jahre gearbeitet hat, und das scheint mir eine dringende Notwendigkeit zu sein. Wenn wir alle davon überzeugt sind, dann wird auch unsere heutige EntschlieÙung nicht nur eine EntschlieÙung sein, sondern ihren positiven Inhalt auf unsere fernere Arbeit ausstrahlen. Ich bitte also darum, daß wir uns darüber klar werden, künftig häufiger zusammenzukommen.

Vorsitzender: Wir schließen die Debatte ab. Ich brauche Ihnen den Entwurf des Kommuniqués nicht noch einmal zu verlesen. Ich trage nur vor, was an Änderungen vorgeschlagen wird. In Abs. 1 soll eingefügt werden: „an der erstmalig Vertreter der Demo-

kratischen Bauernpartei Deutschlands und der Gewerkschaften teilnehmen.“ Das Datum des 14. Juli 1945 soll aus dem 3. Abs. nach oben gezogen werden, und es soll dort heißen: „Der Gemeinsame Ausschuß stellte sich bei seiner Bildung am 14. Juli 1945 folgende Aufgaben:“; dafür soll unten der Zwischensatz „wie sie bereits am 14. Juli 1945 festgelegt wurden“ gestrichen werden.

Weiter soll auf Seite 2 der letzte Absatz hinter den ersten Absatz auf Seite 2 gestellt werden. In dem dann nächsten Absatz soll der zweite Satz die Fassung erhalten: „Die frivole Zumutung gewisser deutscher Journalisten, die sich als amerikanische Agenten betätigen, ...“

Das wären sämtliche Anregungen, die gemacht worden sind, und die bis jetzt keinen Widerspruch gefunden haben. – Wenn ich keinen Widerspruch höre, nehme ich an, daß dieses Kommuniqué Ihrer gemeinschaftlichen Auffassung entspricht und der Öffentlichkeit übergeben werden kann.

Damit ist der von mir vorgeschlagene erste Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kämen jetzt zu Punkt 2, Verschiedenes, falls noch jemand eine konkrete Frage vorzuschlagen hat.

Hier wäre erstens die Frage des baldigen Wiederzusammentritts, die sich aus der Behandlung des ersten Tagesordnungspunktes ergeben hat, zu besprechen.

Herr Grotewohl: Wir hatten früher die Übung, immer zu einem festen Termin zusammenzukommen, – ich glaube, es war der erste Donnerstag im Monat.

(Zuruf: Die letzte Sitzung war am 11. Februar⁸⁸, gerade jetzt vor einem halben Jahr.)

Nach kurzer Geschäftsordnungsaussprache wird die nächste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses auf Dienstag, den 7. September 1948, 15 Uhr, festgesetzt.

Vorsitzender: Ich möchte bitten, wenn für konkrete Tagesordnungspunkte Vorschläge zu machen sind, die dem Kollegen Grotewohl, der mich im Vorsitz ablösen wird, rechtzeitig zuzuleiten.

(Schluß der Sitzung 17.45 Uhr.)

Quelle: Archiv beim Hauptvorstand der CDU in der DDR, Bestand: Sekretariat des Hauptvorstandes, Archivnummer 847.

Anmerkung: Offensichtliche Schreibfehler wurden korrigiert, die Verwendung von ß und ss der heute üblichen Schreibweise angepaßt.

⁸⁸ Die Sitzung hatte am 13. Februar stattgefunden. Vgl.: Der Morgen vom 14. Februar 1948 und Tägliche Rundschau vom 11. Februar 1948.

Notizen

PAUL KLUKE 75 JAHRE

Neben namhaften Gelehrten der älteren Generation, die schon vor 1933 wissenschaftliches Ansehen erlangt hatten (Hans Rothfels, Gerhard Ritter, Ludwig Dehio, Hans Herzfeld u. a.), verdankt die junge Disziplin der Zeitgeschichte, die sich nach 1945 in der Bundesrepublik aufmachte, ihre Gründung, Anregung und Institutionalisierung einer Reihe damals Vierzigjähriger, die bei Beginn der Hitler-Zeit ihre wissenschaftliche Karriere gerade erst begonnen hatten. Zu ihnen gehört Paul Kluge, der am 31. Juli 1983 75 Jahre alt wurde.

Im Kreis Teltow in der Mark Brandenburg als Sohn eines Landwirts geboren, brachte Paul Kluge nach dem Besuch des Gymnasiums in Berlin sein Studium der Geschichte, Germanistik und Anglistik (in Berlin und Würzburg) zu Ende, als die Wirtschaftskrise 1931/32 auf dem Höhepunkt angelangt und auch für den akademischen Nachwuchs die Zukunft meist verhängt war. Hermann Oncken und Fritz Hartung von der Humboldt-Universität haben den jungen Neuzeithistoriker besonders geprägt, sein Interesse für die Bismarckzeit und Verfassungsgeschichte angeregt. Durch das gleichzeitige Anglistikstudium machte sich daneben schon früh ein besonderes Interesse für Großbritannien und den Übergang des britischen Imperiums zum Commonwealth bemerkbar. „Heeresaufbau und Heerespolitik in England vom Burenkriege bis zum Weltkrieg“ war das Thema der 1932 im Beiheft 27 der Historischen Zeitschrift veröffentlichten Dissertation. Kurz bevor Hitler an die Macht kam, heiratete Paul Kluge Erika Milchner, die den rassepolitischen Vorstellungen der neuen Machthaber nicht genügte. Obwohl hart

bedrängt, ließ sich der junge Gelehrte nach 1933 in dieser Verbindung nicht irremachen. Erika Kluge hat den persönlichen und wissenschaftlichen Lebensweg ihres Mannes bis zu ihrem Tode 1981 fast 50 Jahre lang begleitet und war – solange sie konnte – mit ihrer Herzlichkeit fast immer anwesend und tätig, wenn es galt, persönliche Beziehungen zu Schülern und Kollegen zu halten und zu pflegen.

Die Diskriminierung ihrerwegen in der Nazizeit hatte zur Folge, daß Paul Kluge in untergeordneten Stellungen in der Preussischen Archivverwaltung nur befristete Aufträge erhielt, durch Übersetzungen vom Polnischen ins Deutsche und andere Gelegenheitsarbeiten leben und wissenschaftlichen Ehrgeiz fast ganz zurückstecken mußte. Die Publikationsauswertung einer Materialsammlung über den rheinischen Separatismus konnte nicht erscheinen. Die schlimmste Zeit kam während des Krieges, als Paul Kluge, wegen seiner „nichtarischen“ Frau als „wehrunwürdig“ abgestempelt, jahrelang in Arbeitslagern der Organisation Todt zu Bauarbeiten herangezogen wurde.

Die Befreiung vom Nationalsozialismus war für ihn unter solchen Voraussetzungen auch existentiell von größter Bedeutung, öffnete ihm endlich den Weg zur wissenschaftlichen Karriere. Schon der erste Auftrag als „Chief Archivist“ im amerikanischen Document Center in Berlin befaßte ihn mit dem Quellennachlaß des Dritten Reiches, insbesondere mit der Sicherstellung und Sichtung der Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes. Der Beginn seiner Arbeiten an der 1950 abgeschlossenen Habilitationsschrift über „Die rheinische Autonomiebewegung 1918/19“

fiel zusammen mit Lehraufträgen an der Pädagogischen Hochschule in Berlin und der neu-gegründeten Freien Universität. Paul Kluge wurde als Privatdozent einer der ersten Mitarbeiter des Friedrich-Meinecke-Instituts der FU. Ein Kuriosum war, daß Hans Herzfeld, der seine Habilitation betreute, dem jungen Gelehrten neue Schwierigkeiten ersparen wollte und deshalb abriet von einer Veröffentlichung der Habilitationsschrift, die manches Kritische über Konrad Adenauers Nähe zum rheinischen Separatismus in seiner Amtszeit als Kölner Oberbürgermeister enthielt. Studienaufenthalte in London 1950/51 und den USA 1952/53 dienten der Vertiefung in Probleme der internationalen Beziehungen und der britischen Commonwealth-Politik.

Am 1.10. 1953 wurde Paul Kluge als Nachfolger des verstorbenen Hermann Mau zum Generalsekretär des Instituts für Zeitgeschichte berufen. Seine dortige Amtszeit bis zum 31. März 1959 markierte nach schwierigen Jahren der Unsicherheit die eigentliche Phase der Konsolidierung des Instituts, das 1956 in das Königsteiner Abkommen der Bund-Länder-Forschungsförderung aufgenommen wurde, seitdem über eine stabile Finanzierungsbasis verfügte und sich nach dem Umzug in das neue Haus in der Möhlstraße (1956) durch seine Sammlungen und Forschungen national und international schnell Beachtung verschaffen konnte. Der von Paul Kluge initiierte erste internationale Zeitgeschichtskongreß in der Bundesrepublik, der im Mai 1956 in der Evangelischen Akademie in Tutzing stattfand (nachzulesen in dem 1957 vom Institut für Zeitgeschichte veröffentlichten Tagungsbericht „Das Dritte Reich und Europa“), setzte ein deutliches Zeichen.

Mit seinen Beiträgen über „Nationalsozialistische Europaideologie“ (1955), „Das Recht des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in der Sicht des Historikers“ (1957),

„Nationalsozialistische Volkstumspolitik in Elsaß-Lothringen 1940–1945“ (1958), anderen Aufsätzen sowie einer Fülle von Rezensionen über bemerkenswerte zeitgeschichtliche Neuerscheinungen gab der Generalsekretär dem von ihm geleiteten Institut auch inhaltlich substantielle Anregungen und unterstrich frühzeitig vor allem den internationalen Kontext der deutschen Zeitgeschichte.

Der Widerstand, den es in den fünfziger Jahren in der historischen Zunft an den Universitäten gegen das junge Fach Zeitgeschichte noch gab, verzögerte auch in München die Umhabilitation des Privatdozenten. 1958 erhielt er einen Ruf als Professor für Neuere Geschichte an die Universität Frankfurt. Daß er nach Jahren erfolgreichen Wirkens im Institut für Zeitgeschichte diesem Ruf folgte, war für Paul Kluge, dem 12 Jahre lang aus politischen Gründen die Hochschulkarriere vorenthalten worden war, innerlich zwingend. Als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts und durch regelmäßige Besuche in München blieb er der alten Arbeitsstätte gleichwohl bis heute verbunden.

In Frankfurt gelang es ihm, einen eigenen Schülerkreis für zeitgeschichtliche Forschungen zu gewinnen. Lothar Kettenacker, Hellmut Seier, Horst Gies, Wolfgang Rudzio, Beatrix Bouvier, Dieter Rebenisch, Ernst Ritter und andere, die mit ihren zeitgeschichtlichen Dissertationen in den sechziger und frühen siebziger Jahren hervorgetreten sind, legen davon Zeugnis ab. Neben Themen der Bismarckzeit und der britischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, denen sich Paul Kluge in weiteren Beiträgen in den sechziger Jahren widmete, kamen neue Aufgaben und Aufträge an ihn heran: Studien zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Universität, deren Ergebnis 1972 in einem umfangreichen Buch „Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932“ herauskam, und dann schließlich die vielfälti-

gen Aktivitäten zur Begründung des Deutschen Historischen Instituts in London, dessen erster Direktor Paul Kluge 1975 für drei Jahre wurde, nachdem er schon 1968 Mitbegründer des „Britisch-Deutschen Historikerkreises“ und ab 1970 jahrelang Vorsitzender des „Vereins zur Förderung des Britisch-Deutschen Historikerkreises“ gewesen war. Die Emeritierung in Frankfurt (1974) ermöglichte Paul Kluge diese verdienstvolle neue Gründungsaktivität. Und es ist wohl kein Zufall, daß der

Schwerpunkt der Arbeiten und wissenschaftlichen Kolloquien des Londoner Instituts seit der Amtszeit seines Gründungsdirektors auf dem Gebiet der Zeitgeschichte liegt.

Paul Kluge hat sich in besonderem Maße um das Institut für Zeitgeschichte, aber darüber hinaus um die Belebung der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik und ihre internationale Geltung hochverdient gemacht.

M.B.

50 JAHRE WIENER LIBRARY

Schon als Generalsekretär des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beobachtete Dr. Alfred Wiener in den letzten Jahren der Weimarer Republik intensiv den immer mächtiger werdenden Antisemitismus und Nationalsozialismus und sammelte Material darüber. Als er im Oktober 1933 nach Amsterdam emigrierte, baute er dort eine Sammlung von Schriften und Quellenmaterial über die Vorgänge in Deutschland, insbesondere die Verfolgung der Juden, auf, die schnell stark anwuchs und von vielen Seiten in Anspruch genommen wurde, vor allem für Auskünfte und Gutachten. Sie war damals die einzige umfangreiche, systematisch das Material erschließende Dokumentationsstelle über das nationalsozialistische Deutschland außerhalb des Reiches¹.

Nach dem Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei im März 1939 beschloßen Wiener und seine Freunde, die Sammlung nach London zu transferieren, wo sie gerade am Tage des Kriegsbeginns, am 1. September 1939, wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Während des Krieges diente sie vor allem der Information britischer Regierungsstellen und wurde weitgehend vom Informationsministerium unterhalten. Auf dessen Wunsch wurde der bisherige Name *Jewish Central Information Office* aufgegeben und die neutrale Bezeichnung *Wiener Library* gewählt. Dr. Wiener verstand es, über die USA und die neutralen Staaten auch während des ganzen Krieges aktuelles Schrifttum u. a. Material aus dem unter nationalsozialistischer Herrschaft stehenden Europa zu bekommen.

Mit dem Ende des Krieges endeten auch die Dienstleistungen der Bibliothek für die britische Regierung, und deren Finanzierungsbeitrag wurde auf einen kleinen Zuschuß reduziert. Die weitere Existenz der Wiener Library war in Frage gestellt, obwohl sie für zahlreiche Historiker und Politologen für deren Forschungen über Na-

¹ Zur Geschichte der Wiener Library siehe Paul Kluge, *Die Wiener Library und die Zeitgeschichte*, in: *On the track of tyranny. Essays presented by the Wiener Library to Leonard G. Montefiore, O. B. E., on the occasion of his seventieth birthday*, ed. by Max Beloff, London 1960, S. 157–179; Walter Laqueur, *Dr. Wiener's Library 1933–1960*, in: *The Wiener Library Bulletin. Special issue: 50 years of the Wiener Library*, London 1983, S. 3–9.

tionalsozialismus, Antisemitismus, Totalitarismus und verwandte Themen unentbehrlich geworden war, wie beispielsweise Hugh Trevor-Roper und Alan Bullock bezeugten. Aber nur mit großer Mühe gelang es Alfred Wiener, wenigstens die nötigsten Geldmittel für die Fortführung des Jewish Central Information Office zu erhalten. In den alteingesessenen jüdischen Kreisen Englands war nur bedingt Interesse für diese Institution zu erwecken, obwohl gerade einer der Ihren, Leonard Goldsmith Montefiore, als Vorsitzender des Kuratoriums zum Hauptwohltäter der Wiener Library wurde. Schon damals kam es zu Verhandlungen über eine Transferierung nach Israel, die aber abgebrochen wurden, da die Israelis die Sammlungen unter verschiedenen Institutionen aufteilen wollten.

Mit Unterstützung des Central British Fund konnte die Bibliothek 1956 in der Devonshire Street No. 4 ein größeres Domizil beziehen. Aus dem Jewish Information Office wurde bald wieder die Wiener Library – in der Rechtsform einer privaten Gesellschaft durch freiwillige Beiträge verschiedener Organisationen und Privatpersonen finanziert. Außer britischen und amerikanischen Spenden erhielt sie in den fünfziger bis siebziger Jahren auch regelmäßige Zuwendungen von der Kulturabteilung des Bonner Auswärtigen Amtes. Denn auch in der neuen Bundesrepublik war bald ihre Bedeutung für die deutsche Zeitgeschichte erkannt worden². Während

seines Staatsbesuches in London (1958) besuchte Bundespräsident Heuß die Bibliothek.

Nach dem Tode Alfred Wieners im Jahre 1964 übernahm Professor Walter Laqueur, ein gebürtiger Breslauer, die Leitung der Bibliothek. Man widmete sich nun in erhöhtem Maße auch der Forschung, was in dem neuen Titel *Institute of Contemporary History – The Wiener Library* zum Ausdruck gebracht wurde. Neben das seit 1946 herausgegebene „Wiener Library Bulletin“ trat 1966 das vierteljährlich erscheinende „Journal of Contemporary History“. Die Leiter und Mitarbeiter der Bibliothek leisteten der Zeitgeschichtsforschung seit Jahrzehnten große Dienste durch die Erstellung von Spezialkatalogen und Handbüchern, die teils von der Wiener Library herausgegeben wurden, teils selbständig erschienen, aber in ihr entstanden sind³.

Da die finanzielle Situation der Wiener Library weiterhin unsicher blieb, man sozusagen von der Hand in den Mund leben mußte und immer nur für wenige Monate im voraus planen konnte, sah man sich ab Ende der sechziger Jahre nach einer Möglichkeit um, die Existenz der Wiener Library im Rahmen einer anderen Institution abzusichern. Dabei sollte aber dem Wunsch Alfred Wieners entsprechend gewährleistet werden, daß die Sammlung in sich geschlossen und als selbständige Einheit erhalten bleibt. Mehrere britische und amerikanische Universitäten hätten sie gerne ihrer eigenen Bibliothek einverleibt, aber

² Vgl. als ersten Hinweis die Notiz von Gotthold Rhode in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 297–298. Über die Bestände und Veröffentlichungen der Bibliothek informieren auf deutscher Seite bes. Ilse R. Wolff, *Institute of Contemporary History – The Wiener Library – London*, in: Jahresbibliographie Bibliothek für Zeitgeschichte (Stuttgart) 36 (1964), S. 419–425; Wolfgang Benz, Quellen zur Zeitgeschichte, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Band III, Stuttgart 1973, S. 38–40.

³ Vgl. z. B.: *A reader's guide to contemporary history*, ed. by Bernard Krikler and Walter Laqueur, London 1972; *Fascism. A reader's guide. Analyses, interpretations, bibliography*, ed. by Walter Laqueur, London, Berkeley 1976 (Pelican Books 1979); und zuletzt die umfangreiche Bibliographie *The Nazi Era 1919–1945*, compiled by Helen Kehr and Janet Langmaid, London 1982, 621 S.

damit wäre sie aufgelöst worden. Schließlich erklärte sich die Universität von Tel Aviv bereit, die Wiener Library als separate Einheit zu übernehmen und weiterzuführen. Bis 1980 sollte ein eigenes Gebäude für sie errichtet werden.

Weil ein Umzug nach Israel die Benutzung der Sammlungen durch die europäische Zeitgeschichtsforschung sehr erschweren würde, bemühten sich Walter Laqueur und das Kuratorium, durch Verfilmung der wertvollsten Bestände Kopien in London zu behalten. Der schlechte Erhaltungszustand eines beträchtlichen Teiles des Schriftgutes (Zeitungen, Zeitschriften, dokumentarisches Material) infolge miserabler Papierqualität machte zudem eine Sicherungsverfilmung dieser Bestände unvermeidlich. Mit kräftiger finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Stiftung Volkswagenwerk und des National Endowment for the Humanities, Washington, wurde 1978 bis 1980 eine umfangreiche Verfilmungsaktion durchgeführt. Sie erfaßte vor allem auch die Bestände, die in deutschen Bibliotheken und Instituten nicht oder nur unvollständig vorhanden waren. Entsprechend einer Entscheidung der DFG wurden die Filme der Periodika (insgesamt 339 Titel) verteilt auf die Deutsche Bibliothek, Frankfurt (Exilzeitschriften), die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt (Judaica), die Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart (bes. Zweiter Weltkrieg), und das Institut für Zeitgeschichte, München (bes. allg. NS-Titel). Letzteres übernahm auch die (seitens der VW-Stiftung finanzierten) Filme des dokumentarischen Materials, darunter u. a. eine umfangreiche internationale Presse-Ausschnitt-Sammlung über die Zeit 1933–1950 (264 Filmrollen) und eine Sammlung von Zeugenberichten verfolgter und ausgewandeter jüdischer Bürger aus Deutschland (13 Filmrollen).

In Tel Aviv ist die Wiener Library als selbständiger Teil der *Sourasky Central Library*

in einem Neubau untergebracht (Direktor Dr. Dan Simon, Tel Aviv University, P.O. Box 39038, Tel Aviv 61390, Israel). Sie umfaßt dort derzeit mehr als 60 000 Bücher und Zeitschriften sowie die Presseauschnitt-Sammlung (ca. eine Million Ausschnitte) und ca. 40 000 Dokumente und ist seit Januar 1981 für Wissenschaftler und graduierte Studenten wieder zugänglich. Die Bibliothek wird laufend fortgeführt und steht in enger Verbindung mit dem Institute for German History der Universität Tel Aviv.

Aber auch nach dem Abtransport des Großteils der Originalbestände nach Tel Aviv im Sommer 1980 blieb das Institute of Contemporary History and Wiener Library Ltd. in London W1, 4 Devonshire Street, bestehen. Was an neueren Büchern in Tel Aviv schon vorhanden war und in London bleiben konnte, bildete den Grundstock für den Aufbau einer neuen Bibliothek, die durch Schenkungen und Ankäufe inzwischen wieder auf über 30 000 Titel angewachsen ist. 200 Zeitschriften werden laufend gehalten. Von allen verfilmten Beständen an Büchern, Periodika und dokumentarischem Material blieben natürlich Kopien in London, insgesamt 2 500 Mikrofilme. Neues dokumentarisches Material aus Privatbesitz ist in den letzten Jahren hinzugekommen. So erfreut sich das Institut und damit die alte Wiener Library auch weiterhin eines regen Besuches von Wissenschaftlern und Studenten aus Großbritannien und Übersee (die Bibliothek ist Montag-Freitag von 10–17.30 Uhr geöffnet). Es ist auch heute noch eine der wichtigsten Institutionen in Europa zur Dokumentation und Erforschung der Geschichte Deutschlands und des deutschen Judentums im 20. Jahrhundert, des Nationalsozialismus, Faschismus und Totalitarismus generell.

Mit einer Ausstellung unter dem Motto „On the track of tyranny“, mit dem Alfred Wiener 1933 seine Sammlung anzulegen begann, feierte die Wiener Library im

Frühjahr 1983 ihr fünfzigjähriges Bestehen. Gleichzeitig wurde von einem Förderungskomitee, an dessen Spitze der ehemalige britische Premierminister James Callaghan steht, zu Geldspenden für eine Stiftung

aufgerufen, die der Institution eine auf Dauer gesicherte materielle Basis bieten soll. Es ist zu hoffen, daß dieser Appell bald zu dem gewünschten Erfolg führt.

H. Auerbach

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Robert H. Keyserlingk, Professor für Geschichte an der University of Ottawa (147 Wilbrod, K1N 6N5, Ottawa, Ontario), veröffentlichte u. a. „Media Manipulation. A Study of the Press and Bismarck in Imperial Germany“ (Montreal 1977), „Survival for Charity. The Order of Malta“ (Montreal 1977), „Hitler and German Nationalism Before 1933“ (in: Canadian Review of Studies in Nationalism, 1978), „Anschluß oder Besetzung. Der ‚Anschluß‘ Österreichs 1938–1945 aus der Sicht der USA“ (in: Zeitgeschichte 9, 1981/82), „Grundsatz oder Praxis. Kanada und Österreich 1938–1948“ (in: Zeitgeschichte 10, 1982/83). Zur Zeit mit Forschungen über den Zweiten Weltkrieg beschäftigt (Österreich und die westlichen Alliierten, Kanada und Deutschland).

Dr. Hanns Jürgen Küsters, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (5340 Bad Honnef 1, Dr.-Konrad-Adenauer-Straße 8 c), veröffentlichte u. a. „Die außenpolitische Zusammenarbeit der Neun und die KSZE (in: Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn, hrsg. von H. Haftendorn, W.-D. Karl, J. Krause, L. Wilker, Bonn 1978), „Von der EVG zur EWG. Der europäische Wiederaufschwung 1955–1957“ (in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 12/83, 26.3.1983), „Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (Baden-Baden 1982). Forschungsgebiete sind der europäische Integrationsprozeß seit dem Zweiten Weltkrieg, europäische Sicherheitsprobleme und die Geschichte der Bundesrepublik mit dem Schwerpunkt Außenpolitik; derzeit mit der Edition der „Teegespräche“ Konrad Adenauers befaßt (vertrauliche Informationsgespräche des Bundeskanzlers mit führenden in- und ausländischen Journalisten, Publizisten und Verlegern zwischen 1949 und 1967).

Dr. Gunther Mai, Privatdozent und Hochschulassistent am Seminar für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg (Am Mehrdrusch 25, 3551 Lahntal 3), veröffentlichte u. a. „Sicherheitspolitik im Kalten Krieg. Der Korea-Krieg und die deutsche Wiederbewaffnung 1950“ (Boppard 1977), ferner Aufsätze zur Sozialgeschichte des Er-

sten Weltkriegs, z. B. „Burgfrieden und Sozialpolitik in Deutschland in der Anfangsphase des Ersten Weltkriegs 1914/15“ (in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1976, Heft 2), „Aufklärung der Bevölkerung und ‚Vaterländischer Unterricht‘ in Württemberg 1914–1918. Struktur, Durchführung und Inhalte der deutschen Inlandspropaganda im Ersten Weltkrieg“ (in: Zeitschr. für Württ. Landesgeschichte 36, 1977); 1984 wird erscheinen „Die Geislinger Metallarbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Volksgemeinschaft 1931–1933/34. Mit einem Nachwort: Neubeginn 1945“. Derzeit Arbeit an einer Gesamtdarstellung des Ersten Weltkriegs und an einer Monographie über Arbeitsverfassung und Sozialpolitik im Dritten Reich.

Dr. Hans-Peter Schwarz, o. Professor für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln (5000 Köln 41, Gottfried-Keller-Str. 6), veröffentlichte u. a. „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers“ (Freiburg im Breisgau 1962), „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949 (Neuwied 1966, 2. Aufl. Stuttgart 1980), „Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik, 1949–1957“, „Die Ära Adenauer. Epochenwechsel, 1957–1963“ (Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 2 und 3, Stuttgart/Wiesbaden 1981 und 1983), ferner zahlreiche Aufsätze zur deutschen Nachkriegsgeschichte und zu politikwissenschaftlichen Themen, besonders aus dem Bereich der internationalen Politik, dazu Adenauer-Editionen.

Dr. Siegfried Suckut, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Mannheim, Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR (6800 Mannheim 1, L 9, 1–2), veröffentlichte u. a. „Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands 1945–1948“ (Frankfurt a. M. 1982), ferner Aufsätze zur Frühgeschichte der CDU in der SBZ. Derzeit Arbeit an einem von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsprojekt zur Geschichte der CDU in der SBZ/DDR (1945–1961), in diesem Zusammenhang mit einer Edition der Sitzungsprotokolle des Zentralen Blockausschusses in der SBZ aus den Jahren 1945–1949 beschäftigt.